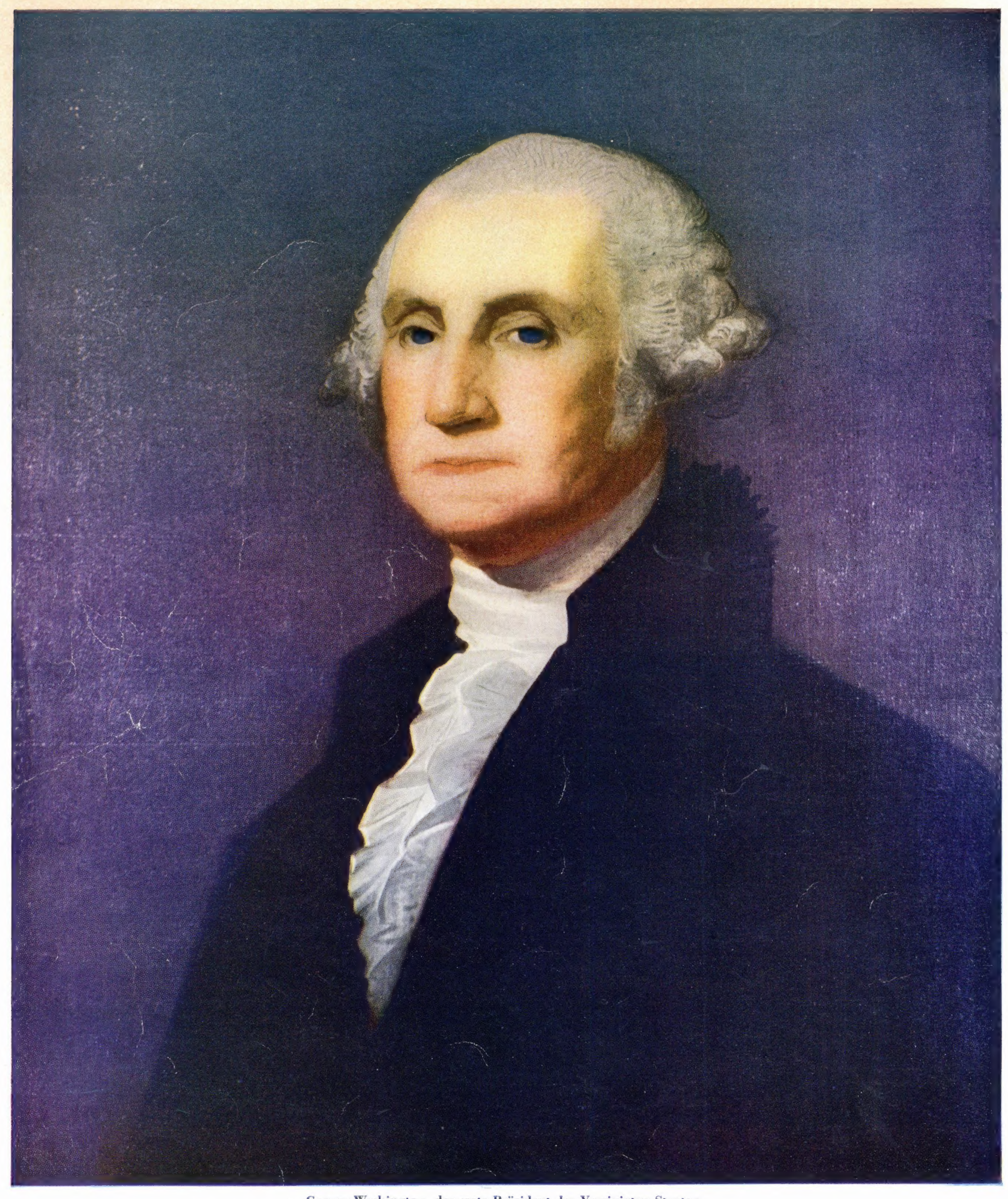
Grundriss der Geschichte der

VEREINIGTEN STAATEN

von Amerika





George Washington, der erste Präsident der Vereinigten Staaten.
Nach einem Gemälde von Gilbert Stuart.



Grundriss der Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika

Der vorliegende Grundriss der Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika ist mit der Absicht entworfen worden, auf die Fragen Antwort zu geben, die — nach den Erfahrungen des *United States Information Service* — im Zusammenhang mit der Geschichte Amerikas am häufigsten gestellt werden. Ein solcher Versuch, in knapper und leicht verständlicher Form die wesentlichen geistigen und materiellen Kräfte darzustellen, die auf die Entwicklung des Landes eingewirkt haben, kann natürlich nicht den Anspruch erheben, Abschliessendes über die Geschichte Amerikas zu sagen; jede einzelne Epoche, deren Behandlung hier auf wenigen Seiten zusammengedrängt werden musste, war — und ist noch immer — Gegenstand umfassender gelehrter Forschung. (Eine kleine Auswahl aus der umfangreichen Fachliteratur, die aus dieser wissenschaftlichen Forschung hervorgegangen ist, ist auf Seite 76 zusammengestellt, um interessierten Lesern das tiefere Eindringen in die Geschichte der Vereinigten Staaten zu erleichtern.)

Wenn das vorliegende Heft als erste Einführung nützliche Dienste leisten, wenn es seine Leser und das amerikanische Volk durch ein vermehrtes Wissen umeinander zu besserem gegenseitigem Verstehen führen wird — dann sind die Erwartungen der Herausgeber voll erfüllt.

FARBIGE TAFELN

SEITE

KARTENSKIZZEN

"Himmel und Erde stimmten nie glücklicher zusammen, um Menschen eine Wohnstatt zu schaffen."

— JOHN SMITH, Gründer der Kolonie Virginia, 1607.

"Wir halten diese Wahrheiten für unmittelbar einleuchtend: dass alle Menschen gleich geschaffen sind; dass sie von ihrem Schöpfer mit gewissen unveräusserlichen Rechten ausgestattet sind, so mit Leben, Freiheit und dem Streben nach Glück."

— UNABHÄNGIGKEITSERKLÄRUNG, 4. Juli 1776.

"Jeder Mensch und jede menschliche Gemeinschaft auf Erden hat das Recht, sich selbst zu regieren."

— THOMAS JEFFERSON, 1790.

"Auf nach dem Westen, junger Mann, um dort mit dem Lande aufzuwachsen!"

— HORACE GREELEY, 1850.

"'Ein Haus, so es mit sich selbst uneins wird, mag nicht bestehen.' Ich glaube, die Regierung kann nicht dauern, wenn der eine Teil des Volkes frei, der andere versklavt ist."

— ABRAHAM LINCOLN, Springfield, Illinois, am 17. Juni 1858.

"Wir müssen alles abschaffen, was einem Vorrecht auch nur ähnlich sieht."

— WOODROW WILSON, Botschaft an den Kongress vom 8. April 1913.

"Die freien Völker der Welt erwarten von uns, dass wir ihnen bei der Wahrung ihrer Rechte helfen."

— HARRY S. TRUMAN, Botschaft an den Kongress vom 12. März 1947.

Die Kolonialzeit

"Himmel und Erde stimmten nie glücklicher zusammen, um Menschen eine Wohnstatt zu schaffen."

— JOHN SMITH, GRÜNDER DER KOLONIE VIRGINIA, 1607.

I. KAPITEL



Die "Mayflower".

Im siebzehnten und zu Beginn des achtzehnten Jahrhunderts ergoss sich eine Flut von Auswanderern ein Jahrhundert lang von Europa nach Amerika. Es war eine der grossen Völkerwanderungen der Geschichte; sie war von gewaltigen, verschiedenartigen Kräften getrieben und rief eine Nation ins Leben, wo zuvor Wildnis gewesen war. Aus ihrem Wesen sollten sich Charakter und Schicksal eines noch unerforschten Kontinents formen.

Die Vereinigten Staaten von Amerika verdanken zwei Grundkräften ihre gegenwärtige Gestalt: den Einwanderern aus Europa, ihrer Ideenwelt, ihren Gebräuchen und ihrem Volkscharakter — und den Bedingungen der Neuen Welt, unter deren Einfluss das europäische Kulturerbe sich wandelte. So war es eine innere Notwendigkeit, dass das koloniale Amerika zunächst europäisches Wesen widerspiegelte. Gruppen von Engländern, Franzosen, Deutschen, Schotten, Iren, Holländern, Schweden und manchen andern Nationalitäten folgten einander über den Ozean und versuchten, ihre Gewohnheiten und Traditionen in die Neue Welt zu verpflanzen. Aber die Macht der geographischen Verhältnisse in Amerika, der wechselseitige Einfluss der verschiedenen Volksgruppen, die Schwierigkeit allein, in der rauheren Neuen Welt die Lebensformen der Alten beizubehalten, erzwangen bedeutende Veränderungen. Sie vollzogen sich allmählich und zunächst kaum bemerkbar. Am Ende jedoch stand eine neue Gesellschaftsordnung, in mancher Weise europäisch beeinflusst, doch entschieden und charakteristisch anders: Amerika.

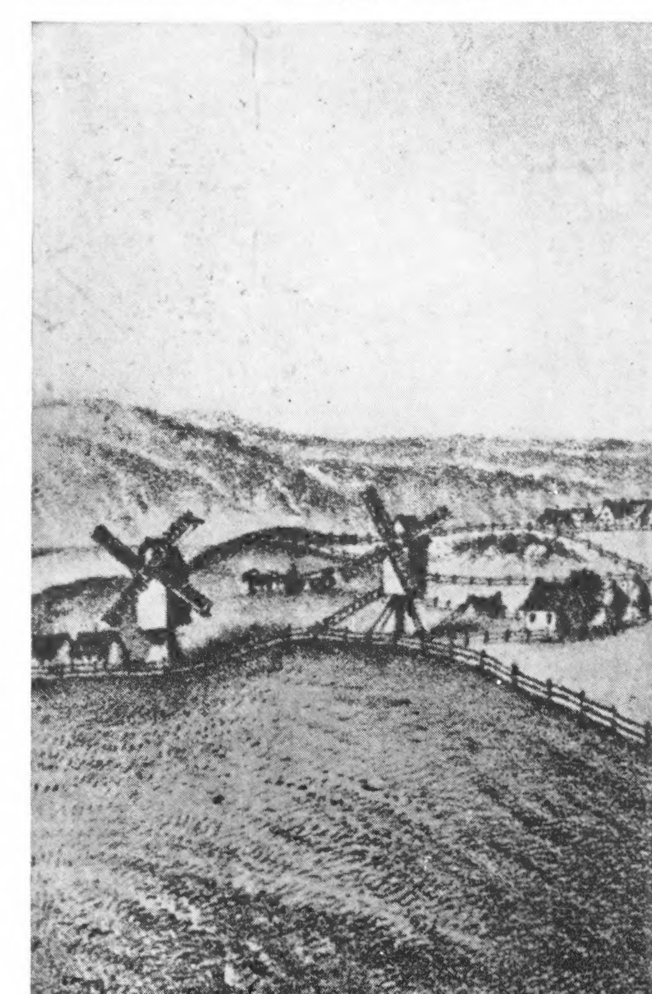
Als die ersten Auswandererschiffe Kurs nach dem Gebiet der Vereinigten Staaten nahmen, waren bereits gute hundert Jahre über den ersten Entdeckungsreisen nach Nordamerika im fünfzehnten und sechzehnten Jahrhundert vergangen. (Die Spanier allein hatten die Zeit genutzt und in Mexiko, auf den Westindischen Inseln und in Südamerika blühende Kolonien gegründet.) Die Einwanderer nach dem Norden kamen in kleinen, erbärmlich überfüllten Schiffen. Die Reise konnte sechs Wochen, ja sogar ein Vierteljahr dauern; die Kost war mager, viele Schiffe gingen in Stürmen unter, mancher Passagier erkrankte unterwegs und starb, selten nur überstanden kleine Kinder die Überfahrt. Unwetter trieb die Schiffe bisweilen weit vom Kurs ab, Windstille dagegen konnte oft zu endlosen Verzögerungen führen.

Wenn dann die amerikanische Küste in Sicht kam, empfanden die verängstigten Passagiere unsagbare Erleichterung. "Die Luft, zwölf Seemeilen vor dem Lande", schwärmte ein Chronist, "duftete süss wie ein frisch erblühter Garten." Tatsächlich sahen die Ankömmlinge jedoch nur dichten Wald, Urwald, zweitausend Kilometer weit von Maine im Norden bis nach Georgia im Süden, Bäume der allerverschiedensten Sorten, eine wahre Schatzkammer. Hier gab es Brenn- und Bauholz in Fülle, Rohstoff für den Haus- und Schiffsbau, für Möbeltischlerei und Schiffseinrichtungen, für Pottasche und Farben.

"Himmel und Erde", schrieb John Smith, einer der Gründer Virginias, zum Lob dieser Kolonie, "stimmten nie glücklicher zusammen, um Menschen eine Wohnstatt zu schaffen", und William Penn, der Gründer Pennsylvanias, lobte die "linde und klare Luft und den heiteren Himmel" seiner Kolonie. Die Nahrung im Lande stand dem guten Klima nicht nach. Das Meer lieferte Austern und Krabben, Dorsche und Hummern in Hülle and Fülle, in den Wäldern konnte man Truthähne ("fett und von unglaublichem Gewicht"), Wachteln, Eichhörnchen, Fasanen, Elche, Wildgänse und so viel Rotwild jagen, dass man manchenorts "das Wildbret als ein ermüdend' Gericht erachtete." Früchte, Nüsse und Beeren wuchsen überall wild, und man entdeckte, dass sich wichtige Nahrungsmittel wie Erbsen und Bohnen, Mais, auch Kürbisse, ohne Schwierigkeiten ziehen liessen. Die Siedler sahen bald, dass das Getreide herrlich wuchs und dass die eingeführten Obstbäume reiche Ernten gaben; Schaf, Ziege, Schwein und Rind waren fruchtbar in dem neuen Lande.

So hatte die Natur den neuen Erdteil mit guten Gaben überschüttet; da aber die Siedler eine Reihe wichtiger Gebrauchsgegenstände noch nicht selbst herstellen konnten, blieb der Handel mit Europa lebenswichtig. Dafür waren die unzähligen Buchten und natürlichen Häfen, die sich der Küste entlang fanden, wie geschaffen; nur Nord-Carolina und das südliche New Jersey besassen keine Häfen für den Überseeverkehr. Eine Reihe gewaltiger Ströme — der Kennebec in Maine, der Connecticut, der Hudson im heutigen Staate New York, der Susquehanna in Pennsylvania, der Potomac in Virginia, um nur einige zu nennen — verbanden die Küstenebene mit den Häfen und darüber hinaus mit Europa. In Tat und Wahrheit jedoch konnte nur einer der vielen grossen nordamerikanischen Ströme, der Sankt-Lorenz-Strom im französischen Kanada, als Wasserweg zur Erschliessung der Tiefe des Kontinents dienstbar gemacht werden. Das gewaltige Gebirgsmassiv der Appalachen erwies sich als weiteres Hindernis für diese Erschliessung, sodass die Wanderungsbewegung für lange Zeit auf die

Farm im fruchtbaren Hudsontal, New York. Klima und Boden



Küstenebenen beschränkt blieb. Nur Trapper und Händler mit leichtem Tross konnten tiefer in das Landesinnere vordringen; die Niederlassungen der Kolonisten blieben ein Jahrhundert hindurch auf die Nähe der Ostküste, die bald dichter bevölkert war, beschränkt.

Die Ausbreitung der Bevölkerung folgte im allgemeinen den geographischen Leitlinien von Küste und Flüssen; Süden und Norden waren bald von einem Netz von Verkehrsadern durchzogen. Die Kolonien waren voneinander unabhängig und besassen je eigene "Fenster nach der See". Ihre unabhängige Entwicklung und die grossen Entfernungen machen es erklärlich, dass zunächst keine einheitliche, zentrale Regierungsgewalt aufkommen konnte. Dies wurde dadurch ausgeglichen, dass jede Kolonie zu einem vollständig unabhängigen Gemeinwesen heranwuchs und sich ein starkes Bewusstsein von Eigenart und Unabhängigkeit ergab, jener Zug zum Individualismus, der sich in der späteren Geschichte der Vereinigten Staaten im Begriff "states rights" (Reservatrechte der Länder gegenüber der Bundesregierung) erhalten hat. Bei allem Individualismus aber mussten die Siedler die Probleme von Industrie und Handel, von Schiffahrt und Währung gemeinsam lösen, denn diese Probleme waren nicht an Ländergrenzen gebunden. Eine bundesstaatliche Organisation bereitete sich vor; sie sollte die spätere Staatsform der von England befreiten Kolonien werden.

Die Kolonisation des 17. Jahrhunderts hat beträchtliche finanzielle Aufwendungen nötig gemacht; sie war sorgfältig geplant, die Pläne wurden vorsichtig in die Tat umgesetzt. Aber die Ansiedlung blieb doch ein grosses Wagnis. Die Siedler mussten fünftausend Kilometer weit über das Meer befördert werden, sie brauchten Haushaltsgut und Kleidung, Saatgut und Werkzeuge, Baugeräte, Vieh, Waffen und Munition. Da die englische Regierung, im Gegensatz zu anderen Ländern und anderen Epochen, die Auswanderung nicht unmittelbar unterstützte, mussten Gruppen von Privatleuten oder sogar Einzelpersonen die Initiative ergreifen. Die Kolonien Virginia und Massachusetts wurden von königlich privilegierten Handelskompanien gegründet, die privates Kapital für Reise, Ausstattung und Verpflegung der Kolonisten verwenden mussten. In der Kolonie New Haven — später zu Connecticut gehörig — hatten die wohlhabenden Auswanderer selbst für Überfahrt und Ausstattungskosten ihrer Familien und ihres Gesindes aufzukommen. Eine Reihe von Siedlungen — New Hampshire, Maine, Maryland, Nord-Carolina, Süd-Carolina, New Jersey und Pennsylvania — waren ursprünglich Mitgliedern des englischen Land- oder Hochadels übertragen worden, die der König mit den Gebieten der neuen Welt ganz so belieh, als ob es feudale Lehen im Mutterland gewesen wären. Auch sie finanzierten die Ansiedlung ihrer Pächter und Bediensteten aus eigener Tasche. Karl I. zum Beispiel übertrug Cecil Calvert (Lord Baltimore) das über 2,83 Millionen Hektar grosse Gebiet, aus dem später der Staat Maryland hervorgehen sollte. Nord- und Süd-Carolina und Pennsylvania verdanken Lehen Karls II. ihre Entstehung. Nach dem Buchstaben des Gesetzes galten Grundherren und privilegierte Gesellschaften als Pächter des Königs, in Tat und Wahrheit aber entrichteten sie nur symbolischen Landzins. Lord Baltimore zum Beispiel schickte dem König jedes Jahr die Spitzen von zwei Indianerpfeilen; William Penns Jahrestribut bestand in zwei Biberfellen.

Verschiedene Kolonien entstanden als Zweiggründungen älterer Siedlungen. Rhode Island und Connecticut zum Beispiel wurden durch Siedler aus Massachusetts, der Mutterkolonie ganz Neu-Englands, gegründet, Georgia von James Edward Oglethorpe und einigen andern menschenfreundlichen Engländern überwiegend aus humanitären Beweggründen ins Leben gerufen. Sie wollten englische Schuldgefangene aus der Haft befreien und zur Ansiedlung nach Amerika schicken und hofften wohl auch, dass die so entstehende Kolonie ein Bollwerk gegen die Spanier im Süden bilden würde. Die Kolonie Neu-Niederland endlich wurde 1624 von Holländern gegründet; sie ging vierzig Jahre später in britische Hände über und erhielt den Namen New York.

Eine Reihe von Gründen hatte die Auswanderer jener Epoche bewogen, ihre europäische Heimat zu verlassen. Vor allem wollten sie ihre wirtschaftliche Lage verbessern. Sehnsucht nach Religionsfreiheit, Flucht vor politischem Druck oder reine Abenteuerlust gesellten sich oft als bedeutsame Motive hinzu.

Zwischen 1620 und 1635 hatte England mit ungewöhnlichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Zahllose Menschen konnten keine Arbeit finden, selbst die geschicktesten Handwerker ernährten sich nur mit Mühe und Not; Missernten vertieften das allgemeine Elend. Die Schafzüchter begannen, den Bauern den Boden wegzunehmen, denn Englands Wollfabriken hatten neue Absatzmärkte gefunden, und die Weber brauchten Wolle. Ungefähr in die gleiche Periode fällt die Reformbewegung der Puritaner. Ihr Werk, aus den religiösen Wirren des sechzehnten und siebzehnten Jahrhunderts herausgewachsen, hatte das Ziel, die Staatskirche stärker im protestantischen Sinne zu reorganisieren und insbesondere die Verantwortlichkeit der Kirche auf den Lebenswandel des Einzelnen auszudehnen. Solche reformatorischen Ideen drohten das Volk zu spalten, die Einheit der Staatskirche zu gefährden und dadurch die Autorität des Königs zu untergraben. Eine radikale Sekte, die Separatisten, hielt sogar jeden Versuch, die bestehende Kirche im Sinne ihrer Lehre umzuformen, für aussichtslos. So siedelte eine kleine Gemeinde von Separatisten — meist einfache Leute vom Lande — nach der holländischen Stadt Leyden über, wo sie ihre Religion nach ihren Wünschen ausüben konnten. Einige Jahre später wanderte ein Teil dieser Leydener Puritanergemeinde in die Neue Welt aus und gründete dort die "Pilger"-Kolonie New Plymouth (1620).

Bald nach der Thronbesteigung Karls I. (1625)



begünstigten die gemischte Landwirtschaft; Getreide, besonders Weizen, wurde im Überschuss erzeugt, und Weizenmehl wurde in kurzer Zeit zu einem der wichtigsten Ausfuhrartikel.

sahen sich die führenden Puritaner Englands dem Druck verstärkter Verfolgung ausgesetzt. Verschiedene Geistliche, denen das Predigen verboten worden war, scharten ihre Gemeinden um sich und folgten den "Pilgern" nach Amerika. (Reichtum und gesellschaftliches Ansehen unterschieden jedoch viele dieser späteren Auswanderer von der ersten Puritanergruppe.) Sie gründeten 1630 die Massachusetts-Bai-Kolonie; in den nächsten zehn Jahren folgte ein halbes Dutzend englischer Kolonien von ausgeprägt puritanischem Charakter. Die Puritaner waren jedoch nicht die einzigen Kolonisten, die aus religiösen Beweggründen die Heimat verlassen hatten. Unzufriedenheit mit dem Los der Quäker in England führte William Penn zur Gründung der Kolonie Pennsylvania; Cecil Calvert war bei der Gründung Marylands von der Sorge um das Schicksal englischer Katholiken geleitet. Viele der Kolonisten in Pennsylvania und Nord-Carolina, Mitglieder deutscher und irischer Sekten, begehrten ebenso sehr die grössere religiöse Freiheit Amerikas wie seine besseren wirtschaftlichen Möglichkeiten.

Oft traten politische Auswanderungsmotive zu den religiösen. Die Willkürherrschaft Karls I. in England zum Beispiel verstärkte die Wanderungsbewegung nach der Neuen Welt in den dreissiger Jahren des siebzehnten Jahrhunderts. Rebellion und Sieg seiner Gegner unter Oliver Cromwell im folgenden Jahrzehnt hinwiederum bewogen viele königstreue Adlige – "Kavaliere" –, das Heil in Virginia zu suchen. Auch in Deutschland war der Einfluss landesfürstlicher Unterdrückungspolitik, besonders auf dem religiösen Gebiet, und die Wirkung der starken Zerstörungen, die die Kriege der Zeit mit sich gebracht hatten, bemerkbar: das späte siebzehnte und das achtzehnte Jahrhundert waren Zeiten verstärkter Auswanderung nach Amerika.

In vielen Fällen gelang es der Überredungskunst gewandter Agenten, Männer und Frauen, die an sich gar kein Verlangen nach einem neuen Leben in Amerika verspürten, zur Auswanderung zu bewegen. William Penns Methode, Nachrichten über die glänzenden Möglichkeiten zu verbreiten, die Neueinwanderer in Pennsylvania vorfinden würden, erinnert durchaus an moderne Reklametechniken. Schiffskapitäne gebrauchten alle Mittel, von den unwahrscheinlichsten Versprechungen bis zum offenen Menschenraub, um so viele Passagiere zusammenzubekommen, wie die Schiffe nur irgend transportieren konnten, denn hohe Prämien winkten für Arbeitskontrakte mit mittellosen Einwanderern. Richtern und Gefängnisbehörden wurde nahegelegt, Verurteilten Gelegenheit zur Auswanderung nach Amerika zu geben, statt sie ins Gefängnis zu stecken.

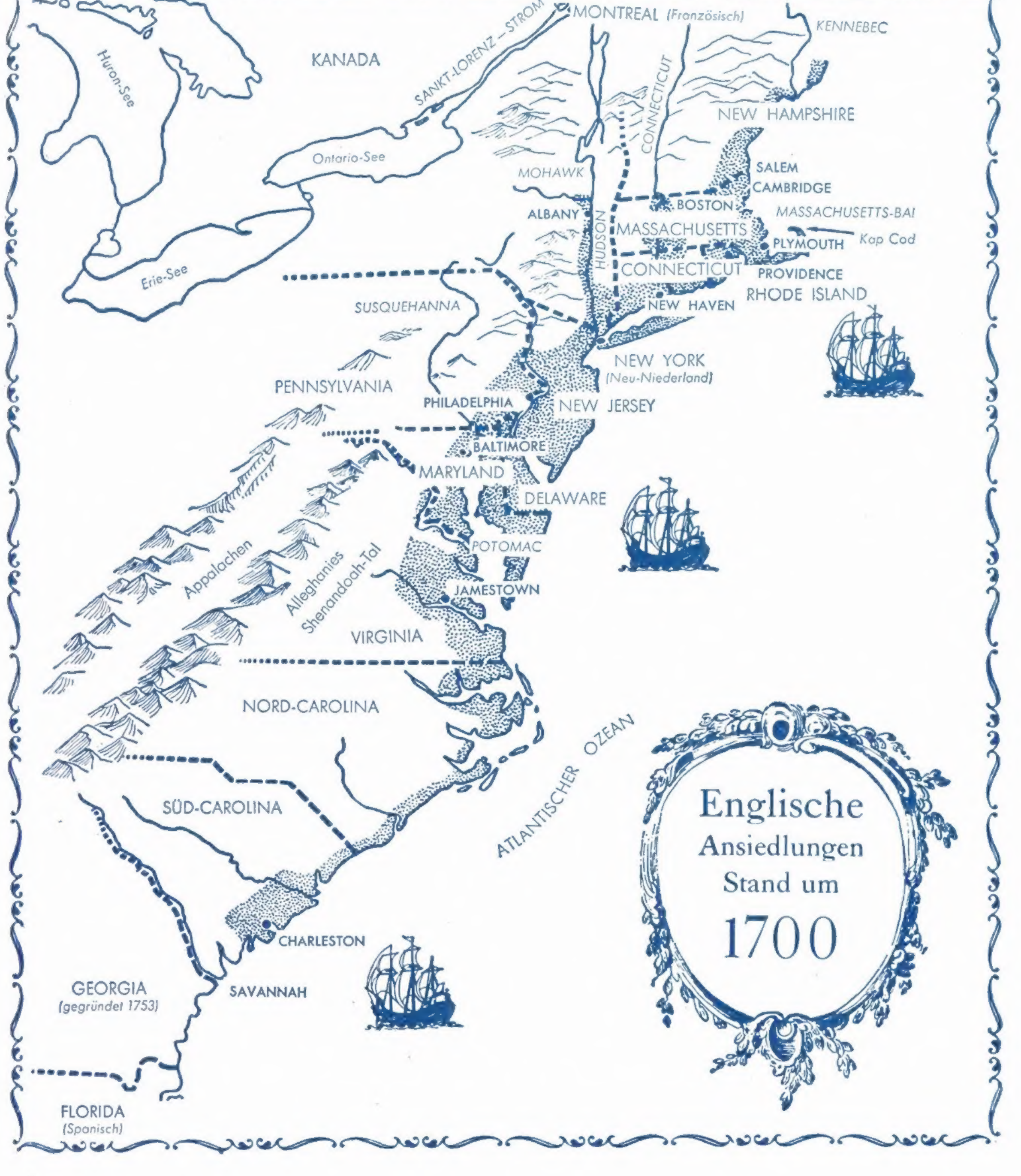
Verhältnismässig wenige von den zahllosen Kolonisten, die den Ozean überquerten, konnten die Überfahrt für sich und ihre Familien und die Kosten für den Aufbau einer neuen Existenz selbst bestreiten. Den allerersten Kolonisten hatten Siedlungsgesellschaften — beispielsweise die *Virginia Company* und die *Massachusetts Bay Company* — Überfahrt und Unterhalt ausgelegt. Dafür mussten sich die Siedler vertraglich verpflichten, im Dienst der betreffenden Gesellschaft zu arbeiten. Wer auf diese Weise nach Amerika gekommen war, stellte aber sehr bald fest, dass er besser in England geblieben wäre, denn in der Neuen Welt war er auch weiterhin Knecht oder Pächter, ganz zu schweigen von der Mühsal und den Gefahren des Lebens am Rande der Wildnis.

Da dieses System sich als Hindernis für eine erfolgreiche Kolonisation erwies, verfiel man auf ein neues Mittel, die Auswanderung nach Amerika zu fördern. Handelsgesellschaften, Grundbesitzer und einzelne unabhängige Familien schlossen mit dem künftigen Siedler einen übertragbaren Kontrakt, der ihn verpflichtete, als Gegenleistung für freie Fahrt und Lebensunterhalt eine bestimmte Zeit – meist vier bis sieben Jahre – im Dienst des Vertragspartners zu arbeiten. Nach Ablauf des Vertrages war er frei und erhielt eine Ablösungssumme, bisweilen sogar ein Grundstück, gewöhnlich etwa zwanzig Hektar gross. Schätzungsweise gut die Hälfte aller derer, die in die im Süden Neu-Englands gelegenen Staaten einwanderten, waren solche *indentured servants* – Kontraktbedienstete. Die meisten erfüllten ihre vertraglichen Verpflichtungen gewissenhaft, manche liefen ihren Brotherren bei der ersten sich bietenden Gelegenheit davon; doch auch sie fanden es nicht schwer, sich ein Stück Land zu sichern und eine Heimstatt in derselben Kolonie oder in einer Nachbarkolonie zu gründen.

Keiner der Familien, deren amerikanische Anfänge im Schatten solcher Untertänigkeit gelegen hatten, haftete später irgendein gesellschaftlicher oder sonstiger Makel an. Waren doch in jeder Kolonie einige der führenden Männer entweder selbst einmal *indentured servants* oder Kinder solcher Kontraktbediensteten gewesen. Und in einem Lande, das nichts so sehr benötigte wie Menschen, waren Kolonisten wie sie wertvolles Gut. In der Tat, Kolonien gediehen desto besser, und der Wohlstand aller interessierten Gruppen stieg desto höher, je mehr Siedler einwanderten. Denn Land und Rohstoffe gab es mehr als genug; der Fortschritt hing allein davon ab, wieviel Menschen zu ihrer Erschliessung zur Verfügung standen.

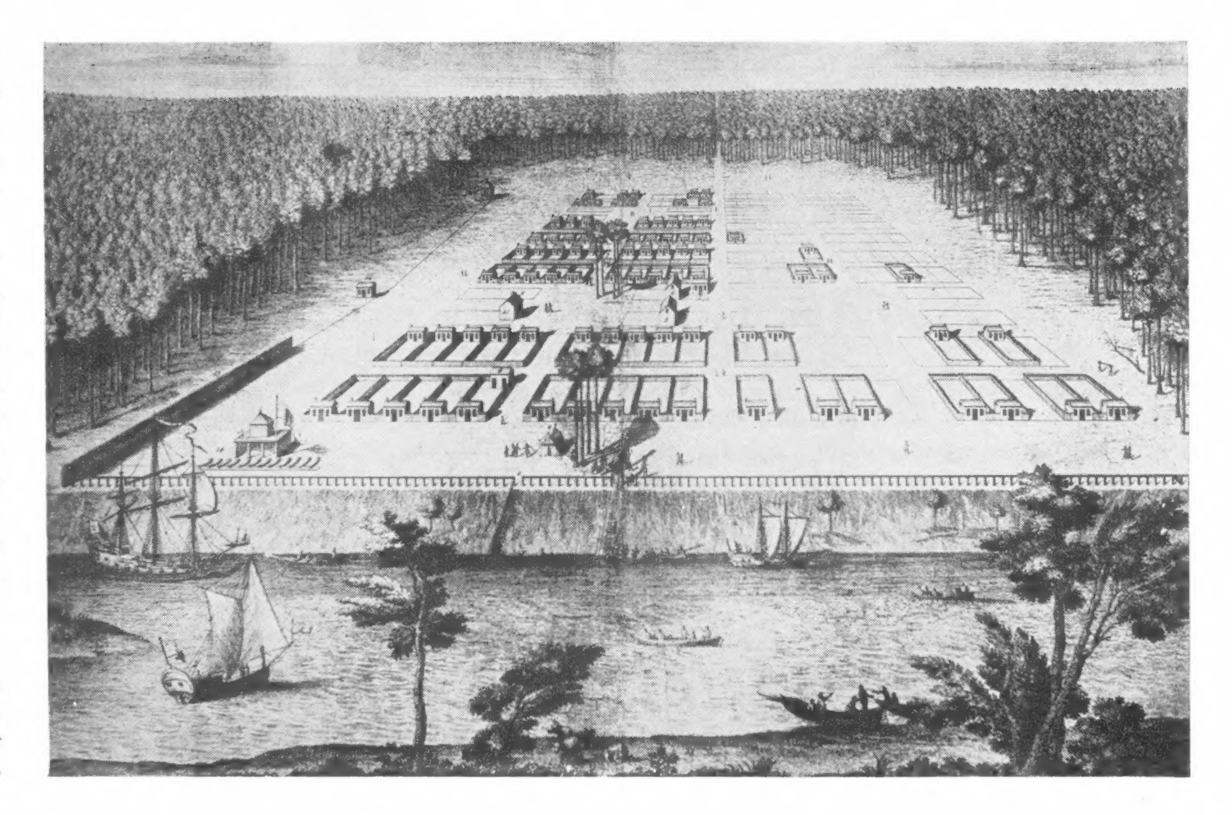
Weitaus die meisten der Siedler, die in den ersten fünfundsiebzig Jahren des siebzehnten Jahrhunderts nach Amerika gekommen waren, waren Engländer. Die Landschaften im Zentrum des Siedlungsgebiets waren mit Holländern,

Die schraffierte Fläche bezeichnet die Ausdehnung der englischen Kolonien entlang der Atlantikküste. Die geschlossenen Siedlungen waren im wesentlichen auf die Küstenebene beschränkt und die Binnengrenzen noch nicht abgesteckt. Der Mangel an klaren Grenzen führte später, als der Zug nach dem Westen begonnen hatte, zu häufigen Grenzstreitigkeiten.



Schweden und Deutschen durchsetzt; in Süd-Carolina und in andern Gebieten gab es einige wenige französische Hugenotten, hier und da Spanier, Italiener und Portugiesen. Sie stellten jedoch zusammen höchstens zehn Prozent der Gesamtbevölkerung dar.

Als nach 1680 eine erhebliche Anzahl von Kolonisten aus Deutschland, Irland, Schottland, Frankreich und der Schweiz in Amerika zu siedeln begannen, stellte England nicht mehr den grösseren Teil der Einwanderung nach Amerika. Tausende von Deutschen wollten sich den unaufhörlichen Kriegswirren Europas entziehen, unzählige Iren schottischen Ursprungs verliessen Nordirland, um der Armut zu entgehen, die Regierungsdruck und Pachtzins, den sie an fern von Grund und Boden lebende Grundherren zu zahlen hatten, aufzwangen. Auch aus Schottland und der Schweiz flüchteten die Menschen vor dem Gespenst der Armut. Die Einwanderer kamen schubweise, und doch, auf eine Reihe von Jahren verteilt, glich die Bewegung einem stetigen Strom. Im Jahre 1690 hatte die Bevölkerungszahl eine Viertelmillion erreicht. Von dieser Zeit an verdoppelte sich die Zahl alle fünfundzwanzig Jahre; 1775 betrug sie bereits über zweieinhalb Millionen.



Savannah kurz nach der Gründung 1734. Nach einem zeitgenössischen Stich. Die Siedlung hat sich durch ihren Seehafen und durch die später entstehende Industrie zur zweitgrössten Stadt im heutigen Georgia entwickelt.

Siedler nicht-englischen Ursprungs fügten sich meist in die Kultur der ursprünglichen Kolonisten ein. Nicht, dass sie alle, fern von England, zu "Auslandsengländern" geworden wären! Sie übernahmen englische Sprache, englisches Recht, englische Bräuche und Denkgewohnheiten, aber in jener Form, die ihnen die amerikanischen Verhältnisse aufgeprägt hatten: gerade diese Verschmelzung der späteren Einwanderer mit den frühen, meist englischen Kolonisten brachte weitere Veränderungen des ursprünglichen Kulturgutes hervor, die zu einer ganz einzigartigen, neuen Kultur hinführten: englische und kontinental-europäische Züge in einer gänzlich neuen Umwelt innig einander durchdringend.

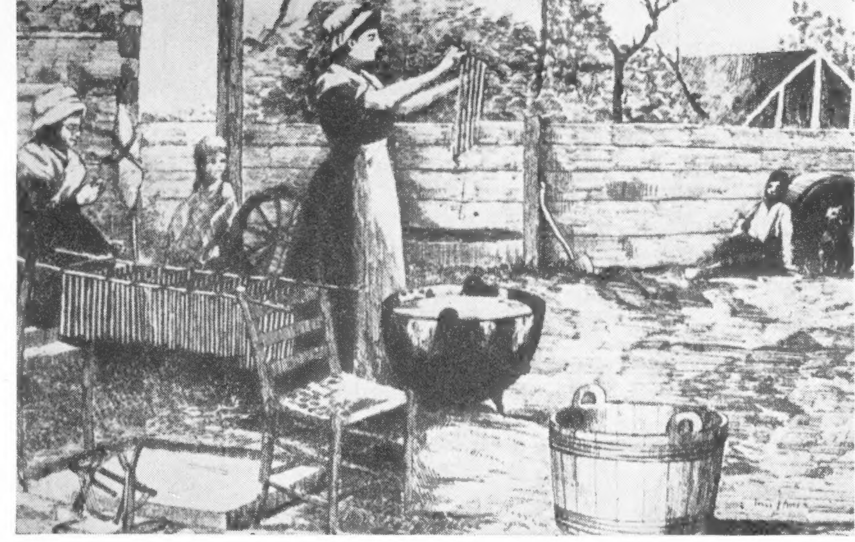
Im allgemeinen waren die Unterschiede zwischen den Lebensbedingungen in den verschiedenen Kolonien nicht so gross, dass ein Familienvater, der mit seinem Haushalt zum Beispiel von Massachusetts nach Virginia oder von Süd-Carolina nach Pennsylvania übersiedelt wäre, ganz von neuem sich hätte einordnen müssen. Gewisse Unterschiede zwischen den Siedlungen und besonders zwischen bestimmten Siedlungsgruppen zeichneten sich jedoch deutlich ab.

Insgesamt lassen sich drei einigermassen klar

Indianerdorf. Nach einer Zeichnung aus dem 16. Jahrhundert. 1. Häuptlingswigwam. 2. Kultkreis. 3. Kultischer Tanz. 4. Dorfschmaus. 5. Tabakfeld. 6. Feldhüter. 7. Maisfeld. 8. Squashfeld. 9. Kultfeuer. 10. Wasserstelle.



Die Küche der Kolonialzeit war der Mittelpunkt des häuslichen Lebens. Hier wurde Brot gebacken, gekocht, gegessen, Kleidung angefertigt und Geselligkeit gepflegt.



Kerzenziehen im Amerika des 17. Jahrhunderts. Auch das Weben von Stoffen, Färben und Seifensieden gehörten in der Kolonialzeit zu den Pflichten einer Hausfrau.

umrissene regionale Gruppen unterscheiden: Neu-England, die erste Gruppe, entwickelte, im Gegensatz zum vorwiegend landwirtschaftlichen Süden, hauptsächlich Handel und Industrie. Dafür war die geographische Lage bestimmend. Dünn und ärmlich lag Neu-Englands Ackerkrume über dem Moränengeröll der Eiszeit (nur einige Flusstäler waren besser), Ebenen gab es wenig, kurze Sommer und lange, harte Winter hinderten den Ackerbau. So mussten die Neuengländer sich nach zusätzlichen Einnahmequellen umsehen. Sie bändigten die Wasserkraft und bauten Mühlen, in denen Weizen und Mais gemahlen oder für den Export bestimmtes Bauholz gesägt werden konnte. An der reichgegliederten Küste entstanden ausgezeichnete Handelshäfen. Reiche Nutzholzbestände luden zum Schiffsbau ein, das Meer selbst wurde zur Quelle des Reichtums. Der Dorschfang allein begründete in kurzer Zeit dauernden Wohlstand, zum Beispiel in Massachusetts. In den Ortschaften und Städtchen Neu-Englands, die sich meist um die Häfen gruppierten, entwickelten sich bald städtische Lebensgewohnheiten. Allmenden und Gemeindewälder deckten den Bedarf der Siedler; oft erwarben sie ein kleines Stück Ackerland in der Nähe ihrer Ortschaften, um Einkünften aus Handel und Gewerbe nachzuhelfen. Die geschlossene Siedlungsform liess die Dorfschule und die städtisch-genossenschaftliche Selbstverwaltung (*town*

New York zu Beginn des 18. Jahrhunderts. Ein hervorragender natürlicher Hafen verbürgte der Kolonie eine führende Stellung unter den Handelszentren ganz Amerikas.

meeting) entstehen, eine öffentliche Meinung kam auf; Institutionen dieser Art übten gemeinsam einen wesentlichen Einfluss auf die heranreifende neue Kultur aus. Die Gemeinsamkeit erduldeter Mühen und harter Arbeit am steinigen Boden, die Ähnlichkeit ihrer einfachen Gewerbe oder Geschäfte formten die Bewohner Neu-Englands bald zu einem deutlich von anderen verschiedenen Menschenschlag um.

In Tat und Wahrheit wurzelten ihre besonderen Eigenschaften in dem Charakter jener hundertzwei kranken "Pilger" aus Leyden und Plymouth, die einst nach langer Reise in Kap Cod an Land gegangen waren. Eigentlich hätten sie, ihrem Vertrag mit der *London* (*Virginia*) *Company* entsprechend, in Virginia an Land gehen sollen. Ihr Schiff aber, das als "Mayflower" in die Geschichte eingegangen ist, lief die amerikanische Küste viel weiter nördlich an. Sie erkundeten die Gegend einige Wochen lang und beschlossen am Ende, nicht nach Virginia weiterzureisen, sondern zu bleiben, wo sie waren. Sie liessen sich im Hafen Plymouth nieder und hielten trotz der Schrecken des ersten strengen Winters durch.

Der harte Daseinskampf der Siedler in Plymouth schreckte andere Kolonisten nicht davon ab, Siedlungen in der Nachbarschaft zu gründen. Eine dieser Neugründungen, in der Bucht von Massachusetts kurz nach 1630 angelegt, sollte sogar einen besonders ausgezeichneten Platz in der Entwicklung Neu-Englands – ja des gesamten Landes – einnehmen. Die rechtliche Grundlage dieser Ansiedlung war durch ein Privileg geschaffen worden, das der König von England einer Gruppe von ungefähr fünfundzwanzig Mann verliehen hatte. Einige von ihnen waren mit einer Gruppe von Siedlern, die königliche Urkunde im Gepäck, nach Amerika gekommen. Sie waren zum Durchhalten entschlossen, obwohl sich Neu-England nicht gerade als Paradies erwies und obwohl einige der Kolonisten enttäuscht wieder nach Hause fuhren. Die Mehrheit blieb; sie machte sich daran, dem unwirtlichen Gebiet einen Lebensunterhalt abzuringen und eine Gesellschaft aufzubauen, in der unabhängige und willenskräftige Menschen wie sie sich wohlfühlen konnten. Innerhalb der ersten zehn Jahre trafen fünfundsechzig Prediger in der Kolonie ein, meist Gelehrte und ausgezeichnete Theologen, und aus ihrem tiefen Glauben erwuchs in Massachusetts ein theokratisches Gemeinwesen. Kirche und Staat durchdrangen einander derart, dass das Religiöse dem Weltlichen übergeordnet blieb und es beherrschte. Kirchliche Autoritäten besorgten die Regierungsgeschäfte; in den periodischen Bürgerversammlungen jedoch konnten die Siedler gemeinsame Fragen frei erörtern und so ein gewisses Mass von Erfahrung in der Verwaltung ihrer eigenen Angelegenheiten sammeln. Und obwohl die Kirche die städtische Entwicklung durchaus bestimmend beeinflusste, machte es schon allein das harte Grenzerleben erforderlich, dass die gesamte Bevölkerung sich in die Bürgerpflichten teilte und bei den Ratsversammlungen anwesend war. Trotzdem versuchten Geistlichkeit und konservative Laien, die Siedlungen zu Gehorsam und Einheitlichkeit zu zwingen.

Allerdings gelang es ihnen nicht, den Geist aller Bürger in Fesseln zu schlagen oder die Eingebungen religiöser Eiferer zum Schweigen zu bringen. Solch ein Eiferer war der untadelige Geistliche und glänzende Jurist Roger Williams, der es für unrecht erklärte, den Indianern Land wegzunehmen, und sich gegen die Einheit von Kirche und Staat wandte. Er wurde wegen Verbreitung solch "neuer und die Autorität der Behörden gefährdender Ansichten" durch Urteil des Allgemeinen Gerichts aus Neu-England verbannt, fand bei seinen Freunden, den Indianern, auf Rhode Island Zuflucht und gründete dort binnen kurzem eine Kolonie, in der Glaubensfreiheit und "ewige" Trennung von Kirche und Staat herrschen sollten.

Nicht nur "Ketzer", die nach Gewissensfreiheit verlangten, verliessen Massachusetts. Der Wunsch nach besserem Ackerboden und günstigeren Bedingungen trieb selbst orthodoxe Puritaner weiter. Nachrichten über die grosse Fruchtbarkeit des Connecticut-Flusstals zum Beispiel zogen schon frühzeitig Farmer an, die auf schlechtem Ackerboden gesiedelt hatten und für ebenes und fruchtbares Land bereit waren, selbst den Indianern zu trotzen. Als sich diese Gruppen eine Regierung gaben, erweiterten sie bezeichnenderweise das Wahlrecht und machten es von der Zugehörigkeit zur Kirche unabhängig. Zur gleichen Zeit wanderten kleine Gruppen von Siedlern von Massachusetts aus nach Norden, und bald waren New Hampshire und Maine von Männern und Frauen kolonisiert, die es frei und auf eigener Scholle zu leben verlangte.

Auf diese Weise griff der unmittelbare Einfluss der Kolonie Massachusetts-Bai über die ursprünglichen Grenzen hinaus; in der Kolonie selbst gediehen Handel und Wandel in stürmischem Wachstum. Nach 1650 kehrte Wohlstand ein; bald war Boston einer der grössten Häfen Amerikas. Aus den nordöstlichen Wäldern kam Eichenholz für Schiffskörper, Fichtenholz für Sparren und Masten und Pech für die Fugen. Die Schiffe Massachusetts, von den Reedern selbst gebaut, segelten frachtbeladen die Häfen der Welt an und legten so die Grundlage für einen Handelsverkehr, der ständig an Bedeutung zunehmen sollte. Gegen Ende der Kolonialperiode stammte ein Drittel aller unter britischer Flagge segelnden Schiffe aus amerikanischen Werften. Schiffsbedarf, Holzgeräte und Nahrungsmittel waren die Hauptausfuhrartikel. Die Handelsherren Neu-Englands entdeckten aber auch bald, dass Rum

Holländische Geselligkeit in Neu-Amsterdam. Die Holländer brachten ihre Vorliebe für gesellige Zusammenkünfte in die Neue Welt mit und zogen dadurch oft den Tadel ihrer sittenstrengen Nachbarn in Neu-England auf sich.



und Sklaven einträgliche Frachten einbrachten.

In den Kolonien, die sich als zweite grosse Gruppe im zentralen Siedlungsgebiet zusammenfassen lassen, war die Gesellschaft weniger einheitlich, aber kosmopolitischer und duldsamer als in Neu-England. Pennsylvania und seine Tochterkolonie Delaware hatten ihren frühen Erfolg William Penn zu verdanken, einem ausserordentlich praktisch denkenden Quäker, der es sich zum Ziel gesetzt hatte, Kolonisten verschiedenster Herkunft und Glaubensrichtung in das ihm von Karl II. überantwortete riesige Gebiet zu ziehen. Fest entschlossen, seine Kolonie zu einem Muster anständiger und ehrlicher Beziehungen zwischen Siedlern und Indianern zu machen, traf Penn Abkommen mit den Eingeborenen, die, gewissenhaft eingehalten, Frieden in die Wildnis brachten. Die Kolonie wuchs zusehends; innere Spannungen blieben aus, und schon ein Jahr nach Penns Landung kamen dreitausend neue Bürger nach Pennsylvania. Das Herz der Kolonie war Philadelphia, bald weithin wegen seiner breiten, baumbeschatteten Strassen, seiner festen Ziegel- und Steinbauten und seines geschäftigen Hafentreibens berühmt. Zu Ende der Kolonialzeit lebten dort dreissigtausend Menschen, ein wahres Babel von Sprachen, Bekenntnissen und Gewerben. Die Quäker mit ihrem ernsten, bedächtigen Wesen, ihrer Menschenfreundlichkeit und Geschäftstüchtigkeit hatten die Stadt bereits um die Mitte des 18. Jahrhunderts zur aufstrebenden Metropole Kolonialamerikas gemacht.

In Philadelphia herrschten die englischen Quäker vor; in den übrigen Teilen Pennsylvanias waren auch andere Volksgruppen gut vertreten. Deutsche waren in grosser Zahl aus ihrer kriegsverwüsteten Heimat gekommen, um in der Neuen Welt ihr Brot zu verdienen, und waren bald zu den tüchtigsten Farmern des ganzen Gebietes aufgerückt. Ebenso bedeutsam war es für die Entwicklung der Kolonie, dass die Deutschen handwerkliche Kenntnisse in der häuslichen Herstellung von Schuhen, Geweben, Möbeln und anderem besassen. Auch für die grosse schottisch-irische Einwanderung wurde Pennsylvania zum Haupteingangstor. Das waren handfeste Grenzer, die sich Land nahmen, wo es ihnen gefiel, und ihre Rechte mit der Flinte – und mit endlosen Bibelsprüchen – verteidigten. In ihrer Zügellosigkeit waren sie oft ein rechtes Kreuz für die frommen Quäker, aber gerade ihre Fehler machten sie zu einer Kraftquelle von unschätzbarem Wert. Sie glaubten an wahre Volksvertretung, Religion und Bildung und formten eine Vorhut der Zivilisation im Kampf gegen die weiter und weiter zurückweichende Wildnis.

So war bereits die Bevölkerung Pennsylvanias recht vielgestaltig; New York aber zeigte schon um die Mitte des siebzehnten Jahrhunderts jene Vielsprachigkeit, die später zum Wesen weiter Teile Amerikas werden sollte. Um das Jahr 1646 konnte man über ein Dutzend Sprachen am Ufer des Hudson hören. Die Bevölkerung setzte sich aus Holländern, Flamen, Wallonen, Franzosen, Dänen, Norwegern, Schweden, Engländern, Schotten, Iren, Deutschen, Polen, Böhmen, Portugiesen und Italienern zusammen – Vorläufern von Millionen von Landsleuten späterer Jahrhunderte. Die meisten von ihnen lebten vom Handel und gründeten eine kaufmännische Erwerbskultur, die bereits viele Merkmale folgender Generationen vorwegnahm.

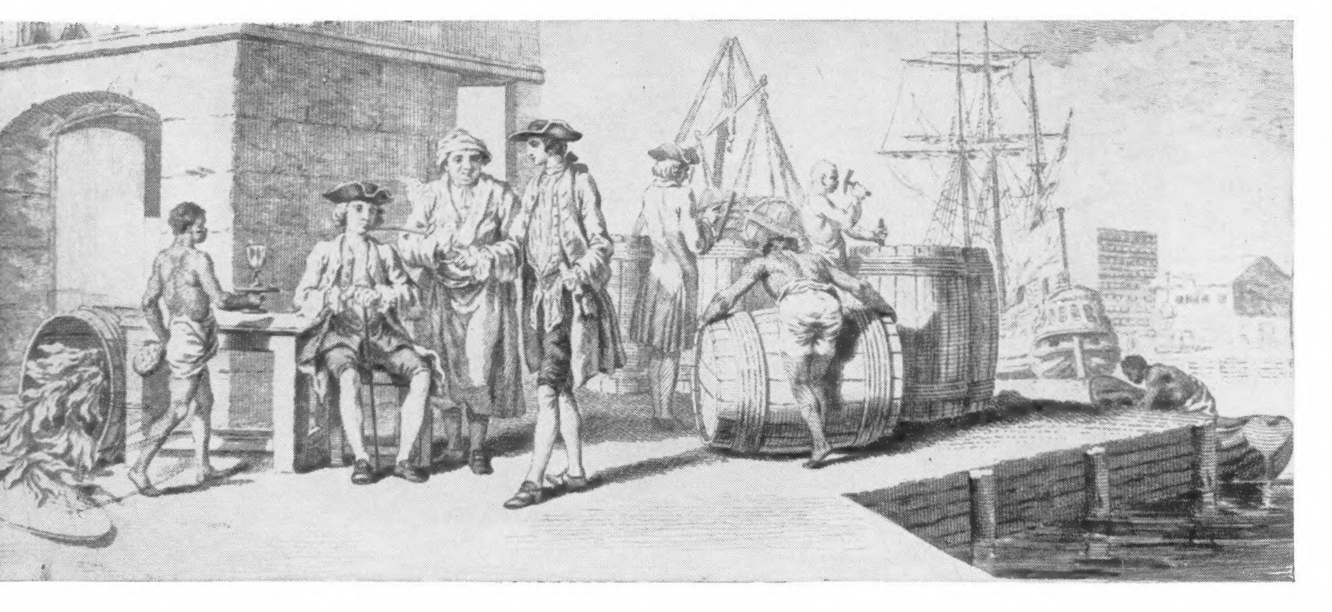
Neu-Niederland, das spätere New York, gehörte vierzig Jahre hindurch den Niederländern. Die Holländer aber waren im Grunde kein Wandervolk. Daheim in Holland gab es Land im Überfluss, und die politischen und religiösen Vorteile des Lebens in den Kolonien genossen sie in gleicher Weise zu Hause. Ausserdem fehlte es der Niederländisch-Westindischen Kompanie, die sich mit der Kolonisierung in Amerika befasste, an fähigen Beamten zu einer geregelten Verwaltung der Kolonien. Als im Jahre 1664 das Interesse Englands an Kolonisation wiederauflebte, verloren die Holländer ihre Besitzung an britische Eroberer. Ihr Einfluss auf Wirtschaft und Gesellschaft New Yorks blieb jedoch weit über jene Jahre hinaus bedeutsam. Ihre Kaufleute gaben der Stadt das charakteristische Gepräge eines Handelsplatzes, und die spitzen Giebel und in hohen Stufen aufsteigenden Giebelfelder ihrer Häuser gehören für immer zum Landschaftsbild. Die Gewohnheiten, die die Holländer als ihr Vermächtnis hinterlassen hatten, machten die Kolonie New York für die Freuden des täglichen Lebens anders, tiefer empfänglich als das sittenstrenge, puritanische Boston. New York wusste die Feiertage mit Festtagsschmaus und Ausgelassenheit zu feiern, und zahlreiche holländische Bräuche – zum Beispiel die Sitte, in der Neujahrsnacht den Nachbarn zu besuchen und mit ihm anzustossen, oder die Verbindung der Weihnachtszeit mit dem guten St. Nikolaus – haben sich über das ganze Land verbreitet und bis zum heutigen Tage erhalten.

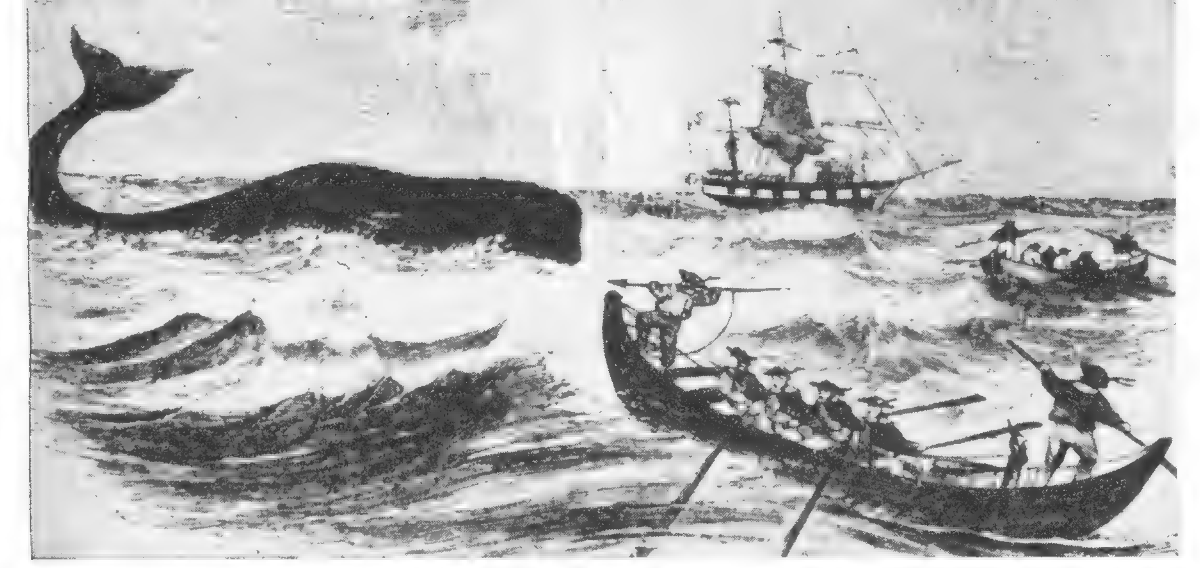
Nachdem die Kolonie den Besitzer gewechselt hatte, unternahm es ein englischer Verwaltungsbeamter, das Rechtswesen New Yorks englischen Traditionen anzupassen. Er ging dabei schrittweise und mit so viel Klugheit und Takt zu Werke, dass er bei Holländern und Engländern sich gleicher Beliebtheit und Achtung erfreute. Da die Gemeindeverwaltungen der Kolonie nach den Grundsätzen örtlicher Unabhängigkeit, wie sie in Neu-England herrschten, aufgebaut waren, war schon nach wenigen Jahren, was an holländischen Rechtsgepflogenheiten und Gebräuchen noch übrig war, mit englischen Praktiken und Verfahren zu einer einigermassen brauchbaren Einheit verschmolzen.

Um 1696 lebten etwa dreissigtausend Menschen im Gebiete von New York. In den reichen Tälern des Hudson, des Mohawk und anderer Flüsse herrschte Grossgrundbesitz vor; auch Pächter und kleine Freisassen trugen zur landwirtschaftlichen Entwicklung dieses Gebietes bei. Fast das ganze Jahr hindurch boten Wiesen und Wälder Nahrung für Grossvieh, Schafe, Pferde und Schweine; Tabak und Flachs wuchsen ohne viel Pflege, und Obst – namentlich Äpfel – gab es im Überfluss. Neben diesen wertvollen landwirtschaftlichen Erzeugnissen trug der Pelzhandel wesentlich zur günstigen Entwicklung der Städte New York und Albany bei. Konnte man doch von Albany Pelze und Farmprodukte des Nordens bequem auf dem Hudson nach dem betriebsamen Umschlaghafen New York verschiffen.

Im Gegensatz zu Neu-England und dem zentralen Gebiet stand der ausgesprochen ländliche Charakter der südlicheren Kolonien Virginia, Maryland, Nord-Carolina, Süd-Carolina und Georgia. Die erste dauernde Niederlassung in der Neuen Welt war Jamestown in Virginia. Ende Dezember 1606 hatte sich eine bunt zusammengewürfelte Gruppe von etwa hundert Leuten mit Unterstützung einer Londoner Siedlungsgesellschaft auf den Weg ins grosse Abenteuer gemacht. Sie hatten von Gold und Edelsteinen und mühelos erworbenem Reichtum geträumt und fanden doch nun in der Wildnis die neue Heimat, die sie garnicht gesucht hatten. Aus ihrer Mitte ging Kapitän John Smith als geistiger Führer hervor, Schritt für Schritt sich durchsetzend und mit eisernem Willen die kleine Kolonie in den ersten Jahren zusammenhaltend – trotz Streit und Hunger und ständiger Bedrohung durch die Indianer. Zu Beginn verlangte die Siedlungsgesellschaft in Erwartung eines schnellen Gewinns, dass die Siedler sich in erster Linie auf den Export von Schiffsbedarf, Bauholz, Wurzelfasern und anderen Erzeugnissen für den Londoner Markt verlegten. Sie erlaubte ihnen nicht, das Land zu bestellen und für die Deckung ihres eigenen Bedarfs Sorge zu tragen. Nach den ersten Notjahren schraubte die Siedlungsgesellschaft jedoch ihre Forderungen herunter, verteilte Land an die Kolonisten und gestattete ihnen, die Hauptkraft für ihre eigenen Unternehmungen zu verwenden. Zum Glück brachte dann das Jahr 1612 einen Wendepunkt

Pflanzer aus dem Süden bei der Verschiffung von Tabakfässern. Die englischen Frachtschiffe konnten an den von den Pflanzern selbst gebauten Molen anlegen. Die südlichen Kolonien waren auf den Aussenhandel angewiesen.





Walfischfang mit Harpunen von offenen Booten aus. Die Wale lieferten Fischbein sowie Tran, der für die Herstellung von Salben und Kerzen gebraucht wurde. Ein Zentrum des Walfischfangs war das Küstengebiet von Massachusetts.

für die Wirtschaft Virginias und des gesamten angrenzenden Gebiets: eine Methode wurde entdeckt, durch die Virginia-Tabak dem europäischen Geschmack annehmbar gemacht werden konnte. Die erste Sendung der neuen Sorte traf im Jahre 1614 in London ein, und bevor zehn Jahre vorüber waren, hatte sich der Tabakexport zu einer weiteren bedeutenden und zuverlässigen Einnahmequelle entwickelt.

Für Tabakpflanzungen benötigte man frischen, fruchtbaren Boden, denn wo Tabak drei, vier Jahre hintereinander angebaut worden war, wurde der Boden unfruchtbar und brachte nur noch dünne Stengel hervor. Auf der Suche nach neuen Anbauflächen in günstiger Verkehrslage hielten sich die Pflanzer an die zahlreichen Wasserläufe, die bald flussauf, flussab von Tabakfeldern gesäumt waren. Geschlossene Ortschaften entstanden in diesem Gebiet nicht, selbst Jamestown, die Hauptstadt Virginias, bestand nur aus wenigen Häusern. Rasch richteten sich die Pflanzer auf den Fernhandel ein, und London, Bristol und andere englische Häfen wurden ihre Absatzmärkte.

Die meisten Einwanderer nach Virginia kamen der wirtschaftlichen Vorteile halber. Wirtschaftliche, doch auch religiöse Motive führten Siedler nach Maryland, der Nachbarkolonie, wo sich John Calvert und seine Familie bemühten, für katholische Auswanderer eine Zufluchtsstätte im neuen Land zu schaffen. Sie waren allerdings auch an Gewinnen aus Grossgrundbesitz interessiert. Aus diesem Grunde — und um Unannehmlichkeiten mit der britischen Regierung aus dem Wege zu gehen — ermutigten sie neben Katholiken auch Protestanten zur Ansiedlung. Die Calverts versuchten, Marylands Gesellschaft und Regierung traditionell-aristokratisch zu gestalten, um es wie Könige beherrschen zu können. Aber der Wille zur Unabhängigkeit, der sich in jeder menschlichen Gemeinschaft am Rande der Wildnis, wie immer sie im einzelnen aufgebaut sein mag, herausbilden muss, setzte sich gegen feudale Formen zur Wehr. Weder in Maryland noch in anderen Kolonien konnten die Behörden die Siedler von ihrem hartnäckigen Glauben an die persönliche Freiheit, die das englische Recht verbürgte, und an den im Naturrecht verankerten Anspruch auf Mitbeteiligung des Volkes an der Regierung durch eine gewählte Volksvertretung abbringen.

Maryland entwickelte sich ganz ähnlich wie Virginia. In beiden Kolonien überwog die Landwirtschaft, in beiden dominierte die Klasse der grossen, in Küstennähe sesshaften Pflanzer. Beide hatten ein Hinterland, dem ständig freie Kleinfarmer zuströmten; beide litten unter den Nachteilen der Monokultur, und noch vor 1750 war die Kultur beider Kolonien zutiefst durch Negersklaverei berührt. Hier wie dort nahmen die reichen Pflanzer ihre Verpflichtungen der Gemeinschaft gegenüber ernst und dienten als Friedensrichter, Oberste im Volksaufgebot und als Mitglieder der gesetzgebenden Versammlungen. Doch auch freie Kleinbauern sassen in den Volksversammlungen und bahnten sich den Weg in bedeutende Staatsstellungen. In furchtlos freier Rede und unabhängigen Geistes erinnerten sie die Pflanzer-Aristokratie dauernd daran, dass deren Macht eine Grenze in den Rechten freier Menschen finden würde.

Zu Ausgang des siebzehnten und zu Beginn des achtzehnten Jahrhunderts hatte das gesellschaftliche Gefüge in Maryland und Virginia bereits die Form angenommen, die es bis zum Sezessionskrieg behalten sollte. Die sklavenhaltenden Pflanzer besassen fast ausschliesslich die politische Macht und den besten Grund und Boden. Sie bauten Herrenhäuser, führten ein aristokratisches Leben und blieben in enger Verbindung mit europäischer Kultur. Auf der nächsten Sprosse der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Stufenleiter standen die Farmer, die sich im Konkurrenzkampf mit den sklavenhaltenden Pflanzern kaum behaupten konnten. Weder in Virginia noch in Maryland bildete sich eine handeltreibende Klasse von Gewicht heraus, denn die Pflanzer wickelten ihre Geschäfte mit England mit Hilfe englischer und schottischer Agenten ab.

Die beiden Carolina-Kolonien dagegen — mit Charleston als wichtigstem Hafen — wurden allmählich zu Handelszentren des Südens. Hier lernten die Siedler rasch, Landwirtschaft und Handel zu verbinden; die Kolonien verdankten einen grossen Teil ihres Wohlstandes ihren Märkten. Die dichten Wälder öffneten eine weitere Einnahmequelle, denn einheimischer Teer und Kiefernharz gehörten mit zum besten Werftbedarf der Welt. Nord-Carolina und Süd-Carolina waren nicht wie Virginia auf Monokultur beschränkt und exportierten neben Schiffsbedarf auch Reis und Indigo. Um 1750 lebten über hunderttausend Menschen in den beiden Kolonien.

Im Süden wie in den anderen Kolonialgebieten — vom hügeligen Vermont bis zu den unregelmässigen Urwaldlichtungen am Mohawk im heutigen Staate New York, von den östlichen Ausläufen der Alleghanies bis zum Shenandoahtal in Virginia — überall spielte der stetige Fortschritt des Hinterlandes, der *frontier*, eine entwikkelnde Rolle. Menschen, die nach grösserer Gewissensfreiheit verlangten, als in den ursprünglichen Küstensiedlungen zu finden war, hatten bald darüber hinausgedrängt. Wer an der Küste kein fruchtbares Land erhalten hatte oder wessen Boden inzwischen ausgelaugt war, wandte sich ebenfalls weiter nach Westen und liess sich im fruchtbaren Hügelland nieder. Bald entstand dort eine blühende Farm neben der anderen, von Männern bestellt, die wirtschaftlich und geistig von den älteren Siedlungsgebieten unabhängig waren. Doch nicht nur einfache Farmer waren vom Hinterland angezogen. Peter Jefferson, der Vater des dritten Präsidenten der Vereinigten Staaten, Thomas Jefferson, ein unternehmender Feldmesser, liess sich ebenfalls in diesem Hügelgebiet nieder und erwarb 162 Hektar Land für eine Schale Punsch . . .

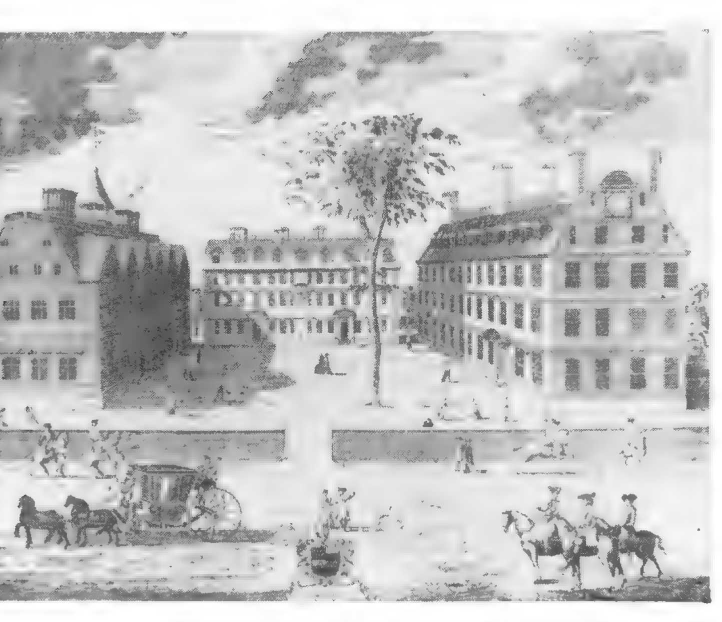
Hier und da war auch einmal ein Grossgrundbesitzer unter denen, die den Weg in das Hügelland fanden. Aber zumeist waren es doch kleine, unabhängige Farmer, die sich über die Grenzen der festbesiedelten Kolonien hinauswagten. Am Rande des Indianergebietes wurden ihre Blockhütten zu Festungen, und scharfe Augen und zuverlässige Flinten waren ihr bester Schutz. So musste ein handfester, selbstsicherer Menschenschlag heranwachsen, der Wege durch die Wildnis zu bahnen, das Unterholz niederzubrennen und zwischen den Baumstümpfen Mais und Weizen anzubauen lernte. Die Männer trugen Jagdhemden und lange wildlederne Gamaschen, die Frauen handgewebte Röcke. Sie nährten sich von *hog and hominy* (Schweinefleisch und Maisbrei), von gebratenem Wildbret, wilden Truthähnen, Rebhühnern und von Fischen, die sie in einem nahen Flusse fingen. Sie vergnügten sich auf ihre eigene, überschäumende Weise: sie veranstalteten Volksfeste im Freien, bei denen ganze Ochsen am Spiess gebraten wurden, sie feierten Einstand bei Neuvermählten, sie tanzten, tranken, schossen um die Wette, und die Frauen stickten in gemeinsamen Kränzchen.

Schon zeichneten sich Trennungslinien ab zwischen dem Alten und dem Neuen, dem Osten und dem Westen, den Siedlungsgebieten an der Atlantikküste und der Grenzregion im Inneren. Die

Stapellauf eines Schiffes in Salem, Massachusetts, einem der Mittelpunkte des Schiffsbaus. Zeitgenössische Skizze.



Unterschiede waren zuzeiten gross und tiefgreifend. Dennoch beeinflussten die Gebiete einander erheblich, denn trotz räumlicher Trennung spielten die Kräfte zwischen Kolonie und Kolonie. Die Pioniere, die nach Westen vordrangen, brachten Gut der älteren Zivilisation mit und verpflanzten gemeinsam ererbte Traditionen auf den neuen Boden. Viele, die nach Westen ausgezogen waren, kehrten nach dem Osten zurück und erregten mit ihren Berichten die Phantasie der Zuhausgebliebenen. Männer aus dem Westen erhoben ihre Stimme in der politischen Debatte und bekämpften das träge Festhalten an althergebrachter Sitte. Noch wichtiger war, dass jeder, der aus einer altansässigen Kolonie kam, im Grenzland eine neue Heimstatt finden konnte. Das machte es der Obrigkeit in den älteren Niederlassungen so gut wie unmöglich, Fortschritt und Wechsel ernstlich zu behindern. So sahen sich die herrschenden Schichten der Küstengebiete unter dem Druck des Volkes immer wieder dazu gezwungen, das politische Leben und die Verteilung von Neuland freiheitlicher zu gestalten und freiere Religionsausübung zuzulassen, wollten sie nicht eine Massenauswanderung zur Grenzregion in Kauf nehmen. Für satte Selbstzufriedenheit hatte man wenig Verständnis in der kraftvoll-jugendlichen Gesellschaft eines aufstrebenden Landes: der Zug nach den Hügeln im Westen blieb für die künftige Geschichte ganz Amerikas von unerhörter Bedeutung.



Harvard, die älteste Universität Nordamerikas, 1636 in Massachusetts gegründet, ist auch heute noch eine der bedeutendsten wissenschaftlichen Anstalten des Landes.

Das Trocknen und Fermentieren des Tabaks, des wichtigsten Farmprodukts des Südens. Nach dem ältesten bekannten Bild einer amerikanischen Tabakfabrik.



Nicht minder wichtig für die Zukunft wurden die Grundlagen, die in der Kolonialperiode für das Schulwesen und das Geistesleben Amerikas gelegt wurden. Im Jahre 1636 wurde in Massachusetts das *Harvard College* gegründet. Gegen Ende des siebzehnten Jahrhunderts folgte das *William and Mary College* in Virginia, und ein paar Jahre später sorgte Connecticut durch Gesetz für die Gründung der Yale-Universität. Als erziehungsgeschichtlich bedeutsamste Erscheinung jedoch muss die Ausbildung eines öffentlichen Schulsystems in Amerika gewertet werden, wofür Neu-England besonders hohe Verdienste in Anspruch nehmen kann. Um alle Hilfsquellen der Gemeinschaft für Erziehung und Unterricht nutzbar zu machen, schlossen sich dort die Siedler zu einem genossenschaftlichen Verband zusammen und setzten zuerst 1647 in Massachusetts-Bai den gesetzlichen Grundschulzwang durch. Ähnliche Gesetze folgten in allen Neu-England-Kolonien mit Ausnahme von Rhode Island.

Im Süden lagen die Farmen und Pflanzungen so weit auseinander, dass öffentliche Schulen, wie sie die geschlosseneren Siedlungen besassen, nicht zu unterhalten waren. Manchmal taten sich die Pflanzer mit ihren nächsten Nachbarn zusammen und verpflichteten Privatlehrer, die alle Kinder im Umkreis unterrichten mussten. Oft wurden die Kinder auch nach England in die Schule geschickt. In den dichter besiedelten Gebieten gelang es gelegentlich, Schulen für die weitere Nachbarschaft zu organisieren, doch musste in der Regel jeder Pflanzer Kosten und Verantwortung für die Anstellung der Lehrer selbst übernehmen. In ärmeren Familien mussten eben die Eltern selbst ihre Kinder in den Grundlagen unterweisen.

In den Kolonien des zentralen Siedlungsgürtels gab es grosse Unterschiede zwischen Schule und Schule. New York zum Beispiel hatte sich so dem Drang nach Fortschritt im Materiellen verschrieben, dass für das Geistesleben wenig Aufmerksamkeit übrig blieb. So stand es an Kultur Neu-England und den anderen Kolonien der Mitte beträchtlich nach. Seine Schulen waren schlecht, die Reicheren mussten Erzieher für ihre Kinder ins Haus nehmen. Die Mehrheit der Kinder genoss überhaupt keinen angemessenen öffentlichen Schulunterricht. Die Regierung seiner Majestät, des englischen Königs, machte zwar gelegentlich Anstrengungen, öffentliche Lehranstalten einzurichten, aber erst um die Mitte des achtzehnten Jahrhunderts wurden das *New Jersey College* in Princeton, *King's College* (die jetzige Columbia-Universität) und *Queen's College* (Rutgers) gegründet.

Pennsylvania dagegen war im Erziehungswesen unter allen Kolonien eine der tatkräftigsten. Seine erste Schule wurde 1683 eröffnet und hatte Lesen, Schreiben und kaufmännisches Rechnen im Lehrplan. Später sorgte jede Quäkergemeinde auf die eine oder andere Weise für Elementarunterricht. Fortgeschrittene konnten klassische Sprachen, Geschichte und Literatur in einer öffentlichen Quäkerschule studieren, die unter dem Namen *William Penn Charter School* heute noch in Philadelphia existiert. (Arme Kinder hatten den Unterricht frei, vermögende Eltern mussten Schulgeld bezahlen.) Philadelphia hatte auch viele an keine Religionsgemeinschaft gebundene Privatschulen, in denen Sprachen, Mathematik und Naturwissenschaft gelehrt wurden; für Erwachsene gab es Abendschulen. Auch die Mädchenerziehung wurde nicht ganz ausser acht gelassen: Privatlehrer unterrichteten die Töchter wohlhabender Bürger Philadelphias in Französisch, Musik, Tanz, Malerei, Gesang und Grammatik, manchmal sogar in der Buchführung.

Der geistige und kulturelle Vorsprung Pennsylvanias ist in hohem Masse dem Einfluss zweier bedeutender Persönlichkeiten zu verdanken. Der eine, James Logan, Sekretär der Kolonie, besass eine ausgesuchte Bücherei, in der der junge Benjamin Franklin die letzten wissenschaftlichen Werke seiner Zeit finden konnte. 1745 liess Logan für seine Sammlung eine Bibliothek erbauen und vermachte sie samt den Büchern der Stadt Philadelphia. Franklin selbst jedoch hat mehr als irgendein anderer Bürger der Stadt das geistige Leben Philadelphias angeregt. Er wirkte wesentlich an der Schöpfung von Einrichtungen mit, die über Philadelphia hinaus das kulturelle Leben aller Kolonien dauernd befruchten sollten. So rief er den "Junto"-Klub ins Leben, aus dem im Laufe der Zeit die Amerikanische Philosophische Gesellschaft hervorgehen sollte. Ähnlich war es seinen Bemühungen zu danken, dass eine öffentliche Akademie gegründet wurde, die sich später zur Universität von Pennsylvania entwickelte. Auch eine weithin wirkende Buchgemeinde, die er selbst "die Mutter aller nordamerikanischen Buchgemeinden" genannt hat, entstand als Frucht seiner Arbeit im Weinberg der Wissenschaft.

Wissensdurst hielt sich nicht an die Grenzen altansässiger Kolonien. Die zähen, abgehärteten schottischen Iren in den Randgebieten, mochten sie auch in primitiven Hütten hausen, wollten trotzdem nicht ganz in Unwissenheit versinken. In tiefem Glauben an den Wert der Bildung machten sie grosse Anstrengungen, studierte Geistliche in ihre Siedlungen zu ziehen. Auch Laien sollten ihre geistigen Fähigkeiten nach Möglichkeit entwickeln.

Im Süden fanden die Pflanzer meist nur über das Buch Zugang zur Welt der Kultur. Werke aus England über Geschichte, Natur- und Rechtswissenschaft und viele andere Gebiete, auch griechische und römische Klassiker, wanderten von Pflanzer zu Pflanzer. In Charleston entstand im Jahre 1700 eine Landesbibliothek. Musik, Malerei und Theater fanden Liebhaber. Schauspieler hatten sogar eine besondere Zuneigung für Charleston, das sie wie keine andere Stadt in den Kolonien herzlich aufzunehmen gewohnt war.

Die ersten Einwanderer nach Neu-England brachten eigene kleine Bibliotheken mit und vergrösserten sie langsam durch dauernde Einfuhr von Büchern aus London. Die Puritaner hatten zwar einen fast unstillbaren Hunger nach religiösen Schriften, lasen aber auch weltliche Literatur. Schon um 1680 war der Buchhandel in Boston ein einträgliches Geschäft; klassische Literatur, Geschichtswerke, politische, philosophische, naturwissenschaftliche Bücher, theologische Schriften, Predigtsammlungen und schöne Literatur fanden steigenden Absatz.

Die Stadt Cambridge in Massachusetts konnte sich schon früh einer Druckerpresse rühmen; im Jahre 1704 erschien Bostons erste über die Anfänge hinaus erfolgreiche Zeitung. Weitere Zeitungen folgten in Neu-England und anderswo. New York zum Beispiel wurde Zeuge eines der



Ein Kirchenältester in Neu-England bei einer Busspredigt vor Zechbrüdern. Lustigkeit und Vergnügungen jeder Art galten bei den sittenstrengen Puritanern als Sünde.

bedeutsamsten Ereignisse in der Geschichte der amerikanischen Presse, des Rechtsstreits um Peter Zenger, dessen Wochenschrift *New York Weekly Journal* vom Gründungsjahr 1733 an der Opposition als Sprachrohr gegen die Regierung gedient hatte. Zwei Jahre lang liess sich der Gouverneur der Kolonie Zengers spitze Ironie gefallen; dann liess er ihn wegen Verleumdung hinter spanische Gardinen setzen. Der Prozess dauerte neun Monate und wurde überall in den Kolonien mit grösster Aufmerksamkeit verfolgt. Zenger aber gab sein Blatt unverdrossen von seiner Zelle aus heraus. Sein Verteidiger, der bedeutende Anwalt Andrew Hamilton, versuchte nachzuweisen, dass Zenger die Wahrheit gedruckt habe und dass daher keine Verleumdung im eigentlichen Sinne vorläge. Das Geschworenengericht fand Zenger unschuldig und setzte ihn auf freien Fuss. Das Urteil hatte weitreichende Folgen für Kolonial-Amerika und für das Amerika der Zukunft, denn es wies in bedeutsamer Weise den Weg zum endlichen Sieg der Pressefreiheit.

Schriftstellerische Tätigkeit in den Kolonien war im wesentlichen auf Neu-England beschränkt. Hier lag das Hauptgewicht auf religiösen Themen — es kamen mehr Predigten aus der Druckpresse als alle anderen Buchgattungen zusammengenommen. Cotton Mather, bekannt für seine Drohpredigten von Hölle und Schwefel, schrieb allein rund vierhundert Bücher; sein Meisterwerk *Magnalia Christi Americana* war so umfangreich, dass es in London gedruckt werden musste. Fleiss und Pedanterie gaben sich ein Stelldichein auf den zahlreichen Seiten dieses Wälzers, und die bunten Bilder der Geschichte Neu-Englands erscheinen durch ein tiefsitzendes Vorurteil entstellt. Die weiteste Verbreitung fand das Epos *The Day of Doom* — Der Jüngste Tag —, aus der Feder des ehrwürdigen Pfarrers Michael Wigglesworth, aus dem die Schwefelflammen des Jüngsten Gerichts dem Leser schreckerregend ins Gesicht fuhren . . .

Eine auffällige Seite in der Entwicklung der Kolonien war zu allen Zeiten der verhältnismässig schwache Einfluss, der von der englischen Regierung ausging. In den Jahren frühen Wachstums, da die Kolonien noch leicht beeinflussbar gewesen wären, war die Entwicklung allein vom Zusammenspiel von freiem Wunsch und Willen und harter Wirklichkeit örtlicher Umstände bestimmt gewesen. Die Regierung in England hatte unmittelbar keinen Anteil an der Gründung der Kolonien — nur Georgia bildete eine Ausnahme — und erst ganz allmählich schaltete sie sich lenkend in ihre Politik ein. Der König hatte zwar seine unmittelbaren Hoheitsrechte über die Siedlungen der Neuen Welt auf Aktiengesellschaften und Grundherren übertragen; das bedeutete natürlich nicht, dass die Kolonisten in Amerika herrschaftlichen Einflüssen von aussen ganz oder zum Teil entgingen. In den Freibriefen Virginias und Massachusetts-Bais zum Beispiel war die volle Regierungsgewalt den einzelnen Siedlungsgesellschaften mit Sitz in England übertragen worden. Die Bevölkerung Amerikas war also nicht mehr an der Regierung beteiligt, als wenn der König selbst absolut geherrscht hätte.

Trotzdem wurden auf die eine oder andere Weise Breschen in die ausschliessliche Herrschaft vom Mutterland aus geschlagen. Der erste Schritt in dieser Richtung war eine Entscheidung der *London (Virginia) Company*, die es den Virginia-Kolonisten gestattete, eigene Vertreter in die Regierung zu entsenden. Nach im Jahre 1619 ergangenen Anweisungen der Gesellschaft an den von ihr ernannten Gouverneur sollten die freien Bewohner der Pflanzungen Vertreter wählen, um im Verein mit dem Gouverneur und einem zu ernennenden "Rat" Verordnungen zum Wohle der Kolonie zu erlassen.

Diese Anordnung war folgenschwer wie kaum ein anderes Ereignis in der Geschichte der Kolonien, denn von nun an stand das Recht der Kolonisten auf Beteiligung an ihrer eigenen Regierung allgemein fest. In den meisten Fällen legte fortan der englische König bei Landzuweisungen urkundlich fest, dass die freien Bürger einer Kolonie in ihrer eigenen Gesetzgebung mitreden sollten. So sahen die Freibriefe, die Cecil Calvert für Maryland, William Penn für Pennsylvania und den Eigentümern der beiden Carolina-Kolonien und New Jerseys ausgestellt worden waren, ausdrücklich vor, dass Gesetze der "Zustimmung der freien Bürger" bedurften. Nur in zwei Dokumenten fehlte die Selbstverwaltungsklausel, und zwar im Freibrief New Yorks, mit dem der Bruder Karls II., der Herzog von York (der spätere König Jakob II.), beliehen worden war, und im Freibrief Georgias, das an eine Gruppe von "Treuhändern" vergeben worden war. Ihre Sonderstellung war jedoch von kurzer Dauer, denn in beiden Kolonien bestanden die Siedler so nachdrücklich darauf, in der Gesetzgebung



Eine Küche der Kolonialzeit, *Metropolitan Museum of Art*, New York. Die Amerikanische Abteilung des Museums und ihre mit Originalmöbeln ausgestatteten Räume werden alljährlich von Tausenden von Besuchern besichtigt.

vertreten zu sein, dass die Behörden es bald für klug hielten, nachzugeben.

Zunächst allerdings war das Recht der Kolonisten auf Vertretung in der Gesetzgebung von begrenzter Bedeutung; am Ende jedoch erwies es sich als Sprungbrett zu fast unumschränkter Herrschaft der Siedler. Es gelang den Versammlungen ihrer gewählten Vertreter, ein Höchstmass an Kontrolle über die Finanzen an sich zu reissen und politisch auszunutzen. In einer Kolonie nach der anderen galt binnen kurzem der Grundsatz, dass ohne Zustimmung der gewählten Vertreter des Volkes weder Steuern erhoben noch Einkünfte aus Steuern ausgegeben werden durften, selbst nicht für die Gehälter des Gouverneurs und anderer von oben herab ernannter Beamter. So konnten Gouverneure und andere Kolonialbeamte, die nicht im Einklang mit der Volksversammlung zu handeln bereit waren, durch Verweigerung von Mitteln für lebenswichtige Regierungsfunktionen zum Nachgeben gezwungen werden. Es konnte geschehen, dass eigenwilligen Gouverneuren überhaupt kein Gehalt oder etwa nur ein Penny bewilligt wurde. Solche Drohungen lehrten die Herren rasch, sich dem Volkswillen zu fügen.

In keiner Kolonie bestand Jahre hindurch grössere Selbstverwaltung als in denen Neu-Englands. Wenn die puritanischen "Pilger" sich in Virginia niedergelassen hätten, wären sie unter die Botmässigkeit der *London (Virginia) Company* gekommen. In ihrer eigenen Kolonie New Plymouth jedoch waren sie keiner fremden Regierungsgewalt untertan und schufen sich so eine eigene politische Organisation. Schon an Bord der "Mayflower" hatten sie als Grundsatz ihres künftigen Staates den "Mayflower-Vertrag" geschlossen, in dem sie es unternahmen, sich "zwecks besserer Ordnung und zur Selbsterhaltung in einer bürgerlich-staatlichen Genossenschaft *(civil body politic)* zusammenzuschliessen . . . und auf solcher Grundlage gerechte und gleiche Gesetze, Verordnungen, Verfügungen, Verfassungsbestimmungen und Ämter zu schaffen, zu formen und in Kraft zu setzen . . . wie sie für das gemeine Wohl der Kolonie am meisten angemessen und geeignet erachtet werden würden." . . . Obwohl die "Pilger" so ohne eigentlichen Rechtstitel aus eigener Kraft und Verantwortung ein System der Selbstverwaltung einführten, wurde ihr Werk nicht angefochten; die Siedler von Plymouth vermochten kraft des "Mayflower-Vertrages", viele Jahre hindurch ohne Einmischung oder Lenkung von aussen ihre Angelegenheiten selbständig zu ordnen.

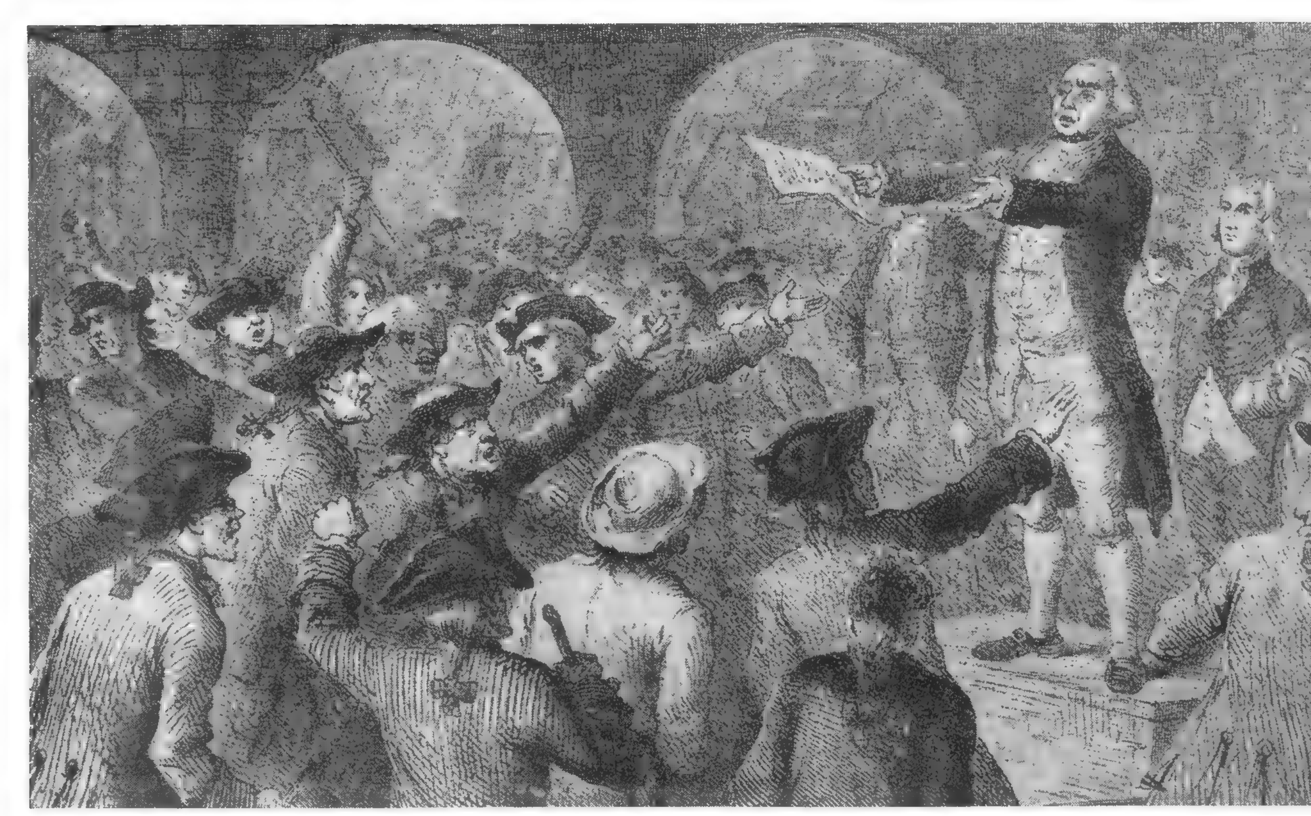
In Massachusetts, wo die Regierungsgewalt der *Massachusetts Bay Company* übertragen worden war, entwickelten sich ähnliche Verhältnisse. Die Gesellschaft verlegte ihren Sitz nach Amerika und nahm den Freibrief mit, sodass die volle Amtsgewalt in den Händen von Männern lag, die in der Kolonie selbst ansässig waren. Anfangs versuchten die Gründungsmitglieder der Gesellschaft, die ungefähr zwölf an Zahl nach Amerika gekommen waren, selbstherrlich zu regieren. Bald aber verlangten die andern Kolonisten das Recht, die gemeinsamen Angelegenheiten mitzubestimmen, und drohten mit Massenauswanderung in andere Gebiete, falls ihren Forderungen nicht entsprochen würde. Die Mitglieder der Gesellschaft wichen dieser Drohung; die Regierungsgewalt ging auf gewählte Vertreter über. New Haven, Rhode Island und Connecticut, späteren Neu-England-Gründungen, glückte es ebenfalls, zur Selbstverwaltung zu kommen. Sie behaupteten kühn, keiner Regierungsgewalt zu unterstehen, und ordneten ihren Staat nach dem Vorbild der "Pilger" von New Plymouth.

Eine so weitgehende Selbstverwaltung musste den Widerstand der britischen Behörden herausfordern. Der Freibrief Massachusetts' wurde gerichtlich angefochten und 1684 für nichtig erklärt. Danach kamen auch die übrigen Kolonien Neu-Englands unter die Gewalt der Krone; von oben herab eingesetzte Gouverneure erhielten uneingeschränkte Regierungsvollmachten. Die Kolonisten stemmten sich nachdrücklich gegen diesen Wechsel zum Schlechteren und vertrieben ihre Gouverneure, als die Revolution von 1688 und der Sturz Jakobs II. die erwünschte Gelegenheit brachten. Rhode Island und Connecticut, das jetzt auch New Haven einschloss, gewannen die ursprüngliche Unabhängigkeit für alle Zukunft zurück. Massachusetts hingegen wurde bald wieder der königlichen Oberhoheit unterworfen, doch waren die Siedler jetzt an der Regierung beteiligt. Diese "Beteiligung" konnte nach dem Vorbild anderer Kolonien allmählich zur Selbstverwaltung erweitert werden; wieder konnte die Gewalt über die Finanzen als wichtigster Hebel dazu angesetzt werden. Die Gouverneure aber wurden immer wieder angewiesen, die Kolonisten mit Gewalt unter eine den englischen Gesamtinteressen dienende Politik zu beugen. Gleichzeitig nahm der englische Geheime Kronrat (*Privy Council*) das Revisionsrecht über die Gesetzgebung der Kolonien in Anspruch. Die Kolonisten bewiesen jedoch immer, wenn grundlegende Interessen auf dem Spiele standen, grosses Geschick in der Umgehung dieser einschränkenden Instanzen.

Wo es ihnen vorteilhaft erschien, machten es die Kolonisten auch fast immer möglich, sich der britischen Vormundschaft über ihre Beziehungen zum Ausland zu entziehen. Von 1651 an erliess die englische Regierung in Abständen Gesetze zur Ordnung gewisser Probleme des allgemeinen Wirtschafts- und Handelslebens in den Kolonien. Einige Gesetze nützten Amerika, die Mehrzahl aber diente dem Vorteil Englands zum Schaden der amerikanischen Kolonien. Die besonders nachteiligen Bestimmungen wurden in der Regel von den Kolonisten ignoriert. Gelegentlich ermannte sich die britische Regierung und versuchte, ihren Gesetzen Achtung zu verschaffen; doch die Versuche waren nicht von Dauer; die britische Politik kehrte zum Glück der Kolonisten bald wieder zum alten Schlendrian zurück.

Das weitreichende Ausmass politischer Selbständigkeit der Kolonien förderte eine natürliche Tendenz, sich von England fortzuentwickeln und charakteristisch "Britisches" immer stärker durch "Amerikanisches" zu ersetzen. Diese Entwicklung gewann an Tiefe durch die gleichzeitige Verschmelzung mit anderen Volksgruppen und -kulturen. Die folgende lebendige Schilderung aus der Feder des scharfsinnigen französischen Agrariers J. Hector St. John Crèvecoeur zeigt anschaulich, wie aus solcher Verschmelzung eine neue Nation hervorwuchs. "Worin besteht denn nun eigentlich diese neue Gattung Mensch, der Amerikaner?" fragt er 1782 in seinen "Briefen eines amerikanischen Farmers." "Er ist entweder Europäer oder Nachkomme eines Europäers; daher die einzigartige Mischung . . . wie sie in keinem andern Lande zu finden ist . . . Ich könnte euch eine Familie zeigen, in der der Grossvater Engländer, die Grossmutter Holländerin gewesen war, deren Sohn eine Französin zur Frau genommen hatte und deren vier Söhne nun wiederum Frauen von vier verschiedenen Nationalitäten geheiratet haben. Amerikaner ist, wer überkommene Gewohnheiten und Vorurteile hinter sich gelassen hat und neue annimmt mit der neuen Lebensform, der er sich ergeben hat, mit der neuen Regierung, der er gehorcht, und der neuen Stellung, die er einnimmt . . ."

II. KAPITEL



Bostoner Bürger auf der grossen *Tea Party* von 1773. Sie protestierten gegen das neue Teegesetz, durch das der *East India Company* ein Monopol auf Einfuhr und Absatz des Tees in ganz Amerika verliehen wurde.

Der Weg zur Unabhängigkeit

"Wir halten diese Wahrheiten für unmittelbar einleuchtend: dass alle Menschen gleich geschaffen sind; dass sie von ihrem Schöpfer mit gewissen unveräusserlichen Rechten ausgestattet sind, so mit Leben, Freiheit und dem Streben nach Glück."

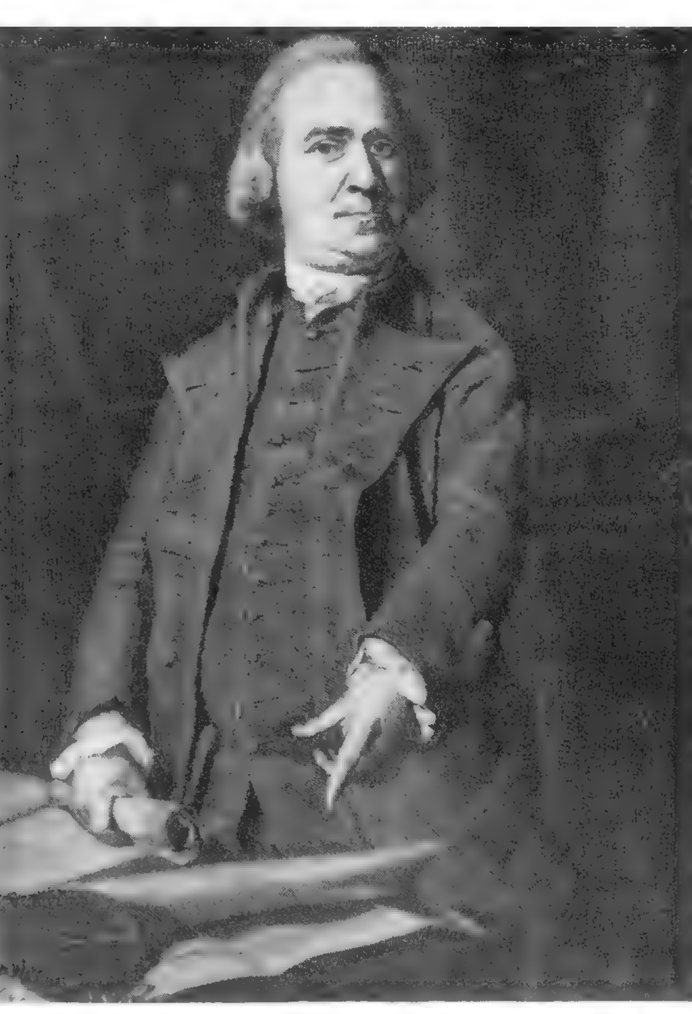
— UNABHÄNGIGKEITSERKLÄRUNG, 4. JULI 1776.

John Adams, der zweite Präsident der Vereinigten Staaten, hatte das Glück, ein Alter zu erreichen, da man mit Reife und philosophischem Abstand auf die Taten der Mannesjahre zurückzublicken liebt. Aus einer solchen Stimmung seiner späteren Lebenszeit ist ein Brief erhalten, in dem er erklärte, dass die Geschichte der amerikanischen Revolution bereits mit dem Jahre 1620 angefangen habe. "Die Revolution", schrieb er, "war Wirklichkeit, noch bevor der Krieg begonnen hatte. Die Revolution lebte im Geist und im Herzen des Volkes." Die Grundsätze und Gefühle, die die Amerikaner zum Aufstand getrieben hatten, müsse man durch "zwei Jahrhunderte zurückverfolgen und in der Geschichte des Landes, von der ersten amerikanischen Pflanzung an, suchen."

Dass sich die Wege Englands und Amerikas einmal scheiden würden, wurde jedoch in Wirklichkeit erst nach 1763 offenbar. Um jene Zeit waren gute hundertfünfzig Jahre seit Gründung der ersten Niederlassung, Jamestown in Virginia, vergangen; die verschiedenen Kolonien waren in Wirtschaft und Kultur reifer geworden, fast alle hatten lange Jahre der Selbstverwaltung hinter sich, ihre Bevölkerung war seit 1700 von 250 000 auf insgesamt 1 500 000 gestiegen.

Was dieses äussere Wachstum der Kolonien bedeutete, lässt sich jedoch nicht in Zahlen ausdrücken. Im 18. Jahrhundert hatte sich, dank des Einwandererstromes aus Europa, das Siedlungsgebiet ausgedehnt, und da der beste Boden nahe der Küste bereits vergeben war, hatten die Kolonisten, die später gelandet waren, über jene Linie hinaus ins Innere vordringen müssen, wo die Flüsse aus dem Hügelland in die Ebene hinaustreten. Händler erkundeten das Hinterland und bewogen durch ihre Berichte von fruchtbaren Tälern im Westen tatkräftige Farmer, die besseres oder billigeres Land suchten, mit ihren Familien in die Wildnis zu ziehen und dort auf gottverlassenen Lichtungen ihre Blockhütten zu zimmern. Sie mussten vielen Unbilden trotzen: der Erfolg aber lohnte die Mühen reichlich, denn immer mehr Kolonisten kamen nach, und bald bevölkerten die Pioniere, in vollem Vertrauen auf die eigene Kraft, die Täler des Hinterlands. Im dritten Jahrzehnt des Jahrhunderts waren die Männer der *frontier* mit ihren Familien bereits über die Grenzen Pennsylvanias hinaus in das Shenandoahtal vorgedrungen; andere Flussläufe wiesen den Weg nach einem noch ferneren Lande: dem "Westen".

Bis zum Jahre 1763 hatte Grossbritannien in seinen Kolonien keine konsequent imperialistische Politik getrieben. Die englische Krone hatte sich im wesentlichen von dem merkantilistischen Gesichtspunkt leiten lassen, dass Kolonien das Mutterland mit Rohstoffen zu versorgen hätten, aber nicht durch eigene Industrien mit ihm in



Samuel Adams, einer der leidenschaftlichsten Vorkämpfer der Revolution, der sein ganzes Leben dem Kampf für die volle Unabhängigkeit der Kolonien gewidmet hatte.

Wettbewerb treten dürften. Dieses Prinzip war nicht sehr strikt angewandt worden; die Kolonien hatten sich nie nur für Teile eines in sich geschlossenen Ganzen angesehen, sondern sich hauptsächlich als bürgerliche Gemeinwesen oder Staaten, ungefähr nach dem Muster Englands, betrachtet und waren nur lose mit den Behörden in London verbunden. Von Zeit zu Zeit hatten sich die Gemüter in England erregt, und Parlament oder Krone hatten sich bemüht, die Kolonien wirtschaftlich und politisch dem Willen und den Interessen Englands stärker unterzuordnen. Die grosse Mehrheit der Kolonisten aber hatte sich dagegen aufgelehnt, und der Gedanke an die dreitausend Seemeilen zwischen ihnen und dem Mutterland hatte die Angst vor Strafe für solchen Ungehorsam nicht recht aufkommen lassen.

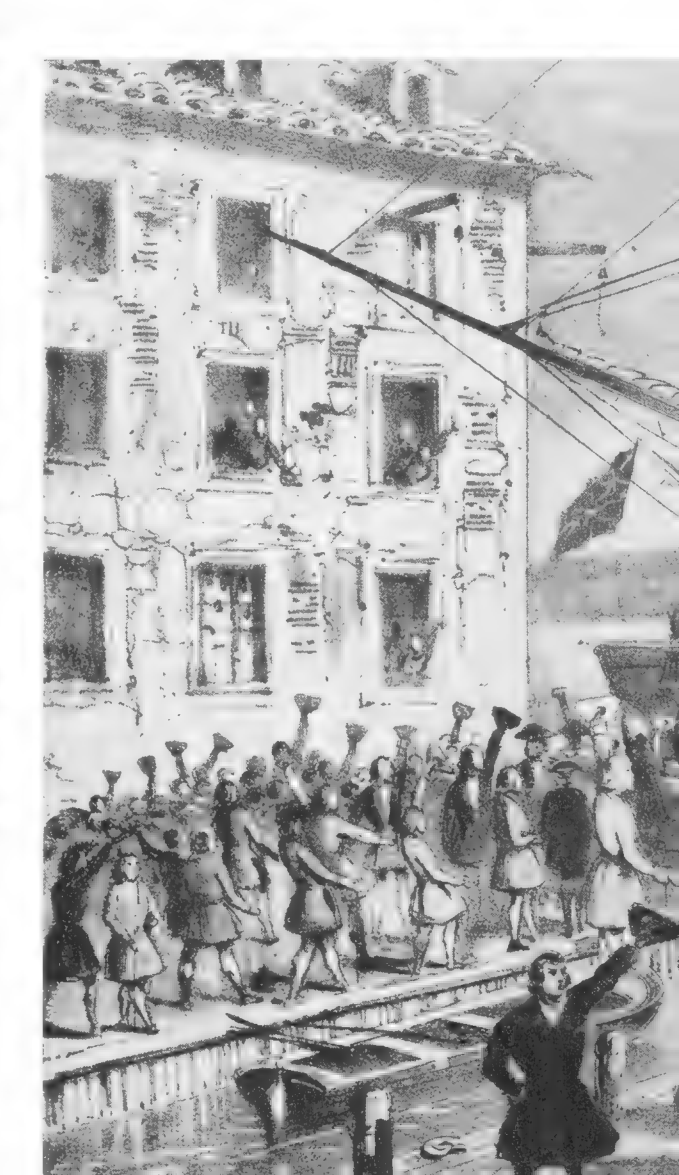
Die politische Ruhe und Sicherheit, die die grosse Entfernung von England den Kolonisten garantiert hatte, wurde durch das Leben in der amerikanischen Wildnis noch weiter verstärkt. Sie waren aus vorwiegend landwirtschaftlichen Gebieten mit beschränktem Raum und aus bevölkerten Städten in ein grenzenloses, weites Gebiet mit dichten Wäldern und grossen Flüssen gekommen. Männer und Frauen, die in Städten oder Dörfern aufgewachsen waren, hatten in der Neuen Welt ein in der Gemeinschaft verankertes Leben mit einem Dasein vertauschen müssen, in dem der Einzelne fast ganz auf sich selbst gestellt war. So war alles in ihrer neuen Umgebung dazu angetan, die Siedler die Macht der britischen Regierung vergessen zu lassen. Es war allerdings auch keine Notwendigheit dafür vorhanden; die politische Ordnung in den Kolonien ruhte zwar auf den gleichen Grundlagen wie in England, aber die tausenderlei Gesetze, die aus den Notwendigkeiten der hochentwickelten englischen Gesellschaft herausgewachsen waren, verloren in den spärlich besiedelten Wäldern der Neuen Welt Bedeutung und Nutzen. Die Kolonisten mussten sie abschaffen und neue Gesetze an ihre Stelle setzen, und da sie von der Regierung wenig zu fürchten hatten und meist auch ohne sie fertig wurden, lernten sie, das Heft selbst in die Hand zu nehmen und allen Zwang zu hassen, und waren "geneigt, zu tun und zu lassen, was ihnen beliebte."

Von allem Anfang an konnten sie hier von der ererbten Überlieferung von dem langen Kampf des Engländers um die politische Freiheit grossen Nutzen ziehen. Die Ideen, die in diesem Kampf herausgearbeitet worden waren, fanden ihren formellen Niederschlag im ersten Freibrief für Virginia, kraft dessen die Kolonisten die gleichen Freiheiten, Vorteile und Rechtsgarantien geniessen sollten, "als wenn sie in diesem Unserem Englischen Reiche wohnten und geboren wären", d.h. die *Magna Carta* und das englische "Gemeine Recht" *(Common Law)* sollten auch ihnen zugute kommen. Zu Beginn der Gründungszeit konnten sie ihre angestammten Rechte durchsetzen, weil die Krone willkürlich den Standpunkt vertrat, dass die Kolonisten der Kontrolle des Parlaments nicht unterworfen seien, und in den Jahren, die folgten, hatten die englischen Könige zu ausschliesslich mit Kämpfen im Inneren Englands zu tun — Kämpfen, die ihren Höhepunkt in der Revolution der Puritaner fanden —, um sich um die Kolonien zu kümmern. Ehe sich das Parlament damit befassen konnte, sie unter einer einheitlichen Reichspolitik zusammenzufassen, waren die Kolonien zu stark geworden und hatten sich in ihrer eigenen Weise entwickelt.

Von dem Augenblick an, da sie den neuen Erdteil betreten hatten, lebten die Kolonisten dem englischen Gesetz und der englischen Verfassung gemäss. Sie besassen gesetzgebende Versammlungen und auf Volksvertretung beruhende Regierungen und genossen die persönliche Freiheit, die das *Common Law* garantierte. Aber die Gesetzgebung wandelte sich immer stärker nach amerikanischen Gesichtspunkten, und englisches Verfahren und Beispiel traten mehr und mehr in den Hintergrund. Die Befreiung der Kolonien von tatsächlicher englischer Überwachung jedoch wurde nicht kampflos erreicht: die Kolonialgeschichte berichtet von unzähligen Auseinandersetzungen zwischen den gewählten Volksvertretungen und den Gouverneuren, meist vom englischen König eingesetzten Beamten, die für die Kolonisten den gefährlichen Geist des Vorrechts verkörperten und ihnen stets als Bedrohung ihrer Freiheiten vor Augen standen. Oft konnten die Kolonisten diesen Statthaltern des Königs die Macht aus der Hand winden, denn in der Regel hatten die Gouverneure "nur das Auskommen, das ihnen die Versammlungen zubilligten." Auf Anweisung des Königs spielten die Gouverneure gelegentlich einflussreichen Siedlern Land oder vorteilhafte Positionen in die Hände, um ihre Unterstützung für die Pläne und Absichten der Krone zu gewinnen; waren solche Kolonialbeamte aber ihrer Einkünfte erst einmal sicher, dann vertraten sie gewöhnlich die Interessen der Kolonie genau wie zuvor.

In den immer wiederkehrenden Zusammenstössen zwischen dem Gouverneur, dem Sinnbild des monarchischen Prinzips und eines von aussen her einwirkenden herrschaftlichen Zwangs, und der Volksvertretung, dem Symbol regionaler Unabhängigkeit und des demokratischen Prinzips, erwachte und schärfte sich der Sinn der Kolonisten für die Kluft zwischen englischen und amerikanischen Interessen. Im Laufe der Zeit übernahmen die Versammlungen in steigendem Masse die Funktionen der Gouverneure und ihrer Räte, zu denen Kolonisten aus Anerkennung für blinden Gehorsam gegen den König und seine Politik bestellt worden waren, und das Schwergewicht der Kolonialverwaltung verlagerte sich allmählich von London nach den Hauptstädten der amerikanischen Provinzen. Kurz nach 1770 aber wurde ein Versuch gemacht, dieses Verhältnis der Kolonien zum Mutterland von Grund auf zu ändern. Die Hauptursache für diesen Wechsel lag in der endgültigen Ausschaltung der Franzosen aus der Herrschaft über den nordamerikanischen Kontinent.

Während die Briten längs der Atlantikküste schmucke Farmen, ausgedehnte Pflanzungen und betriebsame Städte angelegt hatten, hatten die Franzosen im Sankt-Lorenz-Tal im Osten Kanadas Kolonien eines anderen Typus gegründet. Sie hatten Forschungsreisende, Missionare und Pelzhändler, aber nur wenige Siedler über das Wasser geschickt und neben dem Sankt-Lorenz- auch vom Mississippital Besitz ergriffen. Durch eine Kette von Forts und Handelsposten hatten sie sich langsam ein Kolonialreich abgesteckt, das sich halbmondförmig von Quebec im Nordosten bis nach New Orleans im Süden erstreckte und die Engländer auf den schmalen Raum östlich der Appalachen einengte.



Die Briten aber hatten sich schon lange gegen solche "französischen Übergriffe" gewehrt. Seit 1613 war es zwischen französischen und englischen Kolonisten zu Zusammenstössen gekommen, die sich zu regelrechten Kriegen entwickelten und auf amerikanischem Boden das Auf und Ab des weltpolitischen Konflikts zwischen England und Frankreich widerspiegelten. 1689-1697 wurde im "König-Wilhelm-Krieg" *(King William's War)* die amerikanische Phase des Pfälzischen Krieges ausgefochten; der "Königin-Anna-Krieg" *(Queen Anne's War,* 1701-1713) entsprach dem Spanischen Erbfolgekrieg, der "König-Georg-Krieg" *(King George's War.* 1744-1748) dem Österreichischen Erbfolgekrieg. Obwohl England aus diesen Kriegen mit gewissen Erfolgen hervorgegangen war, war eine endgültige Entscheidung ausgeblieben; Frankreich hatte seine starke Position auf dem amerikanischen Kontinent behaupten können.

Zwischen 1750 und 1760 trat der Konflikt in seine Endphase ein. Nach dem Aachener Frieden von 1748 hatten die Franzosen ihre Stellung im Mississippital verstärkt. und zu gleicher Zeit hatte sich die Wanderungsbewegung englischer Kolonisten über die Alleghanies beschleunigt. Dieses Wettrennen um das gleiche Gebiet hatte 1754 zu einem bewaffneten Zusammenstoss geführt. an dem Bürgerwehren Virginias unter dem zweiundzwanzigjährigen George Washington und — auf französischer Seite — eine Abteilung regulärer Truppen beteiligt waren. So begann der "Französisch-Indianische Krieg", in dem die Engländer mit den ihnen verbündeten Indianern gegen die Franzosen und deren eigene indianische Bundesgenossen kämpften; er sollte für alle Zukunft darüber entscheiden. ob die Franzosen oder die Engländer Nordamerika beherrschen würden.

Damals — wie nie zuvor — brauchten die britischen Kolonien jene Tatkraft, die Einigkeit verleiht. denn nicht nur das britische Empire, sondern die amerikanischen Kolonisten selbst waren durch die Stellung Frankreichs unmittelbar bedroht: die Franzosen im Mississippital hätten dem Vordringen amerikanischer Siedler nach Westen Halt gebieten und damit die Quelle kolonialer Stärke und kolonialen Gedeihens versiegen lassen können. Überdies hatte sich die französische Herrschaft über Kanada und Louisiana nicht nur gefestigt, sondern auch an Ansehen bei den Indianern gewonnen; sogar die Irokesen, die traditionellen Bundesgenossen der Engländer, wurden ihren alten Freunden abspenstig gemacht. Jeder britische Siedler, der Erfahrung mit den Indianern hatte, wusste. dass in einem erneuten Krieg nur drastische Massnahmen eine Katastrophe würden abwenden können.

In diesem kritischen Augenblick wies das britische Handelsministerium. das über die langsame Verschlechterung der Beziehungen zu den Indianern auf dem laufenden gehalten worden war, den Gouverneur von New York und Bevollmächtigte der anderen Kolonien an, die Irokesenhäuptlinge zu gemeinsamen Vertragsverhandlungen einzuladen. Zu diesem Zweck trafen im Juni 1754 Vertreter New Yorks, Pennsylvanias, Marylands und der Neu-England-Kolonien mit den Irokesen in Albany zusammen; die Indianer brachten ihre Beschwerden vor. die Delegierten erkannten sie in ihrem Bericht als zu Recht bestehend an und empfahlen entsprechende Schritte.

Die Versammlungsteilnehmer gingen jedoch weit über ihren ursprünglichen Zweck — die Lösung des Indianerproblems — hinaus. Die an der Zusammenkunft beteiligten Vertreter der Kolonien erklärten. dass ein Zusammenschluss der amerikanischen Kolonien "für ihr Fortbestehen unerlässlich" sei und nahmen den von Benjamin Franklin entworfenen "Bundesplan von Albany" (*Albany Plan of Union*) an. Nach diesem Plan sollte ein vom englischen König eingesetzter Präsident gemeinsam mit einem von den Volksvertretungen der Kolonien gewählten Grossen Delegiertenrat regieren; jede Kolonie sollte dort je nach ihren Beiträgen zum gemeinsamen Staatsschatz vertreten sein, die Regierung alle britischen Interessen im Westen — Verträge mit den Indianern, Handel, Verteidigung und Siedlungswesen — wahrnehmen. Franklins Plan wurde jedoch von keiner der Kolonien angenommen, denn keine wollte das Recht, Steuern zu erheben oder die Entwicklung des Westens zu leiten, einer fremden Körperschaft abtreten.

Der Krieg mit Frankreich wurde von den Kolonien im allgemeinen wenig unterstützt; alle Bemühungen, ein "Pflichtgefühl dem König gegenüber" zu erwecken, blieben erfolglos. Was immer an Hilfe von der einen oder anderen Kolonie kam, war dadurch beeinträchtigt, dass es kein Kriegsziel gab, für das sich zu kämpfen gelohnt hätte; die Kolonisten sahen in dem Krieg nur die imperialistische Auseinandersetzung zwischen Frankreich und England, und es kümmerte sie wenig, dass die britische Regierung Truppen in grosser Zahl nach Amerika senden musste, um Schlachten für die Kolonien zu schlagen. Sie bedauerten es auch keineswegs, dass die englischen "Rotröcke" und nicht die einheimischen Milizen das Lob für den Sieg einheimsten, und sahen nicht ein. weshalb sie nicht weiter Handel treiben sollten — auch wenn es schliesslich auf "Handel mit dem Feind" hinauslief.

Am Ende trugen die Engländer — dank ihrer günstigeren strategischen Position, ihrer überlegenen Marine und ihrer tüchtigeren Führung — auch ohne eine wirkliche Unterstützung durch die Kolonien und trotz anfänglicher Niederlagen einen vollen Sieg davon. Nach achtjährigen Kämpfen fielen ihnen Kanada und das obere Mississippital zu; der Traum von einem französischen Kolonialreich in Nordamerika war ausgeträumt.

Nach dem Triumph über Frankreich — in Amerika, in Indien, in der ganzen kolonialen Welt — musste Grossbritannien den Problemen seines Empires, das es bis dahin vernachlässigt hatte, zu Leibe gehen, denn nun war es notwendig geworden, die weitausgedehnten Besitzungen für die gemeinsame Verteidigung zu organisieren, die widerstreitenden Interessen der verschiedenen Gebiete und Völker miteinander auszusöhnen und die Verwaltungskosten des Kolonialreiches gleichmässiger zu verteilen. In Nordamerika allein hatten sich die britischen Besitzungen um mehr als das Doppelte vergrössert. Dem schmalen Küstenstreifen am Atlantik war ein ungeheures Gebiet, ein wahres Empire — der weite kanadische Raum und das Land zwischen dem Mississippi und den Alleghanies — zugeschlagen worden. Zu einer Bevölkerung, die bisher überwiegend aus englischen Protestanten oder englisch beeinflussten anderen Europäern bestanden hatte, kamen nun französische Katholiken und eine beträchtliche Zahl erst halb christlicher Indianer



Die *Boston Tea Party*. Als Indianer verkleidete Kolonisten bestiegen gewaltsam die Schiffe und warfen den Tee ins Meer, als das Monopol der *East India Company* mit friedlichen, legalen Mitteln nicht mehr zu brechen war.

hinzu. Verteidigung und Verwaltung der neuen Gebiete — von den alten ganz zu schweigen — erforderten riesige Summen Geldes und mehr Menschen. Das "alte Kolonialsystem," das eigentlich überhaupt kein System gewesen war, konnte diesen neuen Anforderungen offenbar nicht mehr genügen. In den kritischen Nöten des Krieges, als ihre Existenz selbst auf dem Spiel gestanden hatte, waren die Kolonisten unter dem alten System nicht zu Mithilfe und Zusammenarbeit zu bringen gewesen. Was also konnte man in Friedenszeiten, ohne Druck von aussen, von ihnen erhoffen?

So stand die Notwendigkeit, das Empire neuzugestalten, den Briten klar vor Augen; die Umstände, die in Amerika herrschten, waren jedoch einem Wechsel kaum günstig, denn die Kolonien, seit langem an weitreichende Unabhängigkeit gewöhnt, waren auf einer Stufe ihrer Entwicklung angekommen, auf der sie nicht weniger, sondern mehr Freiheiten verlangten, besonders seit die Gefahr, die von den Franzosen gedroht hatte, beseitigt war. Die britischen Staatsmänner, die ein neues System durchsetzen und eine strengere Herrschaft über die Kolonien ausüben wollten, sahen sich Siedlern gegenüber, die zur Selbstverwaltung erzogen worden waren und keine Einmischung dulden würden: selbstsicheren Unternehmern und Kaufleuten, politisch bewussten Handwerkern, Pflanzern, die sich stolz jeder Unterordnung unter imperialen Zwang widersetzen würden, Freisassen aus dem Hochland, die die Gesetze und Verordnungen des Empire kaum kannten und sich noch weniger an sie hielten, kolonialen Volksvertretungen, die gegen jede Einmischung in die Rechte ihrer Wähler auf der Hut sein würden. Viele Amerikaner kümmerten sich keinen Deut um das britische Empire; sie waren bis auf eine kleine Minderheit entschlossen, ihre eigenen Wege zu gehen und ihr eigenes Leben in dem Lande zu leben, wo sie der Wildnis eine neue Heimat abgewonnen hatten.

Politische Debatte. Die politischen Auseinandersetzungen, die der Revolution in den Städten und Dörfern vorausgingen, halfen, die Ansichten zu klären und das Gefühl für den Wert der Gemeinschaft zu stärken.



Zunächst bemühten sich die Briten, das Hinterland zu organisieren. Die Eroberung Kanadas und des Ohiotals stellte England vor die Aufgabe, ein Verwaltungssystem und eine Boden- und Religionspolitik zu finden, die ihnen die französische und indianische Bevölkerung nicht entfremden würden. Eine solche Politik musste aber mit den Interessen der Kolonien an der Küste in Konflikt geraten, deren Bevölkerung rasch stieg und die ihrerseits die neugewonnenen Gebiete ausbeuten wollten. Einige von ihnen, die mehr Land brauchten, beriefen sich auf ihr verbrieftes Recht, nach Westen bis zum Mississippi vorzudringen, und immer grössere Mengen von Kolonisten strömten über die Gebirgspässe, überzeugt davon, dass ihnen das neueroberte Land gehörte. Die britische Regierung aber fürchtete, dass der Zustrom der Pioniere neue Kriege mit den Indianern entfachen könnte; sie wollte den unruhigen Rothäuten Zeit lassen, sich zu beruhigen, und die neuen Gebiete nur allmählich den Kolonisten zugänglich machen. Aus diesem Grunde erging 1763 eine königliche Proklamation, die das gesamte westliche Gebiet zwischen den Alleghanies, Florida, dem Mississippi und Quebec den Indianern zusprach: die Krone versuchte, die Ansprüche der dreizehn Kolonien auf das Land im Westen mit einem Schlage hinwegzufegen und die Ausdehnung dorthin in gleicher Weise aufzuhalten wie zuvor die Franzosen durch ihre Eroberungen. Diese Massnahme konnte niemals wirksam ausgeführt werden; die entrüsteten Siedler betrachteten sie jedoch als willkürliche Verletzung ihres natürlichen Rechts, das Land im Westen nach Bedarf zu besiedeln und zu nutzen.

Ernstere Folgen hatte die neue Finanzpolitik der englischen Regierung. Die Erhaltung des grösseren Empires kostete Geld, und die Kolonien mussten dazu beitragen, wenn die englischen Steuerzahler nicht die ganze Last tragen sollten. Die Steuern in den Kolonien konnten nur von einer stärker zentralisierten Verwaltung eingetrieben werden, stärkere Zentralisierung aber musste die Selbstverwaltung der Kolonien weiter einschränken. Der erste Schritt in der neuen Richtung war das 1764 erlassene und zwei Jahre später ergänzte Zuckergesetz *(Sugar Act)*, das die Erhöhung der Einkünfte aus den Kolonien zum alleinigen Ziel hatte und den Handel kaum einzuschränken suchte. Es setzte sogar einen älteren einschränkenden Erlass über die Regulierung des Handels ausser Kraft: während durch das ältere Melassegesetz *(Molasses Act)* von 1733 Zuckersäfte aus nichtenglischen Gebieten mit einem hohen Einfuhrzoll belegt worden waren, sah das neue Zuckergesetz nur allgemein für Sirup aus allen Ländern einen bescheidenen Zoll vor. Auch auf Weine, Seide, Kaffee und andere Luxusartikel wurden Zölle erhoben, und die Regierung wies die Zollbehörden an, das Gesetz strenger und energischer anzuwenden. Britische Kriegsschiffe in amerikanischen Gewässern erhielten Befehl, Schmuggler aufzugreifen, und die Ausgabe von *writs of assistance* (Blankovollmachten zu Haussuchungen) wurde genehmigt, um es den Beamten der Krone zu ermöglichen, Haussuchungen in verdächtigen Anwesen durchzuführen.

Die Kaufleute Neu-Englands waren an sich von den neuen Zöllen wenig beeindruckt; ihre Empörung war mehr von der Absicht der Regierung hervorgerufen, die Einhaltung der Zollgesetze zu erzwingen. Das war etwas vollkommen Neues, denn ein Menschenalter hindurch hatten die Neu-Engländer den grössten Teil des Zuckersirups, den sie brauchten, aus Französisch- und Niederländisch-Westindien bezogen, ohne Zoll zu bezahlen. So behaupteten sie jetzt, dass selbst die neuen, niedrigen Zollsätze sie zugrunderichten würden, und benutzten mit grossem Geschick die einleitenden Worte des Zuckergesetzes, um die Verfassung selbst in den Dienst ihrer Empörung über das neue Gesetz zu stellen. Das Recht des englischen Parlaments, den Handel des Empires gesetzlich zu regeln und zu diesem Zweck Waren mit Steuern zu belegen, war theoretisch, wenn auch nicht immer in der Praxis, längst anerkannt; aber das Recht, Zölle zu erheben, um "die Einkünfte dieses Königreichs (d. h. Englands) zu erhöhen", wie es im Zollgesetz von 1764 hiess, war neu, und daher anfechtbar.

Der Kampf um die Verfassung, der so begann und zu einer grossen Auseinandersetzung heranwuchs, trieb den ersten sprengenden Keil in den Stamm des britischen Reiches. "Ein einziger Parlamentsbeschluss", schrieb James Otis, ein zeitgenössischer Patriot, "hat in sechs Monaten mehr Menschen zu mehr Gedanken angeregt, als sie in ihrem ganzen früheren Leben gehabt hatten." Kaufleute, Volksvertretungen und Gemeindeversammlungen fochten das Gesetz als ungerecht an; Juristen in den Kolonien — unter ihnen Samuel Adams — entdeckten in der Präambel die erste Andeutung von "Besteuerung ohne parlamentarische Vertretung" *(taxation without representation)*, Begriffen, die später zum geflügelten Wort wurden und viele Patrioten für den Kampf gegen das Mutterland gewannen.

Gegen Ende des Jahres erliess das englische Parlament ein Währungsgesetz *(Currency Act)*, "um zu verhindern, dass Papiergeld, das künftig in den Kolonien Seiner Majestät herausgegeben würde, gesetzliches Zahlungsmittel würde." Da die Kolonien mehr ein- als ausführten und stets knapp an Hartgeld waren, lastete die neue Verordnung schwer auf ihrer Wirtschaft. Auch das 1765 erlassene Einquartierungsgesetz *(Billeting Act)* war den Kolonien unwillkommen; es verpflichtete Bürger der Kolonien, in denen Truppen des englischen Königs in Garnison lagen, Quartiere für die Soldaten bereitzustellen und zu ihrem Unterhalt beizutragen.

So heftig auch der Unwille war, den diese Gesetze hervorriefen, organisierter Widerstand flammte erst auf, als durch eine weitere Massnahme das neue Kolonialsystem volle Wirklichkeit zu werden drohte. Es war das berüchtigte Stempelsteuergesetz *(Stamp Act)*, kraft dessen alle Zeitungen, Plakate, Flugschriften, Erlaubnisscheine, Pachtverträge und andere gesetzlichen Urkunden mit Stempelmarken versehen werden mussten. Der Ertrag sollte einzig und allein für "Verteidigung, Schutz und Sicherung" der Kolonien verwandt werden; nur Amerikaner konnten zu Steuereinnehmern ernannt werden und die Steuern eintreiben, und die Lasten schienen so gleichmässig verteilt und so leicht zu tragen, dass das Parlament

Die Pilger in Waffen und ihre Familien auf dem Kirchgang, ein Bild, mit dem jedes Schulkind in Amerika von früh auf vertraut ist. Nach einem Gemälde von George Boughton.

William Penn beim Abschluss eines Vertrags mit den Indianern, ein typisches Bild von der friedlichen Wirksamkeit des grossen Quäkers. Nach einem Gemälde von Benjamin West.

Die Unterzeichnung der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten von Amerika am 4. Juli 1776. Nach einem Gemälde des General-Adjutanten John Trumbull.

Lafayette, der grosse Freund der Sache Amerikas und tapfere Kämpfer im Revolutionskrieg, mit George Washington und seiner Familie auf Washingtons Landsitz, Mount Vernon.

das Gesetz gebilligt hatte, ohne ihm besondere Aufmerksamkeit zu widmen oder lange darüber zu beraten.

Um so grösser war das Erstaunen selbst im Kreise wohlwollend-massvoller Geister über die Erbitterung, mit der alle dreizehn Kolonien auf das Gesetz reagierten. Es wurde ihm besonders zum Verhängnis, dass es gerade bei den einflussreichsten Gruppen von Kolonisten, die das Wort zu führen gewohnt waren, — Journalisten, Anwälten, Geistlichen, Handelsherren und Geschäftsleuten — auf geharnischte Ablehnung stiess und dass es alle Teile des Landes, Norden, Süden und Westen, gleich belastete. Bald taten sich führende Kaufleute, die nach dem neuen Gesetz jeden Frachtschein mit Stempelmarken hätten bekleben müssen, zum Widerstand zusammen und bildeten Vereinigungen zur Bekämpfung der Einfuhr britischer Waren. Die Geschäfte stockten fast ganz, und der Handel mit dem Mutterland ging im Sommer 1765 erheblich zurück. Im Volk bekannte Männer schlossen sich im Bund der "Freiheitssöhne" zusammen; bald mündete der politische Widerstand in Gewalttaten ein. Aufgeregte Volksmengen füllten die gewundenen Gassen Bostons: von Massachusetts bis nach Süd-Carolina wurde das Stempelsteuergesetz für null und nichtig erklärt; die Massen trieben die unseligen Steuereinnehmer aus dem Amt und vernichteten die verhassten Stempelmarken.

Das Stempelsteuergesetz war nicht nur deshalb bedeutsam, weil es revolutionären Widerstand entfachte, sondern auch, weil es die Amerikaner zwang, das Wesen der Reichseinheit in Rechtsbegriffe zu fassen, die auf amerikanische Verhältnisse anwendbar waren. So nahm zum Beispiel die Volksvertretung von Virginia unter dem Einfluss Patrick Henrys eine Reihe von Entschliessungen an, die "Besteuerung ohne Vertretung im Parlament" als beispiellose, gefährliche Neuerung und Bedrohung der kolonialen Freiheiten verdammten. Einige Tage danach forderte die Abgeordnetenkammer von Massachusetts alle Kolonien auf, Delegierte zu einem Kongress nach New York zu entsenden, um über die Gefahren des Stempelsteuergesetzes zu beraten.

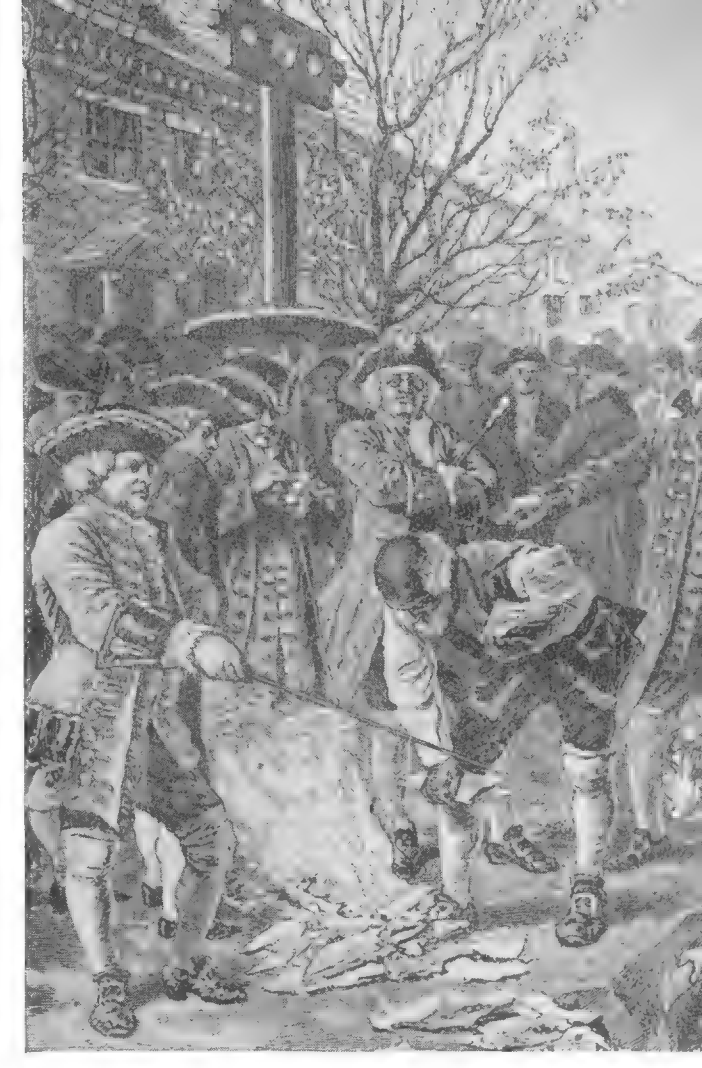
Dieser Kongress (Oktober 1765) war das erste Treffen, zu dem die Kolonien sich aus eigener Initiative zusammengefunden hatten. Siebenundzwanzig kühne, tatkräftige Männer aus neun Kolonien benutzten die Gelegenheit, die öffentliche Meinung gegen die Einmischung des englischen Parlaments in amerikanische Angelegenheiten aufzurufen. Hitzige Redeschlachten wurden geschlagen; am Ende nahm der Kongress eine Reihe von Beschlüssen an und hielt daran fest, dass den Kolonien "verfassungsmässige Steuern, wie in der Vergangenheit so in alle Zukunft, nur durch ihre eigenen gesetzgebenden Körperschaften auferlegt werden könnten" und dass das Stempelsteuergesetz "offenkundig darauf abziele, die Rechte und Freihitn dr Kolonisten zu untergraben."

Damit war die Frage der Vertretung im Parlament in den Mittelpunkt des verfassungsrechtlichen Streits gerückt. Die Kolonisten behaupteten, nur dann wirklich im englischen Parlament vertreten zu sein, wenn sie tatsächlich Abgeordnete in das Unterhaus wählen durften. Dies widersprach dem herkömmlichen englischen Grundsatz "Vertretung bei Implikation" *(virtual representation)*, d. h. Vertretung mehr nach Ständen und Interessen als nach geographischen Gesichtspunkten. Die meisten britischen Beamten waren der Auffassung, dass das Parlament das ganze Reich vertrete und dass es die gleiche Gewalt über die Kolonien habe wie über das Mutterland. Deshalb sei es ebenso befugt, für Massachusetts Gesetze zu erlassen, wie für Berkshire in England. Die amerikanischen Wortführer setzten dem entgegen, dass es ein "Reichsparlament" nicht gäbe und dass die Kolonien rechtlich nur mit der Krone verbunden seien. Der König habe der Gründung von Kolonien jenseits des Meeres zugestimmt, der König habe ihnen ihre Regierungen eingesetzt; er sei zwar genauso König von England wie König von Massachusetts, das englische Parlament habe aber nicht mehr Recht, für Massachusetts Gesetze zu erlassen, als Massachusetts für England. Wenn der König von einer Kolonie Geld haben wolle, so könne er um Bewilligung nachsuchen, Steuern aber dürften von einem britischen Untertan — ganz gleich, ob in England oder in Amerika — nur durch und über selbstgewählte Vertreter erhoben werden.

Es war natürlich, dass die britischen Parlamentarier die Argumente der Kolonisten nicht bereitwillig anerkannten. Die englischen Kaufleute jedoch übten einen wirksamen Druck auf die Parlamentarier aus, denn sie spürten die Folgen des amerikanischen Boykotts und setzten sich daher voll für eine Bewegung ein, die das Stempelsteuergesetz aufzuheben trachtete. Im Jahre 1766 gab das englische Parlament nach: es widerrief das Stempelsteuergesetz und veränderte das Zuckergesetz weitgehend. Die Kunde darüber rief in allen Kolonien lebhafte Freude hervor. Die Kaufleute hoben den Boykott englischer Ware auf, die "Freiheitssöhne" traten in den Hintergrund, der Handel ging seinen alten Gang; der Friede schien nah.

Aber es war nur eine Atempause. 1767 wurden neue Massnahmen erlassen, und alle alte Zwietracht lebte wieder auf. Charles Townshend, der britische Schatzkanzler, hatte den Auftrag erhalten, ein neues Finanzprogramm für die Regierung zu entwerfen, um die Steuern in England herabzusetzen. Dies konnte durch wirksamere Eintreibung der Zölle geschehen, die auf amerikanischem Handelsgut lagen; er ordnete deshalb eine verschärfte Anwendung der Zollgesetze an und schlug gleichzeitig weitere Zölle für die Papier-, Glas-, Blei- und Teeausfuhr von England nach den Kolonien vor. Der so erhöhte Steuerertrag sollte zum Teil für den Unterhalt der Gouverneure, Richter und Zollbeamten in den Kolonien sowie für die britische Armee in Amerika verwendet werden. Townshend regte ferner ein Gesetz an, das die höheren Gerichtshöfe in den Kolonien dazu ermächtigte, *writs of assistance* auszustellen und so die den Kolonisten verhassten allgemeinen Haussuchungsbefehle mit einem besonderen Rechtstitel auszustatten.

Die Erregung über Townshends Zollgesetze war fast so heftig wie die über das Stempelsteuergesetz. Die Kaufleute griffen erneut zu Boykottmassnahmen: Männer trugen Anzüge aus hausgewebten Stoffen, Frauen tranken Ersatz-Tee, Studenten schrieben auf einheimischem Papier und Häuser blieben unangestrichen. In Boston, wo die Handelsherren gegen Einmischung von aussen besonders empfindlich waren, begegnete man den neuen



Öffentliche Verbrennung der Stempelmarken. Als das Gesetz in Kraft trat, wurden die Glocken geläutet und die Flaggen auf halbmast gesetzt. Die Zeitungen druckten Totenköpfe auf die für die Marken bestimmten Stellen.

Bestimmungen mit Gewalt. Die Bevölkerung fiel über die Zollbeamten her und misshandelte sie, als sie die Steuern einzutreiben versuchten. Dies veranlasste die Engländer, zwei Regimenter nach Boston zu schicken, um die königlichen Beamten zu beschützen.

Dass von nun an britische Truppen in der alten Puritanerstadt standen, gab jedoch ständig zu neuen Unruhen Anlass. Achtzehn Monate schwelte die Erbitterung; endlich, am 5. März 1770, flammte offene Feindschaft zwischen Bürgern und Soldaten auf. Eine scheinbar harmlose Schneeballschlacht endete als Massenangriff auf die "Rotröcke": von irgendwoher kam der Befehl zu feuern, und drei Bostoner Bürger fanden den Tod auf den beschneiten Strassen. Die koloniale Propaganda war geschickt genug, diesen Zwischenfall dazu auszunutzen, den Hass gegen England immer stärker anzufachen, und machte das "Bostoner Massaker" zum dramatischen Beweis britischer Herzlosigkeit und Tyrannei.

Angesichts dieser Opposition wich das englische Parlament und widerrief 1770 sämtliche Townshend-Zölle mit Ausnahme des Teezolls, der bestehen blieb, weil es, wie Georg III. sagte, wenigstens eine Steuer geben müsse, damit Recht Recht bleibe. Die meisten Kolonisten sahen im Vorgehen des Parlaments wirklich eine "Abstellung von Beschwerden" *(redress of grievances)* und beendeten den Kampf gegen England. "Englischer Tee" durfte zwar nach wie vor nicht frei eingeführt werden, aber die Protestbewegung hatte sich nahezu gelegt, und das Verbot wurde scheinbar nicht allzu genau eingehalten. Die Lage schien im allgemeinen gute Beziehungen zwischen Mutterland und Kolonien zu versprechen: der Wohlstand war im Wachsen; die meisten politischen Führer in den Kolonien sahen der Zukunft

mit Vertrauen entgegen, und Trägheit und Nachlässigkeit schienen Erfolg zu haben, wo Wagemut und Widerstand versagt hatten. Die Gemässigten, die überall in den Kolonien überwogen, begrüssten das friedliche Zwischenspiel, und nur eine einzige Gruppe gab sich während der dreijährigen Ruhepause ernsthaft Mühe, den Streit am Leben zu erhalten. Eine verhältnismässig kleine Anzahl "Patrioten" oder "Radikaler" vertrat den Standpunkt, dass der Sieg der Kolonisten illusorisch sei, denn solange die Teesteuer in Kraft sei, bleibe auch das Recht des Parlaments, für die Kolonien Gesetze zu geben, im Prinzip unangetastet und könne jederzeit in voller Schärfe, mit bitteren Folgen für die Freiheit der Kolonien, wiederausgeübt werden.

Samuel Adams aus Massachusetts, einer der einflussreichsten der "Patrioten", der erfolgreich und unermüdlich für das höchste Ziel, die Unabhängigkeit, kämpfte, kann als typischer Vertreter der Gruppe gelten. Seit seiner Promotion von Harvard College hatte es keine Zeit gegeben, wo er nicht in der einen oder anderen Weise im öffentlichen Dienst gestanden hätte — als Feuer-Inspektor, als Steuererheber, als Leiter von Bürgerversammlungen. Für das Geschäftsleben war er völlig unbrauchbar; in der Politik dagegen konnte seine klug-berechnende Natur sich wirklich ausleben. Die Bürgerversammlungen Neu-Englands hatten ihm als Plattform gedient; er wusste Menschen für seine Zwecke zu gebrauchen und war gut Freund mit aller Welt; Schauerleute wie Prediger unterstützten vertrauensvoll seine Pläne. Es war wesentlich sein Verdienst, dass die einfachen Leute die übertriebene Achtung für gesellschaftlichen und politischen Rang zu überwinden lernten und zum Bewusstsein ihres eigenen Wertes durchdrangen. Um sie zu politischer Tat anzuleiten, schrieb er Zeitungsartikel, reizte Gemeinde- und Provinzialversammlungen zu Beschlüssen an und wühlte mit seinen Reden die demokratischen Leidenschaften auf. 1772 veranlasste Adams die Bostoner Bürgerversammlung, einen "Korrespondenz-Ausschuss" *(committee of correspondence)* zu wählen, um die Rechte und Beschwerden der Kolonisten darzulegen und mit anderen Städten darüber Meinungsaustausch zu pflegen. Die Anregung verbreitete sich rasch, und in allen Kolonien wurden "Korrespondenz-Ausschüsse" gegründet. Sie legten den Grund für die bald entstehenden revolutionären Organisationen.

1773 gab England endlich Adams und seinen politischen Freunden die ersehnte Gelegenheit zur Tat. Die mächtige *East India Company* war in Geldnöte geraten und hatte sich um Hilfe an die britische Regierung gewandt. Diese übertrug ihr das Teemonopol für die Kolonien. Seit Townshends "Teesteuer" hatten nun die Kolonisten den von der Gesellschaft eingeführten Tee boykottiert: nach 1770 hatte der Schleichhandel so zugenommen, dass etwa neun Zehntel des Tees, der in Amerika getrunken wurde, aus dem Ausland stammte und "zollfrei" ins Land gebracht worden war. Die *East India Company* entschloss sich angesichts dieses Schmuggels, ihren Tee durch eigene Vertreter zu einem Preise zu verkaufen, der erheblich unter dem der geschmuggelten Ware lag, um Gewinne aus Schleichhandel unmöglich zu machen und gleichzeitig die selbständigen kolonialen Kaufleute auszuschalten.

Dieser unbedachte Schritt empörte die Händler und trieb sie erneut auf die Seite der "Patrioten", denn das Prinzip des Monopols, nicht der Verlust im Teehandel, wurde als Hauptdrohung empfunden. Nahezu alle Kolonien unternahmen Schritte, um die *East India Company* an der Verwirklichung ihrer Absichten zu hindern. In den Hafenstädten — mit Ausnahme von Boston — wurden die Vertreter der Gesellschaft "überredet", ihre Posten aufzugeben; neu eintreffende Teesendungen wurden entweder nach England zurückgeschickt oder eingelagert. In Boston aber verweigerten die Vertreter der *East India Company* den Rücktritt und trafen mit Unterstützung des königlichen Gouverneurs Vorbereitungen, allem Widerstand zum Trotz die eingelaufenen Frachten zu löschen. Die "Patrioten" unter Samuel Adams antworteten mit Gewalt. Am Abend des 16. Dezember 1773 bestiegen als Mohawk-Indianer verkleidete Männer drei vor Anker liegende Teeschiffe und warfen die "anstosserregenden" schwarzen Blätter ins Meer.

England sah sich nun einer schicksalhaften Entscheidung gegenüber. Die *East India Company* hatte nach einem Gesetz des Parlaments gehandelt; blieb die gewaltsame Zerstörung des Tees ungestraft, dann würde alle Welt zu dem Schluss gezwungen sein, dass das britische Parlament die Macht über die Kolonien verloren hatte. Die offiziellen englischen Kreise verurteilten daher fast einstimmig die *Boston Tea Party* als einen Akt roher Zerstörungswut und begrüssten die Massnahmen, die zur Unterdrückung der aufrührerischen Kolonisten vorgeschlagen wurden, von ganzem Herzen. Neue Gesetze — von den Kolonisten "Zwangsgesetze" genannt—ergingen: das sogenannte Bostoner Hafengesetz sperrte den Hafen der Stadt solange, als der Tee nicht bezahlt war. Dies traf ins Herz, denn eine Stadt wie Boston war ohne Seeverkehr verloren. Bald darauf wurde der englische König ermächtigt, die Mitglieder des Rats von Massachusetts zu ernennen, die früher von den Kolonisten gewählt worden waren; Geschworene, bisher von den Bürgerversammlungen gewählt, sollten fortan von den Sheriffs — Mittelsmännern des Gouverneurs — berufen werden. Die Bürgerversammlungen durften nur noch mit Erlaubnis des Gouverneurs tagen; auch die Ernennung und Abberufung von Richtern und Sheriffs wurde ihm nun überantwortet. Ein Einquartierungsgesetz wurde erlassen, das die örtlichen Behörden zwang, geeignete Quartiere für britische Soldaten bereitzustellen. Kamen sie ihren Verpflichtungen nicht nach, dann konnten die Gouverneure Gaststätten, Bierkneipen oder andere Gebäude für diesen Zweck beschlagnahmen. Auch das ungefähr gleichzeitig erlassene "Quebec-Gesetz" *(Quebec Act)* wurde in den Kolonien feindselig aufgenommen, denn es vergrösserte die Provinz Quebec und gewährte den französischen Einwohnern Glaubensfreiheit und eigenes Recht. Die Kolonisten bekämpften dieses

Rückzug der Engländer von Concord, April 1775. Der Versuch der englischen Truppen, das Kriegsmaterial der Kolonisten zu vernichten, brachte 16 000 Patrioten unter Waffen.



Gesetz, weil es ohne Rücksicht auf alte, urkundlich festgelegte Ansprüche in den Zug nach dem Westen störend einzugreifen und ihnen im Norden und Nordwesten durch eine römisch-katholisch beherrschte, absolutistische Provinz Halt zu bieten drohte. Obwohl das "Quebec-Gesetz" nicht als Strafe gedacht war, zählten es die Amerikaner zu den "Zwangsgesetzen", die schliesslich als "die fünf untragbaren Gesetze" in aller Munde waren.

Mit solchen Gesetzen war Massachusetts nicht zu bezwingen, ja, sie bewirkten gegen die Absicht des Gesetzgebers, dass andere Kolonien zu Hilfe eilten. Auf Anregung der Volksvertreter von Virginia wurden Delegierte der Kolonien für den 5. September 1774 zu einer Tagung nach Philadelphia geladen, um über "die gegenwärtige unglückliche Lage der Kolonien" zu beraten.

Mit diesem ersten "Kontinentalen Kongress" waren die Kolonien voll über das bestehende Recht hinausgegangen; seine Mitglieder waren von Provinzialkongressen oder Volksversammlungen gewählt und handelten nach ihren Aufträgen. Die Folge war, dass die Partei der "Patrioten", die über das bestehende Recht hinaus zu Taten gedrängt hatte, die Oberhand gewann und dass die Konservativen, die mit einer Auflehnung gegen britische Gesetze nichts zu tun haben wollten, im Kongress nicht vertreten waren. Im übrigen stellten die Kongressteilnehmer — von den gemässigten bis zu den stürmisch vorwärtsdrängenden— einen guten Querschnitt durch die öffentliche Meinung Amerikas dar. Abgesehen von Georgia hatte jede Kolonie zumindest einen Delegierten entsandt, und die Gesamtzahl von 55 Teilnehmern war gross genug, um Meinungsverschiedenheiten klar hervortreten zu lassen, klein genug, um echte Diskussionen und frische Taten zu ermöglichen.

Da die Meinungen in den Kolonien geteilt waren, sah sich der Kongress in einem leidigen Zwiespalt: er musste den Eindruck von Entschlossenheit und Einmütigkeit erwecken, um die britische Regierung zu Zugeständnissen zu überreden, und durfte doch keinerlei Radikalismus oder "Unabhängigkeitsgeist" zeigen, um die gemässigten Amerikaner nicht abzuschrecken. Einer vorsichtigen Eröffnungsrede folgte ein Beschluss, der die Kolonien vom Gehorsam gegen die "Zwangsgesetze" freisprach. Daran schloss sich eine an das Volk von Grossbritannien und an die Kolonien gerichtete "Erklärung der Rechte und Beschwerden" *(Declaration of Rights and Grievances)* der Kolonien und eine Petition an den englischen König, die noch einmal die früheren Argumente gegen die englische Bevormundung zusammenfasste, dem Parlament jedoch die Zuständigkeit für den Aussenhandel der Kolonien und für die Angelegenheiten des Gesamtreiches nicht bestritt. Die wichtigste Leistung des Kongresses aber war die Bildung einer *Association* zur Wiederaufnahme des Handelsboykotts und zur Einrichtung von Überwachungsausschüssen in jeder Stadt und jedem Landkreis, um Einfuhr, Ausfuhr, und Verbrauch von Waren zu kontrollieren. Komitees sollten die Zollregister einsehen, die Namen der Kaufleute veröffentlichen, die gegen die Abmachungen verstiessen, importierte Ware konfiszieren und die Bevölkerung "zu Genügsamkeit, Sparsamkeit und Fleiss anhalten."

Mit der *Association* trat zum ersten Mal die organisierte Revolution auf den Plan, denn die neuen lokalen Organisationen rissen nun überall, auf den "Korrespondenz-Ausschüssen" aufbauend, die Führung an sich. Sie setzten alles daran, den letzten Rest königlicher Macht zu beseitigen; die Unentschlossenen wurden eingeschüchtert, bis sie sich der Volksbewegung anschlossen, die offenen Gegner rücksichtslos verfolgt. Die Komitees brachten das erste Kriegsmaterial zusammen, beriefen Truppen ein und erhitzten die Stimmung im Volk zur Weissglut.

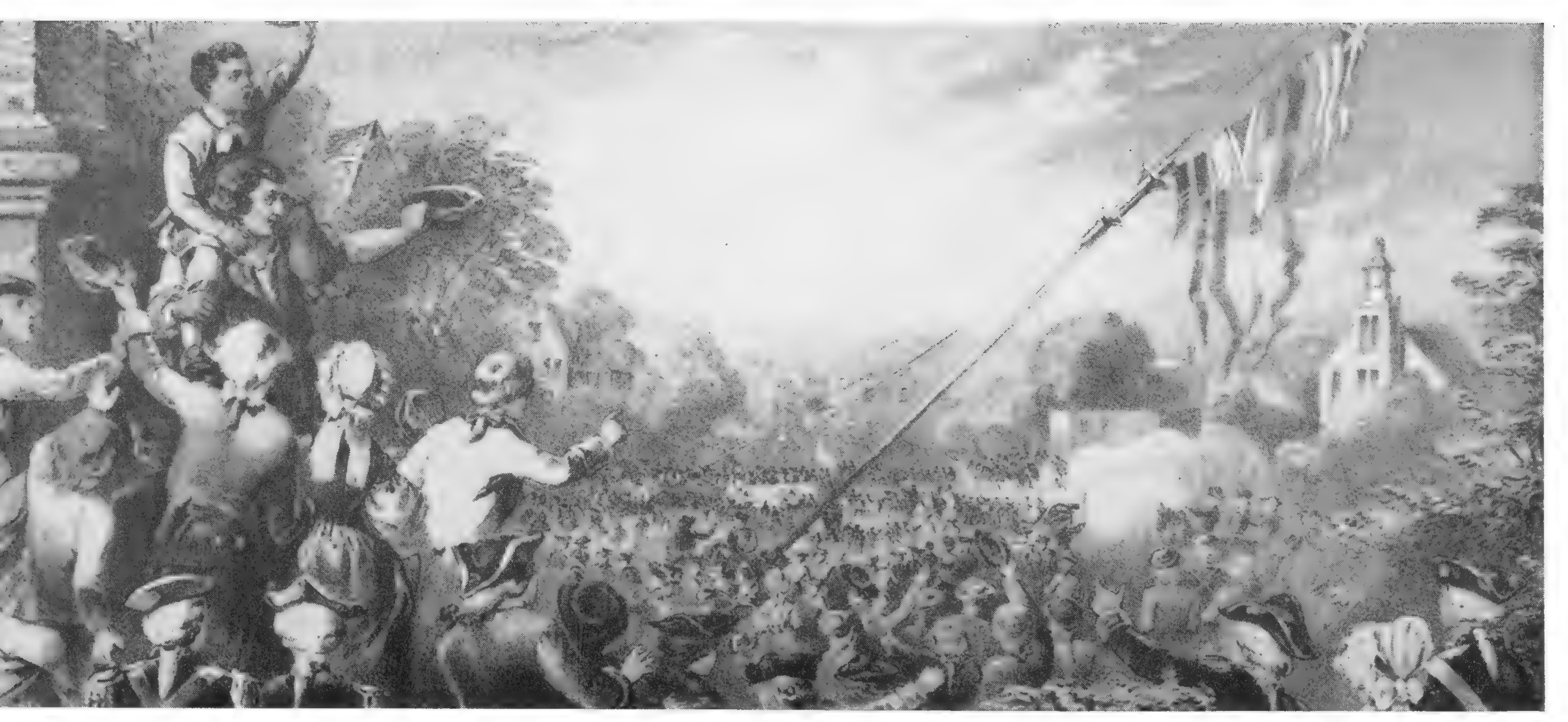
Durch die Arbeit der Komitees der *Association* vertiefte sich der Zwiespalt, der nach und nach in der Bevölkerung entstanden war, zu einer unüberbrückbaren Kluft. Viele Amerikaner hatten der Widerstandsbewegung fürs erste zu grösserer Vorsicht geraten; sie waren in der überwiegenden Mehrheit gegen die Übergriffe Englands in die Rechte der Amerikaner, wollten jedoch die Gegensätze durch Diskussion und gütlichen Vergleich, nicht durch einen offenen Bruch, aus der Welt schaffen. Die zum Kompromiss neigende Gruppe war jedoch nicht einheitlich: sie schloss die Mehrheit der von der Krone bestellten Beamten aller Art ein, ferner viele bedeutende und unbedeutende Quäker und Mitglieder anderer religiöser Sekten, die Gewaltanwendung in jeder Form ablehnten; sie zählte viele Kaufleute, namentlich aus den Siedlungen der mittleren Region, und ein paar unzufriedene kleine Farmer und Grenzer aus dem Inneren der Kolonien im äussersten Süden. Auf der Seite der Patrioten standen nicht nur die ärmeren Klassen, sondern auch viele Angehörige der freien Berufe, besonders Anwälte, die Mehrheit der bedeutenden Pflanzer des Südens und eine beträchtliche Anzahl von Kaufleuten.

Was nach Erlass der "Zwangsgesetze" geschah, war durchaus geeignet, den Loyalisten Angst und Schrecken einzujagen. So wäre es dem König ein Leichtes gewesen, sich mit ihnen zu verbünden und durch rechtzeitig-kluges Nachgeben ihre Position so zu stärken, dass die "Patrioten" die Feindseligkeiten nur schwer hätten fortsetzen können. Aber Georg III. dachte nicht daran, Zugeständnisse zu machen. Im September 1774 antwortete er auf eine Petition von Quäkern aus Philadelphia mit Verachtung: "Die Würfel sind gefallen", schrieb er; "die Kolonien müssen entweder siegen oder sich fügen." Durch diese Haltung zog der König den Loyalisten oder *Tories*, wie man sie nun zu bezeichnen anfing, den Boden unter den Füssen weg. Sie hatten ihren Gesinnungsgenossen jetzt nichts anderes zu bieten als eine vollkommene und verächtliche Unterwerfung und bedingungslose Annahme der äussersten Forderungen des englischen Parlaments. Den Gemässigten blieb nur die Wahl, die Patrioten, nun *Whigs* genannt, zu unterstützen; jeder andere Weg hätte sie um alle ihre Freiheiten gebracht. Eine regelrechte Verfolgung der *Tories* setzte ein: Müller weigerten sich, ihr Korn zu mahlen, Arbeiter wollten nicht für sie arbeiten, sie konnten weder kaufen noch verkaufen. Man schmähte sie als Verräter, und die Komitees veröffentlichten ihre Namen, "um sie zu wohlverdienter Schmach und Schande der Nachwelt zu überliefern."

General Thomas Gage, ein liebenswürdiger, mit einer Amerikanerin verheirateter englischer Gentleman, befehligte die Garnison in Boston, wo der Handel fast ganz der Politik zum Opfer gefallen war. Einer der führenden Patrioten der Stadt, Dr. Joseph Warren, hatte am 20. Februar 1775 einem Freunde nach England geschrieben: "Noch ist es für die gütliche Beilegung des Konflikts nicht zu spät. Sollte General Gage jedoch tatsächlich mit seinen Truppen ins Hinterland marschieren, um die unlängst vom Parlament erlassenen Gesetze mit Gewalt durchzusetzen, dann bin ich allerdings überzeugt, dass Grossbritannien zumindest Neu-England und, wenn mich nicht alles täuscht, ganz Amerika wird Adieu sagen müssen. Wenn in der Nation noch ein bisschen Weisheit lebt, so gebe Gott, dass ihr schleunigst zu ihrem Recht verholfen werde!"


Die Delegierten, die auf dem Zweiten Kontinentalen Kongress die amerikanische Unabhängigkeitserklärung unterzeichneten, beim Verlassen des Sitzungssaales.

General Gage aber hatte die Pflicht, den "Zwangsgesetzen" Achtung zu verschaffen. Er erhielt die Nachricht, dass die "Patrioten" von Massachusetts Pulver und andere Kriegsvorräte in der im Hinterland gelegenen Stadt Concord, gute dreissig Kilometer von Boston entfernt, zusammengetragen hatten, und entsandte am Abend des 18. April 1775 eine starke Abteilung seiner Garnison dahin, um die Vorräte zu beschlagnahmen und Samuel Adams und John Hancock festzunehmen. (Beide sollten auf Befehl des Königs nach England gebracht und dort wegen Hochverrats abgeurteilt werden.) Die Nachricht verbreitete sich wie ein Lauffeuer, und als die britischen Truppen nach einem Nachtmarsch das Dorf Lexington erreichten, sahen sie im frühen Morgennebel eine Bereitschaft von fünfzig grimmigen, bewaffneten Kolonisten *(Minute Men)* auf der Gemeindewiese angetreten. Ein Moment des Zauderns, Rufe und Befehle auf beiden Seiten, und dann — inmitten des allgemeinen Lärms — ein Schuss! Beide Seiten gaben Feuer; als sich die Amerikaner zerstreut hatten, waren acht ihrer



Fahnen und Böllerschüsse künden vom Jubel des Volkes über die Nachricht von der Unterzeichnung der Unabhängigkeitserklärung im Kontinentalen Kongress am 4. Juli 1776.

Leute auf dem Felde geblieben. Das erste Blut im Unabhängigkeitskriege war geflossen.

Die englischen Soldaten stiessen bis Concord vor, wo die "Farmer, in Schlachtordnung" an der Brücke aufgestellt, "den Schuss abgaben, der in der ganzen Welt widerhallte." Nachdem die britischen Regimenter wenigstens einen Teil ihres Zieles erreicht hatten, traten sie den Rückmarsch an; doch auf dem ganzen Weg lauerte hinter Steinmauern, Erdhügeln und Häusern die Miliz, die aus den nahen Dörfern und Farmen herbeigeeilt war, um die leuchtend roten Röcke aufs Korn zu nehmen. Die Beteiligung des Volkes an diesem ersten Gefecht der Revolution war so stark, dass der britische Trupp von ursprünglich 2500 Mann nahezu dreimal so hohe Verluste zählte wie die Kolonisten, als er schliesslich erschöpft nach Boston zurückgekommen war.

Der Bericht von Lexington und Concord durchfuhr die Kolonien wie ein elektrischer Schlag. Krieg – richtiger Krieg – stand vor der Tür, darüber konnte kein Zweifel mehr bestehen. Ein Komitee gab das Signal dem anderen weiter, die dreizehn Staaten hindurch, der Funke – Lexington – hatte gezündet und den gemeinsamen Verteidigungswillen entflammt. Innerhalb von zwanzig Tagen hatte die Nachricht, oft einseitig ausgeschmückt, das Volk von Maine bis Georgia in Patriotismus vereint.

Während Lexington und Concord noch in aller Munde waren, trat der Zweite Kontinentale Kongress am 10. Mai 1775 in Philadelphia unter dem Vorsitz von John Hancock, einem reichen Bostoner Kaufmann, zusammen. Wie Thomas Jefferson gehörte ihm auch der ehrwürdige Benjamin Franklin an, der eben in London als "Mittelsmann" verschiedener Kolonien vergeblich einen Ausgleich zustandezubringen gesucht hatte.

Der Kongress hatte sich kaum konstituiert, als er sich schon mit dem Problem des offenen Krieges befassen musste. Die wahre Stimmung des Kongresses offenbarte sich, trotz einiger Gegenströmungen, in einer aufrüttelnden Erklärung über "Ursachen und Notwendigkeit des Waffenganges", von John Dickinson und Thomas Jefferson gemeinsam verfasst:

"Unsere Sache ist gerecht, unsere Einigkeit vollkommen. Unsere eigenen Hilfsmittel sind bedeutend, Hilfe vom Ausland wird, wenn nötig, ohne allen Zweifel zu erhalten sein ... Wir werden die Waffen, die uns unsere Feinde in die Hand gezwungen haben, ... für die Erhaltung unserer Freiheiten führen, einmütig entschlossen, lieber als freie Männer zu sterben denn als Sklaven zu leben ..."

Noch während der Beratung dieser Erklärung übernahm der Kontinentale Kongress die Milizen der Kolonien und ernannte Oberst George Washington zum Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte. Innere Echtheit, Selbstbeherrschung und Würde machten ihn menschlich überlegen und hielten Leidenschaft und Geduld im Gleichgewicht; er war von vollendetem physischem und moralischem Mut und besass hohe Führerqualitäten; ein gesundes Urteil und ein zuverlässiges Wissen machten ihn gross, und sein gesunder Menschenverstand "erhob ihn ins Geniale." Glaubte er an eine Sache, so stand er aufrichtig, fest und überzeugt zu ihr. "Niederlagen sind nur ein Grund für noch grössere Anstrengungen", schrieb er. "Das nächste Mal werden wir es besser machen." Die Siege der kommenden Jahre entsprangen diesem Geist und seiner Gabe für militärische Organisation.

Trotz der kriegerischen Verwicklungen aber und trotz der Ernennung eines Oberbefehlshabers war der Gedanke einer völligen Trennung von England vielen Kongressmitgliedern und einem grossen Teil des Volkes noch immer zuwider. Die öffentliche Meinung war für einen so drastischen Schritt noch nicht reif. Dabei war es allen klar, dass die Kolonien nicht ewig in einer Zwitterstellung zum Empire verbleiben konnten. Die Gemässigten redeten sich jedoch ein, dass sie nicht den König, sondern nur seine Minister bekämpften, und noch im Januar 1776 tranken General Washington und seine Offiziere allabendlich auf die Gesundheit des Königs. Im Laufe der nächsten Monate zeigte es sich immer deutlicher, wie schwer es für die Kolonien war, Krieg zu führen, solange sie noch zum britischen Empire gehörten.

England aber verweigerte einen gütlichen Vergleich, und am 23. August 1775 erliess König Georg eine Proklamation, in der der Stand der Kolonien als Rebellion bezeichnet wurde. Fünf Monate später erschien Thomas Paines "Common Sense", eine Flugschrift von fünfzig Seiten. In kraftvoll-flammenden, aufrüttelnden Worten machte er seinen Lesern klar, dass die Unabhängigkeit der Kolonien notwendig geworden war; er verstand, dass die geheiligte Person des Königs der Bewegung am stärksten im Wege stand, und griff sie an: er machte die Idee des Erbkönigtums lächerlich und erklärte, dass ein ehrlicher Mann wertvoller für die Gesellschaft sei als "alle gekrönten Lumpen, die je gelebt haben." Es klang überzeugend, wenn er die Alternative formulierte: dauernde Unterwerfung unter einen tyrannischen König und eine überlebte Regierungsform, oder Freiheit und Glück in einer unabhängigen, auf sich selbst gestellten Republik.

Die Broschüre hatte unabsehbare Wirkungen. In wenigen Monaten waren Tausende von Exemplaren überall in den Kolonien verbreitet und halfen, Überzeugungen zu festigen und Unentschlossene und Schwankende für die Sache der Freiheit zu gewinnen.

Wohl begann das Volk jetzt, den Gedanken der Trennung vom Mutterland ernsthaft zu erwägen; aber noch blieb die Aufgabe, jede einzelne Kolonie für eine formelle Unabhängigkeitserklärung zu gewinnen. Paine hatte darauf hingewiesen, dass die Kolonien "den Gipfel der

Inkonsequenz erreicht hätten": sie befänden sich in offenem Aufruhr, besässen ein eigenes Heer und eine eigene Flotte, ihre Regierungen kümmerten sich weder um den König noch um das Parlament. In dieser Situation nicht den letzten Schritt zu tun, sei die Höhe der Ungereimtheit.

Im Kontinentalen Kongress herrschte Einstimmigkeit darüber, dass ein so endgültiger Schritt wie die Erklärung der Unabhängigkeit nicht ohne ausdrückliche Anweisung der Kolonien unternommen werden dürfe. Aber Tag für Tag hörte der Kongress, dass neue, jenseits des alten Rechts stehende Regierungen in den Kolonien errichtet und dass Delegierte ermächtigt worden waren, für die Unabhängigkeit zu stimmen. Gleichzeitig gewannen die Radikalen innerhalb des Kongresses mehr und mehr die Oberhand; sie bauten ihre "Korrespondenz-Ausschüsse" aus, erhielten schwache Komitees künstlich am Leben und erhitzten die patriotischen Gemüter mit flammenden Aufrufen. Schliesslich, als am 10. Mai 1776 eine Entschliessung angenommen wurde, "den gordischen Knoten zu durchhauen", fehlte nur noch die formelle Erklärung. Am 7. Juni brachte Richard Henry Lee aus Virginia auf Anweisung seines Staates eine Resolution ein, die sich für Unabhängigkeit, Bündnisse mit dem Ausland und einen föderativen Zusammenschluss der amerikanischen Kolonien aussprach. Unverzüglich wurde ein Komitee bestimmt, um in aller Form eine Erklärung aufzusetzen, in der "die Gründe, die uns zu diesem gewaltigen Entschluss gezwungen haben", dargelegt werden sollten. Ein fünfköpfiger Ausschuss unter der Leitung von Thomas Jefferson wurde mit der Ausarbeitung des Dokuments beauftragt.

Jefferson, der von der Abgeordnetenkammer von Virginia nach Philadelphia entsandt worden war, besass trotz seiner 33 Jahre bereits einen guten Ruf als Politiker. Obwohl er dem (niederen) Patriziat Virginias entstammte, war er in seinen Jugendjahren, die er im demokratischen Hinterland verbracht hatte, zum Feind patrizischer Rechte und Privilegien geworden; Reiten, Schiessen und eine Vorliebe für Geigenspielen hatten ihn nicht gehindert, seinen mächtigen Wissensdurst, wo und wie immer er konnte, zu befriedigen. Es steht ausser Frage, dass kein geeigneterer Mann für die Abfassung der grossen Erklärung hätte gefunden werden können. Jefferson wusste, dass ein bitterer Krieg über Amerika hereinbrechen würde, aber er glaubte daran, dass "der Baum der Freiheit von Zeit zu Zeit mit dem Blut von Patrioten und Tyrannen begossen werden müsse!" Und obwohl zu jenem Zeitpunkt noch kein System gefunden worden war, das die Funktionen der früheren Regierung, auf deren Zerstörung nun alles hinzielte, hätte übernehmen können, befürwortete Jefferson zu keiner Zeit ein allzustrammes Regiment. Er wusste, dass die Regierungsgewalt nur beim Volke selbst sicher aufgehoben war. Die Herrschaft einer kleinen Zahl von Auserwählten bezeichnete er als "verwerfliche Verschwörung gegen das Glück der Massen." Jefferson empfand die grossen Grundsätze, die in der Unabhängigkeitserklärung ausgesprochen sind, mit derselben Tiefe wie das einfache Volk, für das er sie schrieb; er sprach die Sprache des Volkes und dachte seine Gedanken; wie ein Zeitgenosse es ausdrückte, "er hauchte dem kalten Geschehen, das zur Unabhängigkeit führte, die Seele des neuen Erdteils ein."

Die am 4. Juli 1776 angenommene Unabhängigkeitserklärung verkündete nicht allein die Geburt einer neuen Nation, sondern vertrat eine Lehre von der Freiheit der Menschen, die eine dynamische Kraft in der gesamten westlichen Welt werden sollte. Sie wollte nicht einzelne besondere Beschwerden zum Ausdruck bringen, sondern den Gedanken von der Freiheit des Individuums verkünden, der der Unterstützung ganz Amerikas sicher war. Ihr politisches Glaubensbekenntnis war unmissverständlich:

"Wir halten diese Wahrheiten für unmittelbar einleuchtend: dass alle Menschen gleich geschaffen sind; dass sie von ihrem Schöpfer mit gewissen unveräusserlichen Rechten ausgestattet sind, so mit Leben, Freiheit und dem Streben nach Glück; dass zur Sicherung dieser Rechte Regierungen unter den Menschen aufgerichtet sind, die ihre gerechten Vollmachten von der Zustimmung der Regierten herleiten; und dass, so jemals eine Regierungsform diesen Zielen gefährlich werden sollte, das Volk das Recht hat, sie zu ändern oder abzuschaffen und eine neue Regierung einzusetzen, die auf solchen Prinzipien gegründet ist, und deren Befugnisse in einer Weise festgelegt sind, die ihm am meisten geeignet erscheint, Sicherheit und Glück zu gewährleisten."

"Diese Wahrheiten" waren nicht ursprüngliche Schöpfungen Jeffersons, sondern bildeten politische Ideen, die seinen Zeitgenossen und den meisten Menschen, die nach ihnen kamen, "unmittelbar einleuchteten." Jeffersons Ideen und Formulierungen hatten ihren Ursprung in der politischen Philosophie Englands, vor allem in James Harringtons *Oceana* und in John Lockes *Second Treatise on Government* (Zweitem Traktat über Regierung). Aber der Geist des Dokuments entsprang der erwachenden Gewissheit der Menschen, dass die Regierung für das Volk da sein soll und nicht das Volk für die Regierung. Jefferson sah Zweck und Ziel einer Regierung darin, den Menschen zu helfen und ihr Leben, ihre Freiheit und ihr Glück zu schützen, nicht, sie zu unterdrücken oder zu missbrauchen.

Die Unabhängigkeitserklärung diente nicht allein dazu, die Trennung von England anzukündigen. Sie begeisterte die Massen für die Sache Amerikas, denn sie weckte in den einfachen Menschen das Bewusstsein ihrer eigenen Bedeutung und feuerte sie an, für persönliche Freiheit, Selbstverwaltung und einen würdigen Platz in der Gesellschaft zu kämpfen. Und da die in der Unabhängigkeitserklärung erhobenen Anklagen den englischen König Georg III. zum Mittelpunkt hatten, wurde der Konflikt zu einer persönlichen Auseinandersetzung — statt eines Protestes gegen tote Paragraphen und ein abstraktes Parlament zu einem Kampf gegen einen unmittelbaren Gegner aus Fleisch und Blut. Es war die eigene Sache, für die man kämpfte, und der persönliche Feind, den es zu besiegen galt: das brachte die Revolution dem Volke nahe und verlieh ihr die begeisternde Kraft einer Volksbewegung.

Der Unabhängigkeitskrieg zog sich über sechs Jahre hin; es gab Scharmützel in allen Kolonien, doch nicht mehr als zwölf davon waren Schlachten von Bedeutung. Schon vor der Unabhängigkeitserklärung war es zu Kampfhandlungen gekommen, die einen wesentlichen Einfluss auf den Ausgang des Krieges hatten, so z. B. zur Unterdrückung der Loyalisten in Nord-Carolina im Februar 1776 und zur Vertreibung der britischen Streitkräfte aus Boston im März desselben Jahres. In den ersten Monaten ihrer Unabhängigkeit erlitten die Amerikaner eine Reihe schwerer Rückschläge, den ersten in New York.

Washington hatte vorausgesagt, dass New York, der Nachschubhafen Neu-Englands für Kriegsmaterial und Truppen, eines der ersten militärischen Ziele des Feindes werden würde. Der britische Befehlshaber, General Sir William Howe, griff die Stadt jedoch nicht gleich zu Anfang an. Er war ein Freund der amerikanischen Sache und wollte das Schwert nicht ziehen, ohne es zuvor mit einem Ölzweig versucht zu haben; er versprach den Rebellen, der englische König werde Milde walten lassen, wenn sie den Kampf einstellten. Wirksame Sicherheiten für eine Freiheit im Rahmen des Empires waren jedoch nicht von ihm zu erhalten; sein Angebot wurde zurückgewiesen, und nun rückten dreissigtausend britische Soldaten, unterstützt von der britischen Flotte, gegen General Washingtons achtzehntausend Mann vor.

New York war kaum zu verteidigen; darüber war sich Washington im klaren. Aber die Ehre verlangte, dass die Stadt nicht kampflos preisgegeben würde. Eine Schlacht entwickelte sich: Washington machte strategische Fehler; die Generäle führten seine Befehle nicht aus, und die Übermacht der Engländer war überwältigend. Als er seine Stellung nicht mehr halten konnte, setzte er in einem meisterhaften Rückzug seine Truppen in Booten von Brooklyn nach Manhattan über. Zum Glück blies ein starker Nordwind, so dass die britischen Kriegsschiffe den East River nicht befahren konnten. Hätte Howe verstanden, was sich ereignete, dann hätte er die amerikanische Sache empfindlich treffen, vielleicht dem Krieg überhaupt ein Ende machen und Washingtons Armee gefangen nehmen können. Der Kongress hätte dann nur unter allergrössten Schwierigkeiten ein neues Heer aufstellen können. Howe aber verfehlte die Gelegenheit.

Washington wurde immer weiter zurückgedrängt, konnte jedoch seine Truppen bis Jahresende einigermassen zusammenhalten. Die wichtigen Siege von Trenton und Princeton liessen die Hoffnungen der Kolonisten wieder aufleben. Dann kam neues Unglück. Im September 1777 eroberte Howe Philadelphia, vertrieb den Kongress und zwang Washington und seine Soldaten zu einem Winter voll Verzweiflung in Valley Forge. Die Patrioten erfroren fast an ihren Lagerfeuern und ihre wunden Füsse hinterliessen blutige Spuren im Schnee. Die Niederlage schien sicher.

Dieser gleiche bittere Herbst 1777 brachte jedoch den Amerikanern mit dem grössten Sieg, den sie im Revolutionskrieg errangen, den Wendepunkt ihres militärischen Schicksals. Der britische General Burgoyne hatte seine Truppe von Kanada nach Süden verschoben, um die Linie Champlain-See — Hudson zu besetzen und so Neu-England völlig von den anderen Kolonien zu isolieren, und hatte den Oberlauf des Hudson erreicht, wo er bis Mitte September auf Nachschub warten musste, ehe er weiter nach Süden vordringen konnte. Er wusste so wenig von amerikanischer Geographie, dass er es für ein leichtes hielt, mit einer Streifabteilung durch Vermont den Connecticut entlang nach Süden und wieder zurück zu marschieren und

unterwegs Vieh, Zugtiere, Wagen und wenigstens dreizehnhundert Kavalleriepferde für die Armee zu requirieren—alles in vierzehn Tagen! Die dreihunderfünfundsiebzig unberittenen hessischen Dragoner und etwa dreihundert *Tories,* die er für dieses Stückchen ausgesucht hatte, erreichten nicht einmal Vermont. Die Miliz von Vermont hielt sie auf, und nur wenige Hessen fanden je den Weg zurück. Unterdessen hatten die Amerikaner im Mohawktal die vom Erie-See anrückenden britischen Verstärkungen daran gehindert, sich mit Burgoyne zu vereinigen.

Die Schlacht an der Grenze Vermonts hatte die Bevölkerung des nördlichen Neu-England zu den Waffen gerufen; Burgoynes erzwungener Aufenthalt ermöglichte es Washington, ihnen reguläre Truppen vom unteren Hudson zu Hilfe zu schikken. (Die Truppen in Valley Forge waren inzwischen durch den deutschen Baron Friedrich Wilhelm von Steuben, den neuernannten verdienten Generalinspekteur der Armee, zu einer kampftüchtigen Einheit zusammengeschweisst worden.) Als Burgoyne seine schwerfällige Streitmacht endlich in Marsch bringen konnte, lief er einer von den Erfolgen ihrer Waffengefährten trunkenen Yankee-Miliz in die Arme, die durch reguläre Truppen verstärkt worden war und von einem ausgezeichneten General der regulären Armee befehligt wurde. Als der erste frühe Frost einfiel, begann der Kampf. Zwei Angriffe Burgoynes wurden abgeschlagen, dann wichen die Briten nach Saratoga zurück, viele Hessen liefen vor dem Herbstregen davon, Amerikaner schwärmten auf allen Seiten und bedrohten Vor- und Nachhut und die Flanken. Am 17. Oktober 1777 ergab sich Burgoyne mit seiner gesamten, noch immer über fünftausend Mann starken Armee dem amerikanischen General Gates. Das war der Schlag, der letztlich den Krieg entschied, denn er hatte nicht nur weitreichende strategische Folgen, sondern brachte auch Englands Erzfeind Frankreich auf Amerikas Seite.

Seit seiner Niederlage im Jahre 1763 hatte Frankreich nach einer Gelegenheit für Revanche Ausschau gehalten. Seine Begeisterung für die Sache der Amerikaner war gross; die gebildete Schicht in Frankreich war in Aufruhr, noch nicht eigentlich für eine Republik, aber gegen Feudalherrschaft und Privilegien, und nach der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung hatte man Benjamin Franklin am französischen Hofe äusserst warm empfangen. Die französische Regierung war von Anfang an nicht neutral gewesen, sondern hatte Amerika mit Waffen und anderem Kriegsbedarf unterstützt, scheute aber zunächst noch vor einer offenen Intervention zurück, um Krieg mit England zu vermeiden. Nach Burgoynes Kapitulation jedoch gelang es Franklin, einen Handels- und Bündnisvertrag abzuschliessen, in dem die Partner einander versprachen, bis zur Anerkennung der Unabhängigkeit Amerikas gemeinsame Sache zu machen. Viele französische Freiwillige hatten sich ohnedies schon nach Amerika eingeschifft. Der hervorragendste unter ihnen war der Marquis de Lafayette, ein Offizier der Armee, der voll jugendlicher Begeisterung darauf brannte, Amerikas Freiheitskampf zu unterstützen, Frankreichs Ruhm zu erhöhen und England zu demütigen und dabei seine persönlichen militärischen Fähigkeiten zu beweisen. Er trat als General ohne Besoldung in Washingtons Armee ein und bewährte sich so ausgezeichnet, dass er die Achtung des grossen Amerikaners gewann, den er wie einen Helden verehrte.

Im Winter 1779/80 fuhr Lafayette nach Versailles und bestürmte die französische Regierung, ernstlich einzugreifen und den Krieg einem baldigen Ende zuzuführen. Bald darauf entsandte Ludwig XVI. ein ausgesuchtes Expeditionskorps von sechstausend Mann unter General Rochambeau, und französische Flotteneinheiten verschärften die Nachschub- und Verpflegungsschwierigkeiten der Engländer, deren Handel schwer durch die französischen und amerikanischen Blockadebrecher *(Privateers*—Freibeuter—genannt) und durch die Aktionen des verwegenen amerikanischen Kapitäns John Paul Jones litt. Auch der Kriegseintritt Spaniens und der Niederlande schadete England.

Trotzdem kämpften die Briten hartnäckig weiter. 1778 zwang sie die französische Flotte, Philadelphia zu räumen, und im gleichen Jahr erlitten sie im Ohiotal eine Reihe von Rückschlägen, die den Amerikanern die Herrschaft über den Nordwesten sicherten. Im Süden aber behielten sie die Führung. Zu Beginn des Jahres 1780 besetzten sie Charleston, den wichtigsten Hafen des Südens, und, vorübergehend, die Carolina-Kolonien. Das Jahr darauf versuchten sie, Virginia zu erobern. Im Sommer des gleichen Jahres gewann jedoch die französische Flotte zeitweilig die Kontrolle über den Chesapeake und einen Teil der amerikanischen Küstengewässer. Washingtons and Rochambeaus Truppen wurden in Kriegsschiffen über die Chesapeakebucht gesetzt und schlossen, insgesamt fünfzehntausend Mann stark, Lord Cornwallis' achttausend Mann bei Yorktown an der Küste Virginias ein. Cornwallis' Übergabe am 19. Oktober 1781 setzte Englands Versuchen, die Revolution mit Waffengewalt niederzuschlagen, ein Ende.

Als der Sieg der Amerikaner bei Yorktown in Europa bekannt wurde, beschloss das englische Unterhaus, den Krieg zu beenden. Kurz darauf trat der Ministerpräsident, Lord North, zurück, und der König berief eine neue Regierung, die Amerikas Unabhängigkeit anerkennen und Frieden schliessen sollte. Im April 1782 begann die letzte, ernste Phase der Friedensverhandlungen, die sich bis zur Unterzeichnung von Präliminarverträgen Ende November hinzogen. Die Verträge sollten jedoch erst in Kraft treten, wenn auch Frankreich mit Grossbritannien Frieden geschlossen hatte. 1783 wurden die Abmachungen als definitiv anerkannt und unterzeichnet.

Der Friedensvertrag bestätigte den dreizehn amerikanischen Staaten Unabhängigkeit, Freiheit und Souveränität und sprach ihnen das begehrte Gebiet im Westen bis zum Mississippi zu; die Nordgrenze verlief ungefähr auf der heutigen Linie. Der Kongress sollte darauf hinwirken, dass die Staaten den Loyalisten ihren beschlagnahmten Besitz zurückerstatteten, und die Bevölkerung der Vereinigten Staaten erhielt das Recht, vor der neufundländischen Küste zu fischen und den Fang in den unbesiedelten Teilen Neu-Schottlands und Labradors zu trocknen.

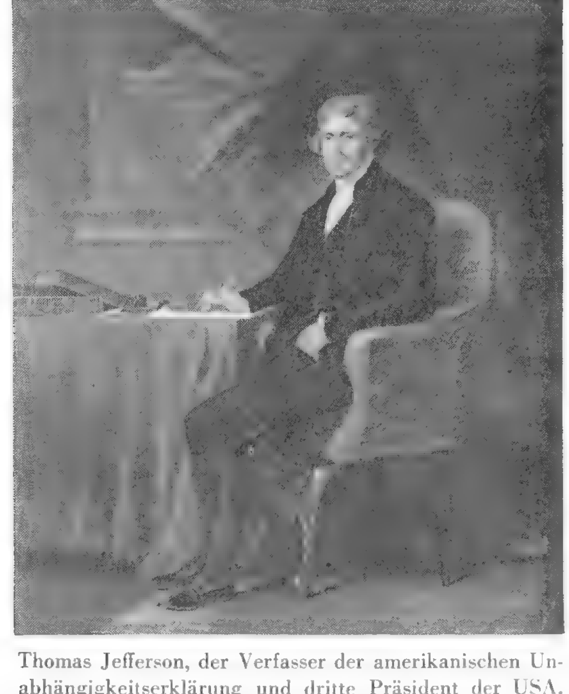
Mit der gewonnenen Unabhängigkeit waren die Amerikaner nicht nur aller auswärtigen Herrschaft ledig, sondern hatten auch die Freiheit erkämpft, ihre neue Gesellschaft auf den politischen Idealen ihrer eigenen, von Europa verschiedenen Umwelt aufzubauen. Wohl hatten die Kolonien bei ihrem Aufstand den grössten Nachdruck auf Anerkennung ihrer Rechte unter der englischen Verfassung gelegt: in Tat und Wahrheit aber hatten sie für neue politische Ideen gekämpft, die ihr alleiniges Eigentum waren: für Selbstregierung durch das Volk, das Grundprinzip der amerikanischen Demokratie, und, als ein Zweites, für örtlichdemokratische Selbstverwaltung, d.h. für das Recht, unter Gesetzen zu stehen, die nicht Tausende von Kilometern entfernt gemacht worden waren. Der Geist Amerikas ertrug keinen Unterschied zwischen Mensch und Mensch vor dem Gesetz.

Das Wahlrecht, das bei Abschluss der Revolution noch beschränkt war, wurde mit jedem Jahrzehnt weiter ausgedehnt und wurde allgemein und gleich. Die Gewissheit, dass Menschen unveräusserliche Rechte haben, drang in die ganze Welt; binnen vierzig Jahren waren sämtliche spanischen Besitzungen in Amerika dem Beispiel der englischen Kolonien gefolgt. Wo immer in Europa die Revolution scheiterte, konnten die Menschen nach der Neuen Welt auswandern und die zutiefst ersehnte Freiheit finden. Es war das neue, revolutionäre Amerika, nach dem die Freunde der Freiheit nun aus allen Teilen der Alten Welt zu strömen begannen, und Benjamin Franklin, der während des Krieges in Frankreich tätig gewesen war, hatte den Wanderungsstrom vorausgesagt: "Die Tyrannei in der Welt ist so allgemein, dass die Aussicht auf eine Zuflucht in Amerika alle Freiheitsliebenden mit tiefem Glücksgefühl erfüllt..."

Der Norweger Henrich Steffens erinnerte sich noch in seinem späteren Leben an den Tag, da der Sieg der Kolonien in Dänemark, wo er seine Kindheit verbracht hatte, verkündet worden war:

"Ich erinnere mich noch lebhaft des Tages, an dem der Friedensschluss, der Sieg im Kampf um die Freiheit, gefeiert wurde. Es war ein schöner Tag. Die Schiffe im Hafen waren festlich geschmückt, von den Masten wehten lange Wimpel. Die prächtigsten waren am grossen Flaggenmast achtern aufgezogen, andere flatterten am Bug oder waren zwischen die Masten gespannt. Eine leichte Brise war aufgekommen und blähte Fahnen und Wimpel . . . Vater hatte ein paar Gäste ins Haus gebeten, und wir Knaben durften gegen die sonst im Hause herrschende Gewohnheit bei Tisch erscheinen. Vater erläuterte die Bedeutung des festlichen Tages, man füllte auch unsere Gläser mit Punsch, und während wir tranken und die neue Republik hochleben liessen, wurden die dänische und die nordamerikanische Flagge in unserem Garten gehisst... Die Vorahnung grosser Ereignisse, die dieser Sieg nach sich ziehen würde, füllte die Herzen mit Jubel. Es war der Frühschein eines neuen Morgens, der nach einem blutigen Tag der Geschichte freundlich emporstieg."





Thomas Jefferson, der Verfasser der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung und dritte Präsident der USA.



Eine nationale Regierung entsteht

"Jeder Mensch und jede menschliche Gemeinschaft auf Erden hat das Recht, sich selbst zu regieren."
—THOMAS JEFFERSON, 1790.

Die revolutionäre Loslösung von England hatte das amerikanische Volk zu einem selbständigen Mitglied der Völkerfamilie gemacht und es zu einer neuen sozialen Ordnung geführt, in der die Vorrechte der Geburt vor dem Prinzip der Gleichheit zurücktraten. Noch aber hatten die Amerikaner, in reichen Erinnerungen an gemeinsames Hoffen und gemeinsames Kämpfen vereint, zu beweisen, dass sie wirklich imstande waren, ihre neue Stellung zu behaupten und sich selbst zu regieren.

Der Erfolg der Revolution hatte die Möglichkeit gebracht, die politischen Ideale der Unabhängigkeitserklärung in der Gesetzgebung zu verwirklichen und gewissen Übelständen durch einzelstaatliche Verfassungen abzuhelfen. James Madison, der vierte Präsident der Vereinigten Staaten, schrieb in diesem Zusammenhang: "Nichts hat grössere Bewunderung erregt als die Art und Weise, wie in Amerika freie Regierungseinrichtungen geschaffen wurden; denn es war das erste Mal . . . , dass freie Bürger über eine Regierungsform berieten und Männer aus ihrer Mitte wählten, denen sie zutrauten, eine Verfassung zu beschliessen und in Kraft zu setzen."

Der moderne Amerikaner ist so gewöhnt, im Schutze geschriebener Verfassungen zu leben, dass er solche Verfassungen überall als etwas Selbstverständliches ansieht. In Wahrheit aber wurde die Form der geschriebenen Verfassung in Amerika entwickelt; die amerikanische Verfassung ist eine der ersten der Geschichte. "Die Verfassungen aller freien Einzelstaaten sind endgültig", schrieb John Adams, der zweite Präsident der Vereinigten Staaten. Überall verlangten die Amerikaner danach, "unter einem bleibenden Gesetz zu leben." Bereits am 10. Mai 1776 hatte der Kongress einen Beschluss gefasst, in dem die Kolonien aufgefordert wurden, Regierungen einzusetzen, "die am besten Glück und Sicherheit ihrer Wähler gewährleisten würden." Einige der Staaten hatten bereits Regierungen, als der Beschluss gefasst wurde, und ein Jahr nach der Unabhängigkeitserklärung besassen nur drei Staaten noch keine Verfassung.

Die schriftliche Ausarbeitung dieser Verfassungsurkunden bot den Demokraten eine glänzende Gelegenheit, Misstände zu beseitigen und vernünftige Regierungen, wie sie sie erstrebt hatten, zu bilden. In den meisten der Verfassungen war denn auch der Einfluss demokratischer Ideen deutlich zu spüren; keine einzige jedoch brach entscheidend mit der Vergangenheit, aus der ein Grundstock kolonialer Erfahrung, englischer Praxis und französischer politischer Philosophie in die Gegenwart hinübergetragen wurde. Die Ausarbeitung der einzelstaatlichen Verfassungen brachte so die Revolution recht eigentlich zum Ausdruck wie zum Abschluss.

In erster Linie war es den Schöpfern der Verfassung natürlich darum zu tun, jene "unveräusserlichen Rechte" zu sichern, deren Verletzung sie veranlasst hatte, sich von England loszusagen. Deshalb begann jede Urkunde mit einer feierlichen Grundrechteerklärung. Die Verfassung Virginias, die den anderen Staaten als Vorbild diente, enthielt politische Grundsätze — Volkssouveränität, begrenzte Amtsdauer, freie Wahlen — und Grundfreiheiten — keine übertriebenen Kautionen bei Verhaftungen, humanes Strafrecht, Bürgerwehr anstatt der Berufsarmee, beschleunigtes Prozessverfahren nach Landesrecht, Geschworenengerichte, Pressefreiheit, Gewissensfreiheit, das Recht der Mehrheit, die Regierung umzubilden oder ihre Form zu ändern, sowie das Verbot nicht auf Namen lautender Haftbefehle. Andere Staaten fügten weiteres hinzu, so Rede- und Versammlungsfreiheit, das Petitionsrecht, das Recht, Waffen zu tragen, das Recht eines Verhafteten auf Prüfung der Rechtmässigkeit seiner Verhaftung durch einen Richter *(writ of habeas corpus)*, die Unverletzlichkeit des Hausfriedens und Gleichheit in der Anwendung der Gesetze. Die Verfassungen aller Staaten bekannten sich ferner zu der Dreiteilung in Exekutive, Legislative und Justiz, die einander überwachen und auswiegen sollten.

Während so die dreizehn Gründerkolonien in Staaten umgewandelt wurden und sich in ihrer neugewonnenen Unabhängigkeit einrichteten, hatten sich neue Gemeinwesen in dem weiten Gebiet westlich der Küstensiedlungen entwickelt. Von den einzigartigen Jagdmöglichkeiten und der unerhörten Fruchtbarkeit der neuen Landstriche angelockt, waren die Pioniere über die Appalachen nach dem Westen gedrungen, und um 1775 bereits lebten Zehntausende von Siedlern auf weitverstreuten Aussenposten in den Flusstälern. Durch Gebirgsketten vom Osten getrennt, Hunderte von Kilometern von den Zentren des politischen Lebens entfernt, gaben sich die Kolonisten dieser westlichen Aussenposten eigene Regierungen, unter denen ihre Gemeinwesen aufblühten. Siedler aus allen Küstenstaaten strömten in die fruchtbaren Flusstäler und Laubwälder und über die ausgedehnten Prärien. Um 1790 hatte das Gebiet jenseits der Appalachen bereits über 120 000 Einwohner.

Mit dem Ende der Revolution waren den Vereinigten Staaten die alten ungelösten Probleme des "Empires" an der Westgrenze — verwickelte Land- und Indianerfragen, Pelzhandelsprobleme, die Schwierigkeiten der Besiedlung

und Regierung der abhängigen Gebiete — in den Schoss gefallen. Vor dem Krieg hatten verschiedene Kolonien beträchtliche, oft einander widersprechende Forderungen auf Land jenseits der Appalachen erhoben. Dass einzelne Staaten diese reichen Gebiete erwerben sollten, schien denen, die keine Ansprüche geltend machen konnten, höchst ungerecht. Deshalb forderte Maryland als Wortführer der benachteiligten Gruppe in einem Antrag, dass das Gebiet im Westen als gemeinsamer Besitz betrachtet und vom Kongress in freie und unabhängige Selbstverwaltungseinheiten aufgeteilt würde. Obwohl dieser Vorschlag nicht mit Begeisterung aufgenommen worden war, fand sich im Jahre 1780 New York als erste Kolonie bereit, seine Ansprüche an die Vereinigten Staaten abzutreten. Die anderen Kolonien folgten bald seinem Beispiel, sodass bei Ausgang des Krieges der Kongress sich in der Verfügungsgewalt über alle Gebiete nördlich des Ohio River, ja sogar in aller Wahrscheinlichkeit westlich der Alleghanies sah. Dieser gemeinsame Besitz von Millionen von Morgen Land bewies klarer als alles andere die nationale Einigkeit und Selbständigkeit Amerikas in jenen unruhigen Jahren und verlieh dem Gedanken der nationalen Souveränität sinnfälligen Ausdruck. Trotz allem aber blieben Probleme, die dringend nach Lösungen verlangten.

Sie erfolgten im Rahmen der *Articles of Confederation*, eines Abkommens, das die Kolonien seit 1781 lose zusammengehalten hatte. Kraft dieser Artikel wurde den neuen Gebieten im Westen eine begrenzte Selbstregierung zugestanden und auf diese Weise der Abstand zwischen Wildnis und Staatlichkeit mit glücklichem Griff überbrückt. Dieses, in der *Northwest Ordinance* (Nordwest-Verordnung) von 1787 festgelegte Prinzip ist seitdem auf alle kontinentalen und fast alle Inselbesitzungen der Vereinigten Staaten angewandt worden. Die Verordnung von 1787 behandelte das Nordwest-Territorium zunächst als *ein* Gebiet unter der Herrschaft eines Gouverneurs und von Richtern, die vom Kongress zu bestellen waren. Sobald ein Territorium fünftausend männliche Einwohner in wahlberechtigtem Alter zählte, sollte es dazu ermächtigt sein, eine Zwei-Kammer-Legislative einzurichten und die Zweite Kammer direkt zu wählen, und sollte im Kongress durch einen nicht stimmberechtigten Delegierten vertreten sein. Das Nordwest-Territorium sollte in nicht mehr als fünf und in nicht weniger als drei Staaten aufgeteilt werden; jeder Bezirk, dessen Einwohnerzahl 60 000 erreichte, würde in jeder Hinsicht den Gründerstaaten gleichgestellt in die Union aufgenommen werden. Sechs "Artikel, zwischen den Gründerstaaten und Volk und Staat des Nordwest-Territoriums vereinbart", gewährleisteten bürgerliche Rechte und Freiheiten, förderten das Erziehungswesen und garantierten, "dass es in besagtem Territorium weder Sklaverei noch unfreiwillige Knechtschaft geben würde."

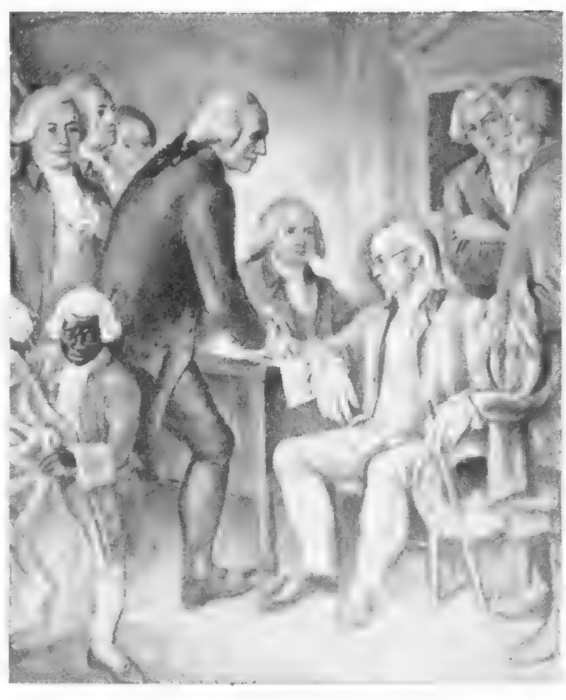
Dies war der Anfang einer neuen, auf dem Prinzip der Gleichheit beruhenden Kolonialpolitik. Die neue Politik räumte mit der traditionellen Lehre auf, dass Kolonien nur zum Nutzen des Mutterlandes bestünden, im übrigen politisch von ihm abhängig und gesellschaftlich minderwertig seien. An die Stelle dieser alten Auffassung trat die neue, dass Kolonien lediglich einen Teil der Nation darstellten und dass sie einen Anspruch auf Gleichberechtigung hätten — nicht als Gnade, sondern als Recht. Die vernünftigen Bestimmungen der *Northwest Ordinance* legten den bleibenden Grund zum Territorialsystem und zur Kolonialpolitik Amerikas; sie ermöglichten seine Ausdehnung zum Pazifik und eine reibungslose Entwicklung von dreizehn zu achtundvierzig Einzelstaaten.

Die *Articles of Confederation* genügten indes nicht, andere Probleme der Zeit zu lösen. Vor allem konnten sie nicht als Grundgesetz für eine wirklich gemeinsame Regierung der dreizehn Staaten dienen, die nach Einigung gestrebt hatten, seit ihre Delegierten 1774 zum ersten Mal zusammengekommen waren, um ihre Freiheiten gegen Englands Übergriffe zu verteidigen. Der Kampf mit England hatte dazu beigetragen, ihre Haltung zu ändern; nur zwanzig Jahre zuvor hatten die Volksvertretungen der Kolonien den Unionsplan von Albany abgelehnt und sich geweigert, auch nur den geringsten Teil ihrer Autonomie an irgendeine andere Körperschaft — und wäre sie von ihnen selbst gewählt — abzutreten. Die Revolution hatte sie vom Wert gegenseitiger Hilfe überzeugt, und die Furcht vor einem Verlust ihrer Befugnisse, zumindest in gewissen Bereichen, in hohem Masse zerstreut.

Die *Articles of Confederation* traten 1781 in Kraft. Trotz eines unverkennbaren Fortschritts gegenüber der vom Kontinentalen Kongress geschaffenen losen Verbindung der Staaten wies auch das neue Regierungssystem viele Schwächen auf. Als es zu Grenzstreitigkeiten kam, fällten die Gerichtshöfe einander widersprechende Urteile; Massachusetts, New York und Pennsylvania erliessen Zollbestimmungen, die kleinere Nachbarstaaten schädigten; Beschränkungen im Handel der Staaten untereinander führten zu weiterer Verbitterung. Gemüsehändler aus New Jersey zum Beispiel konnten ihre Ware nur über den Hudson schiffen und auf den New Yorker Märkten absetzen, wenn sie hohe Grenzübertritts- und Abfertigungsgebühren entrichteten.

Eine wahre Nationalregierung hätte die Macht haben müssen, die notwendigen Zölle festzusetzen und den Handel zu regulieren — aber sie hatte diese Macht nicht. Sie hätte das Recht haben müssen, Steuern für gemeinsame Aufgaben zu erheben — aber sie besass dieses Recht nicht. Sie allein hätte die Aussenpolitik leiten müssen — stattdessen hatten verschiedene Staaten auf eigene Faust Unterhandlungen mit ausländischen Mächten begonnen. Neun Staaten hatten eigene Armeen aufgestellt, einige besassen sogar kleine Kriegsflotten. Es herrschte ein Durcheinander von Münzsorten aus einem Dutzend ausländischer Staaten; eine verwirrende Vielfalt von Papiergeld kam aus den Druckpressen der Einzelstaaten und der Nationalregierung und verlor ständig an Wert.

Auch die nach Kriegsende auftretenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten gaben Anlass zu Unzufriedenheit, namentlich unter den Farmern, die die Überfülle ihrer Produkte nicht absetzen konnten. Die grösste Unruhe herrschte unter den verschuldeten Farmern, die Sicherheiten gegen Hypothekenkündigungen forderten, um der sonst drohenden Schuldhaft zu entgehen. Die Gerichte waren mit Eintreibungsverfahren überlaufen. Den ganzen Sommer des Jahres 1786 hindurch wurden in mehreren Staaten auf Volksversammlungen — und wo immer Menschen zusammenkamen — Forderungen nach Verwaltungsreformen in den Einzelstaaten erhoben. Viele kleine Grundbesitzer, vor Schuldhaft und den Verlust der ererbten Farmen gestellt, griffen zur Gewalt.



Die Unterzeichnung der Verfassung. Die Bundesversammlung überzeugte sich davon, dass die *Articles of Confederation* selbst in abgeänderter Form nicht mehr zu verwenden waren, und entwarf deshalb eine neue Verfassung.

In einem Staat — Massachusetts — konnten die Gerichte im Herbst des Jahres 1786 nicht tagen, weil Rotten von Farmern unter Führung des ehemaligen Hauptmanns Daniel Shays sie mit Gewalt daran hinderten, um den Erlass von Vollstreckungsbefehlen gegen Farmer bis nach der nächsten Wahl unmöglich zu machen. Die Regierung des Staates leistete kräftigen Widerstand, und für ein paar Tage sah es so aus, als sollte der Sitz der Regierung in Boston von einer wütenden Menge von Farmern belagert werden. Aber die Rebellen waren meist nur mit Fassdauben und Heugabeln bewaffnet und wurden von der Miliz zurückgeschlagen und in die Hügel gejagt. Erst nach der Niederwerfung des Aufstandes sah die Legislative die Berechtigung der von den kleinen Farmern erhobenen Beschwerden ein und ging daran, sie abzustellen.

Die Staaten waren damals, wie George Washington schrieb, nur noch durch einen "seidenen Faden" zusammengehalten, und das Ansehen des Kongresses war bedenklich gesunken. Meinungsverschiedenheiten zwischen Maryland und Virginia über die Schiffahrt auf dem Potomac führten im Jahre 1786 zur Konferenz von Annapolis, an der Vertreter von fünf Staaten teilnahmen. Einer der Delegierten, Alexander Hamilton, überzeugte seine Kollegen davon, dass der Handel viel zu eng mit anderen Fragen verknüpft sei und dass der Ernst der Situation nach einer Körperschaft verlange, die repräsentativer sei als sie. Auf seinen Vorschlag wurden sämtliche Staaten aufgefordert, Vertreter für die "Vereinigten Staaten" zu bestimmen, um "Einrichtungen zu schaffen, die nach ihrer Meinung erforderlich sind, um die Verfassung der Bundesregierung den Bedürfnissen der Union anzupassen." Der Kontinental-Kongress war zunächst über die

Kühnheit dieses Schrittes empört, musste jedoch gute Miene zum bösen Spiel machen, als bekannt wurde, dass Virginia George Washington zu einem seiner Delegierten ausersehen hatte. Im darauf folgenden Herbst und Winter fanden in allen Staaten, mit Ausnahme Rhode Islands, Wahlen statt.

Es war eine Gruppe hervorragender Persönlichkeiten, die sich im Mai 1787 als Bundesversammlung *(Federal Convention)* in Philadelphia zusammenfand. Die gesetzgebenden Körperschaften der Staaten hatten Politiker entsandt, die reiche Erfahrungen in der Regierung von Kolonien und Einzelstaaten, im Kongress, im Gerichtssaal und auf dem Schlachtfelde gesammelt hatten. Zum Vorsitzenden wurde einstimmig George Washington gewählt, der wegen seiner im Revolutionskrieg bewiesenen militärischen Fähigkeiten und wegen seines lauteren und rechtschaffenen Charakters im ganzen Lande als der angesehenste Mann galt. Der einundachtzigjährige Benjamin Franklin hielt sich weise von der Debatte zurück, aber sein gütiger Humor and seine diplomatische Erfahrung halfen mit, die Gegensätze zwischen den jüngeren Delegierten auszugleichen. Unter den aktiveren Mitgliedern ragten besonders zwei Delegierte aus Pennsylvania hervor: der kluge und unerschrockene Gouverneur Morris, der die Notwendigkeit einer nationalen Regierung deutlich erkannte, und James Wilson, der unermüdlich für den nationalen Gedanken arbeitete. Aus Virginia stammte der jugendliche Staatsmann James Madison, der Politik und Geschichte gründlich studiert hatte und nach den Worten eines Kollegen "von grossem Arbeitseifer und tiefer Hingabe, ... in jeder zur Debatte stehenden Frage der bestunterrichtete Mann" war. Massachusetts hatte Rufus King und Elbridge Gerry entsandt, junge, tüchtige und erfahrene Leute. Einer der Vertreter Connecticuts war der Richter Roger Sherman, ein ehemaliger Schuhmacher; aus New York war der trotz seiner knapp dreissig Jahre bereits berühmte Alexander Hamilton gekommen. Zu den wenigen grossen Männern Kolonialamerikas, die auf dem Konvent fehlten, gehörte Thomas Jefferson, der sich damals gerade im Staatsauftrag nach Frankreich begeben hatte. Dass die Jugend unter den fünfundfünfzig Delegierten vorherrschte, beweist ihr Durchschnittsalter von zweiundvierzig Jahren.

Die Delegierten waren lediglich dazu ermächtigt, Zusätze zu den Konföderationsartikeln zu entwerfen. Aber "in mannhaftem Vertrauen auf ihr Land", wie Madison später schrieb, liessen sie die alten Artikel ganz ausser acht und machten sich daran, eine völlig neue Verfassung auszuarbeiten. Die Delegierten erkannten sehr richtig, dass es vor allem darauf ankam, zwei einander entgegengesetzte Kräfte — die partikularen Machtbefugnisse, die bereits von den dreizehn halb-selbständigen Staaten ausgeübt wurden, und die Macht der Zentralregierung — in Übereinstimmung zu bringen. Sie bekannten sich zu dem Grundsatz, dass die Funktionen und Befugnisse der Nationalregierung neu, allgemein und umfassend sein und deshalb sorgfältig niedergelegt und definiert werden müssten, während alle nicht aufgezählten Funktionen und Befugnisse den Einzelstaaten vorbehalten bleiben sollten. Sie sahen jedoch, dass die nationale Regierung mehr als nur den Schein der Macht brauchte, und einigten sich darauf, sie unter anderem zu ermächtigen, Münzen zu prägen, den Handel zu regeln, Krieg zu erklären und Frieden zu schliessen. Diese Funktionen konnten natürlich nicht ohne einen entsprechenden Regierungsapparat ausgeübt werden.

Die Staatsmänner des achtzehnten Jahrhunderts, die sich in Philadelphia zusammengefunden hatten, glaubten an Montesquieus Theorie vom Gleichgewicht und der Trennung der Gewalten in der Politik. Die koloniale Erfahrung hatte ihnen die Richtigkeit des Grundsatzes bestätigt, John Lockes Schriften, mit denen die meisten der Delegierten vertraut waren, hatten ein übriges getan. Unter solchen Einflüssen kam die Versammlung überein, drei verschiedene, einander gleichwertige und aufeinander ausgerichtete Regierungsgewalten zu schaffen: die Aufgaben der Legislative, Exekutive und Justiz sollten so abgestimmt und miteinander verzahnt werden, dass sich eine harmonische Zusammenarbeit ergab. Das Gleichgewicht unter den drei Gewalten sollte jedoch so gewahrt bleiben, dass eine von ihnen niemals die anderen unterdrücken konnte. Dass die Legislative, nach dem Vorbild der gesetzgebenden Körperschaften der Kolonien und des britischen Parlaments, aus zwei Kammern bestehen musste, war für die Delegierten ebenfalls selbstverständlich.

Über die grossen, allgemeinen Gesichtspunkte fand sich die Versammlung in völligem Einvernehmen. Erst als die Mittel und Wege zur Verwirklichung der gemeinsamen Ziele diskutiert wurden, ergaben sich scharfe Meinungsverschiedenheiten. Delegierte der kleinen Staaten, beispielsweise New Jerseys, wandten sich gegen Änderungen, die zu einer Verminderung ihres Einflusses in der Bundesregierung geführt hätten, so dagegen, dass die Anzahl der Abgeordneten nach der Kopfzahl eines Staates festgesetzt würde, anstatt jedem Staat gleiche Rechte zu geben, wie es die Konföderationsartikel von 1781 vorgesehen hatten. Die Delegierten der grossen Staaten hingegen argumentierten nachdrücklich für proportionale Vertretung. Die Debatte über diese Streitfrage drohte sich endlos in die Länge zu ziehen, bis der Abgeordnete des Staates Connecticut schliesslich den klugen Vorschlag einbrachte, die Staaten in der einen Kammer des Kongresses im Verhältnis zu ihrer Bevölkerungszahl und in der anderen je in gleicher Stärke vertreten sein zu lassen.

Damit schwand zunächst einmal der Gegensatz zwischen kleinen und grossen Staaten. Fast alle späteren Fragen, die beraten wurden, brachten jedoch neue Gruppierungen zustande, die nur durch neue Kompromisse beseitigt werden konnten. Einige Delegierte sprachen sich dagegen aus, dass irgendein Teil der Regierung unmittelbar vom Volke gewählt würde, andere wiederum wollten dem Volk einen möglichst grossen Einfluss sichern. Manche wünschten, den sich im Westen zu Staaten entwickelnden Gebieten den Eintritt in den Bund zu verwehren; andere setzten sich für das in der *Northwest Ordinance* des Jahres 1787 verankerte Prinzip der Gleichberechtigung ein. Über einige wirtschaftliche Fragen — Papiergeld, Währungsgesetze und Gesetze zur Beschränkung der aus Verträgen erwachsenden Verpflichtungen — einigte man sich verhältnismässig schnell. Die anderen wirtschaftlichen Interessen der verschiedenen Regionen waren jedoch kaum so leicht auszugleichen; Machtbefugnisse und Amtszeit des Präsidenten waren ebenso umstritten wie das Verfahren, ihn zu wählen; die Frage der Amtszeit der Richter und der Art der einzusetzenden Gerichtshöfe harrte der Erledigung.


In New York, das die Verfassung 1788 ratifizierte, führte Alexander Hamilton lebhafte Debatten für ihre Annahme.



Einen ganzen Sommer hindurch arbeiteten die Delegierten in der Hitze Philadelphias gewissenhaft und entschlossen an der Lösung all dieser Probleme. Das Ergebnis war ein Verfassungsentwurf, der in gedrängter Form das komplizierteste Regierungssystem umriss, das bis dahin von Menschen erdacht worden war, ein System, das der Regierung die höchste Macht gab und doch zugleich den Bereich ihrer Gültigkeit genau festlegte und damit begrenzte. Um es mit den Worten des Zehnten Verfassungszusatzes vom Jahre 1791 auszudrücken: "Diejenigen Rechte, die durch diese Verfassung nicht den Vereinigten Staaten übertragen oder den Einzelstaaten entzogen werden, bleiben den Einzelstaaten oder dem Volke vorbehalten." Bundesgesetze sind für die Staaten nur bindend, "sofern sie in Übereinstimmung mit der Verfassung erlassen werden." Die einzelnen Staaten üben innerhalb ihrer Grenzen alle die gleiche Souveränität aus; sie beruht in keiner Weise auf minderem, abgeleitetem Recht: die Bundesregierung und die Regierungen der Einzelstaaten erwachsen gleich unmittelbar aus der Volkssouveränität. Im Laufe der Jahre hat sich zwar die Macht des Bundes implicite, durch Verfassungszusätze, durch die Auslegung der Gerichte und unter dem Einfluss nationaler Krisen erheblich erweitert, aber die Macht der Einzelstaaten hat in ähnlicher Weise zugenommen. Selbst im zwanzigsten Jahrhundert kommt der amerikanische Bürger weit häufiger mit der Regierung seines Staates als mit der Bundesregierung in Berührung, denn in die Kompetenz der Einzelstaaten—nicht kraft der Bundesverfassung, sondern auf Grund ihrer eigenen Oberhoheit — fallen die Stadt- und Gemeindeverwaltungen, das Polizeiwesen, die Industrie- und Arbeitsgesetzgebung, die Führung des Handelsregisters, die Weiterentwicklung und Anwendung von Zivil- und Strafrecht, das Erziehungs- und Gesundheitswesen und Sicherheits- und Wohlfahrtseinrichtungen.

Die Versammlung übertrug der Bundesregierung die volle Macht, direkte Steuern zu erheben, Anleihen aufzunehmen und einheitliche Zölle, Abgaben und indirekte Steuern zu fordern. Sie erhielt das Recht, Münzen zu prägen, Masse und Gewichte festzusetzen, Patente und Urheberrechte zu gewähren und Postämter und Postlinien einzurichten. Der Bund wurde ermächtigt, Armee- und Flotteneinheiten aufzustellen und zu unterhalten und den Handel zwischen den Einzelstaaten zu regeln. Indianerfragen, Aussenpolitik und Kriegführung blieben ihm vorbehalten. Die Bundesregierung konnte Bestimmungen für die Einbürgerung von Ausländern erlassen und, da sie die Kontrolle über die öffentlichen Ländereien ausübte, neue Staaten in völliger Gleichberechtigung mit den übrigen zulassen. Da die Bundesregierung ermächtigt wurde, diese ihre Befugnisse auf dem Wege der Gesetzgebung in die Praxis umzusetzen, blieb sie elastisch und konnte die Bedürfnisse selbst späterer Generationen und eines erheblich angewachsenen Gemeinwesens befriedigen.

Der Aufbau dieses Regierungsapparates ist auf der einen Seite in starkem Masse von der ungeschriebenen Verfassung des britischen Empires beeinflusst, andererseits aber enthält die Verfassung kaum eine Einrichtung, die nicht auf die Verfassung des einen oder anderen der dreizehn Gründerstaaten oder auf die koloniale Praxis zurückzuführen ist. Das Prinzip der Gewaltenteilung, das in den meisten Kolonien angewandt worden war, hatte sich bewährt und war für gut befunden worden. Aus diesem Grunde schuf die Versammlung in Philadelphia ein Regierungssystem mit der Dreiteilung in einander überwachende gesetzgebende, ausübende und richterliche Gewalten. Vom Kongress gebilligte Gesetzesvorlagen können nur durch die Billigung des Präsidenten Gesetzeskraft erlangen. Der Präsident kann sein Veto einlegen, der Kongress jedoch kann ein solches Veto des Präsidenten mit einer Zweidrittelmehrheit überstimmen und so einer Vorlage auch gegen den Willen des Präsidenten Gesetzeskraft verleihen. Der Präsident braucht für Berufungen zu höheren Posten in der Verwaltung und für alle von ihm geschlossenen Verträge die Zustimmung des Senats. Der Präsident selbst kann vom Kongress zur Verantwortung gezogen und abgesetzt werden. Der richterlichen Gewalt unterstehen alle im Bereich des bürgerlichen Rechts und des Verfassungsrechts liegenden Fragen, d.h. die Gerichtshöfe fällen über das Staatsgrundgesetz sowohl wie über vom Kongress mit Billigung des Präsidenten geschaffenes Recht Entscheidungen. Die vom Präsidenten berufenen und vom Senat bestätigten Organe der Justiz können jedoch ihrerseits vom Kongress zur Rechenschaft gezogen werden.

Da die Versammlung in Philadelphia voraussah, dass später Änderungen oder Zusätze in der Verfassung notwendig werden könnten, fügte sie einen Artikel bei, der das für Verfassungsänderungen notwendige Verfahren regelte. Es sollte jedoch verhütet werden, dass die Verfassung leichtfertig abgeändert würde; deshalb bestimmte Artikel V der Verfassung, dass Verfassungszusätze nur von je zwei Dritteln beider Kammern des Kongresses oder von einer Zweidrittelmehrheit der zu einer Nationalversammlung zusammengetretenen Staaten vorgeschlagen werden dürfen. Vorschläge dieser Art können auf zwei Wegen Gesetzeskraft erlangen: durch Ratifizierung durch die Volksvertretungen von dreiviertel der Staaten oder durch Volksbeschluss in dreiviertel der Staaten. Es bleibt dem Kongress vorbehalten, eines dieser beiden Verfahren zu wählen. (Bis heute sind nach dem in Artikel V vorgeschlagenen Verfahren einundzwanzig Verfassungszusätze angenommen worden, eine relativ geringe Anzahl.)

Die wichtigste Frage, der sich die Versammlung in Philadelphia gegenübersah, war die nach den Machtmitteln, die der neuen Regierung zum Vollzug der ihr übertragenen Rechte zur Verfügung stehen sollten. Die alten *Articles of Confederation* hatten der Regierung der Konföderation theoretisch weitgehende Befugnisse eingeräumt. Sie wären keineswegs ausreichend gewesen, selbst wenn die Einzelstaaten sie nicht ignoriert hätten; in Wahrheit war die Regierung ohne wirkliche Macht gewesen. Wie konnte die neue Regierung vor ähnlicher Ohnmacht bewahrt werden? Zunächst sahen die meisten Delegierten in Gewaltanwendung die einzig mögliche Antwort. Gewalt aber hätte zur Zerstörung des bündischen Zusammenhangs der Union geführt. Eine Reihe fruchtbarer Debatten führte am Ende zu dem Entschluss, die Kompetenz der Regierung nicht auf die Einzelstaaten als Körperschaften, sondern nur auf die Einwohner der Staaten auszudehnen. Die Gesetze sollten für jeden einzelnen Bewohner des ganzen Landes gelten; alle sollten ihnen ohne die vermittelnde Instanz der Staaten unterstehen. Die Versammlung nahm zu diesem Zweck eine kurze, aber höchst bedeutsame Klausel an, die einen tragenden Pfeiler im Verfassungsgebäude bilden sollte:

"Der Kongress hat das Recht, ... alle Gesetze zu erlassen, die zur Ausübung der . . . durch diese Verfassung der Regierung der Vereinigten Staaten . . . verliehenen Rechte notwendig und geeignet sind." (Artikel I, Sektion VIII)

"Diese Verfassung, die auf ihrer Grundlage erlassenen Gesetze der Vereinigten Staaten und alle von den Vereinigten Staaten in Ausübung ihrer Staatshoheit abgeschlossenen oder künftighin abzuschliessenden Verträge sind oberstes Gesetz des Landes. Die Richter jedes Einzelstaates sind auch dann daran gebunden, wenn die Verfassung oder die Gesetze eines Einzelstaates in irgendeinem Punkt in Widerspruch dazu stehen sollte." (Artikel VI)

Auf diese Weise war dafür gesorgt, dass den Gesetzen der Vereinigten Staaten vor Gerichten des Bundes durch vom Bund bestellte Richter und Beamte Geltung verschafft werden konnte. Im weiteren waren auch die Richter und Gerichtsbeamten an den einzelstaatlichen Gerichten dazu angehalten, das Bundesrecht anzuwenden.

Die Beratung der Verfassung hatte vier Monate in Anspruch genommen; am 17. September 1787 wurde sie "unter einstimmiger Billigung aller anwesenden Staaten" unterzeichnet. Die Delegierten waren von der Feierlichkeit der Stunde sichtlich beeindruckt; George Washington sass in tiefem Nachdenken auf dem Präsidentenstuhl. Allein Benjamin Franklin, mit charakteristischem Humor, fand ein Wort des Scherzes. Künstler hätten schon immer Schwierigkeiten gehabt, meinte er, Sonnenaufgänge deutlich von -untergängen verschieden darzustellen, und fuhr fort, auf die goldbronzierte, halb hinter einem imaginären Horizont verschwindende Sonnenscheibe auf der Rücklehne von Washingtons Präsidentenstuhl hindeutend: "Ich habe immer wieder im Verlauf der Sitzungen, zwischen Hoffnung und Furcht über ihren Ausgang hin- und hergerissen, auf die Lehne des Präsidentenstuhls geschaut, ohne sagen zu können, ob die Sonne auf- oder unterging. Jetzt endlich habe ich die beglückende Gewissheit, dass es eine aufgehende und keine untergehende Sonne ist."

So war die Versammlung zu Ende gegangen; die Mitglieder "vertagten sich in den Ratskeller, wo sie zusammen speisten und herzlichen Abschied voneinander nahmen." Noch aber blieb ein entscheidender Abschnitt im Kampf um vollkommenere Einheit zu durchmessen: die Zustimmung der gewählten Volksvertretungen der Einzelstaaten musste eingeholt werden, bevor das Dokument rechtskräftig werden konnte.

Nach dem Willen der verfassunggebenden Versammlung sollte die Verfassung in Kraft treten, sobald sie von neun der dreizehn Staaten gebilligt worden war. Gegen Ende des Jahres 1787 hatten sie drei Staaten ratifiziert. Aber wie stand es mit den sechs anderen? Viele einfache Leute glaubten, dass ihnen von dem Dokument Gefahr drohte, denn würde die neue starke Zentralregierung sie nicht tyrannisieren, mit schweren Steuern belasten und in Kriege verwikkeln? Über der Erörterung dieser Zweifel entstanden zwei Parteien — die "Föderalisten" und



Am 30. April 1789 leistete George Washington unter allgemeinem Jubel als erster Präsident der USA den Amtseid.

die "Antiföderalisten" — die einen für eine starke Zentralregierung, die anderen für einen losen Zusammenschluss selbständiger Staaten eintretend. Es kam zu scharfen Auseinandersetzungen in der Presse und in den Volksvertretungen und -versammlungen der Staaten, denn beide Seiten stürzten sich mit Hitze und Leidenschaft in die Debatte. Der Standpunkt der "Föderalisten" kam am klarsten in den *Federalist Papers* zum Ausdruck, in denen Hamilton, Madison und John Jay in klassisch gewordenen politischen Essays für die neue Verfassung eintraten.

Unter dem Druck der Unzufriedenheit der Farmer von Massachusetts, wo die Auseinandersetzungen besonders lebhaft geführt worden waren, wurde der Verfassung in Form von Verfassungszusätzen ein Katalog von Grundrechten (*Bill of Rights*) eingefügt. Die anderen Staaten erkannten die Wichtigkeit solcher Verfassungszusätze; so erhielt die Bundesverfassung Grundrechte, wie sie zuvor nur in den einzelstaatlichen Verfassungen aufgezählt worden waren, und zwar in Form der ersten zehn Zusätze zu dem ursprünglichen Verfassungstext. Diese Zusätze sichern den Bürgern der Vereinigten Staaten unter anderem Religions-, Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit zu, sie gewähren ein Volksheer statt einer Berufsarmee, das Recht auf Verfahren vor Geschworenengerichten, auf schleuniges Gerichtsverfahren nach den Gesetzen des Landes, und sie verbieten die Ausstellung unbegründeter Durchsuchungs- und Haftbefehle.

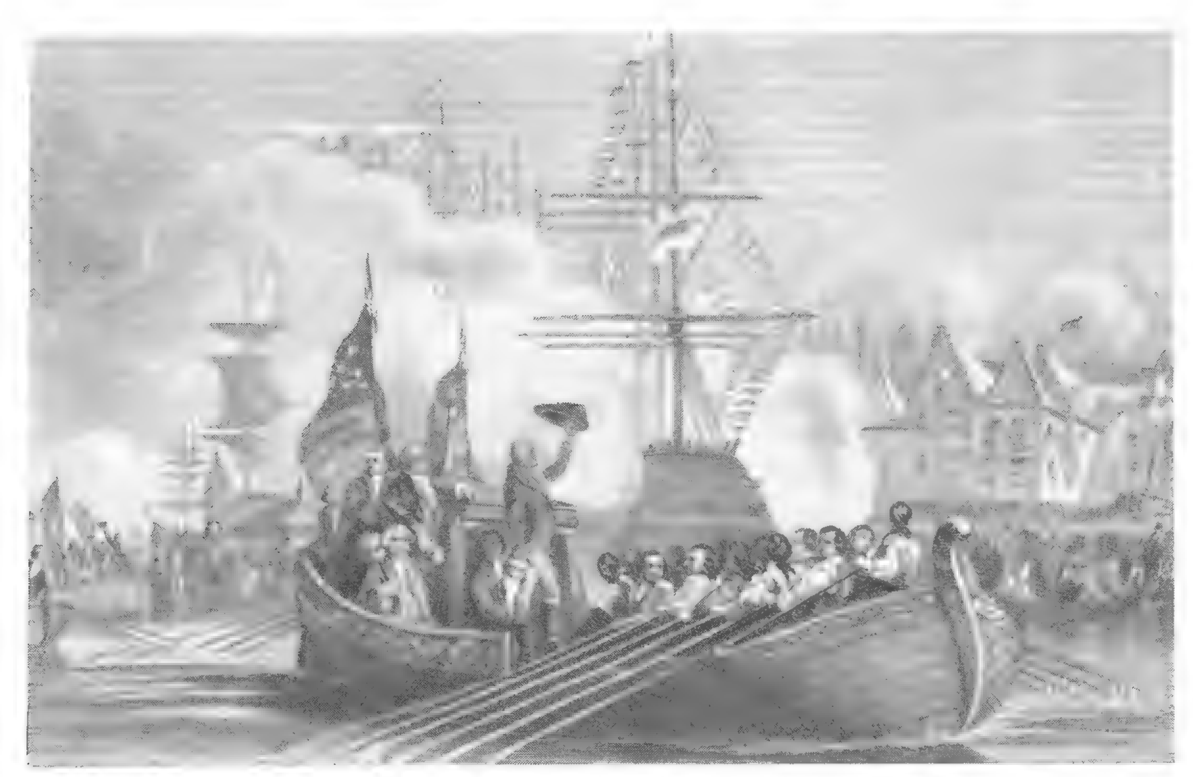
Nach Annahme der *Bill of Rights* erklärten sich auch die bis dahin noch unentschlossenen Staaten mit der Verfassung einverstanden. Am 21. Juni 1788 war sie endgültig angenommen. Der Kongress des alten Staatenbundes organisierte noch die erste Präsidentschaftswahl, setzte den Anfangstermin für die neue Regierung auf den 4. März 1789 fest und löste sich in aller Stille auf.

Dass als Präsident nur *ein* Mann in Betracht kam, war allen klar; die Wahl fiel einstimmig auf George Washington. Am 30. April 1789 leistete er den Eid, mit dem er sich feierlich verpflichtete, das Amt des Präsidenten der Vereinigten Staaten in Treue zu verwalten und nach bestem Wissen und Gewissen "die Verfassung der Vereinigten Staaten zu bewahren, zu schützen und zu verteidigen."

Mit jugendlicher Unbeschwertheit machte die Republik nun ihre ersten Schritte in die Zukunft. Die durch den Krieg verursachten Wirtschaftsschwierigkeiten gingen ihrer Lösung entgegen, die Grenzen wurden weiter hinausgeschoben und gute Farmen waren überall für wenig Geld zu haben. Trotz der starken Einwanderung aus Europa war ein Mangel an Arbeitskräften spürbar. Die fruchtbaren Täler im Norden des Staates New York, in Pennsylvania und Virginia entwickelten sich bald zu grossen Weizenanbaugebieten, und obwohl viele Waren noch in Heimarbeit hergestellt wurden, blühte auch die Industrie weiter auf. In Massachusetts und in Rhode Island entstanden die Anfänge einer bedeutenden Textilindustrie, Connecticut brachte Zinnwaren und Uhren auf den Markt, New York, New Jersey und Pennsylvania erzeugten Papier-, Glas- und Eisenwaren. Der Seeverkehr hatte an Umfang gewonnen, und Amerika stand allein England an Seegeltung nach. Schon vor 1790 brachten amerikanische Schiffe Felle nach China und luden als Rückfracht Tee, Gewürze und Seidenstoffe.

In der Hauptsache aber drängte Amerika nach dem Westen. Neuengländer und Pennsylvanier zogen nach Ohio, Farmer aus Virginia, Nord- und Süd-Carolina gingen nach Kentucky und Tennessee. Planwagen, mit weissem Segeltuch bespannt, wanden sich in langen Karawanen die mählichen Hänge der Alleghanies empor. Vortrupps von Farmern, von lederbekleideten Jägern begleitet, brachten Hausrat, Saatgut, einfaches Ackergerät und Haustiere nach Kentucky. Auf mancher unwirtlichen Lichtung errichteten die Farmer der *frontier* mit Hilfe ihrer Nachbarn Blockhütten, die sie mit Lehm abdichteten und mit Eichenknüppeln deckten. Mit jedem Jahr trieben mehr Flösse und Boote, mit Getreide, Pökelfleisch und Pottasche beladen, den Mississippi nach New Orleans hinunter. Mit jedem Jahr nahmen die westlichen Städte an Bedeutung zu. Trotz der Raubtiere, Krankheiten, Mühen und Gefahren der Wildnis zog es die Siedler auf tausend Wegen unwiderstehlich westwärts. Das Losungswort einer früheren Zeit: ". . . Nach Westen hin das Reich nimmt seinen Kurs" hatte seine Gültigkeit nicht verloren.

So standen die Dinge im Lande, als Washington die Präsidentschaft übernahm. Die neue Verfassung, einstweilen nur ein Grundriss des künftigen Gebäudes, besass weder eine feste Tradition noch sicheren Rückhalt in einer ausgeprägten öffentlichen Meinung. Die beiden Parteien, die sich über dem Streit um ihre Ratifizierung gebildet hatten, standen sich nach wie vor feindlich gegenüber. Die "Föderalisten" traten für eine starke Zentralregierung, für die Förderung des Geschäftslebens und ganz allgemein für die Interessen von Handel und Industrie ein, während die "Antiföderalisten" die Rechte der Einzelstaaten verfochten und Förderung der Landwirtschaft verlangten. Die neue Regierung musste sich erst



Der feierliche Empfang Präsident Washingtons in der ersten Hauptstadt Amerikas, New York. Der Sitz der Bundesregierung wurde bald darauf nach Philadelphia und nach weiteren zehn Jahren nach Washington, D. C., verlegt.

ihre eigenen Organe schaffen, Steuern kamen nicht ein, und bevor das Rechtswesen geordnet war, konnte man auch den Gesetzen keine Geltung verschaffen. Das Heer war klein, und eine Marine gab es nicht mehr.

In dieser Situation erwies George Washington dem amerikanischen Volk durch seine kluge Führung unvergleichliche Dienste. Die gleichen Eigenschaften, die ihn zum Ersten Soldaten der Revolution gemacht hatten, machten ihn jetzt zum Ersten Staatsmann des neugeformten Gemeinwesens. Er besass die Gabe, auf weite Sicht zu planen und zäh und geduldig an der Ausführung seiner Pläne zu arbeiten. Er flösste Respekt und Vertrauen ein, seine Stärke lag eher in seiner Geradlinigkeit und in seiner Charakterstärke als in Gewandtheit und Anpassungsfähigkeit. In seinem Wesen vereinten sich grosse Würde und Zurückhaltung mit Schüchternheit, Bescheidenheit und stoischer Selbstbeherrschung.

Es war keine geringe Aufgabe, eine Verwaltung von Grund auf neu einzurichten. Der Kongress schuf sehr bald ein "Staatsministerium" (das spätere Aussenministerium) und ein Finanzministerium; zum Staatsminister berief Washington Thomas Jefferson und zum Finanzminister seinen Adjutanten aus dem Revolutionskrieg, Alexander Hamilton. Der Kongress ordnete ferner das Bundesgerichtswesen und schuf ein Oberstes Bundesgericht aus fünf Richtern unter einem Obersten Bundesrichter, drei Bundesgerichte zweiter Instanz sowie dreizehn Bezirksgerichte. Es folgte die Ernennung eines Kriegsministers und eines Bundesstaatsanwalts noch in der ersten Amtsperiode des Präsidenten. Washington war gewohnt, Entscheidungen erst nach gründlicher Beratung mit den Männern, auf deren Urteil er vertraute, zu treffen; dies förderte die Bildung des amerikanischen Kabinetts, das sich aus den Leitern sämtlicher vom Kongress geschaffenen Ministerien zusammensetzte, jedoch dauernd dem Präsidenten untergeordnet blieb. Seine Existenz wurde erst im Jahre 1907 durch Gesetz offiziell anerkannt.

Die Amerikanische Revolution hatte in Washington und Franklin zwei bedeutenden Persönlichkeiten zu Weltruf verholfen; die junge Republik hingegen brachte die glänzenden Gaben Hamiltons und Jeffersons, zweier Politiker der jüngeren Generation, weit über ihre Heimat hinaus zu Ruhm und Ehre. Ihr Anspruch auf geschichtliche Grösse ruht nicht in ihren persönlichen Qualitäten, wie hervorragend sie auch immer waren, sondern darauf, dass in ihnen zwei mächtige Kräfte persönlichen Ausdruck gewannen, deren Gegensatz das amerikanische Staatsleben bestimmt: Hamilton strebte nach engerem Zusammenschluss der Staaten unter einer verstärkten Bundesregierung, Jefferson dagegen trat für freiheitlichere und umfassendere Demokratie ein.

Hamiltons öffentliche Laufbahn war auf Tatkraft, Ordnungsliebe und Organisationstalent aufgebaut. Das Erlebnis der Schwäche und Unfähigkeit, wie sie zwischen 1775 und 1789 zutage getreten waren, hatte über seinen Entschluss, in den Staatsdienst zu treten, entschieden. Er plante kühn und dachte klar, wo andere nur mit vorsichtigen und vagen Allgemeinheiten umzugehen wagten. Als ihn das Repräsentantenhaus aufforderte, einen Plan zur "angemessenen Stützung des Staatskredits" auszuarbeiten, blieb Hamilton nicht bei nur volkswirtschaftlichen Grundsätzen stehen, sondern ging der Frage nach dem Wesen einer erfolgreichen Regierung auf den Grund. Amerika benötigte Kredite für den Ausbau von Industrie und Handel und zur Erfüllung seiner Regierungsaufgaben. Es brauchte das ganze Vertrauen und die volle Unterstützung des Volkes. Viele Amerikaner wollten die alte Staatsschuld nicht anerkennen oder wenigstens nur zum Teil bezahlen. Hamilton dagegen bestand auf Rückzahlung der Bundesschuld in voller Höhe und entwickelte den Plan, die unbezahlten Schulden, die den einzelnen Staaten aus ihrer Beteiligung am Unabhängigkeitskriege enstanden waren, durch die Bundesregierung übernehmen zu lassen. Er schlug ferner vor, eine Amerikanische Staatsbank zu gründen und sie zu ermächtigen, in verschiedenen Teilen des Landes Zweigniederlassungen zu errichten. Er drang auf ein Bundesmünzamt und setzte sich für Schutzzölle ein, um die einheimische Industrie zu entwickeln. Diese Massnahmen halfen in kurzer Zeit, das Vertrauen in die Kreditfähigkeit der Regierung wiederherzustellen und ihr die nötigen Einkünfte zu verschaffen; sie gaben Handel und Industrie neuen Auftrieb und brachten der Regierung die zuverlässige Unterstützung des Unternehmertums, das sich von nun an jedem Versuch, den Bundeszusammenhang zu schwächen, energisch widersetzte.

Thomas Jefferson war, im Gegensatz zu Hamilton, eher ein Mann der Theorie als der Tat. Hamiltons Stärke lag im Handeln, Jefferson dagegen hatte als Denker und Philosoph nicht seinesgleichen unter den politischen Schriftstellern seiner Zeit. Seine politischen Überzeugungen wichen oft von denen Hamiltons ab. Obwohl er als Gesandter in Frankreich erkannt hatte, dass eine starke Zentralregierung der Aussenpolitik einer Nation sehr zugute kommen kann, zog er doch für die Innenpolitik eine weniger starke Regierung vor, um der Gefahr zu entgehen, dass das Volk versklavt würde. Trotz seiner aristokratischen Herkunft neigte Jefferson der Demokratie zu und war vom Wert der Gleichheit aller Menschen überzeugt; er kämpfte unermüdlich für die Freiheit—Freiheit von der britischen Herrschaft, von der Bevormundung der Kirchen, von der Macht der adligen Grossgrundbesitzer und von Ungleichheiten im Besitz.

Hamiltons letztes Ziel war es, Amerika eine bessere Verwaltung zu geben; Jefferson glaubte an grössere individuelle Freiheit, denn "jeder Mensch und jede menschliche Gemeinschaft auf Erden hat das Recht, sich selbst zu regieren." Hamilton fürchtete die Anarchie, sein Geist blieb von der Idee der Ordnung beherrscht; Jefferson fürchtete die Tyrannei und kämpfte für die Freiheit. Amerika aber brauchte den Einfluss, der von beiden ausging, eine stärkere Bundesregierung *und* freiheitsstolze Menschen. Es war ein Glück für das Land, dass es diese beiden Männer besass und dass es gelang, ihre Ideen im Laufe der Jahre zu verschmelzen und miteinander zu versöhnen.

Die Unterschiede zwischen ihren Auffassungen kamen bald nach Jeffersons Berufung zum Staatsminister klar zum Ausdruck und führten zu einem hochbedeutsamen neuen Verständnis der Verfassung. Als Hamilton nämlich die Gründung einer Nationalbank vorschlug, erhob Jefferson im Namen all derer Einspruch, die den Einzelstaaten Rechte gegenüber dem Bund reservieren wollten und die Macht grosser öffentlicher Körperschaften fürchteten. Jefferson erklärte, dass die Verfassung ausdrücklich alle Befugnisse aufzähle, die der Bundesregierung zuständen, und dass sie alle anderen, nicht aufgezählten Befugnisse den Einzelstaaten vorbehalte; die Bundesregierung sei mit keinem Wort ermächtigt worden, eine Bank zu gründen. Hamilton hielt dieser Auffassung entgegen, dass unmöglich sämtliche Befugnisse der Bundesregierung einzeln hätten aufgezählt werden können, da sich die Verfassung sonst in uferlosen Details verloren hätte. Eine grosse Zahl von Befugnissen sei in den allgemeinen Klauseln stillschweigend miteinbegriffen; Artikel I, Abschnitt VIII, ermächtigte den Kongress ausdrücklich

zur Ausübung der von der Verfassung gewährten Rechte, "alle Gesetze zu erlassen, die . . . notwendig und geeignet sind." Die Verfassung gäbe der Bundesregierung das Recht, Steuern zu erheben und einzutreiben, die Staatsschuld abzutragen und Anleihen aufzunehmen, und da eine Bundesbank die Ausübung all dieser Funktionen wesentlich erleichtern würde, sei der Kongress kraft der ihm "stillschweigend übertragenen Befugnisse" berechtigt, eine solche Bank zu gründen. Washington und der Kongress nahmen Hamiltons Gesetzesvorlage an und schufen damit einen Präzedenzfall.

Über dieser Konzentration auf die Aufgaben im Innern (Stärkung des Wirtschaftslebens und Sicherung des bundesstaatlichen Zusammenhangs) durfte die junge Nation jedoch die politischen Ereignisse im Ausland nicht ausser acht lassen. Washingtons Aussenpolitik war auf die Aufrechterhaltung des Friedens gerichtet, um Zeit zu gewinnen, die Wunden des Krieges im Lande zu heilen und den Aufbau des Bundesstaates zu vollenden. Die Vorgänge in Europa gefährdeten dieses Ziel. Viele Amerikaner sympathisierten zutiefst mit der Französischen Revolution und verfolgten ihre Entwicklung mit ausserordentlichem Interesse; als jedoch im April 1793 die Nachricht von der Kriegserklärung Frankreichs an Grossbritannien und Spanien und von der Ernennung "Citoyen Genêts" zum Gesandten der Französischen Republik in den Vereinigten Staaten eintraf, wurde der europäische Konflikt Gegenstand scharfer innenpolitischer Auseinandersetzungen in Amerika.

Amerika, formell noch immer mit Frankreich verbündet, hätte durch Eintritt in den europäischen Krieg Gelegenheit gefunden, seine Dankesschuld an Frankreich abzutragen und dem alten Groll gegen England Luft zu machen. Aber obwohl die amerikanischen Behörden den Franzosen ausnahmslos wohlwollten, war es doch geboten, Amerika aus dem Kriege herauszuhalten. Um dem Ausdruck zu geben, proklamierte George Washington die Neutralität der Vereinigten Staaten den kriegführenden Mächten gegenüber, und Genêt wurde bei seiner Ankunft mit kühler Zurückhaltung empfangen. Der Gesandte war über diese Behandlung verärgert und versuchte, eine Anordnung zu umgehen, die amerikanische Häfen für französische Kaperschiffe schloss. Die Bundesregierung verlangte daraufhin die Abberufung Genêts, und die französische Regierung gab ihrem Ersuchen nach.

In diesen Jahren, zwischen 1793 und 1795, bildeten sich die beiden bleibenden Gegensätze in der öffentlichen Meinung Amerikas heraus. Dem einen Teil des Volkes erschien die Französische Revolution als unmissverständliche Auseinandersetzung zwischen dem monarchischen und dem republikanischen Prinzip, zwischen Unterdrükkung und Freiheit, Selbstherrlichkeit und Volksherrschaft; der andere betrachtete sie als Erneuerung des alten Kampfes zwischen Anarchie und Ordnung, Gottlosigkeit und Religion, Armut und Besitz. Die erste Gruppe schloss sich in der "Republikanischen Partei" zusammen, aus der die heutige Demokratische Partei hervorgegangen ist, die zweite in der Partei der "Föderalisten", von der die heutigen Republikaner abstammen.

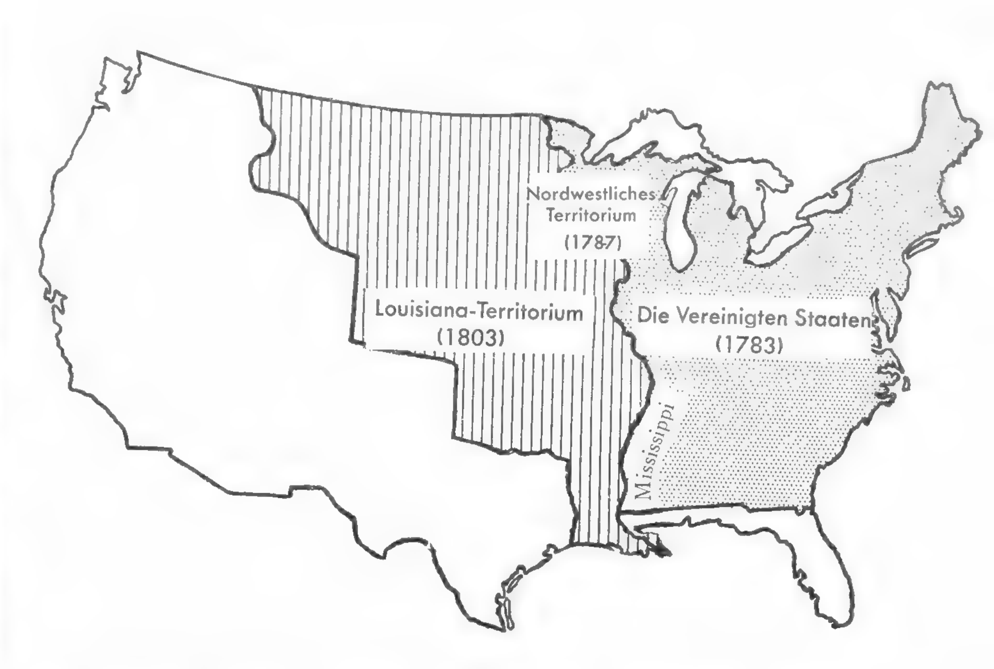
Der Zwischenfall mit Genêt hatte den Eifer für die Sache Frankreichs etwas erkalten lassen. Die Beziehungen zu England waren jedoch auch keineswegs herzlich. Britische Truppen hielten noch Forts im Westen des Kontinents besetzt, amerikanisches Eigentum, das britische Soldaten während des Unabhängigkeitskrieges mitgeschleppt hatten, war nicht zurückerstattet oder bezahlt worden, und die britische Kriegsmarine versetzte dem amerikanischen Handel einen schweren Schlag nach dem anderen. Um diese Angelegenheiten ins reine zu bringen, entsandte Washington den erfahrenen Diplomaten und Obersten Bundesrichter John Jay als Sonderbotschafter nach London. Es gelang seinem Takt, mit den Engländern einen Vertrag zu schliessen, der Amerika den Rückzug der britischen Truppen aus den Forts des Westens und einige unbedeutende Zugeständnisse auf dem Gebiete des Handels zusicherte. Von einer Rückerstattung amerikanischen Eigentums, von der widerrechtlichen Beschlagnahme amerikanischer Schiffe oder der zwangsweisen Anheurung amerikanischer Seeleute in die englische Marine war jedoch nicht die Rede.

Das von Jay geschlossene Abkommen wurde im allgemeinen ungünstig aufgenommen; am Ende von Washingtons zweiter Amtsperiode war es jedoch deutlich erkennbar, dass unter seiner Führung auf vielen anderen Gebieten Bedeutendes geleistet worden war: die Verwaltung war aufgebaut und geordnet, die Kreditfähigkeit des Bundes gesichert, der Überseehandel hatte zugenommen, das Nordwest-Territorium war zurückgewonnen und der Frieden bewahrt worden.

George Washington trat im Jahre 1797 zurück und lehnte es mit Entschiedenheit ab, dem Lande für eine dritte Amtsperiode als Regierungsoberhaupt zu dienen. Er war acht Jahre Präsident gewesen. Zu seinem Nachfolger wurde John Adams gewählt, in dessen Charakter sich Fähigkeit und Idealismus mit Strenge und zähem Eigensinn paarten. Schon vor seinem Amtsantritt hatte er sich mit Hamilton, einem der fähigsten Köpfe in Washingtons Verwaltung, entzweit, was ihn in eine doppelt ungünstige Lage brachte, denn nicht nur seine eigene Partei, die geschlossen hinter ihm hätte stehen sollen, sondern auch das Kabinett an seiner Seite waren gespalten. Zu allem Unglück stiegen neue Wetterwolken am internationalen Horizont herauf, denn Frankreich, über den von Jay mit England geschlossenen Vertrag ungehalten, wies den von Adams ernannten Gesandten zurück. Drei anderen vom Präsidenten entsandten Geschäftsträgern wurde in Frankreich keine bessere Behandlung zuteil. Das trieb die Empörung in Amerika auf den Siedepunkt: Truppen wurden ausgehoben, die Flotte wurde verstärkt, es kam zu Seegefechten, in denen die Amerikaner ausnahmslos die Oberhand behielten; 1798 schien der Krieg unvermeidlich. In diesem kritischen Augenblick wich Adams von dem von Hamilton vorgeschlagenen Kurs ab, der auf Krieg hinzielte, und schickte einen neuen Gesandten nach Frankreich. Napoleon, der gerade die Macht übernommen hatte, empfing ihn herzlich; die Gefahr eines bewaffneten Konflikts war



Die Expedition von Meriwether Lewis und William Clark im Gebiet westlich des Mississippi, dessen Erforschung von Thomas Jefferson angeregt worden war.



Der Erwerb des Louisiana-Territoriums (1803) verdoppelte das Gebiet der Vereinigten Staaten und machte das Mississippital den amerikanischen Siedlern zugänglich.

beseitigt.

Da jedoch die Innenpolitik des neuen Präsidenten wenig Anklang beim amerikanischen Volke gefunden hatte, bereitete sich um das Jahr 1800 ein Umschwung in den Vereinigten Staaten vor. Die Föderalisten hatten unter Washington und Adams eine erfolgreiche Verwaltung und eine starke Regierung geschaffen; sie hatten aber nicht erkannt, dass eine amerikanische Regierung in erster Linie nach dem Willen des Volkes handeln muss, und eine Politik getrieben, die ihnen grosse Teile des Volkes entfremdete. Unzählige kleine Farmer, Arbeiter und kleine Geschäftsleute stellten sich hinter Jefferson, den geborenen Volkstribunen, und wählten ihn im Jahre 1800 mit überwältigender Mehrheit zum Präsidenten. "Die Seetüchtigkeit unseres stolzen Schiffes ist aufs gründlichste erprobt worden", schrieb Jefferson einem Freunde. "Wir werden mit ihm den republikanischen Kurs steuern und die vollendete Kunst seiner Erbauer unter Beweis stellen."

Jefferson hatte vor allem an den Idealismus, die Einfachheit, die Jugend und den Optimismus Amerikas appelliert; das hatte seinen steilen Aufstieg bewirkt. Schon die Art, wie er 1801 die Präsidentschaft antrat, liess erkennen, dass die Demokratie an die Macht gekommen war. Nachlässig gekleidet, wie es seine Gewohnheit war, ging Jefferson mit ein paar Freunden von seiner einfachen Pension aus zu Fuss den Hügel zum Kapitol hinauf, betrat den Sitzungsraum des Senats, begrüsste den Vizepräsidenten Burr, seinen Gegenkandidaten aus der Präsidentschaftswahl, mit Handschlag und legte vor John Marshall, dem neu ernannten Obersten Bundesrichter, den Amtseid ab. In seiner Antrittsrede verhiess Jefferson "eine weise und sparsame Regierung", die zwar für Ordnung unter den Bewohnern des Landes sorgen, "ihnen im übrigen aber die Freiheit lassen werde, ihren Geschäften nachzugehen und ihre Lage zu verbessern."

Die blosse Anwesenheit Jeffersons im Weissen Haus stellte eine demokratische Atmosphäre her, denn er bezeugte dem einfachsten Bürger die gleiche Achtung wie dem höchsten Beamten und lehrte seine Untergebenen, sich lediglich als Treuhänder des Volkes zu betrachten. Er förderte die Landwirtschaft und die Ausdehnung nach Westen und setzte sich für eine grosszügige Einbürgerungsgesetzgebung ein, um Amerikas Charakter als Zufluchtsstätte für die Unterdrückten zu erhalten. Bis Ende 1809 war es seinem weitblickenden Finanzminister Albert Gallatin gelungen, die Staatsschuld auf weniger als sechzig Millionen Dollar zu verringern. Der Geist Jeffersons durchdrang die gesamte Nation, ein Staat nach dem anderen machte das Wahlrecht vom Besitz unabhängig und erliess humanere Gesetze für Schuldner und Verbrecher.

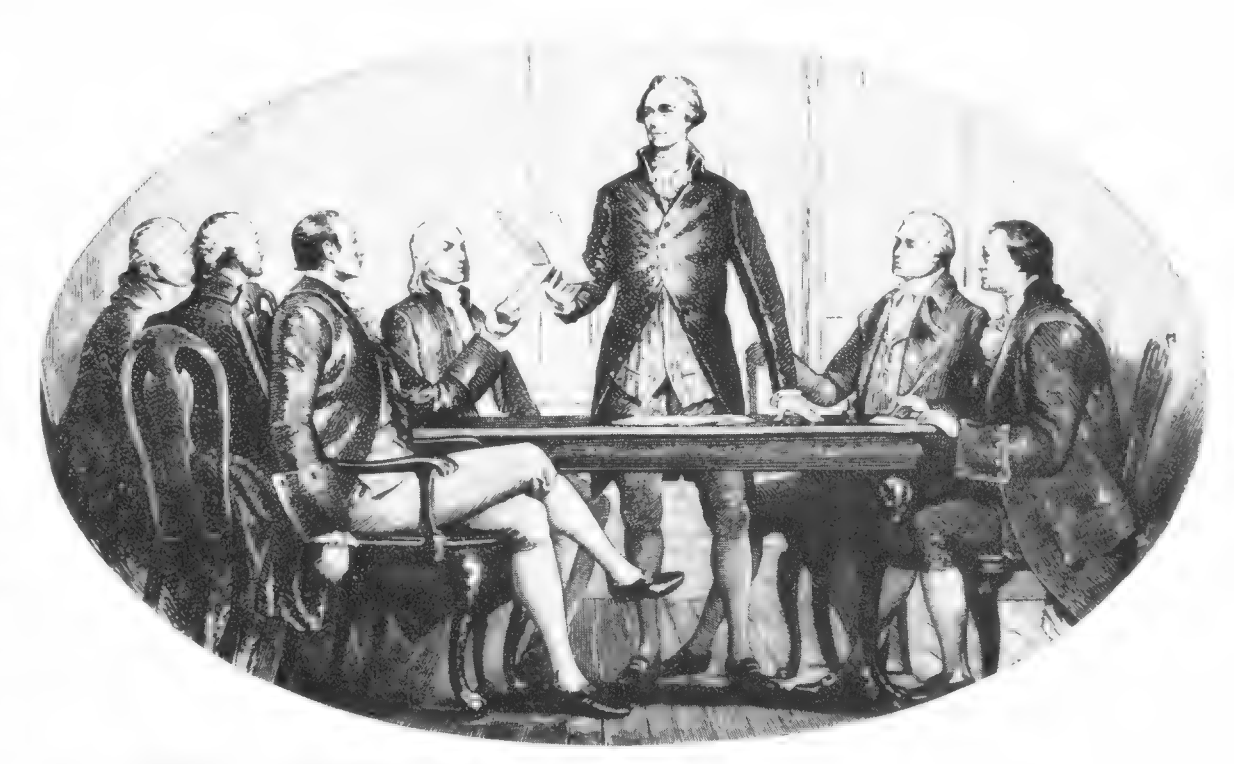
Jefferson konnte darüber hinaus durch eine einzige Massnahme das Hoheitsgebiet der Vereinigten Staaten verdoppeln: Spanien hatte lange Zeit alles Land westlich des Mississippi mit Einschluss des nahe der Flussmündung gelegenen Hafens New Orleans beherrscht. Bald nach Jeffersons Amtsantritt jedoch hatte Napoleon die damals sehr schwache spanische Regierung gezwungen, das ausgedehnte Gebiet von Louisiana an Frankreich zurückzugeben. Dieser Handel hatte in Amerika schlimme Ahnungen hervorgerufen, denn der Hafen von New Orleans war für die Verschiffung der Erzeugnisse des Ohio- und des Mississippitales unentbehrlich. Ein riesiges Kolonialreich unmittelbar im Westen der Vereinigten Staaten, wie es Napoleon geplant hatte, versprach, die Handelsrechte und die Sicherheit der im Inneren des Kontinents gelegenen Siedlungen zu bedrohen.

In dieser Situation erklärte Jefferson, dass Amerika sich "mit der britischen Flotte und Nation vermählen müsse", sobald Frankreich von Louisiana Besitz ergreifen werde, und dass mit dem ersten Kanonenschuss, der in einem europäischen Kriege falle, eine anglo-amerikanische Armee gegen New Orleans marschieren werde. Die Aussicht, in diesem Falle mit Sicherheit gegen ein mit England verbündetes Amerika gemeinsam kämpfen zu müssen, verfehlte ihre Wirkung auf Napoleon nicht. Er sah voraus, dass der wankende Frieden von Amiens bald durch einen weiteren Krieg mit England abgelöst werden würde, und dass dann Louisiana nicht zu halten war. Er beschloss daher, Louisiana an die Vereinigten Staaten zu verkaufen und durch diesen klugen Zug nicht nur sich die amerikanische Freundschaft zu sichern, sondern das Gebiet auch dem Zugriff der Engländer zu entziehen und seine eigene Staatskasse wieder aufzufüllen. Der gesamte riesige Landstrich ging für fünfzehn Millionen Dollar in den Besitz der amerikanischen Republik über. Um den Ankauf zu rechtfertigen, dehnte Jefferson "die Verfassung, bis sie in allen Fugen krachte", denn keine ihrer Klauseln ermächtigte zum Erwerb ausländischer Gebiete; überdies handelte der Präsident ohne Zustimmung des Kongresses. Auf diese Weise gelangten die Vereinigten Staaten im Jahre 1803 in den Besitz von über zweieinhalb Millionen Quadratkilometer Land einschliesslich des malerischen, vor dunklen Zypressenhainen an einer Mississippischleife gelegenen New Orleans.

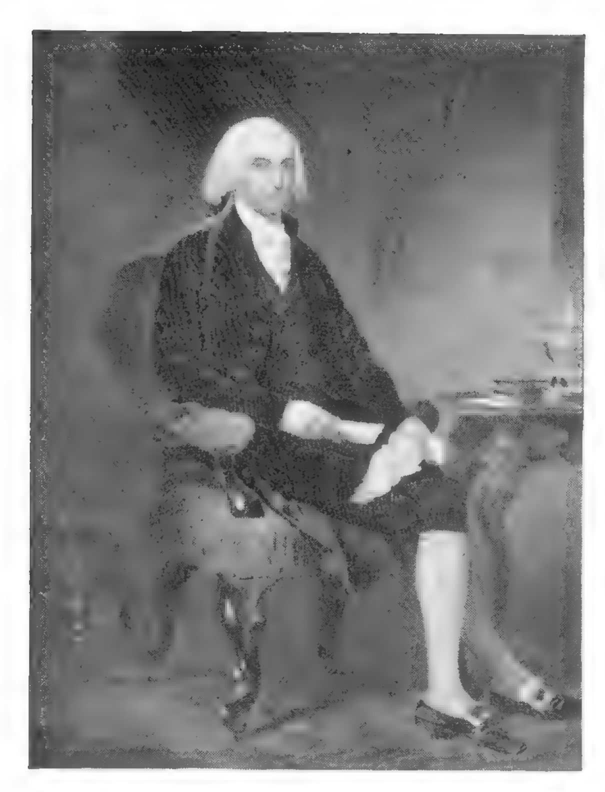
Die reichen, sanft gewellten Ebenen, die damit der Nation zufielen, sollten schon achtzig Jahre später zu den bedeutendsten Kornkammern der Erde gehören. Auch das gesamte zentrale Flusssystem Nordamerikas stand nun unter der Herrschaft des Bundes. Bald nach der Einführung des Dampfschiffs durch Robert Fulton (1807) waren die Ströme im Westen von qualmenden Schiffen belebt, die Ansiedler ins Land brachten und als Rückfracht Getreide, Felle, Pökelfleisch und hundert andere Erzeugnisse flussabwärts trugen.

Das Ende seiner ersten Amtsperiode fand Jefferson im Besitz ungeminderter Beliebtheit. Louisiana war offenbar ein grosser Gewinn für das Land, der Wohlstand wuchs, und der Präsident hatte sich grösste Mühe gegeben, es allen recht zu machen. Seine Wiederwahl stand ausser Zweifel, und als er 1805 seine zweite Amtszeit antrat, bot er zum zweiten Mal die gesamte Macht des Bundes auf, um in dem weltweiten Kampf zwischen Grossbritannien und Frankreich Amerikas Neutralität zu bewahren. Beide Parteien hatten Blockaden verhängt und den amerikanischen Handel schwer geschädigt. Die Engländer unterbanden den amerikanischen Handelsverkehr mit Französisch-Westindien und proklamierten die Blockade der gesamten europäischen Küste von Brest bis zur Elbmündung. Die Franzosen ihrerseits ordneten an, jedes amerikanische Schiff zu kapern, das sich von den Briten durchsuchen liess oder britische Häfen berührte. Bald konnte kein amerikanischer Frachter die von Frankreich beherrschten Gebiete anlaufen, ohne sich der Gefahr auszusetzen, von den Briten beschlagnahmt zu werden, oder Waren für England führen, ohne einen Angriff von französischer Seite befürchten zu müssen. Das lähmte den Handel völlig.

Die gegen Grossbritannien gerichtete Stimmung Amerikas erhielt noch durch einen zweiten Streitpunkt zusätzliche Nahrung. Um den Krieg zu gewinnen, hatten die Engländer ihre



Alexander Hamilton, der erste Finanzminister der USA. Sein Plan zur "angemessenen Stärkung des Staatskredits" führte zur Stabilisierung des Finanzhaushalts.



James Madison, der vierte Präsident der USA. Seine erfolgreiche Tätigkeit auf der Bundesversammlung verschaffte ihm den Ehrennamen "Vater der Verfassung".

Flotte so lange verstärkt, bis sie über siebenhundert Kriegsschiffe und rund hundertfünfzigtausend Matrosen und Seesoldaten umfasste. Hinter diesem Wall konnte sich England sicher fühlen, denn er schützte seinen Handel und seine Verbindungslinien mit den Kolonien. Aber die Matrosen wurden so schlecht besoldet, behandelt und ernährt, dass sich niemand freiwillig für den Dienst bei der Marine meldete. Viele desertierten und suchten Zuflucht auf amerikanischen Schiffen, wo der Dienst leichter und die Sicherheit grösser waren. Unter diesen Umständen hielten die Engländer es für unumgänglich nötig, amerikanische Schiffe zu durchsuchen und alle auf ihnen befindlichen britischen Untertanen festzunehmen. In früheren Zeiten, da jeder englischsprechende Matrose mit Gewissheit auch britischer Untertan war, war selten jemand irrtümlich zum Dienst in der britischen Marine gepresst worden. Nun aber war Amerika ein souveräner Staat geworden, und die Lage hatte sich geändert. Man empfand es auf den amerikanischen Schiffen als demütigend, unter den Kanonen eines britischen Kreuzers beidrehen zu müssen, während ein britischer Leutnant und eine Abteilung Matrosen die amerikanische Besatzung antreten liessen und sie durchsuchten. Viele britische Offiziere wurden der Arroganz und Unfairness bezichtigt; sie pressten anständige amerikanische Bürger zu Dutzenden und Hunderten und schliesslich, wie behauptet wurde, sogar zu Tausenden in englische Dienste.

Um Grossbritannien und Frankreich zu einer korrekteren Haltung zu veranlassen, ohne dabei einen Krieg heraufzubeschwören, bestimmte Jefferson den Kongress, ein Embargo-Gesetz zu erlassen, das den Handel mit dem Ausland ganz und gar untersagte. Seine Folgen waren jedoch katastrophal. Zunächst bedeutete es nahezu den Ruin der Schiffahrtsunternehmen und schuf in Neu-England und New York grosse Unzufriedenheit. Dann fühlte sich auch die Landwirtschaft erheblich geschädigt, denn die Preise kamen ins Wanken, als die Farmer des Südens und Westens ihre Getreide-, Fleisch- und Tabaküberschüsse nicht mehr in Übersee absetzen konnten. In einem einzigen Jahr sank der amerikanische Export auf ein Fünftel des früheren Umfangs herab. Überdies erfüllte sich die Hoffnung nicht, dass die Handelssperre und damit der Hunger Grossbritannien zu einer Änderung seiner Politik bewegen könnte. Die wachsende Unzufriedenheit in Amerika veranlasste Jefferson zu einer Lockerung seiner Massnahme. An die Stelle des Embargo-Gesetzes trat nun ein Gesetz, das den Interessen der Schiffahrt entgegenkam und den Handel mit allen Ländern ausser Grossbritannien und Frankreich und deren Besitzungen gestattete. Das Gesetz ebnete gleichzeitig den Weg für Verhandlungen, denn es ermächtigte den Präsidenten, die darin enthaltenen Bestimmungen gegen England oder Frankreich aufzuheben, sobald eines der Länder die Einschränkung des amerikanischen Handels aufgeben würde. Im Jahre 1810 gab Napoleon offiziell das Ende seiner Massnahmen bekannt, liess jedoch in Wirklichkeit alles beim alten. Aber in den Vereinigten Staaten glaubte man seinem Wort, und das Handelsverbot blieb fortan auf Grossbritannien beschränkt.

Die zweite Amtsperiode Jeffersons ging zu Ende, und 1809 trat James Madison seine Nachfolge an. Die Beziehungen zu England verschlechterten sich zusehends, und beide Länder trieben einem Kriege entgegen. Der neue Präsident unterbreitete dem Kongress einen detaillierten Bericht über 6057 Fälle, in denen die Engländer im Zeitraum von drei Jahren amerikanische Staatsbürger in ihre Marine gepresst hatten. Ausserdem machten die Siedler im Nordwesten die Wühlarbeit britischer Agenten in Kanada für die häufigen Angriffe von Indianern auf ihre Siedlungen verantwortlich. All dies führte im Jahre 1812 schliesslich zur Kriegserklärung der Vereinigten Staaten an England.

Amerika hatte jedoch unter schweren Zwistigkeiten im Inneren zu leiden. Während Süden und Westen in der Hoffnung auf neues Land und eine Konjunktur des Handels den Krieg begrüssten, lehnte ihn Neu-England mit aller Schärfe ab, verweigerte jede finanzielle Hilfe und trieb sogar ab und zu hochverräterischen Handel mit dem feindlichen Kanada. Im übrigen war die junge amerikanische Republik weder zu Wasser noch zu Lande ausreichend gerüstet, um sich mit den britischen Streitkräften zu messen. Trotz mancher heroischen Leistung auf amerikanischer Seite — namentlich auf dem Meer und auf den Binnenseen — nahm der Krieg für die USA einen ungünstigen Verlauf. Ein Einfall nach Kanada endete mit einer Katastrophe, die englische Marine brachte den Überseehandel fast völlig zum Erliegen, und im Jahre 1814 landeten britische Truppen im Raum der Chesapeakebai, drangen bis nach Washington vor, nahmen die Stadt ein und steckten die öffentlichen Gebäude in Brand.

Trotzdem war auf lange Sicht die Position der Vereinigten Staaten auf dem amerikanischen Kontinent unleugbar stark. Als die amerikanischen Unterhändler 1814 in Gent mit britischen Bevollmächtigten zu Friedensverhandlungen zusammentrafen, hielt eine neue Krise auf dem Wiener Kongress die britische Regierung in Atem, das englische Volk stöhnte unter seiner Steuerlast, und England hatte wenig Aussicht, bei Fortführung des Krieges in Nordamerika einen entscheidenden Sieg zu erringen. Die britische Regierung war daher zum Abschluss eines Friedensvertrages bereit, der am 24. Dezember 1814 unterzeichnet wurde. Er stellte die alten Verhältnisse wieder her und brachte keiner Partei Vorteile oder Nachteile.

Die Ironie des Schicksals wollte es, dass der grösste amerikanische Erfolg des ganzen Krieges — die blutige Abwehr eines britischen Angriffs auf New Orleans durch Andrew Jackson — im Januar 1815 errungen wurde, d.h. nach Unterzeichnung des Friedensvertrages, doch bevor die Kunde davon nach Amerika gedrungen war. Die Nachricht von der siegreichen Schlacht und die Nachricht über den Friedensvertrag erreichten die amerikanische Öffentlichkeit fast zur gleichen Zeit, und die Tatsache, dass die Nation trotz harten Kampfes das Kriegsziel nicht erreicht hatte, ging im Jubel über den bei New Orleans erfochtenen militärischen Triumph unter. Andrew Jackson, der Sieger von New Orleans, verdankte der Schlacht ein solches Ansehen beim Volk, dass es ihm später die Präsidentschaft gewinnen half.

Obwohl nicht nur die amerikanischen Verluste an Menschen und Schiffen, sondern auch die finanziellen Einbussen ausserordentlich hoch waren, sind sich die Historiker doch darüber einig, dass von dem Krieg von 1812 zwei bedeutsame Wirkungen ausgegangen sind: einmal begann mit ihm die volle Entwicklung einer heimischen Industrie, und zum anderen wurden durch ihn nationale Einheit und Patriotismus gestärkt. Unter der Nötigung stehend, Kriegsmaterial zu produzieren, floss das amerikanische Kapital, der gewohnten Anlagemöglichkeiten im Überseehandel beraubt, in die Fabriken des Landes. So hatte ein Krieg, den die Partei Jeffersons geführt hatte, den Grund zu jener Industrie gelegt, die sein politischer Gegner Alexander Hamilton trotz aller Anstrengungen nicht zu schaffen vermocht hatte. Es war eine feine Ironie der Geschichte. Überdies war Neu-England die Hochburg der Partei Hamiltons — der Föderalisten — gewesen und hatte während des Krieges sogar gedroht, aus der Union auszuscheiden. All dies hatte zur Folge, dass Hamiltons Partei jedes Ansehen verlor, bald ganz aus dem politischen Leben verschwand und der nationalistischeren Partei der Republikaner das Feld überliess.

Albert Gallatin, der Finanzminister der Vereinigten Staaten von 1801 bis 1813, hat einmal behauptet, die Amerikaner hätten vor Beginn des Konfliktes dazu geneigt, immer egoistischer zu handeln und lokale Gesichtspunkte in den Vordergrund zu schieben. "Der Krieg", erklärte er, "hat das Nationalgefühl und den nationalen Charakter — Errungenschaften der Revolution, die von Tag zu Tag mehr verlorenzugehen drohten — erneuert und wiederhergestellt. Das Volk fühlt wieder stärker für die gemeinsamen Ziele, es ist stolz auf sie und betrachtet sie als Teil seines politischen Glaubensbekenntnisses. Die Leute sind bessere Amerikaner geworden, sie fühlen und handeln mehr als Nation, und ich hoffe, dass dies den Bestand des Bundes auch in Zukunft sichern wird."

Die Einbeziehung des Westens und die regionalen Gegensätze

"Auf nach dem Westen, junger Mann, um dort mit dem Lande aufzuwachsen!"

— HORACE GREELEY, 1850.

Der Krieg von 1812 war in einem gewissen Sinn ein zweiter Unabhängigkeitskrieg gewesen, denn bis zu diesem Zeitpunkt waren die Vereinigten Staaten im Kreise der Mächte noch nicht als voll gleichberechtigt anerkannt gewesen. Nach dem Vertrag von Gent, der den Krieg beendet hatte, konnte jedoch niemand mehr den USA die souveränen Staaten zustehende Behandlung versagen, und die meisten ernsthaften Schwierigkeiten, mit denen die junge Republik seit der Revolution zu kämpfen gehabt hatte, fielen nun fort. Das Land war geeint, ein Gleichgewicht zwischen Freiheit und Ordnung hergestellt und die Staatsschuld höchst unbedeutend; ein unerschlossener Kontinent war unter den Pflug zu nehmen: die Aussicht auf Frieden, Wohlstand und sozialen Fortschritt war ungetrübt.

Politisch war eine "Ära des guten Einvernehmens" angebrochen, denn ein Geist der Einigkeit stand über dem Wiederaufbau, der nach Friedensschluss eingesetzt hatte. Einmal war diese Einigkeit aus den mit dem amerikanischen Welthandel verbundenen Problemen herausgewachsen, die das Volk auf Gedeih und Verderb miteinander verbanden. Dann hatten die Entbehrungen der Kriegszeit bewiesen, wie wichtig es war, die amerikanische Industrie zu schützen, bis sie sich allein gegen die Konkurrenz des Auslandes zu behaupten vermochte. Die Auffassung setzte sich durch, dass die wirtschaftliche Unabhängigkeit ebenso wesentlich wie die politische sei, und in der Tat war ja eine politische Unabhängigkeit ohne wirtschaftliche Selbständigkeit von Grund auf unvollkommen. Der Revolutionskrieg hatte die staatliche Unabhängigkeit gebracht; nun machte sich das Land daran, auch die wirtschaftliche zu gewinnen.

Der Augenblick für eine Erhöhung der Zölle war günstig. Die Schafzüchter in Vermont und Ohio verlangten Schutz gegen die englische Wolleinfuhr. Die junge, einheimischen Hanf verarbeitende Sackleinen-Industrie von Kentucky, die für den Bedarf der Baumwollplantagen produzierte, sah sich von der schottischen Konkurrenz bedroht, und Pittsburgh, damals bereits ein blühender Mittelpunkt der Eisengiesserei, drängte darauf, den bisher von der britischen und schwedischen Eisenindustrie beherrschten amerikanischen Markt zu erobern. Unter solchen Einflüssen wurden durch das 1816 angenommene Zollgesetz die Zölle derart heraufgesetzt, dass die Fabriken das Gefühl wirklichen Schutzes hatten. Ausserdem wurde ein das ganze Land umfassendes Strassen- und Kanalnetz von all denen eifrig befürwortet, die von verbesserten Verkehrsbedingungen einen engeren wirtschaftlichen Zusammenschluss von Ost und West erhofften.

Die verfassungsmässige Stellung der Bundesregierung wurde gerade damals durch mehrere Beschlüsse des Obersten Bundesgerichts erheblich verstärkt. John Marshall aus Virginia, ein überzeugter Föderalist, der 1801 zum Obersten Bundesrichter ernannt worden war und diesen Posten bis zu seinem Tode im Jahre 1835 bekleidete, hatte dem vor seinem Amtsantritt ziemlich einflusslosen Gerichtshof eine Macht zu verschaffen verstanden, die der des Kongresses oder des Präsidenten gleichkam. Dies gab seinen Entscheidungen eine erhöhte geschichtliche Bedeutung und kam der Bundesregierung zugute, denn Marshall wich in seiner Amtszeit nie von dem einen leitenden Grundsatz ab, dass die Bundesregierung souverän sei. Marshall war nicht nur ein grosser Jurist, sondern auch von erheblichem politischem Einfluss auf die Fortentwicklung der amerikanischen Verfassung. Am Ende seiner langen Dienstzeit konnte er auf annähernd fünfzig Urteile zurückblicken, die eindeutig verfassungsrechtliche Fragen zum Gegenstand hatten, und seit seiner Amtszeit ist es *seine* Interpretation der Verfassung, auf die sich die amerikanische Justiz stützt. Mit einer seiner berühmten Entscheidungen (in dem Fall Marbury gegen Madison) hat er 1803 endgültig dem Obersten Bundesgericht die Kompetenz gesichert, die Gesetzgebung des Kongresses oder der Legislative eines Staates auf ihre Verfassungsmässigkeit zu überprüfen. In einem zweiten Falle (McCulloch gegen Maryland, 1819) ging es um das bereits von Jefferson und Hamilton erörterte Problem, ob die Verfassung der Regierung stillschweigende Vollmachten zuerkenne. Marshall entschied klar im Sinne Hamiltons, dass die Verfassung in der Tat solche Vollmachten über die ausdrücklich in ihr aufgezählten hinaus einschliesse. Auf diese und ähnliche Weise hat Marshall nicht weniger als die Politiker dazu beigetragen, der Regierung des amerikanischen Bundesstaates Leben und Kraft zu geben.

Dass das Nationalbewusstsein sich rührte, war auch auf dem so anders gearteten Felde amerikanischer Literatur zu spüren, deren eigentliche Anfänge in diese Periode fallen. Die wichtigsten Vertreter der neuen, typisch amerikanischen Richtung waren Washington Irving und James Fenimore Cooper. Irvings humorvolle "Geschichte New Yorks nach Diedrich Knickerbocker", die 1809 erschien, ist ganz dem amerikanischen Lokalkolorit verhaftet; einige von Irvings besten Werken (zum Beispiel "Rip Van Winkle") spielen im New Yorker Hudsontal und zeigen das Amerika des Märchens und des Abenteuers. Auch Cooper schrieb dann am besten, wenn er seine Motive aus der heimischen Landschaft nahm. Nach einem ersten Roman im konventionellen englischen Stil veröffentlichte er den "Spion", eine Geschichte aus der Revolutionszeit, die ihn über Nacht zu einem volkstümlichen Schriftsteller machte. Seine lebendig geschriebenen "Pioniere" schildern das einfache Leben der amerikanischen Grenzer, und in seinem "Lederstrumpf", der zwischen 1823 und 1841



James Monroe, der 1823 die später als "Monroe-Doktrin" berühmt gewordene aussenpolitische Erklärung abgab.

in Fortsetzungen veröffentlicht wurde, schuf Cooper in dem Pionier Natty Bumppo und dem leichtfüssigen Indianerhäuptling Uncas unsterbliche Gestalten der Weltliteratur. Ein weiteres bedeutsames literarisches Ereignis war die Gründung der *North American Review* (Nordamerikanische Rundschau) im Jahre 1815. Diese Zeitschrift erreichte unter der Leitung ihres fähigen Redakteurs Jared Sparks ein ausgezeichnetes Niveau und erhielt genügend Beiträge und Unterstützung von den jungen Intellektuellen Neu-Englands, um sich einen dauernden Platz in der geistigen Entwicklung des Landes zu sichern.

Eine weitere Kraft, die viel zur Formung Amerikas beitrug, war das Leben am Rande der Wildnis, der *frontier*. Die Verhältnisse im Gebiet der Atlantikküste begünstigten die Auswanderung in das neu erworbene Binnenland, denn die Getreideböden im hügeligen Neu-England konnten es an Fruchtbarkeit nicht mit der billigen, reichen Ackerkrume im Westen aufnehmen: bald verliessen Männer und Frauen in einem ununterbrochenen Strom die Farmen in der Küstenebene, um von dem reichen Land im Innern Besitz zu ergreifen. Auch die Lebensbedingungen im Süden führten zu einer Abwanderung nach dem Westen; die Siedler im Binnengebiet Nord- und Süd-Carolinas und Virginias litten unter einem Mangel an Strassen und Kanälen und hatten deshalb keinen Zugang zu den Küstenmärkten; ein weiterer Grund ihrer Unzufriedenheit bestand in der politischen Vorherrschaft der grossen Plantagenbesitzer an der Küste. So machten auch sie sich auf den Weg und zogen langsam und stetig vom Atlantik zu den Rocky Mountains. Diese Bewegung war von tiefgehendem Einfluss auf den amerikanischen Charakter, denn sie half die Initiative des Einzelnen zu entwickeln und den Boden für politische und wirtschaftliche Demokratie vorzubereiten: sie schuf rauhere Sitten und schloss ein allzu konservatives Festhalten am Althergebrachten aus.

Ununterbrochen flutete der Strom westwärts über die erste *frontier*, die atlantische Küstenebene, hinaus in das Quellgebiet der Flüsse und über die Appalachen. Um 1800 waren das Mississippi- und das Ohiotal *ein* grosses Grenzland. Das Lied der Auswanderer:" Hei-o, auf, voran, stromab die Bahn auf dem Ohio!" war im Munde von Tausenden.

Die gewaltige Völkerwanderung zu Anfang des 19. Jahrhunderts führte mit geradezu verwirrender Geschwindigkeit zur Aufteilung der alten Territorien und zur Festsetzung neuer Grenzen, sie zwang zur Aufnahme neuer Staaten in den Bund und gab der politischen Landkarte östlich des Mississippi feste Formen. Innerhalb von sechs Jahren wurden sechs Staaten gegründet – Indiana 1816, Mississippi 1817, Illinois 1818, Alabama 1819, Maine 1820 und Missouri 1821. Die erste *frontier* war noch stark an Europa, die zweite an die Küstensiedlungen gebunden gewesen. Erst das Mississippital war wirklich unabhängig und auf den Westen ausgerichtet, nicht mehr auf den Osten.

Natürlich waren die Männer der *frontier* keine einheitliche und einförmige Bevölkerungsgruppe. Jäger und Fallensteller bildeten die Vorhut, nach einer Beschreibung des englischen Weltreisenden Fordham "ein verwegener, zäher Schlag Menschen, die in kümmerlichen Hütten leben ... Sie sind ungeschliffen, aber gastfreundlich, Fremden gegenüber freundlich, ehrlich und zuverlässig. Sie ziehen etwas Mais und Kürbisse und züchten Schweine, manche haben ein oder zwei Kühe ... trotzdem bleibt die Flinte ihre wichtigste Hilfe im Kampf um die Nahrung." Die Grenzer wussten Axt, Schlinge und Angel zu gebrauchen, sie schlugen Pfade durch die Wälder, bauten die ersten Blockhütten und hielten die Indianer in Schach.

Nach einiger Zeit verlegte sich gewöhnlich der Nachdruck im Leben der Siedler in der Wildnis von der Jagd auf die Landwirtschaft. Die Hütte wich einem bequemen Blockhaus mit Glasfenstern, einem richtigen Kamin und mehreren Zimmern, und das Wasser kam nun aus einem selbstgegrabenen Brunnen, nicht mehr einfach von der offenen Quelle. Ein fleissiger Mann konnte sein Stück Land sehr schnell roden, denn er musste nur die Bäume fällen und die Stümpfe verfaulen lassen, das übrige Holz konnte er verbrennen, um Pottasche daraus zu gewinnen. Ein Siedler baute in der Regel Korn, Gemüse und Obst für den eigenen Bedarf an, zog Vieh und Schweine, jagte in den Wäldern nach Wildbret und Truthühnern oder sammelte Honig und fischte in nahen Flüssen. Unternehmende Geister konnten grosse Strecken billigen Landes kaufen und wieder verkaufen, wenn die Bodenpreise stiegen, bevor sie nach Westen weiterzogen und anderen Platz machten.

Bald gesellten sich den Bauern Ärzte, Anwälte, Kleinhändler, Redakteure, Priester, Mechaniker und Politiker zu und vervollständigten das Bild einer rührig aufstrebenden Gesellschaft. Am wichtigsten waren die Farmer, denn sie blieben ihr ganzes Leben, wo sie sich angesiedelt hatten, und rechneten damit, dass ihre Kinder dasselbe tun würden. Im Vertrauen darauf bauten sie grössere Scheunen als ihre Vorgänger, errichteten feste Backstein- oder Holzhäuser, brachten besseres Vieh und besseres Saatgut ins Land und pflügten den Boden gründlicher. Manche errichteten Mühlen, Sägewerke und Brennereien; gute Landstrassen, Kirchen und Schulen entstanden.

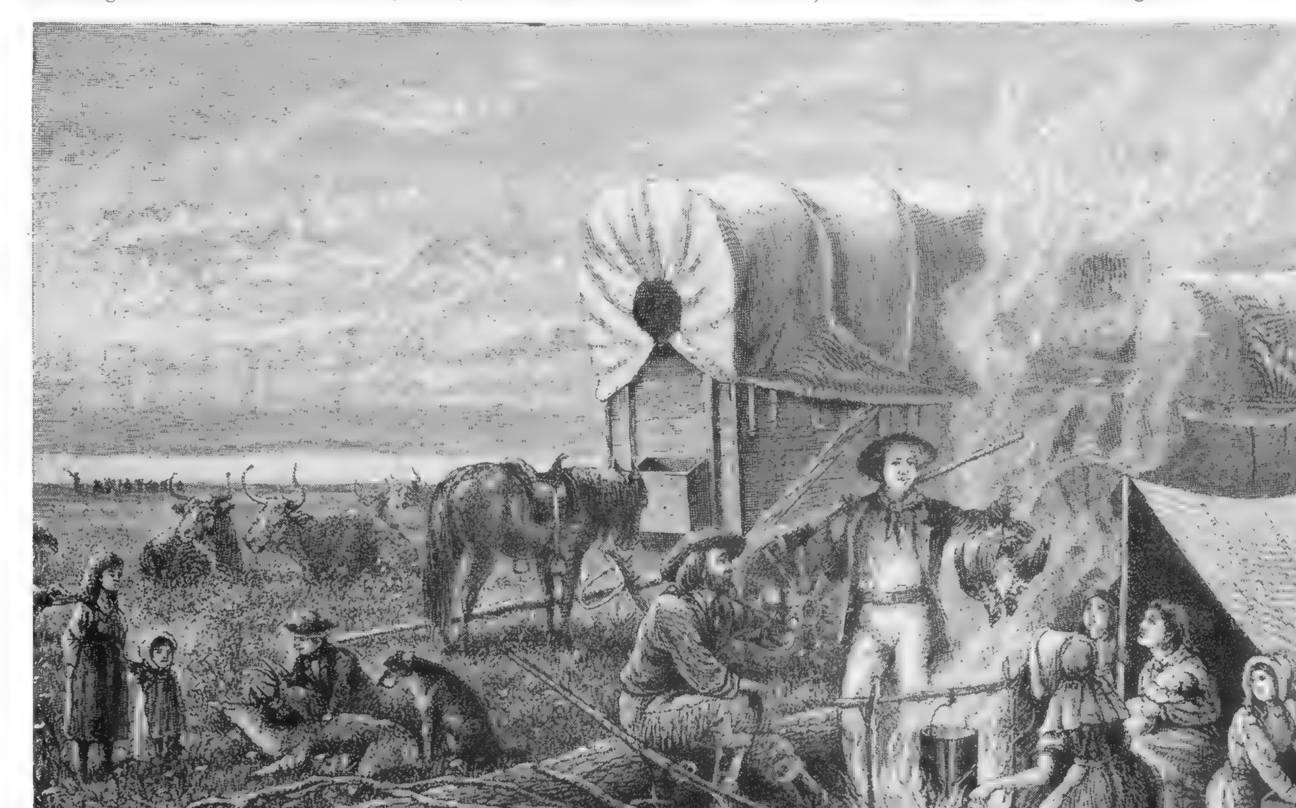
Der Westen entwickelte sich so stürmisch, dass sich innerhalb weniger Jahre unglaublich vieles veränderte. Noch 1830 z.B. war Chicago nur ein Handelsposten mit einem Fort und ohne jede Zukunft. Jedoch lange bevor einige seiner ersten Siedler das Zeitliche gesegnet hatten, war es eine der grössten und reichsten Städte der Welt.

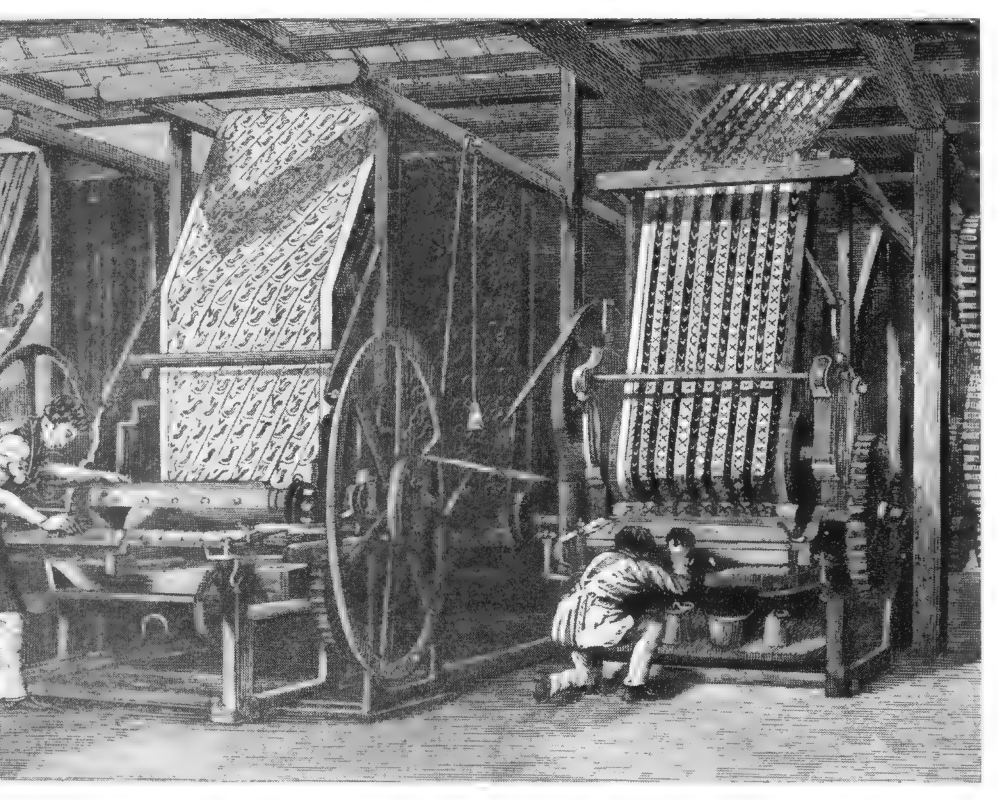
Im Neuen Westen mischten sich auch die verschiedensten Nationalitäten. Farmer aus dem Hügelland im Süden herrschten vor (von ihnen stammte Abraham Lincoln ab, der in einer Blockhütte in Kentucky zur Welt kommen sollte); Iren schottischer Abstammung, Deutsche aus Pennsylvania, Neuengländer und manche anderen Nationalitäten waren vertreten.

Die Anziehungskraft des freien Bodens in Amerika reichte auch nach Europa hinüber. Über fünf Millionen Europäer kamen von 1820 bis 1860 in die Vereinigten Staaten, und obwohl



Nachtlager der Pioniere. Kühnheit und Unternehmungsgeist waren nötig, um sich mit Planwagen aus den geordneten Siedlungen des Ostens heraus auf die Suche nach neuen Heimstätten im fernen, unberührten Mittelwesten zu wagen.





Baumwolldruckerei im Norden der Vereinigten Staaten. Die 1200 Baumwolltuchfabriken, die es 1840 in den USA gab, machten das Land von Einfuhren unabhängig.

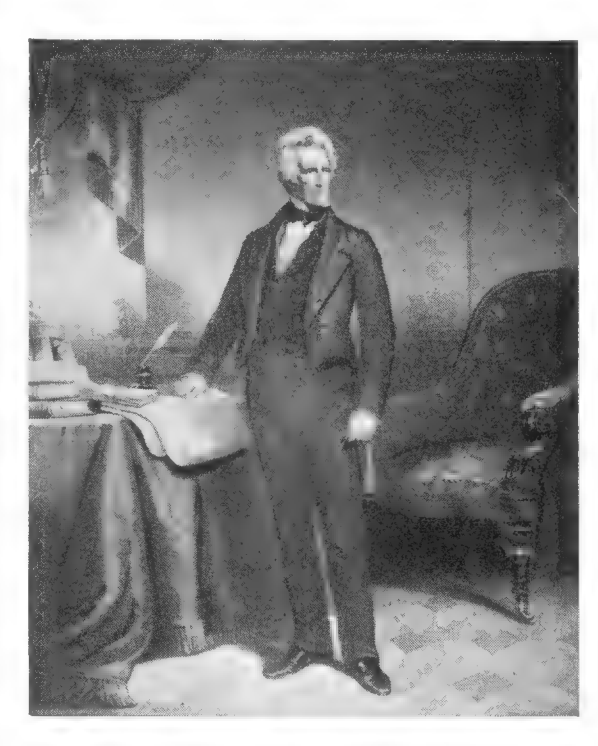


De Witt Clinton, der Gouverneur des Staates New York, weiht den 580 km langen Eriekanal durch das symbolische Ausgiessen von Erieseewasser in den Ozean ein.

eine Anzahl von ihnen sich in den Städten niederliess, erreichten viele andere, besonders Deutsche und Skandinavier, die Prärien des Mittelwestens und begannen ihr Leben in der Neuen Welt als Farmer oder Ackerbürger. Besonders bemerkenswert war die Einwanderung aus Deutschland; in dem Jahrhundert vor dem ersten Weltkrieg wurden die Vereinigten Staaten für über 5,3 Millionen Deutsche zur zweiten Heimat. Viele von ihnen haben die Kultur des Landes wesentlich bereichert, besonders die geistigen Führer des deutschen Liberalismus und die politischen Flüchtlinge, die vor Metternichs Demagogenverfolgung geflohen oder nach dem Scheitern der politischen Bewegungen von 1830 und 1848 ins Land geströmt waren. Einer von ihnen war Karl Follen, der Dichter der Burschenschaften, der in Amerika an hervorragender Stelle am Kampf für die Abschaffung der Sklaverei teilnahm, ein zweiter der Staatsphilosoph Franz Lieber, der später einen philosophischen Lehrstuhl an der Columbia-Universität innehatte; ferner gehörten zu ihnen Gustav Körner, der sich zu einem der leitenden Männer in der Republikanischen Partei aufschwang, der Richter und ausgezeichnete Philosoph J. Bernard Stallo und Karl Heinzen, der Reformer, Dichter und Literaturkritiker, der seinen radikalen Idealen treu blieb und es bis an sein Lebensende ablehnte, einen billigen Frieden mit Bismarck und seiner Lösung der "Einheitsfrage", die er für unethisch hielt, zu schliessen. Der hervorragendste Deutsch-Amerikaner war Carl Schurz. Er war nach dem Scheitern der Revolution von 1848 aus Deutschland nach den USA gekommen, hatte zunächst als Farmer angefangen und war später zu Politik und Rechtswissenschaft übergegangen. Unter Präsident Lincoln wurde er Gesandter in Spanien und später General im Bürgerkrieg. Nach dem Kriege arbeitete er als Journalist und verband sich mit verschiedenen politischen Reformbewegungen, vornehmlich während seiner Amtszeit als Innenminister unter Präsident Hayes.

Viele der Einwanderer waren nicht Intellektuelle, sondern Bauern und Farmer. Von den deutschen und skandinavischen Bauern konnten die in Amerika geborenen Farmer viel lernen, denn die Bauern waren in der Tradition sorgfältigster Bodenbewirtschaftung aufgewachsen und betrachteten ihre Höfe nicht lediglich als Einkommensquellen, sondern als Heimstätten, die von Generation zu Generation weitervererbt werden sollten. Amerikanische Farmer dagegen sahen im Boden gewöhnlich nur ein Objekt der Spekulation, denn Farmland war verhältnismässig leicht zu erwerben; dies hatte extensive Anbauverfahren und Raubbau am Boden und an anderen Naturschätzen zur Folge. Von einer solchen rein geschäftsmässigen Einstellung zum Farmerberuf waren viele Einwanderer weit entfernt und erzielten mit ihrer Ausdauer und Sorgfalt oft, vor allen Dingen auf die Dauer, bedeutend bessere Ergebnisse als die Yankees. So schrieb ein Farmer aus Missouri einmal an seine Angehörigen in Deutschland: "Ich baue mir eine Räucherkammer, eine Küche und eine Milchkammer über einer der ausgezeichneten Quellen in der Nähe unseres Hauses, einen Pferdestall und einen Kuhstall. Meine amerikanischen Nachbarn behaupten, ich baute eine ganze Stadt . . ."

Es war unvermeidlich, dass die Expansion nach dem Westen auch in die Probleme der Sklavenbefreiung und in die politischen Gegensätze zwischen den Nord- und Südstaaten verstrickt wurde. Gegen Ende des 18. Jahrhunderts und in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts, als in den Nordstaaten die Sklaverei allmählich verschwand, glaubten namhafte Staatsmänner aus dem Süden wie Washington, Jefferson, Madison und Monroe voraussagen zu können, dass sie auch in ihren Staaten einmal absterben werde. Selbst weite Kreise im Süden waren bereit, die Ungerechtigkeit der Sklaverei zuzugeben. Im Laufe der Zeit jedoch verlor die Philosophie des Liberalismus, die während der Revolution auf dem Höhepunkt ihrer Wirkung gestanden hatte, an Kraft, und das Sklavenhalten, anstatt mit der Zeit weniger Gewinn abzuwerfen, brachte immer grössere Profite. Als dann im Jahre 1793 Eli Whitney seine epochemachende *cotton gin* (eine Maschine zur Entfernung der Baumwollsamen aus den Faserkapseln) erfand, war die Lage im Süden vollends verändert. Bis dahin hatte sich nur der Anbau langstapeliger Baumwollsorten, die im Gebiet der Atlantikküste gediehen, rentiert; die neue Maschine erlaubte nun auch den Anbau kurzstapeliger Arten und machte damit in dem ausgedehnten Binnengebiet der Südstaaten, wo "lange Stapel" nicht gediehen, die Baumwollpflanzung rentabel. So kam es, dass die Kultur der weissen Baumwolle und der schwarzen Sklaven in das Tal des unteren Mississippi und in Texas einzog, als die Baumwollpflanzer des Südens immer weiter in das westliche Neuland vordrangen. Immer seltener sprach man



Andrew Jackson, der siebente Präsident der Vereinigten Staaten, repräsentierte mit seiner kraftvollen Persönlichkeit die neue Demokratie der *frontier* im Westen.

im Süden von der Befreiung der Sklaven, dafür aber immer häufiger von dem Gewinn, den die Sklavenarbeit abwarf. Zu Beginn der dreissiger Jahre des 18. Jahrhunderts gaben es die Politiker des Südens schliesslich auf, das Sklavenwesen zu entschuldigen, und begannen, es als "eine wirkliche Wohltat" und als die einzige Grundlage zu bezeichnen, auf der beide Rassen in Frieden und Harmonie miteinander leben könnten.

Die Gegensätze zwischen Norden und Süden kamen 1820 zum ersten Mal in einer politischen Krise zum Ausbruch. Man hatte es allgemein als politisch geboten erachtet, im Senat das Gleichgewicht zwischen Norden und Süden zu erhalten, und war zu diesem Zwecke übereingekommen, von den Staaten, die im Westen neu entstanden, je einen "Sklavenstaat" immer nur zusammen mit einem "freien" (d.h. vom Norden erschlossenen) Staat in den Bund aufzunehmen. Als die Aufnahme des "Sklavenstaates" Missouri allein vorgeschlagen wurde, erhoben naturgemäss zahlreiche Bürger der Nordstaaten energischen Widerspruch und wollten Missouri nur als "freien" Staat zulassen; grosse Erregung ergriff das ganze Land; für eine Weile war die Arbeit des Kongresses durch die bitteren Gegensätze lahmgelegt, und erst unter dem versöhnlichen Einfluss Henry Clays gelang der Ausgleich. Missouri wurde als sklavenhaltender Staat aufgenommen, aber zu gleicher Zeit trat Maine (das vom nördlichen Teil Massachusetts' abgetrennt worden war) als freier Staat in die Union ein, und der Kongress bestimmte, dass Sklaverei für immer aus dem Louisiana-Territorium, von der Südgrenze Missouris an gegen Norden, verbannt bleiben sollte. Eine Zeitlang beruhigten sich die Gegensätze zwischen den beiden Landesteilen. Jefferson aber sollte mit seiner Voraussage recht behalten, dass die Sklavenfrage, "die die Nation wie ein nächtliches Feuer aus der Ruhe aufgeschreckt hatte", weiter unter der Oberfläche schwelen würde. "Wenn das Land einmal in zwei geographische Räume geteilt ist, wenn die geographische Trennung mit einer prinzipiellen Verschiedenheit im Ethischen und Politischen zusammenfällt, wenn sich die Leidenschaften der Menschen einmal darüber erhitzt haben — dann wird die Scheidung nie mehr verschwinden. Jede neue Störung wird sie nur vertiefen."

Die landwirtschaftliche Erschliessung des Westens drang nur in Texas über die Grenzen der Vereinigten Staaten hinaus und blieb sonst vor 1840 auf Missouri beschränkt. Im Fernen Westen hatte sich jedoch inzwischen dem Handel mit Fellen ein reiches Feld eröffnet, dessen Bedeutung für die Geschichte des Landes weit über den Wert der Pelze hinausgehen sollte. Genau wie zu Beginn der Erschliessung des Mississippitales durch die Franzosen — ja, wie bei den ersten westlichen Vorstössen der Engländer und Holländer über die Atlantische Küste hinaus — bahnte der Händler dem Siedler den Weg. Die französischen und schottisch-irischen Fallensteller erforschten die Systeme der grossen Flüsse und entdeckten sämtliche Pässe über die Rocky Mountains und das Sierra-Gebirge; die geographischen Kenntnisse der Händler von den westlichen Gebieten ermöglichten dann in den vierziger Jahren eine Wanderungsbewegung grösseren Stils und später die endgültige Landnahme im Innern des Kontinents.

Neben dem Land, das die Vereinigten Staaten aus der Wanderung nach Westen gewannen, übernahmen sie 1819 von Spanien sowohl Florida als auch die spanischen Ansprüche auf Oregon im Fernen Westen. (Die spanische Regierung bezahlte durch diesen Verkauf fünf Millionen Dollar Schulden, die sie bei amerikanischen Bürgern gemacht hatte und die von der Bundesregierung übernommen worden waren.)

Im Jahre 1817 war James Madison, der seine politische Laufbahn zweimal mit der Wahl ins höchste Staatsamt hatte krönen können, von James Monroe als Präsident abgelöst worden. Das Ereignis seiner Amtszeit, das Monroes Namen unsterblich gemacht hat, war die Verkündung der Monroe-Doktrin, die er in Zusammenarbeit mit seinem Aussenminister John Quincy Adams entwickelt hatte; sie war zum Teil durch die Politik der Heiligen Allianz hervorgerufen, durch die die konservativen Mächte Europas ihre "Legitimität" gegen die "Revolution" zu schützen versucht hatten. Weite Kreise Amerikas fürchteten, die Heilige Allianz werde die eben unabhängig gewordenen Republiken Lateinamerikas, die dem amerikanischen Vorbild gefolgt waren und sich gegen ihr Mutterland erhoben hatten, erneut unter spanische Botmässigkeit zu bringen versuchen, und Grossbritannien, das rege Handelsbeziehungen mit den unabhängigen Republiken unterhielt, schlug den Vereinigten Staaten eine gemeinsame scharfe Erklärung gegen die Intervention europäischer Mächte in Südamerika vor; Minister Adams jedoch riet zu einer individuellen Erklärung durch die amerikanische Regierung allein. In diesem Sinne fasste dann die Jahresbotschaft Präsident Monroes an den Kongress vom Dezember 1823 die Doktrin in vier Hauptpunkte zusammen:

1) Nord- und Südamerika "dürfen von nun an von keiner europäischen Macht mehr zu künftiger Kolonisierung ausersehen werden";

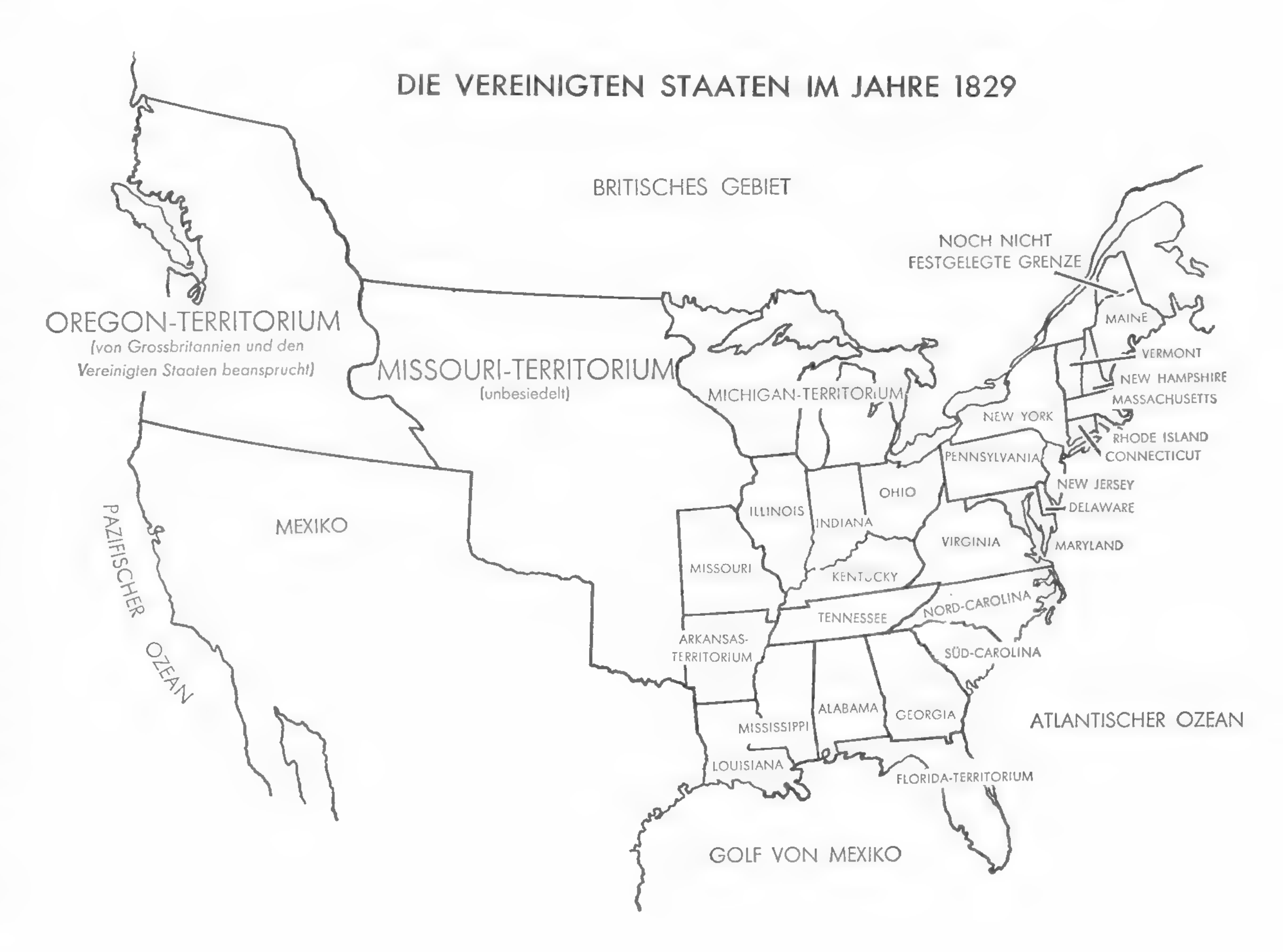
2) die Regierungssysteme der Mächte der Heiligen Allianz sind von dem amerikanischen System verschieden; jeder Versuch, sie auf Amerika zu übertragen, wird als "Bedrohung unseres Friedens und unserer Sicherheit betrachtet werden";

3) die Vereinigten Staaten versprechen, die Politik der Nichteinmischung in die Angelegenheiten "der bestehenden Kolonien oder sonstiger Besitzungen aller europäischen Mächte" aufrecht zu erhalten;

4) die Vereinigten Staaten haben nie an ausschliesslich europäischen Kriegen teilgenommen und beabsichtigen, auch fernerhin so zu handeln.

Zunächst nahmen die kontinentaleuropäischen Mächte, aber auch Grossbritannien und die lateinamerikanischen Republiken, die Monroe-Doktrin nicht sonderlich wichtig, ja nicht einmal der Kongress hielt es für nötig, sich in aller Form mit dem vom Präsidenten aufgestellten Programm zu befassen. Allmählich verstärkte sich jedoch das Gefühl für die Selbständigkeit des amerikanischen Kontinents, und bereits in den Jahren 1861-67 spielte die Monroe-Doktrin eine wesentliche Rolle, als das volle Gewicht des amerikanischen Einflusses gegen den Versuch Napoleons III., das Regime Erzherzog Maximilians von Österreich in Mexiko aufrechtzuerhalten, in die Waagschale geworfen wurde. Der Kampf gegen diese offensichtliche Missachtung der Monroe-Doktrin endete mit einem vollen Erfolg; sie war damit als ein wesentlicher Teil der politischen Tradition Amerikas erwiesen.

Während so die Monroe-Doktrin der Welt Amerikas aussenpolitische Orientierung klarmachte, konzentrierte sich das innenpolitische Interesse auf die Vorbereitungen zur Präsidentenwahl. Ein scharfer Kampf zwischen fünf Kandidaten



(einer von ihnen war Andrew Jackson, der Held der Schlacht von New Orleans) endete mit der Wahl John Quincy Adams, eines gebildeten, erfahrenen und politisch klugen, aber eigensinnigen und unzugänglichen Mannes. Ausserordentliche Begabung, fester Charakter und ausgeprägter Gemeinschaftssinn waren in seinem Wesen mit eiskalter Strenge, barschen Umgangsformen und heftigen Vorurteilen in einer eigentümlichen Weise gemischt.

Während seiner Amtszeit formierten sich die amerikanischen Parteien neu; die Anhänger Adams nannten sich National-Republikaner (sie wurden später zu den *Whigs*), die Anhänger Jacksons gaben der Demokratischen Partei ein neues Gepräge. Adams Verwaltung war ehrenhaft und erfolgreich, obwohl sie das nationale Strassen- und Kanalsystem, das sie anstrebte, nicht zu schaffen vermochte. Seine Regierung war bei allen Handlungen darauf bedacht, Stimmen für die nächste Wahl zu werben, aber Adams' kaltes, intellektuelles Wesen gewann ihm keine Freunde, und in der Wahl von 1828 unterlag Adams einer ungeheuren Mehrheit für Jackson.

Die Pioniere des Westens, die Gründer der Gemeinwesen westlich der Alleghanies, hatten in vollem Vertrauen auf ihre Kraft die demokratischen Ideale der *frontier* in ihren Verfassungen verewigt. Ihre Lehren wirkten auf die älteren Staaten zurück und führten fast überall noch vor 1829 zur Einführung des allgemeinen Wahlrechts. Schon seit dem Kriege von 1812 war der Westen innerhalb der Union das Zünglein an der Macht-Waage gewesen; nun war dort die junge Demokratie aus den Kinderschuhen herausgewachsen und der politische Schwerpunkt verschob sich zusammen mit dem Schwerpunkt der Bevölkerung endgültig von der Atlantikküste nach Westen. Und der Westen, unterstützt von Parteigängern aus dem Osten, erhob Jackson, die Verkörperung des Geistes der *frontier,* auf den Präsidentenstuhl.

Dass das Volk nun überzeugt war, die volle Macht in den Händen zu halten, kam beim Amtsantritt Jacksons in Washington, D.C., überschäumend zum Ausdruck. Zehntausend Besucher aus allen Teilen des Landes drängten, Zeugen des Ereignisses zu werden. Jackson, gross, hager, ein Raubvogelgesicht unter einer prächtigen Mähne dichten weissen Haares, ging in schwarzem Strassenanzug, nur von wenigen Freunden begleitet und ohne Ehrenwache, durch die Menschenmenge die lehmige Pennsylvania Avenue hinauf, machte auf der obersten Stufe der grossen Steintreppe vor der östlichen Säulenhalle des Kapitols Halt, legte seinen Amtseid ab und verlas seine Antrittsrede, während die Massen ihn umjubelten und ihm die Hände schütteln wollten. Mit Mühe drängte er sich schliesslich zu seinem Pferd durch und ritt an der Spitze eines aller Förmlichkeit baren Zuges aus Kutschen und Bauernwagen und einer Menge Menschen allen Alters und verschiedenster Herkunft zum Weissen Haus.

Jackson war mit ganzem Herzen und ganzer Seele auf seiten des Volkes. Er war kurz nach dem Tode seines Vaters in schlimmstem Elend zur Welt gekommen und in bitterer Not aufgewachsen. Das hatte seinen Sinn und sein Verständnis für die Sache der Erniedrigten und Unterdrückten sein ganzes Leben lang wachgehalten. Als Junge hatte er im Revolutionskrieg gekämpft, seine beiden Brüder verloren und sich so mit vierzehn Jahren allein in der Welt gefunden. Später, als Anwalt, Pflanzer und Kaufmann im Grenzland, entwickelte er ein heftiges Misstrauen gegen die organisierte Finanz des Ostens, die einen starken Einfluss auf einen grossen Teil des Handels im Westen ausübte. Auf der anderen Seite hatte Jackson grosses Vertrauen in die Fähigkeit des "gewöhnlichen" Mannes, Aussergewöhnliches zu leisten, kurz, sein Glaubensbekenntnis war einfach und universal: er glaubte an den einfachen Mann, an politische Gleichberechtigung und gleiche wirtschaftliche Möglichkeiten für alle und hasste Monopole und Sonderrechte.



Die Frauenrechtlerin Susan Anthony, die um 1850 für die politische Gleichberechtigung der Frauen eintrat.

Jackson verfehlte nicht, seine neue Macht zu benutzen, um seine Ideen in die Tat umzusetzen. Dies wurde besonders in der Unnachgiebigkeit deutlich, mit der er von 1848 an Süd-Carolina gegenüber auftrat. Es ging um Schutzzölle: die Fabrikanten im Norden profitierten natürlich am meisten von ihnen, die Pflanzer im Süden dagegen hatten die Last der höheren Fabrikpreise zu tragen, und je mehr durch die Gesetzgebung des Kongresses die Zollsätze stiegen, desto reicher wurde das Land im Ganzen, desto schwächer aber die Wirtschaft in Süd-Carolina. Die Bevölkerung Süd-Carolinas hatte gehofft, Jackson werde seine Macht als Präsident zur Abänderung der Zollsätze benutzen, gegen die sie schon so lange opponiert hatte. Ihre Erwartungen erwiesen sich aber als falsch, denn Jackson, im Gegensatz zu allen Südstaaten, sah in Schutzzöllen nichts Verfassungswidriges, und als der Kongress 1832 ein neues Zollgesetz erliess, zögerte Jackson nicht, es zu unterzeichnen. Die Bevölkerung Süd-Carolinas gründete daraufhin eine "Partei für Staatsrechte" *(State Rights Party)*, in der sich alle zusammenfanden, die an das "Prinzip der Nichtigkeitserklärung" glaubten, kraft dessen die Delegiertenversammlung eines Staates ein Gesetz des Kongresses für verfassungswidrig und somit (innerhalb ihres Staates) für null und nichtig erklären könne. Die neue gesetzgebende Körperschaft des Staates, deren Mitglieder sich schon im Wahlkampf zum "Nichtigkeitsprinzip" bekannt hatten, nahm mit überwältigender Mehrheit eine "Verordnung zur Nichtigkeitserklärung" (von Bundesgesetzen) an, die die Zollgesetze von 1828 und 1832 innerhalb der Staatsgrenzen für nichtig und verfassungswidrig erklärte und von allen Staatsbeamten die Ablegung eines Eids auf die "Verordnung" forderte. Sollte der Kongress auf diese Massnahme hin gegen den Staat Gewalt anwenden, dann, so beschloss die Versammlung, werde Süd-Carolina aus der Union austreten.

Im November 1832 sandte Jackson sieben kleinere Schiffe und ein Kriegsschiff nach Charleston mit dem Befehl, sich zu sofortigem Eingreifen gefechtsklar zu halten, und am 10. Dezember erliess er eine scharfe Proklamation gegen die Anhänger des "Nichtigkeitsgedankens". Süd-Carolina, so erklärte der Präsident, stehe "an der Schwelle von Revolte und Verrat"; er appelliere an das Volk des Staates, seine Treue zum Bund, für den seine Vorfahren gekämpft hätten, erneut zu beweisen. Mit Daniel Webster, einem der führenden Staatsmänner der Zeit, bestand er darauf, dass die Vereinigten Staaten nicht aus "einem Vertrag zwischen souveränen Staaten" hervorgegangen, sondern ein Bundesstaat seien, "in dessen Regierung *die einzelnen Einwohner* aller Staaten *als Gesamtheit* vertreten seien."

Inzwischen waren dem Kongress neue Zollgesetze vorgelegt worden, und es zeigte sich bald, dass nur noch ein Mann eine zwischen den Parteien vermittelnde Vorlage erfolgreich im Kongress durchbringen konnte—der grosse Verfechter der Schutzzölle, Senator Henry Clay. Nach seinem im Jahre 1833 in kurzer Zeit angenommenen ausgleichenden Zollgesetz sollten alle Abgaben, die 20% des Wertes der eingeführten Güter überstiegen, in mässigen Stufen soweit reduziert werden, dass bis 1842 alle Zölle die Höhe der gemässigten Sätze von 1816 erreicht haben würden.

Die Führer der "Nichtigkeitsbewegung" hatten die Unterstützung der anderen Südstaaten erwartet; diese aber verurteilten ausnahmslos das Vorgehen Süd-Carolinas als unklug und verfassungswidrig. Die "Verordnung" hätte im Februar in Kraft treten sollen; im Januar jedoch beschloss eine öffentliche Versammlung der Führer der "Staatsrechtspartei", sie auszusetzen, um den Ausgang der im Kongress schwebenden Verhandlungen abzuwarten, und im März hob die gesetzgebende Versammlung von Süd-Carolina schliesslich die "Verordnung" offiziell auf.

Beide Parteien verliessen das Feld mit wehenden Fahnen, denn jede beanspruchte den Sieg für sich. Dem Bund war durch seine Regierung der vorbehaltlose und prinzipielle Vorrang über die Staaten gesichert worden. Auf der anderen Seite aber hatte Süd-Carolina durch offenen Widerstand einen grossen Teil seiner Forderungen durchgesetzt und damit bewiesen, dass ein

einzelner Staat dem Kongress seinen Willen aufzwingen konnte. Der ganze Zwischenfall hatte einen tiefen Einfluss auf die spätere Entwicklung der Theorie von den Reservatrechten der Einzelstaaten, denn die Führer des Südens hatten eingesehen, dass eine Nichtigkeitserklärung praktisch unwirksam war, und legten deshalb in ähnlichen Fällen in den nächsten dreissig Jahren das Hauptgewicht immer auf das Recht eines in Mitleidenschaft gezogenen Staates, aus der Union auszuscheiden.

Noch während der Streitigkeiten um das "Nichtigkeitsprinzip" hatte der aufregende Kampf um die Erneuerung der Konzession für die zweite "Bank der Vereinigten Staaten" und damit eine Kette von Ereignissen begonnen, die Jacksons Regierung einer starken Belastungsprobe unterwarfen. Die erste Bank der Vereinigten Staaten war im Jahre 1791 unter Hamilton mit einer Konzession auf zwanzig Jahre gegründet worden. Obwohl die Bundesregierung einen Teil des Stammkapitals besass, war es keine Staatsbank, sondern eine Privatgesellschaft, die Gewinne an ihre Aktionäre ausschüttete. Obgleich es ihr Zweck war, die Währung stabil zu halten und den Handel anzuregen, wurde sie doch von denjenigen abgelehnt, die glaubten, die Regierung gewähre damit einigen mächtigen Männern besondere Vorteile, und als die Konzession der Bank im Jahre 1811 ablief, wurde sie vom Kongress nicht erneuert. Danach besorgten einige Jahre lang von den Einzelstaaten konzessionierte Banken das Bankgeschäft, die aber mehr Geld in Umlauf brachten, als sie decken konnten, und damit grosse Verwirrung schufen. Es schien erwiesen, dass die Banken der einzelnen Staaten nicht fähig waren, dem Land eine einheitliche Währung zu geben, und im Jahre 1816 wurde eine der ersten Bank entsprechende zweite Bank der Vereinigten Staaten auf zwanzig Jahre konzessioniert.

Von ihrer Gründung an war die zweite Bank in den neueren Teilen des Landes und bei den weniger begüterten Schichten aller Gebiete unpopulär. Der Vorwurf kam erneut auf, dass sie im Grunde genommen Kreditwesen und Währung des Landes monopolartig beherrsche und bei ihren Geschäften die Interessen von wenigen reichen Leuten vertrete. In Wahrheit wurde sie im ganzen gut geführt und leistete der Nation wertvolle Dienste. Jackson aber, der ein energisches Veto gegen das Konzessionsgesetz einlegte, zog die Verfassungsmässigkeit der Bank in Zweifel und hielt ihr Fortbestehen für unerwünscht. Wenn dieses Veto auch Jacksons geringe Kenntnis der Anfangsgründe des Bank- und Finanzwesens verriet, so machte es doch den "Farmern, Handwerkern und Arbeitern" unmissverständlich klar, dass Jackson ein unwandelbarer Gegner jedes Gesetzes war, das "die Mächtigen noch mächtiger machte." Das Veto erregte ungeheures Aufsehen. Der *Washington Globe* erklärte zwar, es befreie das Land von einem Finanzmonopol, aber eine Anzahl Staatsmänner und Bankleute waren mit dem Gang der Ereignisse höchst unzufrieden. Die bevorstehende Präsidentenwahl sollte darüber entscheiden, ob der Kongress oder der Präsident den Willen des Volkes richtig eingeschätzt hatte.

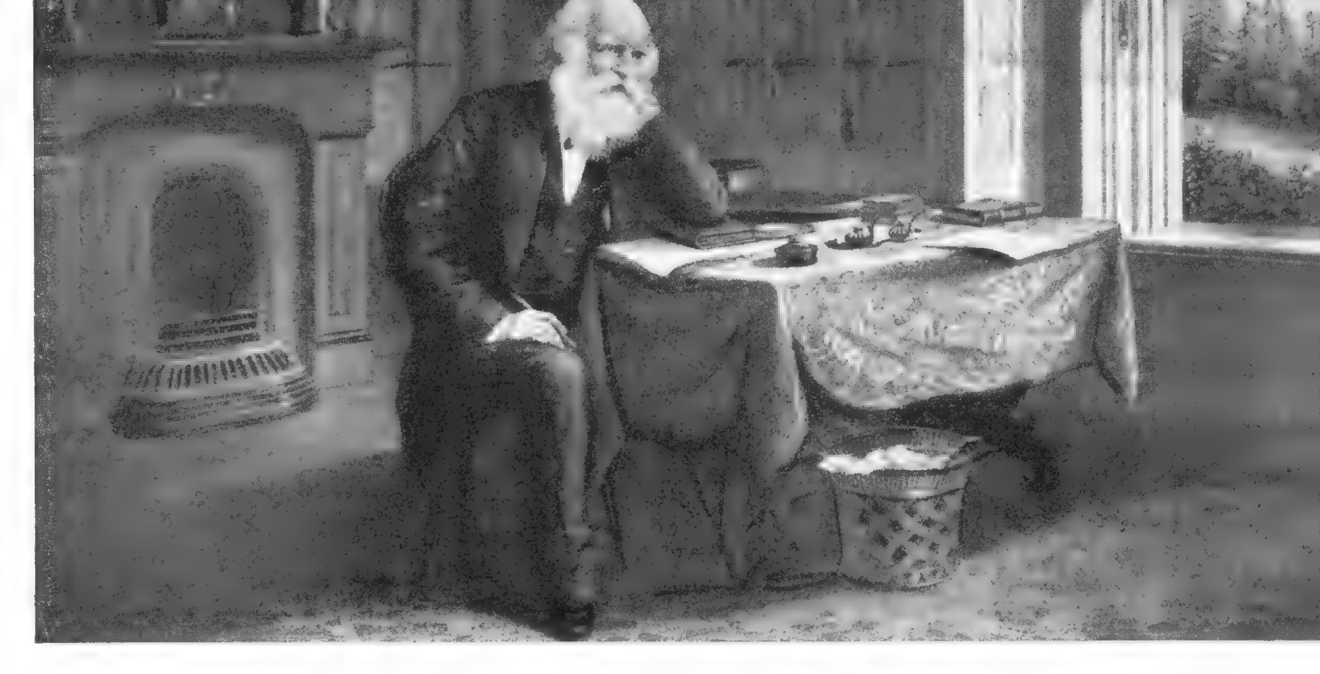
Der folgende Wahlfeldzug stand völlig unter dem Zeichen des Streites um die Bank. Der grundlegende Riss ging zwischen der Klasse der Kaufleute, Fabrikanten und Finanzleute auf der einen Seite und den Arbeitern und der Landwirtschaft auf der anderen Seite durch – d.h. diejenigen, die den neuen demokratischen Umbruch fürchteten, standen denen gegenüber, die mit Jackson aus vollem Herzen übereinstimmten. Das Ergebnis war eine begeisterte Bestätigung für die Sache des "Jacksonismus".

Jackson sah in seiner Wiederwahl einen Auftrag des Volkes, die Bank vollkommen zu zerschlagen und ihr künftiges Wiederaufleben zu verhindern. Er bediente sich zu diesem Zwecke einer Bestimmung der Konzessionsurkunde, kraft derer öffentliche Mittel aus der Bank abgerufen werden konnten, und ordnete Ende September 1833 an, Gelder der Bundesregierung nicht mehr in der Bank der Vereinigten Staaten zu deponieren und das bestehende Guthaben der Regierung nach und nach zur Deckung der ordentlichen Ausgaben abzuheben. Anstatt in der Staatsbank wurde das Geld der Regierung in einigen einzelstaatlichen Banken, die der Regierung Jackson freundlich gegenüberstanden, deponiert; diese aber benutzten ihr neues Kapital häufig dazu, unbesonnen grosse Kredite zu gewähren und so die Spekulation mit Grundstücken zu fördern. Die Hochkonjunktur in Bodenspekulationen fand 1837, kurz bevor Jackson aus dem Amt ausschied, ein plötzliches Ende; die einsetzende Depression schmälerte zwar Jacksons Beliebtheit nicht, brachte jedoch seinem Freund und Nachfolger Martin Van Buren erhebliche Schwierigkeiten. Er war 1836, dank der Spaltung der konservativen Partei der *Whigs* unter Henry Clay und Daniel Webster, von einer guten Mehrheit gewählt worden, hatte aber nicht Jacksons ausgeprägten Charakter und war deshalb in Krisen weniger fähig, sich seine Volkstümlichkeit zu erhalten. Er versuchte, Jacksons Reformpolitik fortzusetzen – bemerkenswert war die Einführung des Zehnstundentages für Regierungsangestellte–, aber als er sich 1840 zur Wiederwahl stellte, hielt man ihn nicht für den Mann, der Jahren der Not und niedriger Löhne gewachsen war.

Der Präsidentschaftskandidat der *Whigs*, William Henry Harrison aus Ohio, betrachtete sich nach dem Vorbild Jacksons als einen echten Vertreter des demokratischen Westens und war, als Held der Schlacht von Tippecanoe im Kriege von 1812, sehr populär. John Tyler, der Kandidat für die Vizepräsidentenstelle, hatte wegen seiner Haltung in der Frage der Rechte der Staaten und wegen seines Eintretens für niedrige Zollsätze viele Freunde im Süden. Der ganze Wahlfeldzug der *Whigs* war ein ausgelassener Rummel, überall wurden gewaltige Massenversammlungen und Gelage im Freien abgehalten, Fackelzüge bewegten sich durch die Strassen, die Frauen waren beinahe ebenso beteiligt wie die Männer. Die Begeisterung fand wie von selbst Ausdruck im Gesang, und bald war das Lied "Old Tippecanoe" in aller Munde. Die Wahl endete mit einem überwältigenden Sieg der *Whigs*. Aber obwohl diese sich über ihre Kandidaten einig gewesen waren, zerfielen sie über den nun einzuschlagenden Kurs miteinander, denn nun rächte es sich, dass sie in ihrer Wahlkampagne allen und jedem unverantwortliche Versprechungen gemacht hatten. Der achtundsechzigjährige Harrison starb einen Monat nach seiner Amtseinführung, und Tyler, dessen Ansichten von denen Clays und Websters, der noch immer einflussreichsten Männer des Landes, abwichen, wurde Präsident. Die Meinungsverschiedenheiten führten noch vor Ablauf von Tylers Amtszeit zum Bruch und brachten die Partei, die den Präsidenten gewählt hatte, in offenen Gegensatz zu ihm.

Als Andrew Jackson im Jahre 1829 seine Präsidentschaft antrat, gärte es von Unruhe und Auflehnung in der ganzen westlichen Welt, und der amerikanische Reformeifer, wie sehr er auch aus der eigenen Tiefe aufsprang, war Geist vom Geiste der breit dahinströmenden weltweiten Entwicklungen. Der Aufstand der Demokratie im Politischen, der Jackson zur Präsidentschaft erhob, war nur eine Etappe auf dem Vormarsch des einfachen Volkes zu grösseren Rechten und Möglichkeiten. In den dreissiger und vierziger Jahren glaubte man unbeschwert an die Möglichkeit, die Menschheit zu vervollkommnen, und aus solchem Glauben erwuchsen befreiende Kräfte im intellektuellen und geistigen wie im materiellen Leben der Menschen.

Die gleiche Periode, die eine Blüte des politischen Liberalismus erlebt hatte, wurde Zeuge der ersten Arbeiterorganisation. Schon 1838 konnten die Gewerkschaften, deren Mitgliederzahl in den Städten der Nordküste auf einige 300 000 gestiegen war, vielerorts die Arbeitsbedingungen verbessern. Den Gewerkschaften in Philadelphia gelang es 1835, ihre Lieblingsreform, den Zehnstundentag, anstelle des bisherigen



William Cullen Bryant, 46 Jahre lang Herausgeber der New Yorker *Evening Post* und einer der führenden Köpfe im amerikanischen Zeitungswesen seiner Zeit. Er war bereits als Zwanzigjähriger als ein bedeutender Dichter bekannt.

Arbeitstages "von Dunkelheit zu Dunkelheit" durchzudrücken. Dies war ein erster Anfang; ähnliche Reformen folgten in andern Orten, wie New Hampshire, Rhode Island, Ohio und Kalifornien, das 1850 in den Bund aufgenommen wurde.

Die Tätigkeit der Gewerkschaftsbewegung und ihr Eifer für humanitäre Reformen waren aus der fortschrittlichen Bewegung der Zeit nicht wegzudenken. Besonders bedeutungsvoll war ihr Kampf für die Demokratisierung der Erziehung. Die Ausdehnung des Wahlrechts auf alle Männer gab der Idee der Bildung einen neuen Sinn, denn das allgemeine Stimmrecht war, wie weitblickende Staatsmänner erkannten, gefährlich, wenn sich allgemeine Unwissenheit damit verband. Die Bestrebungen von Männern wie De Witt Clinton in New York, Abraham Lincoln in Illinois und Horace Mann in Massachusetts wurden durch einen kräftigen und pausenlosen Aufklärungsfeldzug der organisierten Arbeiterschaft in den Städten unterstützt. Arbeiterführer forderten freie, aus Steuermitteln unterstützte Schulen, die allen offen stehen sollten und den Makel einer Wohlfahrtseinrichtung vermeiden würden. Im Jahre 1830 verkündeten die Arbeiter von Philadelphia: "... wirkliche Freiheit kann ohne weitverbreitetes Wissen nicht bestehen . . . Solange die Mittel für einen gleichwertigen Unterricht nicht allen gleichmässig zur Verfügung stehen, ist Freiheit nur ein nichtssagendes Wort und Gleichheit ein blosser Schatten."

Nach und nach wurde in einem Staat nach dem andern die freie Schule gesetzlich eingeführt. In den vierziger Jahren hatte sich die öffentliche Schule im nördlichen Teil des Landes allgemein durchgesetzt, und in den anderen Gebieten wurde der Kampf bis zum endlichen Sieg weitergeführt.

Der gleiche Idealismus, der die Männer weitgehend von ihren alten Fesseln befreite, erweckte auch in den Frauen das Bewusstsein ihrer eigenen gesellschaftlichen Inferiorität. Von der Kolonialzeit an hatte die unverheiratete Frau vor dem Gesetz in vieler Hinsicht dieselben Rechte besessen wie der Mann. Jedoch die Sitte erforderte es, früh zu heiraten, und Heirat bedeutete für die Frau einen fast völligen Verlust ihrer Eigenschaft als "Person" vor dem Recht. Die Erziehung der Frau beschränkte sich weitgehend auf Lesen, Schreiben, Musik, Tanzen und Handarbeiten; Frauen hatten natürlich kein Wahlrecht. Die Frauen verdankten die ersten Anregungen zur Reform einem Besuch der fortschrittlich denkenden Schottin Frances Wright in Amerika. Dass sie in Versammlungen über Theologie und die Rechte der Frauen sprach, schockierte zwar die Öffentlichkeit; ihr Beispiel jedoch rief bald so bedeutende Gestalten der amerikanischen Frauenbewegung wie Lucretia Mott, eine Quäkerin aus Philadelphia, Susan B. Anthony und Elizabeth Cady Stanton auf den Plan, die der Verachtung der Männer wie auch der Mehrzahl der Frauen trotzten und ihre Kraft dem Kampf gegen die Sklaverei, der Frauenbewegung und der Arbeiterwohlfahrt widmeten. 1848 wurde in Seneca Falls im Staate New York die erste Tagung für Frauenrecht in der Geschichte abgehalten. Die Delegierten fassten eine Resolution, in der gesetzliche Gleichstellung mit den Männern in Erziehung und Beruf sowie im Stimmrecht verlangt wurde. Die Führerinnen der Frauenbewegung standen auch nicht völlig allein; berühmte Männer wie Ralph Waldo Emerson, Lincoln und Horace Greeley arbeiteten mit und hielten Vorträge zur Förderung ihrer Sache. Obwohl die Zeit der Agitation günstiger war als Taten, wurde vieles verbessert: 1839 gewährte Mississippi verheirateten Frauen Verfügungsgewalt über ihr eigenes Vermögen, und im Jahrzehnt danach wurden ähnliche Gesetze in sieben anderen Staaten erlassen. 1820 eröffnete Emma Willard ein Seminar für Mädchen; 1837 wurde Mount Holyoke, ein College für Frauen, gegründet. Noch kühner war die Einführung der Koëdukation, zuerst in drei Colleges in Ohio: Oberlin 1833, Urbana 1850 und Antioch 1853.

Diese von der amerikanischen Frauenrechtlerin Amelia Bloomer in ihrer Zeitung energisch propagierten "Reformkleider" gewannen als "Bloomerkostüme" Berühmtheit.



Das Vertrauen der Nation in die eigene Kraft fand seinen natürlichen Ausdruck in einer grossen literarischen Produktivität; in dem Jahrzehnt von 1830 und 1840 gelangte die amerikanische Literatur zu hoher Blüte. Henry Wadsworth Longfellow, John Greenleaf Whittier, Oliver Wendell Holmes und James Russell Lowell haben ihre Anfänge als Schriftsteller in jener Zeit. Emerson warb für den Gedanken des Individualismus und verkündete den Adel des Menschen in unvergänglichen Versen und Prosaschriften. Nathaniel Hawthorne und Edgar Allan Poe kreisten in ihren Werken um das Düstere und Übernatürliche im menschlichen Dasein und zeugten so von der Vielschichtigkeit des amerikanischen Geistes. Der bleibende Ruhm, den die meisten dieser Schriftsteller aus ihrer literarischen Tätigkeit gewannen, hat viele von ihnen nicht davon abgehalten, in die politischen Probleme der Zeit und in den Kampf für grössere Humanität aktiv einzugreifen. Keiner ist so wie Whittier in Gedichten gegen die Sklaverei zu Felde gezogen; Longfellow veröffentlichte 1842 seine *Poems on Slavery.* Lowell gab die gegen die Sklaverei gerichtete Zeitschrift *Pennsylvania Freeman* heraus; George Bancroft kämpfte mit vollem Einsatz gegen die Staatsbanken und Bryant verband eine glänzende dichterische Laufbahn mit der Tätigkeit als Herausgeber der *New York Evening Post* von 1829 bis 1878 und leistete auch auf diesem Gebiet Ausgezeichnetes.

Die geistige Situation der Zeit begünstigte den neu erwachten Sinn für die Geschichte der Republik; eine systematische wissenschaftliche Geschichtsschreibung entstand. In den dreissiger Jahren begann Jared Sparks, der Jahre zuvor die "Nordamerikanische Rundschau" gegründet hatte, mit der Herausgabe historischer Dokumente, insbesondere der gesammelten Schriften Washingtons und Franklins und der diplomatischen Korrespondenzen aus der Zeit der Revolution. Im Jahre 1834 erschien der erste Band einer "Geschichte der Vereinigten Staaten von den frühesten Entdeckungen bis zur Annahme der Verfassung" von George Bancroft. Es war die erste umfassende Geschichte Amerikas, die auf kritisch verarbeitetem Quellenmaterial beruhte. Noch ehe das Jahrzehnt abgelaufen war, hatten Bancroft und William Prescott von der Fähigkeit amerikanischer Gelehrter, mit hohem stilistischen Feingefühl Geschichte zu schreiben, Zeugnis abgelegt.

In der Zeit von 1825 bis 1850 hob sich auch der materielle Wohlstand des Volkes zusehends. Nach 1825 begann die Dreschmaschine den Flegel und die Sortiertrommel zu verdrängen, und kurz danach wurden die Mähmaschine und der Mähdrescher erfunden. Der technische Genius des Volkes half, die Schwierigkeiten zum Teil zu überwinden, die aus der schnellen geographischen Ausdehnung für den Zusammenhalt der Nation entstanden waren. Die erste "Eisenbahn" war von Pferden gezogen gewesen und 1830 in Betrieb genommen worden. Danach nahm das (Dampf-)Eisenbahnnetz stetig zu, und um 1850 konnte man mit dem "Stahlross" von Maine bis Nord-Carolina, von der Atlantikküste bis Buffalo am Eriesee und vom Westende des Eriesees nach Chicago oder Cincinnati reisen. 1844 wurde der 1835 von S.F.B. Morse erfundene elektrische Telegraph erstmalig in Amerika benutzt, 1847 die erste, von Richard Hoe entwickelte Rotationspresse in Gebrauch genommen. Sie revolutionierte das Druckereiwesen und hat wesentlich dazu beigetragen, den Zeitungen ihre beherrschende Stellung im amerikanischen Leben zu sichern.

Wie stürmisch die Nation wuchs, war vor allem an der Zunahme der Bevölkerung abzulesen, die von ungefähr siebeneinviertel Millionen im Jahre 1812 auf über dreiundzwanzig Millionen im Jahre 1850 stieg. In dem gleichen Zeitraum wuchs das für Besiedlung zur Verfügung stehende Gebiet von 4,36 Millionen auf beinahe 7,7 Millionen Quadratkilometer und erreichte damit nahezu die Grösse des europäischen Kontinents. Neben einer blühenden Landwirtschaft entwickelten sich in raschem Tempo die verschiedensten Industrien nicht nur an der Ostküste, sondern auch in den aus dem Boden schiessenden Städten des Westens. Der Bestand der Nation und die Lebensfähigkeit ihrer Wirtschaft und ihrer Institutionen waren gesichert. Ungelöst blieben jedoch die grundsätzlichen, in den regionalen Unterschieden wurzelnden Konflikte, die im folgenden Jahrzehnt den Bürgerkrieg entfesseln sollten.

Städtische Wahlen in Philadelphia im Jahre 1816. Die Wähler (rechts) übergeben ihre Stimmzettel den Beamten im Innern des Hauses. Nach einem Gemälde von J. L. Krimmel.

Senator Daniel Webster bei einer Rede gegen die "Nichtigkeitserklärung", für die vor allem Senator Hayne von Süd-Carolina eingetreten war. Nach einem Gemälde von G. P. Healy.

Der Norden gegen den Süden

"Ein Haus, so es mit sich selbst uneins wird, mag nicht bestehen.
Ich glaube, die Regierung kann nicht dauern, wenn der eine Teil des Volkes frei, der andere versklavt ist."

-ABRAHAM LINCOLN, Springfield, Illinois, am 17. Juni 1858.

Um die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts war kein Land der Welt so interessant für andere Völker wie die Vereinigten Staaten, und wenige zogen so viele Besucher an. Einmal war das Buch des französischen politischen Schriftstellers Alexis de Tocqueville "Demokratie in Amerika" herzlich auf dem europäischen Kontinent aufgenommen worden und hatte dazu beigetragen, das Urteil über das neue Land zusehends positiver zu gestalten. Dann kamen Reisende ins Land, bewunderten Boston und seine Bai und staunten darüber, wie "eine blühende Stadt nach der anderen, Utica, Syracuse und Auburn", aus der Wildnis emporgewachsen war; sie durchquerten die Staaten im Norden und fanden überall die unzweideutigsten Beweise des Wohlstandes und eines raschen Fortschritts in Landwirtschaft, Handel und grossen öffentlichen Arbeiten. Ja, sie sahen ein ganzes Volk im vollen Genuss einer langen Periode wirtschaftlicher Blüte. Ob die Besucher in New York, Philadelphia oder Boston landeten, sie waren tief beeindruckt von der Rührigkeit, der Unternehmungslust und der Lebensfreude der Menschen: New Yorks hohe Bauten und glitzernde Schaufenster sprühten Licht und Farben, und Philadelphia zeigte mit Stolz seine schönen Plätze, breiten, schattigen Strassen und sauberen roten Ziegelhäuser mit den weissgescheuerten steinernen Vortreppen...

Das Bundesgebiet erstreckte sich nun weit über die Wälder, Ebenen und Gebirge des Kontinents. Innerhalb seiner weitausgedehnten Grenzen lebten dreiundzwanzig Millionen Menschen in einem einunddreissig Staaten umfassenden Bund. Im Osten blühten alle Zweige der Industrie; die Landwirtschaft im Mittelwesten und im Süden warf gute Erträge ab; die Eisenbahnen verwoben die besiedelten Landstriche immer enger miteinander, und aus den Erzadern Kaliforniens ergoss sich ein goldener Strom in alle Kanäle der Wirtschaft. Nie zuvor hatte sich ein Land der Verheissung so offenkundig als das Land der Erfüllung erwiesen.

Es konnte den Besuchern jedoch nicht lange verborgen bleiben, dass es tatsächlich zwei Amerikas gab: das des Nordens und das des Südens. Die Schnelligkeit, mit der die allgemeine Entwicklung vor sich ging, vertiefte noch den Unterschied, der an sich schon zwischen diesen beiden Gebieten herrschte. In Neu-England und den Staaten der mittleren Zone am Atlantik lag das Zentrum von Industrie, Handel und Finanz. Seine Hauptprodukte waren Mehl und Schrot, Schuhe und Stiefel, Baumwollstoffe, Holzwaren, Kleider, Maschinen, Leder und Wollwaren. Die Schiffahrt dieser Gebiete stand auf dem Höhepunkt, und Schiffe unter amerikanischer Flagge befuhren die sieben Meere und beförderten die Güter aller Nationen.

Im Süden dagegen blühte die Landwirtschaft. Die Hauptquelle des Wohlstandes war die Baumwolle, ferner, in grossem Abstand, Reis, der längs der Küste angebaut wurde, Zucker aus Louisiana, Tabak aus den Grenzstaaten und andere landwirtschaftliche Erzeugnisse; es gab auch ein paar Fabriken. Durch die vollere Ausnutzung des reichen, schwarzen Bodens der Ebenen am Golf von Mexiko stieg die Baumwollproduktion in den fünfziger Jahren nahezu auf das Doppelte, und Eisenbahnen, Dampfschiffe oder Lastwagen brachten die riesigen Ballen nach den Märkten im Norden und Süden. Reine Baumwolle machte über die Hälfte des amerikanischen Exports aus und war gleichzeitig unentbehrliches Rohmaterial für die Textilfabrikanten und Kaufleute des Nordens.

Der Mittelwesten mit seinen endlosen Prärien und seiner schnell anwachsenden Bevölkerung kam in diesen guten Zeiten voll auf seine Kosten, denn sowohl Europa als auch die älteren Siedlungsgebiete Amerikas brauchten seinen Weizen und seine Fleischerzeugnisse. Seine Bedeutung stieg weiter an, als die Einführung arbeitsparender Maschinen und Geräte die landwirtschaftliche Produktion in beispielloser Weise anwachsen liess. Die wichtigste der neuen Erfindungen war McCormicks Mähmaschine. 1848 waren fünfhundert dieser Maschinen im Gebrauch, 1860 aber bereits über hunderttausend. Die Weizenernte des Landes stieg von 2,725 Millionen Tonnen im Jahre 1850 auf 4,7 Millionen Tonnen im Jahre 1860: mehr als die Hälfte davon kam aus dem Mittelwesten. Einen wichtigen Beitrag zum Aufschwung des Westens lieferten auch die verbesserten Verkehrsbedingungen. Von 1850 bis 1857 wurden fünf Eisenbahnhauptlinien durch das Appalachengebirge gelegt; sie verbanden Norden und Westen "wie mit Stahlbändern", denn sie liessen einen regen, für beide Teile einträglichen Handel entstehen und schufen durch die Wechselwirkung der ökonomischen Kräfte eine haltbare Gesinnungsgemeinschaft auch im Politischen. Der Süden war in bedeutend schwächerem Masse in das sich ausdehnende Eisenbahnnetz miteinbezogen, und erst spät in den fünfziger Jahren verband eine Linie den unteren Mississippi quer durch das Gebirge mit der südlichen Atlantikküste.

Im Laufe der Jahre traten die widerstreitenden Interessen des Nordens und des Südens immer deutlicher zutage. Die Leute im Süden nahmen Anstoss an den grossen Gewinnen, die die Geschäftsleute des Nordens aus dem Baumwollhandel zogen, und gaben dem Aufstieg des Nordens schuld an der Rückständigkeit ihres eigenen Gebietes. Die Einwohner des Nordens ihrerseits erklärten, dass die Sklaverei, diese "merkwürdige Einrichtung", die der Süden als unentbehrlich für sein Wirtschaftssystem bezeichnete, voll und ganz dafür verantwortlich sei, dass ihr Gebiet hinter dem Norden zurückgeblieben war.

Schon etwa vom Jahre 1830 an hatte die Frage der Sklaverei die Trennung von Norden und Süden in wachsender Schärfe ans Licht gebracht, denn die Bewegung zur Abschaffung der Sklaverei konzentrierte sich mehr und mehr auf den Norden und führte zu einer *Free-Soil*-Bewegung mit dem Ziel, die Sklaverei aus den noch nicht als Einzelstaaten organisierten Gebieten des Bundes herauszuhalten; im Süden aber gab es niemanden, der die Sklaverei nicht ebenso als von seinen Vätern ererbt betrachtet hätte wie seine englische



Der "Goldrausch" in Kalifornien. 1849, ein Jahr nach der Entdeckung von Gold im Sacramento-Tal, strömten über 80 000 Goldsucher in das Gebiet, und lärmende Goldgräberstädte traten an die Stelle friedlicher Farmen.

Sprache, seine repräsentativen politischen Einrichtungen, sein Denken und seine Sitten und Gebräuche. Sie war altes Kulturerbe und wurde fraglos hingenommen, besonders in jenen Küstenstrichen, wo sie seit über 200 Jahren bestanden hatte und einfach aus dem Leben nicht mehr wegzudenken schien. Eine Reihe von Negern, die in der fünften und sechsten Generation auf amerikanischem Boden lebten, waren nicht nur in Sprache und Handfertigkeit, sondern auch in ihrem Denken und in ihrer religiösen und gesellschaftlichen Welt mit den Weissen ihrer Umgebung völlig eins geworden; in fünfzehn im Süden und an der Grenze gelegenen Staaten machten Neger fast die Hälfte der weissen Bevölkerung aus, während sie im Norden nur eine unbedeutende Minderheit darstellten.

Von der Mitte der vierziger Jahre an warf das Sklavenproblem seinen Schatten über die gesamte amerikanische Innenpolitik. Der Süden des Bundes, vom Atlantischen Ozean bis in das Gebiet rechts des Mississippi, war eine verhältnismässig geschlossene politische Einheit und wusste sich in grundsätzlicher Übereinstimmung in allem, was Baumwolle und Sklaven betraf. Es steht ausser Zweifel, dass die Mehrzahl der Pflanzer in den Südstaaten sich daran gewöhnt hatte, die Sklaverei als zum Wesen ihrer Wirtschaft gehörig anzusehen, denn der Baumwollbau mit seinen primitiven Arbeitsmethoden und seiner neun Monate dauernden Saison machte die Verwendung von Frauen und Kindern neben gelernten Arbeitern möglich und war — aus allen diesen Gründen — glänzend für Sklavenwirtschaft geeignet.

Die führenden Politiker des Südens, die Gebildeten und der grösste Teil der Geistlichkeit, die in der Auseinandersetzung mit der zunehmend kritischen öffentlichen Meinung des Nordens das Wort führten, hörten nun auf, die Sklaverei zu entschuldigen und gingen stattdessen dazu über, sie anzupreisen. War sie nicht im Grunde zum Vorteil der Neger? Waren die Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht viel unmenschlicher unter dem Lohnsystem des Nordens als unter der Sklaverei? Das alte patriarchalische System, auf das die Publizisten des Südens damit anspielten, war tatsächlich auf dem persönlichen Verhältnis zwischen Herr und Sklave aufgebaut und bediente sich noch vielfach wenig systematischer Betriebsführungsmethoden. Es hatte bis ungefähr 1830 vorgeherrscht; dann aber hatte es sich entscheidend geändert, denn mit der Einführung neuer Methoden zur Massenproduktion von Baumwolle im tiefen Süden fand die unmittelbare Beaufsichtigung der Sklaven durch ihre Herren sehr häufig ein Ende. Stattdessen wurden berufsmässige Aufseher angestellt, deren Stellung von ihrer Fähigkeit abhing, ein Maximum an Arbeit aus den Sklaven herauszuholen.

Viele Pflanzer behandelten zwar ihre Neger weiterhin mit Nachsicht, es gab aber auch Fälle von hartherziger Grausamkeit, und das System machte es oft unvermeidlich, dass Familien auseinandergerissen wurden. Der stärkste Einwand gegen die Sklaverei war jedoch nicht die Unmenschlichkeit der Aufseher, sondern die Verletzung des grundlegenden Rechtes jedes Menschen, frei zu sein, und die Gelegenheiten zu Brutalität und Unterdrückung, die jedes System gibt, das Menschen in Knechtschaft hält. Weiterhin aber, um mit F. L. Olmsted, einem Zeitgenossen und gründlichen Kenner der Verhältnisse im Süden, zu sprechen, "gibt die Sklaverei dem Arbeiter keinerlei Anreiz, sein Können und seine Geschicklichkeit zu verbessern; sie zerstört seine Selbstachtung, verfälscht seinen Ehrgeiz und lenkt ihn auf Abwege; sie unterdrückt alle natürlichen Antriebe des Menschen, sich ständig um die Steigerung seiner Leistungen zu bemühen und dadurch seinem Lande und der ganzen Welt immer nützlicher zu werden."

Im Laufe der Jahre vergrösserte sich der Wert des in den Baumwollpflanzungen und ihren Sklaven angelegten Kapitals. Aus unbedeutenden Anfängen war die Baumwollernte im Jahre 1800 sprunghaft auf 15,75 Millionen Kilogramm angestiegen, war 1820 auf 72 Millionen geklettert und hatte 1840 insgesamt über 301,5 Millionen erreicht. Um 1850 produzierte der amerikanische Süden sieben Achtel des Weltbedarfs an Baumwolle. Die Sklaverei hatte damit Schritt gehalten, und so kam es, dass der Schutz der in den Baumwollplantagen und in der Sklaverei verankerten Interessen und die Ausdehnung des Systems zu innerpolitischen Hauptzielen der Südstaaten wurden. In erster Linie strebten sie danach, das Baumwollgebiet über seine derzeitigen Grenzen hinaus zu erweitern. Sie waren dazu besonders durch das verheerende Einfrucht-System gezwungen, bei dem ausschliesslich Baumwolle angepflanzt wurde, denn es erschöpfte den Boden sehr rasch und zwang die Pflanzer, neue, fruchtbare Gebiete aufzusuchen. Der Süden war ferner deshalb auf neues Land aus, weil er das Gleichgewicht der Macht im Bundesstaat nur erhalten konnte, wenn er die Neuaufnahme eines freien Staates in den Bund mit der Aufnahme eines Sklavenstaates parierte. Die Gegner der Sklaverei im Norden durchschauten jedoch sehr bald diese innerpolitischen Absichten des Südens und begannen, in ihnen eine böswillige Verschwörung zur Ausdehnung der Sklaverei zu erblicken.

In den dreissiger Jahren wurde die Agitation gegen die Sklaverei in den Nordstaaten schärfer und aggressiver. Eine erste Bewegung zur Abschaffung der Sklaverei, ein Ausläufer der amerikanischen Revolution, hatte ihren letzten Sieg im Jahre 1808 errungen, als der Kongress den Sklavenhandel mit Afrika abgeschafft hatte. Danach war die Opposition zum grössten Teil auf die Quäker beschränkt geblieben, deren sanfte Proteste jedoch wirkungslos verhallten, während die *cotton gin* den Bedarf an Sklaven immer stärker vermehrte. In den zwanziger Jahren hatte eine zweite Phase der Agitation eingesetzt, die hauptsächlich von dem dynamischen demokratischen Idealismus der Zeit und dem leidenschaftlichen neuen Interesse für soziale Gerechtigkeit getrieben worden war.

Die letzte Phase der Bewegung zur Abschaffung der Sklaverei in Amerika, die nun begann, war

kämpferisch und kompromisslos; sie trotzte allen verfassungsmässigen und gesetzlichen Garantien, die das Sklavensystem umgaben, und bestand auf seiner sofortigen Aufhebung. Diese radikale Bewegung fand einen begeisterten Führer in William Lloyd Garrison, einem jungen Mann aus Massachusetts, in dem sich der fanatische Heroismus des Märtyrers mit den Fähigkeiten eines erfolgreichen Volkstribunen verband. Am 1. Januar 1831 erschien die erste Nummer seiner Zeitung *The Liberator* und verkündete sein Programm: "Ich werde rastlos für die sofortige Befreiung unserer versklavten Landsleute kämpfen. . . . Ich lehne es ab, über dieses Thema mit Mässigung zu sprechen oder zu schreiben, ja nur mit Mässigung daran zu denken . . . Ich spreche in vollem Ernst — und unzweideutig — ich werde nichts entschuldigen — ich werde keinen Zoll zurückweichen — *und man wird auf mich hören.*"

Garrisons Art, die Dinge in schrillen Farben darzustellen, brachte so manchem in den Nordstaaten zum Bewusstsein, welch übler Art diese Einrichtung war, die er seit langem als selbstverständlich und unabänderlich hinzunehmen gewohnt war. Seine Methode bestand darin, der Öffentlichkeit die abstossendsten und aussergewöhnlichsten Zwischenfälle mit Negersklaven vor Augen zu halten und die Sklavenhalter sowie alle, die sie verteidigten, als Folterknechte und Menschenhändler zu geisseln. Er bestritt den Herren alle Rechte, wollte nichts von Kompromissen wissen und duldete keinen Aufschub. Garrisons scharfe Sprache und die aufrührerische Form seiner Äusserungen liessen die meisten Amerikaner im Norden sowohl als auch im Süden jedoch vergessen, dass er pazifistische Ideen vertrat und dass er hoffte, die Sklaven durch moralischen Druck und nicht durch rohe Gewalt zu befreien. Da Garrison es aber ablehnte, politische Mittel in den Dienst seines Zieles zu stellen, war seine für die Sklavenbefreiung kämpfende Gruppe der wirksamsten Möglichkeiten beraubt, seine Ansichten zu propagieren, und so hatten andere Gegner der Sklaverei, die sich nicht über die üblichen politischen Methoden erhaben fühlten — darunter James Birney und Theodore Wald — letzten Endes mehr Erfolg. Sie in erster Linie haben die Bewegung zur Sklavenbefreiung in jener Periode zu einer der stärksten Kräfte im öffentlichen Leben Amerikas gemacht.

Ein Teil der Taktik der Bewegung bestand darin, flüchtigen Sklaven unter dem Schutz der Nacht zu sicherem Obdach im Norden zu verhelfen oder sie über die Grenze nach Kanada zu schaffen. So entstand in den dreissiger Jahren in allen Teilen des Nordens ein ausgeklügeltes Netzwerk geheimer Verbindungswege für die Flüchtlinge, das als "Untergrund-Eisenbahn" bekannt und zu einer festen Einrichtung wurde. Die erfolgreichsten Aktionen dieser Art erlebte der alte Nordwesten, denn allein in Ohio wurde in den Jahren 1830 bis 1860 schätzungsweise mehr als 40 000 flüchtenden Sklaven zur endgültigen Freiheit verholfen. Die Zahl der örtlichen Vereinigungen für die Sklavenbefreiung wuchs so rasch an, dass es 1840 über 2000 derartige Gesellschaften mit vielleicht 200 000 Mitgliedern gab.

Obwohl es das Hauptziel der aktiven Abolitionisten (Sklavenbefreier) war, die Sklaverei zu einer Gewissensfrage für jeden Mann und jede Frau zu machen, hielt sich die Bevölkerung der Nordstaaten von der Bewegung fern. Sie war zu sehr mit ihren eigenen Dingen beschäftigt, um mehr in der Sklaverei zu sehen als ein Problem, das der Süden durch die Gesetzgebungen der Einzelstaaten zu lösen hatte, und die ungezügelte Agitation und der Eifer der Abolitionisten schienen ihnen die Union zu gefährden, deren Einheit ihnen wichtiger war als die Abschaffung der Sklaverei.

Indessen, der Erwerb von Texas im Jahre 1845 und der sich bald darauf durch den mexikanischen Krieg ergebende Gebietszuwachs im Südwesten verwandelten die Frage der Sklaverei aus einem moralischen in ein brennendes politisches Problem. Bis zu diesem Zeitpunkt sprach alles dafür, dass die Sklaverei nicht über die Landstriche hinausgehen würde, in denen sie bereits existierte. Seit das "Missouri-Kompromiss" sie im Jahre 1820 auf bestimmte Gebiete eingeschränkt hatte, hatte sich keine Gelegenheit geboten, sie darüber hinaus zu tragen. Jetzt, da neue Territorien in die Union aufgenommen worden waren, die für eine Sklavenwirtschaft geeignet schienen, wurde eine weitere Verbreitung dieser "merkwürdigen Einrichtung" sehr wahrscheinlich.

Viele Nordstaatler glaubten, die Einrichtung würde allmählich von selbst verfallen und absterben, wenn man sie in feste geographische Grenzen banne. Sie widersetzten sich deshalb der Aufnahme neuer Sklavenstaaten in den Bund und wiesen auf Erklärungen Washingtons und Jeffersons und auf die Verordnung von 1787 hin, die eine Ausdehnung der Sklaverei auf den Nordwesten verbot. Diese Erklärungen und die Verordnung, behaupteten sie, seien rechtskräftig und stellten klare Präzedenzentscheidungen dar. Da es in Texas bereits Sklaverei gab, trat es der Union natürlich als Sklavereistaat bei; in Kalifornien, New Mexico und Utah jedoch gab es keine Sklaverei. Als die Vereinigten Staaten im Jahre 1846 Anstalten machten, diese Gebiete zu übernehmen, kamen von vier grossen Gruppen einander völlig widersprechende Vorschläge für ihr künftiges Schicksal. Die extremen Vertreter des südlichen Gesichtspunkts drängten darauf, alles von Mexiko erworbene Land den Sklavenhaltern zu öffnen; eine nördliche Gruppe entschiedener Abolitionisten verlangte, dass sämtliche neuen Territorien der Sklaverei verschlossen bleiben sollten; eine Gruppe Gemässigter regte an, die durch das Missouri-Kompromiss festgesetzte Grenze nach Westen bis zum Pazifik zu verlängern und die freien Staaten nördlich, die Sklavenstaaten südlich dieser Linie zu halten; eine andere gemässigte Gruppe schliesslich schlug vor, die Entscheidung dieser Frage der "Souveränität des Volkes" anheimzustellen — d.h., die Regierung sollte den Siedlern erlauben, nach Gutdünken mit oder ohne Sklaven in das neue Land zu ziehen, und sollte,

Die Baumwollfelder im tiefen Süden wurden nur von Negern bearbeitet. Dort beruhte die Wirtschaft, trotz der nicht unbedeutenden Tabak-, Zucker- und Reiserzeugung, hauptsächlich auf Baumwollanbau. (Skizze aus dem Anfang des 19. Jahrhunderts.)



Baumwollballen vor der Verschiffung im Hafen von New Orleans im Staate Louisiana. Die Stadt war schon vor dem Bürgerkrieg der führende Baumwollhafen des Landes und ist heute noch die grösste Hafenstadt am Golf von Mexiko.





Harriet Beecher Stowe, deren Roman "Onkel Toms Hütte" einen tiefen Eindruck auf die Öffentlichkeit im Norden machte. Die Grausamkeit und Ungerechtigkeit der Sklaverei, wie sie sie schilderte, empörte die Massen.

wenn die Zeit reif sei, das Gebiet in Staaten organisieren und dem Volk selbst die Entscheidung überlassen. Je stärker man im Süden zu der Ansicht neigte, dass die Sklaverei in allen Gebieten Existenzberechtigung habe, desto mehr hielt man im Norden dafür, dass sie in keinem Staat existieren dürfe, und 1848 stimmten nahezu 300 000 Mann für die Kandidaten einer *Free Soil Party* (Partei des Freien Bodens), die als Hauptprogrammpunkt "die Sklaverei begrenzen, lokalisieren und diskreditieren" wollte.

Die Entdeckung von Gold in Kalifornien im Januar 1848 löste einen Ansturm von Goldsuchern aus aller Welt aus; die Zahl der Einwanderer nach den Vereinigten Staaten belief sich allein im Jahre 1849 auf insgesamt 80 000. Das machte Kalifornien zu einem kritischen Problem, denn es war klar, dass der Kongress den Status dieses neuen Gebietes festzulegen hatte, noch ehe eine regelrechte Regierung eingesetzt werden konnte. Die Nation setzte ihre Hoffnungen auf Senator Henry Clay, der bereits zweimal in Krisenzeiten Kompromisslösungen herbeigeführt hatte, und auch dieses Mal konnte er einem gefährlichen regionalen Streit durch einen wohldurchdachten Plan Einhalt gebieten. Sein Kompromissvorschlag (in der später vom Kongress abgeänderten Form) sah unter anderem die Aufnahme Kaliforniens als Staat mit einer *Free-Soil*-Verfassung (d.h. unter Verbot der Sklaverei) vor, während der Rest des neuerworbenen Landes in die zwei Territorien New Mexico und Utah aufgeteilt werden sollte, ohne eine endgültige Regelung der Frage der Sklaverei vorzunehmen. Texas' Anspruch auf einen Teil von New Mexico sollte durch Zahlung von 10 Millionen Dollar befriedigt werden; weiter sollte das Verfahren verbessert werden, entflohene Sklaven wieder einzufangen und ihren Herren zurückzubringen, und schliesslich sollte der Sklavenhandel (aber nicht die Sklaverei) im *District of Columbia* (der Bundeshauptstadt Washington und ihrer Umgebung) abgeschafft werden. Diese Massnahmen — in der amerikanischen Geschichte als "Kompromiss von 1850" berühmt — wurden vom Kongress gebilligt, und ein tiefes Aufatmen der Erleichterung ging durch das Land.

Für die Dauer dreier kurzer Jahre schien das Kompromiss nahezu alle Gegensätze auszugleichen. Doch unter der Oberfläche schwelte es weiter, und die Spannung wuchs. Das neue "Gesetz über die Verhaftung und Zurückführung entlaufener Sklaven" war vielen Menschen im Norden in der Seele zuwider. Sie lehnten es ab, irgendetwas damit zu tun zu haben, Sklaven einzufangen — im Gegenteil, sie halfen den Flüchtlingen zu entkommen. Die "Untergrund-Eisenbahn" brachte in voller Öffentlichkeit und mit wachsendem Erfolg zahllosen Menschen Freiheit und Sicherheit.

In diesem Augenblick erschien ein literarisches Werk, aus dem ein grelles Licht auf die Zerrissenheit des amerikanischen Staatswesens fiel und das mit leidenschaftlich glühender Menschenliebe die Einrichtung anprangerte, die den Bund in seinem Bestand bedrohte. Die Kreise, die geglaubt hatten, die Sklavenfrage werde sich mehr oder minder von selbst lösen, hatten nur mit Politikern und Zeitungsleuten gerechnet und konnten nicht ahnen, dass ein einziger Roman tiefer wirken würde als Gesetzgeber oder die Tagespresse. Die Dichter Whittier, Lowell, Bryant, Emerson und Longfellow hatten bereits ihrem Hass gegen die Sklaverei wirksam Ausdruck gegeben, und nur wenige Menschen hatten im Jahre 1851 noch geglaubt, dass man darüber einen Volksroman schreiben könne. In diesem Jahr jedoch erschien in der volkstümlichen Zeitschrift *National Era* eine Skizze, die den Tod eines Sklaven namens Onkel Tom schilderte, und erregte so starkes Interesse, dass die Autorin, Harriet Beecher Stowe, sich daran machte, in wöchentlich erscheinenden Fortsetzungen die Geschichte von "Onkel Toms Hütte" zu schreiben und als tragisches Ende den (bereits beschriebenen) Tod Onkel Toms in sie einzuarbeiten.

Dieses Buch war in mehr als einer Hinsicht ungewöhnlich. Dass "Hattie" Beecher, die Tochter des bekannten Predigers Lyman Beecher, schriftstellerisches Talent besass, wusste nur ihr Mann, und als sie begann, "Onkel Toms Hütte" zu schreiben, hatte sie auf diesem Gebiet so gut wie gar keine Erfahrung. Ihre innere, ethische Bereitschaft für die Aufgabe war jedoch umso grösser, und als das Gesetz über die Zurückschaffung flüchtiger Sklaven erlassen wurde, drängte es sie, ihrer Überzeugung laut Ausdruck zu geben. Die Entstehungsgeschichte des Buches gehört zu den erstaunlichsten Episoden der Literaturgeschichte. Harriet Beecher Stowe hatte ursprünglich nur eine kleine Skizze schreiben wollen, aber schon ehe die letzten Fortsetzungen erschienen waren, war die Geschichte zu einer grossen Sensation geworden. 1852 wurde sie in Buchform veröffentlicht, und noch vor Jahresende waren über 300 000 Exemplare verkauft; acht Druckmaschinen liefen Tag und Nacht, um die grosse Nachfrage zu befriedigen.

"Onkel Toms Hütte" liess den vielen menschlichen und grossmütigen Besitzern von Sklaven volle Gerechtigkeit widerfahren; der einzige brutale Sklavenantreiber, Simon Legree, stammte aus dem Norden. Aber Harriet Beecher Stowe zeigte, wie untrennbar Sklaverei mit Grausamkeit verknüpft war und dass zwischen der freien Gesellschaft und der Gesellschaft, die Sklaverei duldete, eine unversöhnliche Gegensätzlichkeit bestand. Die junge Generation im Norden, die ins Wahlalter hineinwuchs, wurde von dem Buch zutiefst beeindruckt; aber nicht nur in Amerika, sondern auch in England, Frankreich und anderen Ländern erfüllte es eine Aufgabe, denn es wurde in viele Kultursprachen übersetzt und entfachte überall stürmische Begeisterung für die Sache der Sklavenbefreiung, weil es an die Elementargefühle der Menschen rührte — an Entrüstung und Mitleid mit hilflosen Opfern unbarmherziger Grausamkeit.

Von nun an war die Sklavenfrage einfach nicht mehr zu umgehen. Die dünne Kruste, die das Kompromiss von 1850 über die brodelnde Lava gelegt hatte, riss überall auf, und schon 1854 entbrannte der alte Streit über die gesetzliche Regelung der Sklaverei in den Territorien — in diesem Falle in dem gewaltigen Nebraska-Territorium — von neuem und mit grösserer Heftigkeit. Die Radikalen aus dem Süden waren entschlossen, das Missouri-Kompromiss, das das ganze obere Missourital der Sklaverei verschlossen hatte, ausser Kraft zu setzen; aber als sie dafür die ersten Schritte unternahmen, erhob sich der Norden. Das Gebiet, das heute die fruchtbaren Staaten Kansas und Nebraska umfasst, lockte damals bereits neue Siedler an und versprach nach der Einsetzung einer festen Regierung eine rasche Entwicklung. Der Norden war der Meinung, dass sehr bald Siedler einströmen würden, wenn die Verhältnisse erst einmal geordnet wären, und dass man dann eine Eisenbahn von Chicago bis zum Pazifik durch das Land legen könne. Das Missouri-Kompromiss von 1820 hätte dieses ganze neue Gebiet für die Sklaverei gesperrt. Führende Sklavenhalter aus Missouri erhoben jedoch Einspruch gegen die Zulassung des im Westen an Missouri angrenzenden Kansas als freies Territorium, denn dies hätte Missouri auf drei Seiten mit freien Nachbarstaaten umgeben und den bereits im Innern des Staates mächtigen Protest gegen die Sklaverei so verstärkt, dass der Übergang in einen freien Staat unvermeidbar geworden wäre. Eine Zeitlang blockierten deshalb die Abgeordneten Missouris, von den Vertretern des Südens sekundiert, alle Bemühungen im Kongress, das neue Gebiet auf eigene Füsse zu stellen.

Im Jahre 1854 jedoch spaltete Stephen A. Douglas, der erste Senator von Illinois, die Opposition dadurch, dass er einen Gesetzesvorschlag einbrachte, der bei allen *Free-Soil*-Anhängern tiefste Empörung auslöste. Nach seiner Ansicht war das Kompromiss von Missouri längst aufgehoben, da es 1850 Utah und New Mexico freigestellt worden war, die Frage der Sklaverei selbst zu entscheiden. Sein Plan sah die Einrichtung zweier neuer Territorien, Kansas und Nebraska, vor; es sollte den Siedlern erlaubt sein, Sklaven in diese Gebiete mitzubringen, und die Bewohner der beiden Territorien sollten später selbst entscheiden, ob sie der Union als freie oder als Sklavenstaaten beitreten wollten. Der Norden beschuldigte Douglas, er katzbuckle vor den Südstaaten, um sich ihre Stimmen für die Präsidentenwahl von 1856 zu sichern, und zweifellos war sein politischer Ehrgeiz sehr gross; wenn er aber geglaubt hatte, die öffentliche Meinung im Norden



Abraham Lincoln in öffentlicher Debatte mit Stephan Douglas (rechts von Lincoln), seinem Gegenkandidaten um einen Sitz im Senat. Der Wahlkampf von 1858 brachte ihre Gegnerschaft in der Sklavenfrage klar zum Ausdruck.

werde seinen Plan gefügig hinnehmen, so sollte er rasch eines Besseren belehrt werden, denn Millionen von Menschen empfanden es als unverzeihlich, die Sklaverei in die reichen Ebenen des Westens zu bringen. Ein hitziger Kampf brach los und machte sich in leidenschaftlichen Debatten Luft: die *Free-Soil*-Presse griff Douglas mit Heftigkeit an, Tausende von Geistlichen im Norden wetterten von ihren Kanzeln dagegen, Geschäftsleute, die bisher dem Süden freundlich gegenüber gestanden hatten, nahmen plötzlich eine entgegengesetzte Haltung ein. Dennoch wurde an einem Maimorgen das Gesetz vom Senat unter den Böllerschüssen begeisterter Südstaatler verabschiedet.

Damals prophezeite Salmon P. Chase, einer der Führer der Abolitionisten: "Heute feiern sie einen Sieg; aber das Echo, das sie wecken, wird erst verhallen, wenn auch die Sklaverei ihr Ende gefunden hat." Als Douglas einige Zeit später nach Chicago kam, um sich zu rechtfertigen, flaggten die Schiffe im Hafen halbmast, die Kirchenglocken läuteten eine ganze Stunde lang, und eine zehntausendköpfige Menschenmenge johlte so laut, dass er am Reden verhindert war. In Kansas flammte bittere Feindschaft zwischen den aus dem Süden kommenden Sklavenhaltern und den für die Sklavenbefreiung eintretenden Siedlern aus dem Norden auf. Schon nach kurzer Zeit war das Territorium der heftigen bewaffneten Zusammenstösse wegen im Volksmund zum "blutigen Kansas" geworden.

Die unmittelbaren Folgen des unglückseligen Douglas'schen Gesetzes waren einschneidend. Die Partei der *Whigs*, die in der Sklavenfrage keinen eindeutigen Standpunkt bezogen hatte, brach zusammen; an ihre Stelle trat eine machtvoll aufstrebende neue Organisation, die Republikanische Partei, und verlangte als erstes das Verbot der Sklaverei in allen Territorien. 1856 stellte die neue Partei den draufgängerischen John Frémont, der mit seinen fünf Forschungsexpeditionen in den Fernen Westen wohlverdienten Ruhm errungen hatte, als Präsidentschaftskandidaten auf, und obwohl sie die Wahl verlor, konnte sie im Norden einen starken Zulauf verbuchen. Führende Männer der *Free-Soil*-Bewegung, wie Chase und William Seward, gewannen mehr Einfluss als je zuvor, und gemeinsam mit ihnen trat ein grosser, hagerer Rechtsanwalt aus Illinois, Abraham Lincoln, hervor, der durch die scharfe Logik auffiel, mit der er die neuen Probleme diskutierte.

"Jedes Volk, das eine grosse Schuld ungesühnt mit sich herumträgt", hatte Mrs. Stowe geschrieben, "muss furchtbarer Umwälzungen gewärtig bleiben"; der Umsturz, den sie prophezeit hatte, kam näher und wurde mit jedem Jahr, das ins Land ging, unvermeidlicher. 1857 fiel die berühmte Entscheidung des Obersten Gerichtshofes im Falle Dred Scott. Scott war Sklave in Missouri gewesen, sein Herr hatte einige zwanzig Jahre zuvor seinen Wohnsitz nach Illinois und Wisconsin, wo die Sklaverei verboten war, verlegt und ihn dorthin mitgenommen. Nach seiner Rückkehr nach Missouri wurde Scott mit seinem Los unzufrieden und strengte, auf die Tatsache gestützt, dass er in einem freien Lande gelebt hatte, einen Prozess auf seine Freilassung an. Das Gericht, in dem Juristen aus dem Süden das Übergewicht hatten, entschied, dass Scott jeden Anspruch auf Freiheit verloren habe, da er freiwillig in einen Sklavenstaat zurückgekehrt sei, und verfügte überdies, dass alle Versuche des Kongresses, die Sklaverei in den Territorien zu verbieten, rechtsungültig seien. Diese Entscheidung versetzte den ganzen Norden in wilde Erregung und führte zu abschätzigen Urteilen über die Justiz, wie sie zuvor nie gehört worden waren. Für die Demokraten der Südstaaten jedoch bedeutete die richterliche Entscheidung einen grossen Sieg, da sie ihre Auffassung über die Sklavenhaltung in den Territorien bestätigte.

Bis zu diesem Zeitpunkt hatte sich Abraham Lincoln kaum unter den unzähligen anderen politisch aktiven Anwälten des Mittelwestens hervorgetan. Schon lange hatte er die Sklaverei als ein Übel betrachtet, und in einer im Jahre 1854 in Peoria, Illinois, gehaltenen Rede hatte er u.a. gefordert, dass die gesamte Gesetzgebung des Bundes auf dem von den Gründern der Republik anerkannten Prinzip aufgebaut werden solle, dass die Sklaverei langsam einzuschränken und schliesslich ganz abzuschaffen sei. Das Prinzip der lokalen Souveränität des Volkes sei, so erklärte er ferner, nicht auf das Sklavenproblem anwendbar, denn es sei die Angelegenheit der gesamten Vereinigten Staaten und nicht lediglich der Bewohner der westlichen Territorien, wenn dort Sklaverei herrsche. Diese Rede machte ihn damals über den ganzen emporstrebenden Westen hin bekannt und führte 1858, vier Jahre später, bei den Senatswahlen in Illinois zu seiner Aufstellung als Gegenkandidat von Stephen Douglas. Im ersten Teil der Rede, mit der er am 17. Juni 1858 seinen Wahlfeldzug eröffnete, rührte Lincoln an das Leitmotiv, das die amerikanische Geschichte in den nächsten sieben Jahren durchziehen sollte:

". . . 'Ein Haus, so es mit sich selbst uneins wird, mag nicht bestehen!' Ich glaube, die Regierung kann nicht dauern, wenn der eine Teil des Volkes frei, der andere versklavt ist. Ich erwarte nicht, dass der Bund sich auflöst — ich erwarte nicht, dass das Haus einfällt: aber ich erwarte, dass es die Zweiteilung überwindet."

Im Laufe des Sommers und Herbstes 1858 diskutierten Lincoln und Douglas siebenmal in öffentlichen Wahlversammlungen miteinander. In den kleinen, in der prallen Sonne daliegenden Ortschaften, inmitten der wogenden Maisfelder von Illinois, wurden sie von hemdsärmeligen Farmern erwartet, die mit ihren Familien in Leiterwagen und Einspännern oder auch zu Fuss zusammengeströmt waren. Senator Douglas, von der Ortsgruppe der Demokratischen Partei begleitet, fuhr in einem offenen Wagen vor und bestieg die Rednertribüne; er war untersetzt und stämmig, forsch und ein wenig zu Übertreibungen geneigt, wurde allgemein "der kleine Riese" genannt und besass den Ruf, ein glänzender Redner zu sein; jeder Zug seines Gesichts zeugte von Selbstvertrauen und hoher Leistung, jede Bewegung verriet Kraft und Angriffslust. Abe Lincoln pflegte zu Fuss zu kommen; er überragte mit seinem von Falten durchfurchten Gesicht und seinem langen Hals weithin sichtbar die Menge und sah fast schwermütig auf sie herab. Auf ihm lastete die Bürde, als Angreifer aufzutreten, denn er stellte nicht nur Douglas' Recht in Frage, weiterhin im Senat zu verbleiben, sondern repräsentierte auch eine neue Partei. Die englische Sprache kennt wenige Debatten, die scharfsinniger, klarer und durchschlagender waren als die dieser beiden Männer bei diesen Gelegenheiten. Und obgleich Douglas wieder zum Senator gewählt wurde, hatte sich Lincoln durch diesen Wahlkampf eine anerkannte Stellung im öffentlichen Leben Amerikas erworben.

Kurz nach der Wahl brach der Kampf zwischen Norden und Süden erneut offen aus. John Brown, ein fanatischer Gegner der Sklaverei, der schon drei Jahre zuvor in Kansas blutig und gewaltsam gegen die Sklaverei vorgegangen war, hatte nicht aufgehört, auf Abhilfe des Übels zu sinnen und plante jetzt zusammen mit einigen radikalen Abolitionisten einen verwegenen Handstreich. Er

sammelte eine Gruppe von 18 Anhängern, darunter fünf Neger, um sich und besetzte in der Nacht vom 16. Oktober 1859 das Bundeszeughaus in Harpers Ferry im Staate Virginia. Bei Tagesanbruch strömten die mit allen möglichen Waffen ausgerüsteten Bürger der Stadt zusammen, eröffneten mit einigen Milizkompanien einen Gegenangriff und nahmen Brown und den überlebenden Rest seiner Anhänger gefangen. Das ganze Land geriet über diese Episode in Aufruhr. Viele Südstaatler fanden ihre schlimmsten Befürchtungen bestätigt, die Eiferer auf der Gegenseite aber sahen in Brown nur den edlen Märtyrer einer grossen Sache. Die meisten Nordstaatler indessen verwarfen sein Heldenstückchen, denn sie erblickten darin nicht einen Angriff auf den Süden, sondern einen Anschlag auf die gesellschaftliche Ordnung überhaupt und auf die Demokratie und ihr Verfahren, friedlich zum Besseren fortzuschreiten. Brown wurde wegen Verschwörung, Hochverrat und Mord der Prozess gemacht, und am 2. Dezember 1859 wurde er gehängt. Er hatte sich bis zum letzten Augenblick für ein Werkzeug Gottes gehalten.

Dieser Zwischenfall diente lediglich dazu, die seit den ersten Tagen der Besiedlung des Landes bestehenden Gegensätze zwischen Nord und Süd zu vertiefen und sie noch fester im Leben der sich entfaltenden Nation zu verankern. Der Süden war fast völlig landwirtschaftlich bestimmt, während der Norden weithin städtischen Charakter trug. Der Norden brauchte Schutzzölle auf Fertigwaren, um seine wachsende Industrie zu stärken; der landwirtschaftliche Süden verabscheute sie. Der Norden war an einer beschleunigten Aufteilung des öffentlichen Grund und Bodens in kleinere Grundstücke interessiert und forderte immer drängender, dass jedem Siedler unentgeltlich freies Grundeigentum zugewiesen würde; “Gib Deine Stimme für eine eigene Farm” wurde zu einer weitverbreiteten Wahlparole; der Süden dagegen wünschte den nationalen Grundbesitz zusammenzuhalten und ihn nur zu hohen Preisen zu verkaufen. Der Norden wollte ein gutfunktionierendes bundesstaatliches Bankwesen; der Süden bekämpfte die Bundesbank. Im Norden hatte sich eine kräftige Mittelklasse entwickelt, und seine Gesellschaft war demokratischer als die des Südens, wo Besitz und Macht in den Händen einer kleinen Schicht reicher Sklavenhalter konzentriert waren.

Die Präsidentschaftswahl von 1860 brachte die politischen Gegensätze zwischen dem Norden und dem Süden klar zur Anschauung. Die Republikanische Partei ging in voller Einigkeit in den Feldzug und stellte auf einer von Begeisterung getragenen Tagung in Chicago in Abraham Lincoln ihren volkstümlichsten Vertreter aus dem Mittelwesten als Präsidentschaftskandidaten auf. Alle ihre Kräfte waren auf das Höchste angespannt, und Millionen von Wählern verkündeten ihre feste Entschlossenheit, die Ausbreitung der Sklaverei nicht länger dulden zu wollen. Die Republikanische Partei versprach Schutzzölle für die Industrie und gewann die landhungrigen Nordstaatler durch ihr Versprechen, den Siedlern durch ein neues Gesetz freie Farmen zu sichern. Der Opposition dagegen mangelte es an Einigkeit, und als der Wahltag vorüber war, sahen sich Lincoln und die Republikanische Partei unangefochten im Sattel.

Es stand von vornherein fest, dass ein Sieg Lincolns Süd-Carolina zum Austritt aus der



Abraham Lincolns Wärme und Menschlichkeit wie seine aussergewöhnlichen Leistungen als Staatsmann haben zu einer umfangreichen Literatur (Romanen, Schauspielen und Biographien) Anlass gegeben. Der nebenstehend abgedruckte Brief und das Bild, das ihn mit seinem Sohn Tad zeigt, lassen etwas von diesen Eigenschaften ahnen und zeugen davon, dass Lincoln über seinen Pflichten nie vergass, welche Opfer ein Krieg von den Menschen forderte.

Im Weissen Haus
Washington, den 21. November 1864.

An Mrs. Bixby, Boston, Massachusetts.

Geehrte Frau:

Ich habe aus einem Vermerk des Generaladjutanten von Massachusetts in den Akten des Kriegsministeriums ersehen, dass Sie die Mutter von fünf Söhnen sind, die ruhmreich auf dem Schlachtfeld geblieben sind. Jedes Wort, das ich sagen könnte, um zu versuchen, Ihnen über die Trauer ob eines so schweren Verlustes hinwegzuhelfen, muss schwach und zwecklos bleiben. Trotzdem darf ich nicht zögern, Ihnen den Trost zu bieten, der in dem Dank der Gemeinschaft beschlossen sein mag, für die sie ihr Leben hingaben. Ich bete, dass unser himmlischer Vater Ihren Schmerz über den Verlust mildern möge und Ihnen nur noch den Schatz der Erinnerungen an die Lieben lasse, die Sie verloren haben, und das Gefühl von Schwermut und Stolz, das Sie darüber erfüllen muss, ein solch teures Opfer auf dem Altar der Freiheit gebracht zu haben.

In tiefer Achtung und Ergebenheit Ihr
A. Lincoln.

Executive Mansion
Washington, Nov 21, 1864

To Mrs, Bixby, Boston, Mass,

Dear Madam.

I have been shown in the files of the War Department a statement of the Adjutant General of Massachusetts that you are the mother of five sons who have died gloriously on the field of battle. I feel how weak and fruitless must be any word of mine which should attempt to beguile you from the grief of a loss so overwhelming. But I cannot refrain from tendering you the consolation that may be found in the thanks of the republic they died to save. I pray that our Heavenly Father may assuage the anguish of your bereavement, and leave you only the cherished memory of the loved and lost, and the solemn pride that must be yours to have laid so costly a sacrifice upon the altar of freedom

Yours very sincerely and respectfully.
A. Lincoln.



Der General der Unionstruppen, McClellan, mit Lincoln in seinem Hauptquartier im Feld nach der Schlacht von Antietam. Nach einer Aufnahme von Mathew Brady.

Union veranlassen werde, denn dieser Staat hatte schon lange auf einen Anlass gewartet, mit den anderen Südstaaten zu einem neuen Bund zusammenzutreten. Sobald die Wahlresultate feststanden, erklärte eine eigens zu diesem Zweck einberufene Landesversammlung von Süd-Carolina, "dass die gegenwärtig zwischen Süd-Carolina und anderen Staaten unter dem Namen 'Die Vereinigten Staaten von Amerika' bestehende Union hiermit aufgelöst" sei. Die Staaten des tiefen Südens folgten Süd-Carolina unverzüglich und schlossen sich mit ihm am 8. Februar 1861 als Konföderierte Staaten von Amerika zusammen.

Knapp einen Monat später, am 4. März 1861, wurde Abraham Lincoln in das Amt des Präsidenten der Vereinigten Staaten eingeführt. In seiner Antrittsrede lehnte er es ab, diese Trennung vom Bund anzuerkennen, bezeichnete sie als "gesetzlich ungültig" und schloss beredt und eindringlich mit der Bitte, "die alten Bande der Freundschaft" wieder anzuknüpfen. Aber der Süden verschloss sich seinen Bitten; am 12. April eröffneten Geschütze das Feuer auf das Bundesfort Sumter in Hafen von Charleston, Süd-Carolina. Jetzt gab es im Norden kein Zögern mehr; in jeder Stadt und jedem Dorf wurde Alarm getrommelt, und überall eilte die Jugend zu den Waffen; mit gleicher Begeisterung folgten die Bewohner der sieben Sezessionsstaaten dem inzwischen ergangenen Rufe ihres Präsidenten Jefferson Davis. Niemand konnte ahnen, welche Ausmasse der bevorstehende Krieg annehmen und welche Schrecken er über das Land bringen würde. Schätzungsweise 800 000 Mann fochten in den Armeen der Südstaaten, und etwa zwei- bis dreimal soviel in denen der Nordstaaten. Über 50 000 weisse und über 100 000 Negersoldaten der Unionsarmee waren in den Sezessionsstaaten selbst rekrutiert worden.

Mit Spannung warteten beide Teile auf die nächsten Schritte derjenigen Sklavenstaaten, die bisher loyal geblieben waren. Am 17. April beschritt Virginia den schicksalsschweren Weg, und kurz darauf folgten Arkansas und Nord-Carolina. Kein anderer Staat war mit so grossem Widerstreben aus der Union ausgeschieden wie Virginia, denn seine Politiker hatten bei der Erringung der Unabhängigkeit und bei der Formulierung der Verfassung eine entscheidende Rolle gespielt, und fünf Präsidenten der USA waren aus Virginia gekommen. Mit Virginia ging auch Oberst Robert E. Lee für den Norden verloren, der aus Treue zu seinem Staat den Oberbefehl über die Unionsarmee abgelehnt hatte. Zwischen dem auf diese Weise vergrösserten Gebiet der Konföderation und dem für *Free Soil* eintretenden Norden lagen die Grenzstaaten, die sich ganz unerwartet als national gesinnt und der Union treu erwiesen.

Auf beiden Seiten ging das Volk mit grossen Hoffnungen auf einen baldigen Sieg in den Krieg. Der Norden war im Vorteil, denn er besass das Übergewicht an Menschen und Material. 23 Staaten mit einer Bevölkerung von 22 Millionen Menschen standen gegen elf Staaten mit insgesamt neun Millionen Einwohnern im Felde. und zu diesem grösseren Menschenpotential des Nordens kam eine sogar noch erheblichere industrielle Überlegenheit, denn im Gegensatz zum landwirtschaftlichen Süden standen dem Norden eine Fülle von Fabriken und Werkstätten zur Herstellung von Waffen, Munition, Bekleidung und anderem Kriegsmaterial zur Verfügung; auch das dichtere Eisenbahnnetz im Norden trug zum militärischen Erfolg der Union bei. Die Konföderation wiederum war ein in sich geschlossenes, von guten Wasserwegen durchzogenes Gebiet; da der Kampf auf ihrem Boden stattfand, konnte sie ihre Front mit einem Minimum an Kraftaufwand und einem kleineren Kriegsbudget halten.

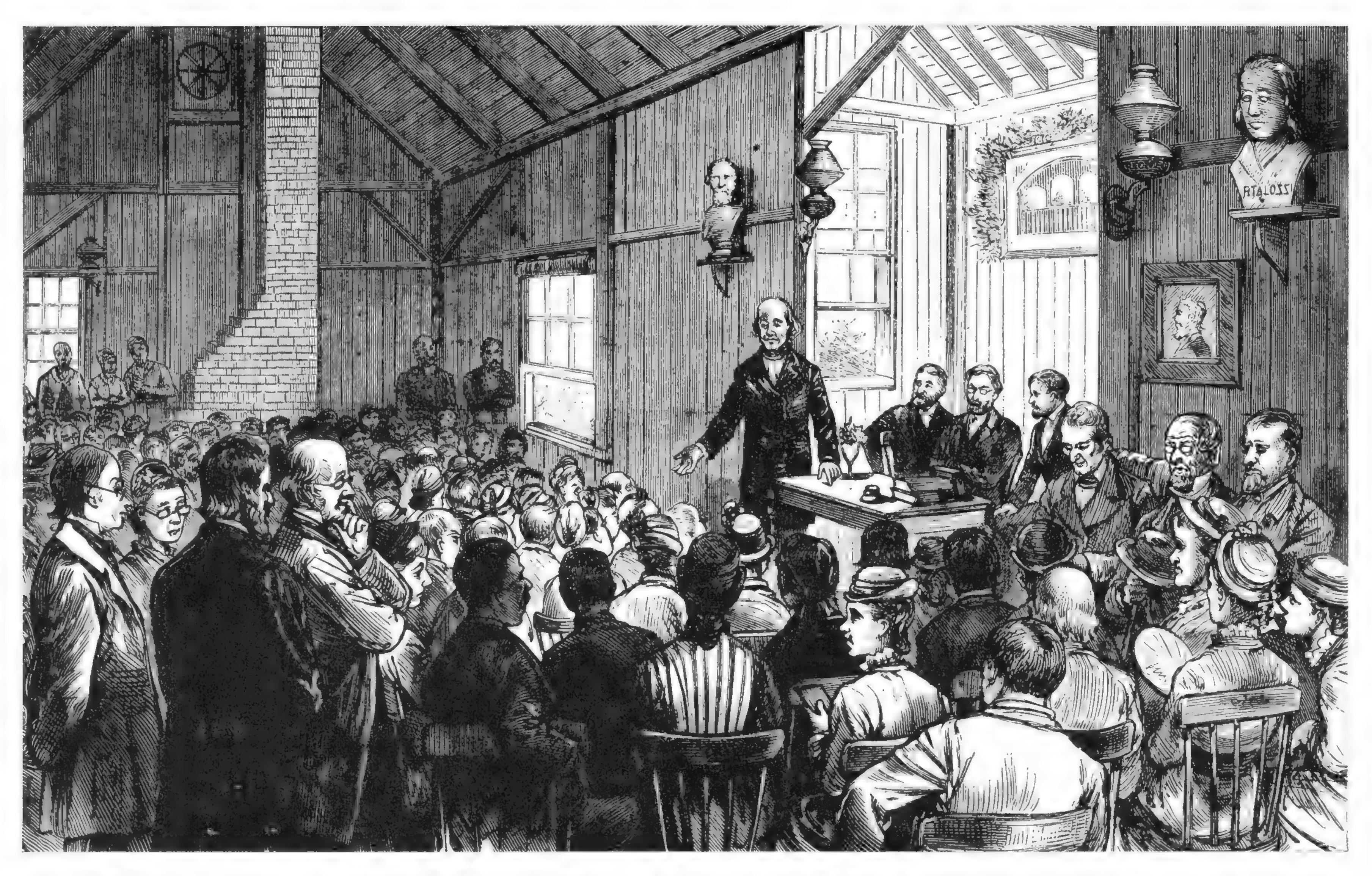
Die Strategie des Nordens beruhte auf drei Grundideen: Blockade der Häfen im Süden, Eroberung des Mississippitals und Abspaltung der östlichen Gebiete vom Rest der Konföderation. Die Kriegsmarine, die sich ganz im Besitz des Nordens befand, war zu Beginn der Operationen schwach und über ein weites Gebiet verteilt. wurde jedoch unter Führung des fähigen Marineministers Gideon Welles reorganisiert und gewann an Stärke. Dies machte die Blockade, die Lincoln über die südlichen Teile der Küste verhängt hatte, trotz vieler Erfolge konföderierter Blockadebrecher zu einer erheblichen Belastung der Kriegswirtschaft des Südens, besonders da es schon zu Beginn des Krieges gelungen war, den Hafen von Mobile und New Orleans einzunehmen und so die Mündung des Mississippi zu verriegeln. Der zweite Teil des strategischen Planes, die Eroberung des gesamten Mississippitals, war knapp zwei Jahre nach Ausbruch des Krieges verwirklicht: eine Armee der Union unter Führung General Ulysses S. Grants zwang nach einer Belagerung von sechs Wochen den stark befestigten Binnenhafen Vicksburg zur Übergabe und schnitt so in einer meisterhaften Operation, die zu den klassischen der Kriegsgeschichte gehören sollte, die Nachschublinien der Ostfront der Konföderation von ihrer Basis in Texas, Arkansas und Louisiana im Westen ab.

Nur auf dem Kriegsschauplatz im Osten erlitten die Armeen des Nordens einen entmutigenden Fehlschlag nach dem anderen und wurden ein ums andere Mal durch die überlegene Strategie der Generäle des Südens zum Rückzug gezwungen. Eine ganze Reihe von Versuchen der Unionsarmeen, in Frontalangriffen das 160 Kilometer von Washington entfernte Richmond im Staate Virginia einzunehmen, schlugen fehl. Erst nachdem die Armeen des Nordens ungeheure Verluste erlitten hatten, erliess Lincoln, mehr aus einem Gefühl der Verzweiflung als des Triumphes heraus, am 1. Januar 1863 seine berühmte Emanzipations-Erklärung, die alle aufständischen Sklavenhaltern der Südstaaten gehörigen Neger als frei erklärte. Damit verkündete Lincoln dem Süden und der übrigen Welt, dass der Krieg nicht nur um des Bestands der Union, sondern auch um der Abschaffung der Sklaverei willen geführt wurde.

Im Sommer 1863 leitete der glänzende Oberbefehlshaber der Südarmeen, General Robert E. Lee, einen Einfall in das Gebiet der Nordstaaten und stiess bis zu der unweit von Harrisburg, der Hauptstadt des Staates, gelegenen Siedlung Gettysburg in Pennsylvania vor, in dem wichtige Nachschublinien des Nordens zusammenliefen. Hätte sich Lee in Pennsylvania halten können,

Carl Schurz, der Revolutionär von 1848, wanderte 1852 von Deutschland nach den Vereinigten Staaten aus und spielte dort als Gesandter in Spanien, Generalmajor der Union im Bürgerkrieg, Senator für Missouri und Innenminister eine hervorragende Rolle im Leben der Nation.





Ralph Waldo Emerson, der Führer der Transzendentalisten, vor der "Schule der Philosophie" in Concord, einem der Mittelpunkte des damaligen amerikanischen Geisteslebens.

dann hätte er Washington vom Rücken aus angreifen können; aber die Schlacht von Gettysburg hatte den Konföderierten grosse und nicht mehr zu ersetzende Verluste gebracht, und Lee musste seine Armeen zurückziehen.

1864 begann die entscheidende Endphase der Operationen. Monat für Monat war die Überlegenheit des Nordens mit seiner Industrie und Landwirtschaft, seinen Reserven an Menschen und seinem Verkehrswesen über die von der Blockade geschwächten Streitkräfte des Südens gewachsen; die Front der Konföderierten musste früher oder später zusammenbrechen. Im November 1864 setzte sich General William T. Sherman vom Osten Tennessees in Richtung auf Georgia und die Küste in Marsch und verwüstete alles vor sich her. Seine 60 000 Mann starke Armee trieb ohne Rücksicht auf die Gefahren, die von den verlängerten Nachschublinien drohten, einen breiten Keil quer durch den Staat, versorgte sich aus dem Lande, zerstörte Industrieanlagen, Häuser, Baumwollfabriken und öffentliche Gebäude, riss die Schienenstränge auf und trug den Fluch des totalen Krieges bis tief in den Süden hinein. Sherman erreichte Atlanta und schwenkte nordwärts durch Süd-Carolina auf Richmond und die Nachhut General Lees ein. Zu gleicher Zeit richtete General Philip Sheridans Armee ähnliche Verwüstungen in dem reichen, bezaubernd in die Berge Virginias eingebetteten Shenandoahtal an, dessen Vorräte für den Nachschub der konföderierten Kavallerie alles bedeutet hatten, und legte es in Schutt und Asche.

Der Krieg trat damit in sein Endstadium ein. General Grants Armee rückte unaufhaltsam gegen Richmond, Sherman stiess nach Norden vor, und der hoffnungslos eingekesselte Lee fügte sich schliesslich in das Unvermeidliche und kapitulierte am 9. April 1865 in Appomattox vor General Grant.

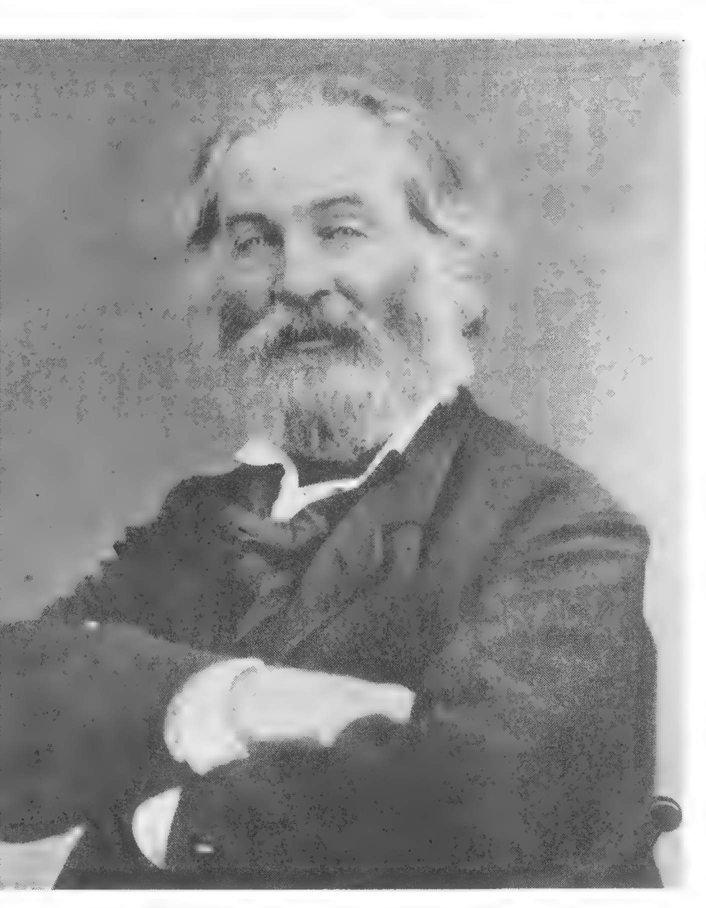
Die Kapitulationsbedingungen waren mild, und als Grant von der Friedenskonferenz zurückkehrte, brachen seine Soldaten in lärmende Proteste aus, bis er schliesslich versetzte: "Die Rebellen sind nun wieder unsere Landsleute geworden". . . Der Krieg für die Unabhängigkeit des Südens war eine "verlorene Sache" geworden.

Der Held der "verlorenen Sache" war unstreitig Robert E. Lee. Sein Organisationstalent, seine gewissenhafte Beachtung auch des Details, seine liebende Fürsorge für seine Leute, sein Wagemut und seine gute Erscheinung gewannen ihm Vertrauen und Ergebenheit der Truppen, und seine ausgezeichneten Führereigenschaften, seine menschliche Anständigkeit während des ganzen Konflikts und seine Grösse angesichts der Niederlage erweckten Bewunderung. Er war wie George Washington gross im Frieden wie im Kriege. In den fünf Jahren, die er nach der Auseinandersetzung noch lebte, widmete er sich dem wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Wiederaufbau des Südens und warb für die Wiederherstellung von Treu und Glauben zwischen den Feinden von Gestern.

Im Norden aber hatte der Krieg einem noch bedeutenderen Manne geschichtliche Grösse gebracht: Abraham Lincoln. In den ersten Kriegsmonaten hatten nur wenige das wahre Format des unbeholfenen Anwalts aus dem Westen erkannt. Nach und nach jedoch begann das Volk ihn zu verstehen: seine tiefe Weisheit, die sorgfältigen Studien und unaufhörlichem Grübeln entsprungen war, seine unbeirrte Wahrheitsliebe, seine unerschöpfliche Geduld und ein Herz, dessen Grossmut keine Grenzen kannte. Wenn er auch manchmal zu zögern und zu schwanken schien, so erwies es sich später immer zum Vorteil des Landes, dass die Macht sich dem Geist gebeugt hatte, denn ihm lag vor allem daran, das Land nicht durch Gewalt und Unterdrückung, sondern in Liebe und Grossmut zu einer Einheit zusammenzuschweissen. Seine Aussenpolitik hatte Würde, Lauterkeit und Festigkeit, und obwohl Lincoln mehr Macht besass als je ein Präsident zuvor, glaubte er inbrünstig an die demokratische Selbstbestimmung und besass das volle Vertrauen des Volkes, das ihn 1864 zum zweiten Male zum Präsidenten wählte.

Seine zweite Antrittsrede schloss Lincoln mit den Worten: ". . . Keinem zum Übel, in Nächstenliebe für alle, unbeirrbar auf das Recht gestützt, wie Gott es uns sehen lässt, wollen wir danach streben, das begonnene Werk zu vollenden, die Wunden unseres Landes zu verbinden, für jene, die die Bürde des Kampfes getragen haben, und für ihre Witwen und Waisen zu sorgen . . . und alles tun, was zu einem gerechten und dauernden Frieden unter uns und mit allen Völkern führen und den Frieden erhalten kann."

Drei Wochen später, zwei Tage nach Lees Kapitulation, hielt Lincoln seine letzte öffentliche Ansprache, um seine Richtlinien für die



Walt Whitman, der bedeutendste Vertreter der amerikanischen Literatur des 19. Jahrhunderts. Sein Gedichtband *Leaves of Grass* (1855) brachte seinen Glauben an Individualismus und den einfachen Mann zum Ausdruck.

Wiedereingliederung der Südstaaten *(Reconstruction)* bekanntzugeben – gewiss die grossmütigsten Bedingungen, die ein Sieger jemals einem hilflosen Gegner gestellt hat, denn Lincoln betrachtete sich nicht als Eroberer, sondern beteuerte, dass er seit 1861 ohne Unterbrechung Präsident der ganzen Vereinigten Staaten, nicht nur des Nordens, gewesen war; der Aufstand müsse vergessen und jeder Südstaat wieder in den vollen Genuss seiner bundesstaatlichen Rechte eingesetzt werden. Am Abend des 13. April, einem Donnerstag, war ganz Washington zur Feier von Lees Kapitulation illuminiert, und seine Strassen waren von jubelnden Menschenmengen durchwogt. Am 14. hielt der Präsident eine Kabinettssitzung, in der die Aufhebung der Blockade beschlossen wurde. Lincoln drang in seine Minister, nur noch für den Frieden zu planen und nicht mehr an Blutvergiessen und Verfolgungen zu denken.

Es sollte seine letzte Kabinettssitzung bleiben, denn am Abend des gleichen Tages wurde er von einem besessenen Fanatiker in seiner Loge im Theater ermordet.

"Nie zuvor haben so unzählig viele Menschen Tränen um den Tod eines Mannes vergossen, den sie nie gesehen hatten, wie an jenem grauenvollen Aprilmorgen" – schrieb der Dichter James Russell Lowell in Erinnerung an Lincolns Ermordung. "Es war, als hätten sie mit ihm einen Freund verloren, als wäre ihr Leben durch den Verlust kälter und dunkler geworden. Fremde auf den Strassen tauschten mitfühlende Blicke miteinander aus und gingen stumm ihres Weges weiter: ihr Schweigen sprach eindrucksvoller als jedes Rühmen am Grab. Ein Bruder war aus dem Kreise der Menschen geschieden . . ."

Unter dem neuen, unerprobten und nicht in jeder Hinsicht gleich gut begabten Präsidenten Andrew Johnson musste das Land an die Lösung der schwierigen Probleme der Neuordnung und der Wiedereingliederung der Südstaaten herangehen, denn das Gute, das der Krieg dem Lande gebracht hatte, war von einer üblen Erbschaft überschattet; der Krieg hatte die Union gerettet und ihre Unzerstörbarkeit erwiesen, aber das Land war nicht unversehrt aus dem Hexentanz hervorgegangen.

Die wichtigste politische Aufgabe, vor die sich der siegreiche Norden gestellt sah, war die Klärung der staatsrechtlichen Position der Sezessionsstaaten, denn ein Konflikt hatte sich darüber angesponnen, ob der Kongress oder der Präsident dafür zuständig sei. Lincoln hatte stets die Ansicht vertreten, dass der Austritt der Südstaaten aus dem Verband der Union niemals rechtskräftig gewesen, sondern dass das Volk durch einige treulose Bürger zur Auflehnung gegen die Autorität des Bundes verführt worden sei. Der Krieg war also nach Lincoln das Werk einiger weniger, und die Bundesregierung würde sich nur mit diesen wenigen und nicht mit den Staaten selbst zu befassen haben. Lincoln war überzeugt gewesen, dass er als Präsident und Oberbefehlshaber von Heer und Marine ausschliesslich das Begnadigungsrecht besitze und allein in dieser Sache zuständig sei, und hatte dieser seiner Auffassung gemäss bereits 1863 in einem Erlass bekanntgegeben: Wenn in einem Staate zehn Prozent der Wahlberechtigten von 1860 eine Regierung aufstellten, die sich an die Verfassung halten und die vom Kongress erlassenen Gesetze sowie die Proklamationen des Präsidenten befolgen wolle, so werde er die so gebildete Regierung als die gesetzliche Regierung des betreffenden Staates anerkennen. Der Kongress jedoch verweigerte diesem Plan seine Zustimmung und stritt Lincoln das Recht ab, in dieser Frage irgendetwas ohne vorherige Beratung mit dem Kongress zu unternehmen; der Präsident, so fand der Kongress, habe sich unbefugt gesetzgeberische Befugnisse angemasst. Lincoln seinerseits weigerte sich, ein weit schärferes Gesetz, das 1864 im Kongress angenommen worden war, zu unterzeichnen.

Lincoln aber hatte gehandelt und schon vor Kriegsende Regierungen in Virginia, Tennessee, Arkansas und Louisiana eingesetzt. Einige Kongressmitglieder missbilligten jedoch sein Vorgehen und wünschten eine harte Bestrafung aller Staaten der Konföderation. (Einer von ihnen, Thaddeus Stevens, der Führer der Republikanischen Partei im Repräsentantenhaus, vertrat sogar allen Ernstes die Meinung, man solle die Pflanzer der Südstaaten während einer bestimmten Bewährungsfrist einer Militärregierung unterwerfen.) Andere waren entschlossen, den Negern unverzüglich das Wahlrecht zu erteilen. In der Tat befasste sich der Kongress in jener Zeit nicht so sehr mit der Wiederaufnahme der Südstaaten in die Union als vielmehr mit der Stellung der befreiten Neger und richtete im März 1865 das *Freedman's Bureau* ein, das über die Rechte der befreiten Neger wachen und sie in ihren ersten Bemühungen, frei ihr Brot zu verdienen, unterstützen sollte. Der Kongress gab überdies der Tatsache der Befreiung der Neger durch einen Verfassungszusatz, der die Sklaverei für abgeschafft erklärte und im Dezember 1865 ratifiziert wurde, die Sanktion des Rechts.

Lincoln hatte so schon sehr früh damit gerechnet, dass die beim Wiederaufbau zu verfolgende Politik zu einer Auseinandersetzung zwischen Exekutive und Legislative führen würde; die Lösung dieser Probleme fiel jedoch nun seinem Nachfolger Andrew Johnson zu, der wohl über reiche Erfahrungen im öffentlichen Leben, Zivilcourage und einen unbeugsamen Willen verfügte, aber unglücklicherweise weder Takt noch Geduld genug besass – solche Eigenschaften waren seinem Wesen vollkommen fremd –, um die Situation zu meistern.

Im Laufe des Sommers 1865 führte Johnson mit geringfügigen Abweichungen Lincolns Wiederaufbauplan durch, ohne den Kongress, der sich vertagt hatte, zu Rate zu ziehen. Er ernannte kraft der Verfügungsgewalt des Präsidenten für jeden der Südstaaten einen Gouverneur und setzte, grosszügig sein Begnadigungsrecht gebrauchend, eine grosse Anzahl von Konföderierten wieder in ihre politischen Rechte ein. In den Südstaaten wurden Delegiertenversammlungen abgehalten, die den Austritt aus der Union rückgängig machten, die Verantwortung für die Kriegsschulden ablehnten und neue Staatsverfassungen aufsetzten. Bald wählte die Bevölkerung jedes Staates ihren Gouverneur und ihre Legislative, und sobald die gesetzgebende Körperschaft eines Staates den Dreizehnten Verfassungszusatz angenommen hatte, erkannte Johnson die Wiedereinsetzung der Zivilverwaltung an und betrachtete den Staat wieder als Mitglied der Union. Dies war bis auf wenige Ausnahmen abgeschlossen, als der Kongress im Dezember 1865 zusammentrat. Noch aber waren die Südstaaten nicht endgültig in ihre alten Rechte im Bundesstaat eingesetzt, denn der Kongress hatte ihren Senatoren und Abgeordneten, die jetzt nach Washington gekommen waren, um sich wieder an der Gesetzgebung für die Vereinigten Staaten zu beteiligen, noch keine Sitze zugeteilt.

Lincoln und Johnson waren sich beide darüber im klaren, dass der Kongress nach der Verfassung das Recht hatte, den Abgeordneten der Südstaaten einen Sitz im Kongress zu verweigern, denn: "Jedes Haus entscheidet über die Qualifikationen seiner Mitglieder selbst." Unter Führung eines Abgeordneten aus Pennsylvania, Thaddeus Stevens, verweigerte die Gruppe, die den Süden bestrafen wollte, den Delegierten der Südstaaten die Sitze und arbeitete im Laufe der folgenden Monate im Kongress einen Wiederaufbauplan aus, der sich weitgehend von den Massnahmen, die Lincoln begonnen und Johnson fast vollendet hatte, unterschied.

Der Kongress hatte aus einer Reihe von Gründen Johnsons Plan abgelehnt. Es liegt in der Natur des amerikanischen Systems, dass während eines Krieges Macht und Ansehen des Präsidenten zunehmen und dass nach dem Kriege der Kongress danach trachtet, seine Autorität wieder herzustellen. 1865 hatte man im Kongress das Gefühl, dass es an der Zeit war, der Macht der Exekutive, deren Ausdehnung der Kongress um des Krieges willen hatte dulden müssen, wieder die Zügel anzulegen. Im Norden gab es überdies Leute, die auf eine strenge Bestrafung des Südens drangen. Sie fanden bei den Radikalen im Kongress Unterstützung, die sich die Tatsache zunutze machten, dass viele Südstaatler, die jetzt ein Mandat suchten, zehn Monate vorher aktiv an einem Kriege zur Vernichtung der Union teilgenommen

hatten; der Senator des Staats Georgia zum Beispiel war erst kürzlich der Vizepräsident der Konföderation gewesen. Den Südstaaten erschien es nur natürlich, ihre Führer in den Kongress zu entsenden; für die Nordstaaten aber war es ein Stein des Anstosses.

Es wurde ferner behauptet, dass die Neger Schutz brauchten. Im Laufe der Jahre hatte sich bei vielen der Gedanke durchgesetzt, den Negern das aktive und passive Wahlrecht zu erteilen und sie gesellschaftlich und politisch den Weissen vollkommen gleichzustellen. Andere, unter ihnen Lincoln, traten jedoch dafür ein, die Bürgerrechte schrittweise zu erteilen und zunächst nur gebildeten Negern und solchen, die in der Unionsarmee gedient hatten, die volle Gleichheit zu geben. Aber die unter dem Johnson-Plan geschaffenen Parlamente der Südstaaten erliessen eine Reihe von Gesetzen zur Regelung der Rechte und Freiheiten der emanzipierten Neger, denn den Leuten im Süden, die vor dem Problem standen, was mit 3,5 Millionen eben aus der Sklaverei befreiten Negern geschehen sollte, erschien es notwendig, ihr Tun und Lassen mit einem Netz von (einzelstaatlichen) Gesetzen einzuengen; sie erliessen deshalb die "Schwarzengesetze" *(black codes)*, die den Negern mancherlei Beschränkungen auferlegten. Vielen Bewohnern der Nordstaaten schienen solche Gesetze die Errungenschaften des Krieges zunichte zu machen, und radikale Nordstaatler griffen die anrüchigsten davon heraus und suchten zu beweisen, dass der Süden die Sklaverei wieder einführen wolle.

Nach und nach wuchs in vielen Nordstaaten die Überzeugung, dass der Präsident zu milde gewesen sei, und das löste eine Welle von Sympathie für die radikale Gruppe im Kongress aus. Über Johnsons Veto hinweg erliess der Kongress im April 1866 ein "Gesetz über die Bürgerlichen Rechte" und im Juli 1866 ein neues "Gesetz über das *Freedman's Bureau*"; beide Gesetze machten es den Parlamenten der Südstaaten praktisch unmöglich, die Neger vor dem Gesetz zu benachteiligen. Der Kongress arbeitete ferner den Vierzehnten Verfassungszusatz aus, nach dem "alle Personen, die in den Vereinigten Staaten geboren oder eingebürgert sind und ihrer Hoheit unterstehen, Bürger der Vereinigten Staaten und des Einzelstaates, in dem sie Wohnsitz haben" sind. Es war natürlich die Absicht der Gesetzgeber, den Negern damit die vollen staatsbürgerlichen Rechte zu sichern.

Mit Ausnahme von Tennessee weigerten sich sämtliche Parlamente der Südstaaten, den Zusatzartikel zu ratifizieren; einige von ihnen stimmten sogar geschlossen dagegen. Dies schien gewissen Gruppen Beweis genug, dass harte Strafen nötig waren und dass der Norden zum Schutz der Rechte der Befreiten eingreifen müsse. Die Radikalen im Kongress machten sich daran, dem Süden ihren Plan aufzuzwingen, und erliessen im März 1867 ein Gesetz zur Wiedereingliederung der Südstaaten *(Reconstruction Act)*, das die bereits errichteten Staatsregierungen überging, den Süden in fünf grosse Bezirke aufteilte und diese unter Militärregierung stellte. Es gab nur eine Möglichkeit, der Militärregierung zu entgehen: diejenigen konföderierten Staaten, die sich bereit erklärten, einen Treueid zu leisten, den Vierzehnten Verfassungssatz zu ratifizieren und den Negern das Wahlrecht zu erteilen, durften nach dem Gesetz eine eigene Zivilverwaltung errichten und sollten wieder in die Union aufgenommen werden. Im Juli 1868 wurde der Vierzehnte Verfassungszusatz ratifiziert, und um das Wahlrecht der Neger in den Südstaaten auch gegen jeden Widerruf durch einen späteren Kongress zu sichern, beschloss der Kongress im Jahre darauf den Fünfzehnten Zusatzartikel, der 1870 durch die gesetzgebenden Körperschaften der Einzelstaaten ratifiziert wurde. Er besagt, dass "das Stimmrecht von Bürgern der Vereinigten Staaten weder von den Vereinigten Staaten noch von einem Einzelstaate auf Grund von Rasse, Hautfarbe oder wegen eines früheren Sklavenverhältnisses abgesprochen oder eingeschränkt werden darf."

Die Tatsache, dass das Gesetz zur Wiedereingliederung der Südstaaten Präsident Johnson eine demütigende Niederlage brachte, war nur ein Grund mehr für den Kongress, es mit unermüdlicher Energie durchzufechten. Ja, die Feindseligkeit des Kongresses gegen Johnson nahm ein solches Ausmass an, dass zum ersten und einzigen Male in der Geschichte Amerikas ein Verfahren eingeleitet wurde, um einen Präsidenten seines Postens zu entheben, der nichts Schlimmeres verbrochen hatte, als sich der Politik des Kongresses zu widersetzen und dem mit scharfen Worten Ausdruck zu geben. Die schwerste Anklage seiner Feinde gegen ihn war nur, dass er gegen das "Gesetz über die Dauer der Amtsperioden" einen Minister seines Amtes enthoben hatte, der im Kabinett die Tendenzen des Kongresses gegen ihn vertreten hatte. Aber in einer öffentlichen Verhandlung gegen den Präsidenten im Senat erwies sich, dass dieser mit der Entlassung des Kriegsministers seine Befugnisse nicht überschritten hatte. Wichtiger noch war, dass eindrucksvoll zutage trat, welch gefährlicher Präzedenzfall geschaffen worden wäre, wenn der Kongress einen Präsidenten abgesetzt hätte, nur weil seine Mehrheit mit dessen Politik nicht übereinstimmte. Der Versuch, Johnson seines Amtes zu entheben, schlug fehl; er blieb bis zum Ablauf seiner Amtsperiode Präsident.

Im Rahmen des Wiedereingliederungsgesetzes nahm der Kongress bis zum Sommer 1868 gegen den Widerstand des Präsidenten die Staaten Arkansas, Nord-Carolina, Süd-Carolina, Louisiana, Georgia, Alabama und Florida wieder in die Union auf. Dass die neuen Regierungen dieser sieben wieder zugelassenen Staaten nicht den wahren Willen des Volkes verkörperten, erhellt aus der Tatsache, dass die Mehrheit der gewählten Gouverneure, Abgeordneten und Senatoren aus Nordstaatlern bestand, die nach dem Kriege in den Süden gegangen waren, um dort politisch Karriere zu machen. Neger beherrschten die Legislativen von Louisiana, Süd-Carolina und Mississippi und hatten in einigen anderen Staaten, wo sie in der Minderheit geblieben waren, dank ihrer Fraktionsstärke in den Parlamenten grossen Einfluss. Die wenigen Weissen in den gesetzgebenden Körperschaften der Südstaaten waren nicht in der Lage, der Einheitsfront der Nordstaatler und der eben erst mit dem Wahlrecht ausgestatteten Neger die Waage zu halten, die zwar auf manchen Gebieten wertvolle Arbeit leisteten (z.B. im Strassen- und Brückenbau und durch fortschrittliche Schul- und Wohlfahrtsgesetze), jedoch im ganzen genommen unfähig waren und Geld verschwendeten.

In ihrer Verzweiflung griffen die Weissen, die ihre ererbte Kultur bedroht sahen und keinen Weg finden konnten, dem neuen Regime auf dem Rechtswege Einhalt zu gebieten, zu ungesetzlichen Massnahmen. Gewalttaten häuften sich mehr und mehr, Ausschreitungen und Unruhen nahmen zu und führten schliesslich im Jahre 1870 zum Erlass des *Enforcement Act*, eines Gesetzes, das jeden Versuch, die Neger auf irgendeine Weise in ihren Bürgerrechten zu schmälern, mit drastischen Strafen bedrohte.

Die immer schärfer werdenden Gesetze und die dauernden Eingriffe des Kongresses in die Polizeigewalt der Einzelstaaten konnten die wahre Aussöhnung mit dem Norden nicht fördern, die doch für die Wiederherstellung des Gefühls nationaler Gemeinsamkeit so notwendig war. Sie bewirkten überdies, dass die Masse der Weissen im Süden gemeinsam gegen die Republikanische Partei — "die Partei der Neger" — Front machte und sich geschlossen hinter die Demokratische Partei stellte. Langsam aber wuchs die Einsicht, dass das Problem des Südens nicht durch harte Gesetze und nachtragenden Hass gegen ehemalige Konföderierte zu lösen war; im Mai 1872 erliess der Kongress schliesslich ein allgemeines Amnestiegesetz, das mit Ausnahme von etwa fünfhundert Männern allen Konföderierten, denen das aktive und passive Wahlrecht entzogen worden war, wieder die vollen staatsbürgerlichen Recht zuerkannte. Nach und nach und in einem Staat nach dem anderen wurden Mitglieder der Demokratischen Partei in die Staatsämter gewählt, bis 1876 nur noch in drei Südstaaten eine republikanische Mehrheit übrig war. Die in diesem Jahr stattfindende Präsidentenwahl, die auf einen der härtesten und turbulentesten Wahlkämpfe in der amerikanischen Geschichte gefolgt war, liess klar erkennen, dass es im Süden nur zum Frieden kommen würde, wenn die Truppen zurückgezogen würden. Präsident Rutherford B. Hayes beendete ein Jahr später die Besatzung und gab damit das Scheitern der "radikalen" Wiedereingliederungspolitik zu, die vor allem deswegen eingeschlagen worden war, weil der idealistische Flügel der Republikanischen Partei die Neger schützen wollte, dabei aber den Interessen des materialistisch denkenden Flügels diente, der den Süden zu halten gehofft hatte, weil er Wahlstimmen, Ämter und Macht bedeutete.

Die Herrschaft des Nordens über den Süden war damit vorbei. Der Süden war vom Kriege verwüstet, mit den Schulden unfähiger Regierungen belastet und durch ein Jahrzehnt der Rassenkämpfe demoralisiert; erst nach zwölf Jahren — den Jahren des "falschen" Wiederaufbaus von 1865 bis 1877 — ging man daran, ernstlich die Ordnung wiederherzustellen. Fast nicht zu bewältigen schien die Aufgabe, die Verwüstungen des Krieges und das Chaos der Nachkriegszeit zu beseitigen; die Tragödie des Bürgerkriegs und die durch ihn entstandene Bitterkeit waren nicht mehr aus der amerikanischen Geschichte auszumerzen. Nur durch ein wirkliches Verständnis dieses Krieges, seiner Ursachen und seiner Folgen können einige der bleibenden Probleme eines grossen Gebietes in Amerika, des Südens der Vereinigten Staaten, dem geschichtlich-begreifenden Sinne sich erschliessen.

Ausdehnung und Reform

"Wir müssen alles abschaffen, was einem Vorrecht auch nur ähnlich sieht."

— WOODROW WILSON, Botschaft an den Kongress vom 8. April 1913.

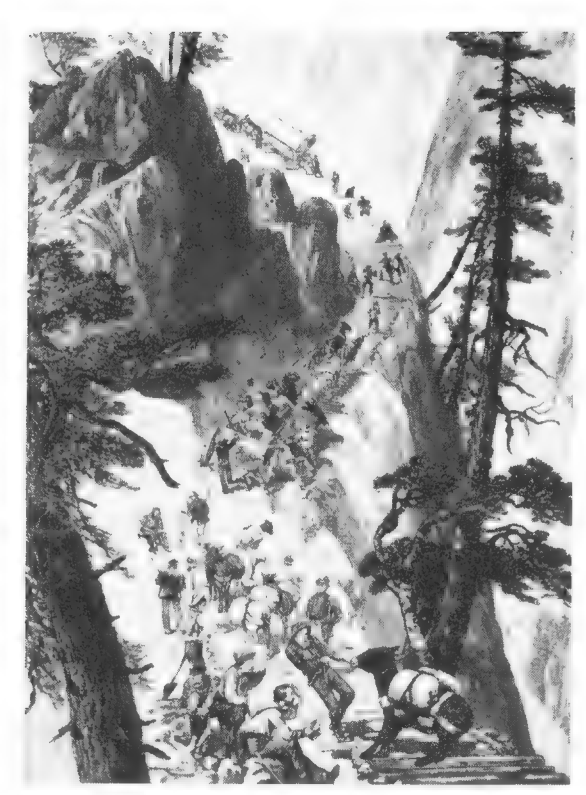
In dem knappen halben Jahrhundert zwischen zwei grossen Kriegen — dem amerikanischen Sezessionskrieg und dem ersten Weltkrieg — erreichten die Vereinigten Staaten von Amerika eine Stufe hoher Reife; der vorwiegend landwirtschaftliche Charakter der Wirtschaft wich nun einer weitgehenden Verstädterung — die Epoche der Kolonisation war zu Ende. Grosse Fabriken und Walzwerke, transkontinentale Eisenbahnen, blühende Städte und eine Konzentration des Grundeigentums gaben dem Land ein neues Gepräge, und in ihrem Gefolge kamen die Schattenseiten moderner Wirtschaftsentwicklung. Monopole traten auf, die Arbeitsbedingungen in den Fabriken waren schlecht, die Städte entwickelten sich so schnell, dass die grosse Masse weder angemessen untergebracht noch von der Verwaltung erreicht werden konnte, und die Produktion der Fabriken überstieg vielfach den vorhandenen Bedarf. Das amerikanische Volk und seine politischen Führer — Cleveland, Bryan, Theodore Roosevelt und Wilson — protestierten gegen diese Misstände und verlangten mit Nachdruck Reformen von hohem Idealismus im Entwurf und doch praktischem Realismus in der Durchführung, denn — das war ihr Leitgedanke — "die Gesetzgebung muss das Übel an der Wurzel packen." Die in der Reformepoche geleistete Arbeit trug auch tatsächlich dazu bei, den während der Ära der Ausdehnung eingedrungenen Übelständen wirksam Einhalt zu gebieten.

"Der Bürgerkrieg", heisst es bei einem amerikanischen Schriftsteller, "bedeutete einen tiefen Einschnitt in der Geschichte des Landes. Er brachte mit einem Schlag die Veränderungen ans Licht, die sich während der vorausgegangenen zwanzig bis dreissig Jahre angebahnt hatten ..." Die Erfordernisse des Krieges hatten die industrielle Produktion ausserordentlich gesteigert und die volle Entfaltung einer Wirtschaftsform beschleunigt, die durch vorwiegenden Gebrauch von Eisen, Dampfmaschinen und elektrischer Energie, sowie durch den machtvollen Fortschritt von Naturwissenschaft und Erfindergeist gekennzeichnet war.

Bis 1860 waren 36 000 Patente vergeben worden, doch diese Zahl verblasst vor der Flut der späteren Erfindungen, denn von 1860 bis 1890 wurden 440 000 Patente erteilt, und im ersten Viertel des zwanzigsten Jahrhunderts erreichte ihre Zahl fast die Millionengrenze. Der Dynamo, der im Prinzip bereits 1831 entwickelt worden war, revolutionierte das Leben in Amerika bald nach 1880, als Thomas Edison und andere Erfinder ihn praktisch nutzbar machten; dank Samuel F. B. Morse, der 1844 die Telegraphie vervollkommnet hatte, waren weit voneinander abliegende Gegenden auf dem Kontinent binnen kurzer Zeit durch ein Netz von Telegraphenstangen und -drähten verbunden; 1876 hatte Alexander Graham Bell erstmals einen Telephonapparat öffentlich vorgeführt, und schon ein halbes Jahrhundert später gaben 16 Millionen Telephone Wirtschaft und Gesellschaft der Nation eine vorher unbekannte Intensität. Das Tempo des Geschäftslebens wurde noch weiter beschleunigt durch die Erfindung der Schreibmaschine (1867), der Addiermaschine (1888) und der Registrierkasse (1897); die Erfindung der Linotype-Setzmaschine (1886), die Rotationspresse und verbesserte Falzmaschinen ermöglichten nun den Druck von 240 000 achtseitigen Zeitungen pro Stunde; bald nach 1880 gaben Edisons Glühbirnen Millionen von Haushalten besseres, sichereres und billigeres Licht als je zuvor; Edison vervollkommnete auch den Phonographen und entwickelte in Zusammenarbeit mit George Eastman die Kinematographie, den Vorläufer des heutigen Films. Diese und zahlreiche andere praktische Anwendungen naturwissenschaftlicher Erkenntnisse führten zu einer Steigerung der Produktivität auf nahezu allen Gebieten.

Gleichzeitig gewann die Hauptindustrie des Landes — die Eisen- und Stahlindustrie — unter dem Schutz hoher Zölle weiter an Boden. Ihr erster Standort war in der Nähe der Erzlager in den Staaten des Ostens gewesen; die Geologen entdeckten jedoch neue Eisenvorkommen im Westen und trugen dadurch zur Ausbreitung der Eisenindustrie auch nach dem Westen bei. Besonders wichtig waren in diesem Zusammenhang die Erzvorkommen der Mesabi-Hügelkette am Westufer des Oberen Sees, die sich bereits nach kurzer Zeit als eines der ergiebigsten Erzlager der Erde erweisen sollten. Ihr Eisen lag unmittelbar unter der Erdoberfläche und konnte leicht und billig geschürft werden, und da es in hohem Grade chemisch rein war, konnte man es mit Hilfe des neuen Bessemer- und des Siemens-Martin-Verfahrens zu hochwertigem Stahl veredeln und den Stahl für 35 Dollar je Tonne — gegenüber meist etwa 300 Dollar je Tonne zuvor — verkaufen.

Grosse Verdienste um die Erhöhung der Stahlproduktion erwarb sich vor allem Andrew Carnegie, einer der führenden Männer in der Geschichte dieses Industriezweiges. Er war als Zwölfjähriger aus Schottland nach Amerika eingewandert, hatte zunächst als Spuler in einer Baumwollspinnerei gearbeitet und war später in einem Telegraphenamt und schliesslich bei der Pennsylvania - Eisenbahngesellschaft angestellt worden. Schon vor seinem 30. Lebensjahr hatte er seine Ersparnisse klug und umsichtig investiert — von 1865 an in der Eisenindustrie — und hatte im Laufe weniger Jahre mehrere Gesellschaften, die eiserne Brücken, Eisenbahnschienen oder Lokomotiven herstellten, selbst organisiert oder war an ihnen beteiligt. Zehn Jahre später erbaute er am Monongahelafluss in Pennsylvania das damals grösste Stahlwerk Amerikas. Carnegies Unternehmen wuchs von Jahr zu Jahr; er brachte allmählich nicht nur weitere Stahlwerke, sondern auch Kokereien und Kohlenbergwerke,



Silbergräber auf einem Knüppelpfad bei Leadville (Kolorado). Tausende von Pionieren strömten in den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts westwärts, um in den Rocky Mountains nach reichen Silbererzen zu schürfen.

Eisenerzlager am Oberen See, eine ganze Dampferflotte auf den Grossen Seen, eine Hafenstadt am Eriesee und eine Zubringerbahn unter seine Kontrolle. Sein Unternehmen war eng mit einem Dutzend anderer Betriebe verflochten, und gab ihm so die Möglichkeit, sich günstige Geschäftsbedingungen mit den Eisenbahn- und Schiffahrtsgesellschaften zu sichern; er verfügte auch über genügend Kapital für den weiteren Ausbau und kannte keinen Mangel an Arbeitskräften. Noch nie zuvor hatte Amerika ein ähnliches Beispiel industrieller Expansion erlebt.

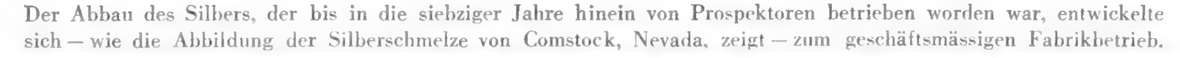
Die Geschichte Andrew Carnegies verkörpert in mancher Hinsicht die Geschichte des Unternehmertums in den Vereinigten Staaten. Carnegie beherrschte seinen Industriezweig lange Zeit, aber es gelang ihm nie, sich ein vollständiges Monopol über die für die Stahlerzeugung wichtigen Rohstoffe, Transportmittel und Industrieanlagen zu sichern, und in den neunziger Jahren setzten sich verschiedene Gesellschaften energisch gegen seine Vorrangstellung zur Wehr. Carnegie dachte zunächst daran, den Kampf mit der Konkurrenz aufzunehmen, weitere Gruben zu erwerben und seine wirtschaftliche Macht noch weiter auszudehnen; alt und müde geworden, fand er sich aber schliesslich doch dazu bereit, seine Unternehmen einer neuen Organisation einzugliedern, in der die wichtigsten Eisen- und Stahlwerke des ganzen Landes zusammengefasst werden sollten.

Die *United States Steel Corporation* (Amerikanische Stahlgesellschaft), die aus dieser Fusion im Jahre 1901 entstand, ist, ähnlich wie Carnegie, typisch für einen wirtschaftlichen Entwicklungsprozess, der sich dreissig Jahre lang vorbereitet hatte — den Zusammenschluss unabhängiger Industrieunternehmen zu Kartellen oder Trusts. Diese Tendenz, deren Anfänge in die Zeit des Sezessionskrieges zurückreichen, gewann in den siebziger Jahren ständig an Kraft, denn die Unternehmer erkannten, dass sie Produktion und Märkte kontrollieren konnten, wenn sich die konkurrierenden Firmen in einer einzigen Organisation zusammenfinden würden, und entwickelten in den "Corporations" und "Trusts" wirtschaftliche Organisationsformen, die in vieler Hinsicht den grossen Aufgaben der modernen Wirtschaft angemessen schienen. Gesellschaften dieser Art konnten sich riesige Kapitalien zunutze machen, denn sie reizten vor allem dadurch zu Investitionen, dass sie den Besitzern von Aktien und Obligationen laufende Einnahmen versprachen, aber die Aktionäre im Fall eines Konkurses nur bis zur Höhe ihrer Beteiligung haftbar machten. Zusammenschluss zu einer Gesellschaft sicherte den Einzelunternehmen darüber hinaus Existenz und sichere Kontrolle über die Wirtschaft. Ein Trust war ein Zusammenschluss von Gesellschaften, bei dem die Aktionäre ihre Aktien jeweils in die Hände von Treuhändern *(Trustees)* legten und sie mit der Wahrnehmung der Interessen aller Beteiligten betrauten. Diese Trusts ermöglichten Zusammenschlüsse grossen Stils, zentrale Leitung und Verwaltung sowie gemeinsame Auswertung der Patentrechte; ihre grossen Kapitalquellen steigerten ihre Expansionskraft und ihre Konkurrenzfähigkeit gegenüber ausländischen Unternehmen und ermöglichten es ihnen, den Arbeitern, die zu jener Zeit gerade erst anfingen, sich wirksam zu organisieren, harte Bedingungen zu diktieren, die Eisenbahnen zu günstigen Tarifvereinbarungen zu zwingen und ihren Einfluss in der Politik geltend zu machen.

Eine der ersten und mächtigsten Gesellschaften war die *Standard Oil Company;* andere Trustgründungen und Zusammenschlüsse folgten rasch, so in der Speiseöl- Blei-, Zucker-, Tabak- und Gummiindustrie. Energische Unternehmer steckten sich ganze Industrien als ihren künftigen Marktbereich ab: die Besitzer von vier grossen Fleischkonservenfabriken z. B., vor allem Philip Armour und Gustavus Swift, gründeten einen "Fleischtrust", und die Familie McCormick sicherte sich die Vorherrschaft im Mähmaschinengeschäft. Diese Tendenz kam deutlich in einer 1904 angestellten Untersuchung zum Ausdruck, die ans Licht brachte, dass über 5000 zuvor unabhängige Gesellschaften sich zu etwa 300 Industrie-Trusts zusammengeschlossen hatten.

Das Nervenzentrum dieser neuen industriellen Gesellschaftsordnung war die Stadt, in deren Bannkreis sich nun alle dynamischen Wirtschaftskräfte: die grossen Konzentrationen von Kapital, Handels- und Finanzinstituten, das Netz der Eisenbahnanlagen, die düsteren, rauchgeschwärzten Fabriken und ein gewaltiges Heer von Arbeitern und Angestellten zusammenfanden. Die Menschen strömten vom flachen Land und aus Übersee in die Dörfer, die Dörfer wuchsen zu Landstädten heran — und die Städtchen wurden fast im Handumdrehen zu Grosstädten! Noch im Jahre 1830 lebte nur einer von je fünfzehn Amerikanern in Gemeinden mit 8000 Einwohnern oder darüber; 1860 war es schon einer von je sechs, 1890 aber drei von je zehn Einwohnern der Vereinigten Staaten! 1860 gab es noch keine einzige Millionenstadt, doch schon dreissig Jahre später zählte New York 1,5 Millionen und Chicago und Philadelphia über eine Million Einwohner. Philadelphia und Baltimore verdoppelten in diesen drei Jahrzehnten ihre Einwohnerzahl, Kansas City und Detroit vervierfachten, Cleveland versechsfachte und Chicago verzehnfachte sie. Bei Ausbruch des Sezessionskrieges waren Minneapolis, Omaha und zahlreiche Gemeinden unbedeutende Flecken gewesen; 1890 hatte sich ihre Einwohnerzahl um mehr als das Fünfzigfache vermehrt.

So einschneidend diese Veränderungen auch waren, ihre Konsequenzen wurden zu jener Zeit nicht genügend gewürdigt, um voll im politischen Leben zum Ausdruck zu kommen, und obwohl das amerikanische Volk mit zahllosen Problemen zu ringen hatte, wurden nach den Worten eines



Der Abbau des Silbers, der bis in die siebziger Jahre hinein von Prospektoren betrieben worden war, entwickelte sich — wie die Abbildung der Silberschmelze von Comstock, Nevada, zeigt — zum geschäftsmässigen Fabrikbetrieb.



namhaften Historikers "zwischen 1865 und 1897 kaum mehr als zwei oder drei Bundesgesetze erlassen, die einen Bürger interessieren könnten, für den die politische Geschichte nur dann wesentlich ist, wenn sich an ihren Ausdrucksformen Wandlungen des sozialen Gefüges — der Beziehungen von Mensch zu Mensch — ablesen lassen."

Grover Cleveland, ein Demokrat, der im Jahre 1884 zum Präsidenten gewählt worden war, besass als einziger Präsident der Zeit nach dem Bürgerkriege Verständnis für die Bedeutsamkeit und Richtung der Veränderungen, denen das ganze Land unterworfen war, und er allein bemühte sich, den so entstehenden Problemen nicht auszuweichen. Unter den zahlreichen Misständen bei den Eisenbahngesellschaften z. B., die nach Abhilfe verlangten, befand sich die besonders schädliche Festsetzung relativ hoher Frachtsätze für kleinere Kunden, der eine gleichzeitige Gewährung von Ermässigungen an grössere gegenüberstand; ausserdem verlangten verschiedene Eisenbahngesellschaften von manchen Kunden — ungeachtet der tatsächlichen Entfernungen — willkürlich höhere Frachtsätze nach bestimmten Zielbahnhöfen. Wo mehrere Frachtlinien miteinander in Wettbewerb standen, hielten sich die Frachten auf einer erträglichen Höhe; sie waren jedoch unglaublich überteuert, wo nur eine einzige Eisenbahnverbindung zwischen zwei Städten bestand. Infolgedessen kostete die Fracht zwischen Chicago und dem ungefähr 1300 Kilometer entfernten New York weniger als zwischen Chicago und Orten, die nur etwa 200 Kilometer weiter östlich lagen. Um dem Konkurrenzkampf aus dem Wege zu gehen, versuchten die Eisenbahngesellschaften auch, Pläne zu gemeinsamem Vorgehen zu entwerfen; sie griffen z. B. zu *pooling* (Bildung einer Interessengemeinschaft oder eines "Gewinnausgleichkartells"), d. h. die konkurrierenden Gesellschaften teilten sich nach einem feststehenden Schlüssel in die Frachtbeförderung und führten ihre Gewinne zur Verteilung an einen gemeinsamen Fonds ab. Solche Praktiken vertieften jedoch die allgemeine Empörung über die Eisenbahngesellschaften mit der Zeit in solchem Masse, dass die Einzelstaaten sich verschiedentlich um ihre Regelung bemühten. Ihre Versuche führten zu einer gewissen Verbesserung, aber das Problem war doch seinem Wesen nach ein Problem des ganzen Landes und verlangte daher das Eingreifen des Kongresses. So kam es schliesslich zum Erlass des *Interstate Commerce Act*, eines "Gesetzes über den Verkehr zwischen den (Einzel-) Staaten", das 1887 von Präsident Cleveland unterzeichnet wurde. Es untersagte überhohe Tarife, Interessengemeinschaften, Sonderrabatte und unterschiedliche Kundenbehandlung und sah die Bildung einer Binnenverkehrskommission, der *Interstate Commerce Commission*, vor, die für die Einhaltung des Gesetzes, die Überwachung der Eisenbahntarife und die Verhinderung von Übergriffen verantwortlich sein sollte. Eine durchgreifende Regelung des Eisenbahnwesens erfolgte jedoch erst 1906 mit Erlass des *Hepburn Act*.

Cleveland war auch ein entschiedener Verfechter einer Zollreform. Die bestehenden hohen Zölle, die während des Krieges ursprünglich als Schutzmassnahmen eingeführt worden waren, waren mit der Zeit zu einem Bestandteil der Bundespolitik geworden; Präsident Cleveland hielt sie jedoch für schädlich und schrieb ihnen die Hauptschuld an der lästigen Steigerung der Lebenshaltungskosten und der raschen Entwicklung der Trusts zu. Nachdem die Zölle in den politischen Auseinandersetzungen lange Jahre hindurch nicht die geringste Rolle gespielt hatten, verlangten die Demokraten 1880 einen "reinen Finanzzoll" und riefen eine wachsende Bewegung zur Zollreform ins Leben. Cleveland schlug alle Warnungen, das heikle Thema nicht zu berühren, in den Wind und schreckte in seiner Jahresbotschaft von 1887 das amerikanische Volk aus der Ruhe auf, als er die phantastischen Ausmasse anprangerte, die der Schutz der amerikanischen Industrie gegen die ausländische Konkurrenz angenommen hatte.

Die Diskussionen der nächsten Wahlkampagne für die Präsidentschaft kreisten ausschliesslich um das Zollproblem, und der republikanische Kandidat Benjamin Harrison, der sich für Beibehaltung der Schutzzölle eingesetzt hatte, trug den Sieg davon. Seine Regierung erfüllte die Versprechungen des Wahlfeldzuges durch neue gesetzgeberische Massnahmen und erliess im Jahre 1890 das "McKinley-Zollgesetz", das nicht nur die bereits bestehenden Industriezweige zu schützen, sondern auch Neugründungen zu fördern und sogar neue Industriezweige durch Sperrzölle ins Leben zu rufen suchte. Die im allgemeinen hohen Zollsätze des neuen Tarifs trieben jedoch sehr rasch die Kleinhandelspreise in die Höhe, und schon nach kurzer Zeit herrschte weitverbreitete Unzufriedenheit.

Um dieselbe Zeit traten die Trusts in zunehmendem Masse in den Mittelpunkt des allgemeinen Interesses. Sozialreformer wie Henry George und Edward Bellamy richteten in den achtziger Jahren scharfe Angriffe gegen sie und erhoben die persönliche Abneigung gegen die Mammutgesellschaften auf das Niveau eines wichtigen politischen Problems. Das "Sherman-Antitrust-Gesetz" (1890 erlassen), das aus dieser Bewegung hervorging und in erster Linie die Monopole zu brechen unternahm, untersagte alle den Handel zwischen den Einzelstaaten einschränkenden Abreden und enthielt eine Reihe von Ausführungsbestimmungen und einschneidenden Strafandrohungen; da es in allgemeinen und unbestimmten Wendungen gehalten war, war jedoch in der ersten Zeit nach seiner Verkündung von seiner Wirkung zunächst wenig zu spüren.

Trotz dieser zukunftsträchtigen Anfänge brachte das politische Leben vom Ende des Sezessionskrieges bis zur Jahrhundertwende im allgemeinen wenig wirkliche Leistungen hervor. Die Aufgaben, die das amerikanische Volk in diesen Jahren zur Anspannung aller Kräfte zwangen, waren aus anderen Lebensgebieten erwachsen. Dies kommt nirgends klarer zum Ausdruck als in der Geschichte des amerikanischen Westens. Noch 1865 war die Kette der *frontier*- Siedlungen im grossen und ganzen auf die Westgrenzen der Mississippi-Anliegerstaaten (einschliesslich der nach Westen vorspringenden Teile von Kansas und Nebraska) beschränkt gewesen; westwärts dieses schmalen, spärlich mit Farmen durchsetzten Saumes lag noch viel unbesiedeltes Land, und dahinter erstreckten sich weite, grenzenlose Prärien, die schliesslich in die *Artemesia*-Heiden im Vorland des grossen Felsengebirges übergingen. Daran schlossen sich in einer Ausdehnung von rund 1600 Kilometer die gewaltigen Bergketten an, die vielenorts reiche Vorkommen von Silber, Gold und anderen Metallen bargen; wo das Gebirge dann gegen den Pazifik hin abfiel, dehnten sich erneut Ebenen und Wüstenstriche, denen nur die Wälder im Hügelland der Küste und schliesslich das Meer Einhalt geboten. Dieses ganze weite Binnenland, von den besiedelten Gebieten Kaliforniens und einigen zerstreuten Aussenposten abgesehen, war 1865 lediglich von Indianern bevölkert; ein Vierteljahrhundert später war der ganze Raum jedoch bereits in Staaten und Territorien untergeteilt, eine Entwicklung, die vor allem durch das Heimstättengesetz von 1862 gefördert worden war, das allen Bürgern, die Land zu besiedeln und urbar zu machen versprachen, 64 Hektar Farmland unentgeltlich zusicherte und bis zum Jahre 1880 den Übergang von etwa 22,6 Millionen Hektar Land in privates Eigentum ermöglichte. Die Indianerkriege waren zu Ende; Bergleute hatten den ganzen Gebirgsstrich erkundet, Stollen in die Tiefe getrieben und kleine Gemeinwesen in Nevada, Montana und Kolorado gegründet; Viehzüchter machten sich die unendlichen Grasflächen zunutze und sicherten sich Ansprüche auf das ganze grosse Gebiet, das sich von Texas bis zum oberen Missouri erstreckt; Schafzüchter hatten den Weg in die Täler und zu den Hängen der Gebirge gefunden, und am Ende strömten Farmer in die Ebenen und Täler nach und schlossen die Lücke zwischen dem Osten und dem Westen. Um das Jahr 1890 war die *frontier* verschwunden; fast sechs Millionen Menschen bebauten nun den Boden, wo noch zwei Jahrzehnte zuvor Bisonherden geweidet hatten.

Die Besiedlung des Landes wurde durch die Eisenbahnen erheblich beschleunigt. Schon 1862 hatte der Kongress die Ermächtigung zur Gründung der *Union Pacific Railroad* gegeben, die ihre Schienenstränge von Council Bluffs in Iowa nach Westen vortrieb, während die Gleisanlagen der *Central Pacific Railroad* zu gleicher Zeit von Sacramento in Kalifornien aus nach Osten vordrangen, um die der *Union Pacific Railroad* an einem noch unbestimmten Punkte zu schneiden. Das gesamte Land verfolgte gespannt die Arbeit an den beiden sich stetig nähernden Schienensträngen: sie trafen sich schliesslich am 10. Mai 1869 bei Promontory Point in Utah und verkürzten so die mühsame Reise vom Atlantik zum Pazifik, die bisher vier Wochen gedauert hatte, auf einen Bruchteil dieser Zeit. Das Netz der Überlandeisenbahnen wurde ständig erweitert, und im Jahre 1884 verbanden vier grosse Strecken das mittlere Mississippital mit der Pazifikküste.

Die erste grosse Wanderungswelle nach dem Fernen Westen war in die Gebirge gespült worden. 1848 war Gold in Kalifornien, 1858 in Kolorado und Nevada entdeckt worden, Montana und Wyoming folgten in den sechziger Jahren und die Schwarzen Berge im Gebiet der (späteren) beiden Dakotas in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts. Überall in diesen Gebieten waren es zuerst die Bergleute, die das Land erschlossen, Gemeinden bildeten und die Grundlage für feste Ansiedlungen schufen; doch noch während sie ihre Stollen in die Berge trieben, nahmen einige Ansiedler die Gelegenheit zu Ackerbau und Viehzucht wahr. Einige wenige Ortschaften lebten auch nach der Gründungsperiode fast ausschliesslich vom Bergbau, aber Weideflächen und Ackerboden erwiesen sich schliesslich doch als der

wahre Reichtum der Staaten Montana. Kolorado, Wyoming, Idaho und selbst Kaliforniens.

In Texas war die Viehzucht schon lange als wichtiger Erwerbszweig heimisch gewesen, und bald nach Kriegsende trieben unternehmende Männer ihre Texas-Langhornrinder nach Norden quer über die noch uneingefriedeten Staatsländereien. Auf ihrem Wege zu den Verladeplätzen fanden die Rinder gute Weide und trafen mit grösserem Gewicht und in besserem Futterzustand an ihrem Ziel in Kansas ein, als sie Texas verlassen hatten. Bald wurde der "lange Auftrieb" in diesem Gebiete die Regel, und grosse Rinderherden bewegten sich meilenweit den Richtpfaden entlang nach Norden. Die Viehzucht fand rasch auch in den Gebieten jenseits des Missouri Eingang, und so entstanden in Kolorado, Wyoming, Kansas, Nebraska und im Dakota-Territorium ausgedehnte Rinderfarmen. Die Schlachthöfe und Fleischverarbeitungsbetriebe wiederum, die im Zusammenhang damit aus dem Boden schossen, brachten die Städte des Westens zur Blüte.

Die grossen Viehfarmen gaben dem Leben eine neue charakteristische Färbung und schufen die romantische Figur des "Cowboy". "Wir führten ein freies und verwegenes Leben mit Pferd und Büchse", schrieb Theodore Roosevelt, der 25. Präsident der Vereinigten Staaten, in Erinnerung an seine eigenen Erlebnisse in Dakota; "wir arbeiteten im Hochsommer unter der sengenden Sonne, wenn die weiten Ebenen in der Hitze flimmerten und schimmerten, und waren mit der bitteren Kälte vertraut, die uns zur Zeit des Austriebs im Spätherbst überfiel, wenn wir des Nachts die Herden umritten . . . und doch, es war das Leben selbst, das kühn in unseren Adern pulsierte, und wir genossen das Hochgefühl der Arbeit und die Lust am Leben."

Insgesamt wurden in der Zeit von 1866 bis 1888 rund sechs Millionen Rinder von Texas zur Überwinterung nach den Hochebenen von Kolorado, Wyoming und Montana getrieben. 1885 war der Höhepunkt erreicht; nach diesem Zeitpunkt war die Prärie bereits zu stark abgeweidet, um für den langen Auftrieb zu genügen, und zu dicht von den immer zahlreicheren Eisenbahnen durchquert. So folgten den Viehzüchtern alsbald die grossen knarrenden Planwagen der Farmer, die "Prärie-Schooner", und brachten Frauen und Kinder sowie Zugpferde, Kühe und Schweine ins Land; sie massen die ihnen unter dem Heimstättengesetz zugewiesenen Felder aus, friedeten sie mit Stacheldraht ein und vertrieben dadurch die Viehzüchter aus einem Gebiet, auf das sie kein Anrecht gehabt hatten. Während der zwei aussergewöhnlich harten Winter der Jahre 1886 und 1887 gingen auch viele Herden auf den offenen Weideflächen an der Eiseskälte zu Grunde, und so wich der romantische "Wilde Westen" schliesslich festen, geschlossenen Siedlungen und Weizen-, Mais- und Haferfeldern.

Im Westen — wie im ganzen Lande — blieb der Ackerbau die vorherrschende Erwerbsgrundlage, und trotz der mit Riesenschritten sich ausbreitenden Industrie waren die meisten Einwohner Amerikas in der Landwirtschaft beschäftigt. Doch genau wie sich die Industrie erst in den Jahrzehnten nach Beendigung des Bürgerkrieges voll entwickelt hatte, so erlebte nun auch die Landwirtschaft eine grosse Umwälzung — die Einführung neuer landwirtschaftlicher Maschinen und den Übergang von der vorwiegend für die Deckung des eigenen Bedarfs arbeitenden auf die kommerzielle Landwirtschaft. Die folgenden Zahlen bringen diese Entwicklung klar zum Ausdruck: in den fünfzig Jahren zwischen 1860 und 1910 verdreifachte sich die Zahl der Farmen in den Vereinigten Staaten und stieg von zwei Millionen auf sechs Millionen; die landwirtschaftlich genutzte Fläche verdoppelte sich und stieg von 161,7 Millionen auf 352,5 Millionen Hektar; die Weizenerzeugung stieg von 4,7 Millionen auf 17,4 Millionen Tonnen, die Maiserzeugung von 21,3 Millionen auf 73,4 Millionen Tonnen, die Baumwollerzeugung schliesslich von 0,9 Millionen auf 2,6 Millionen Tonnen; in den dreissig Jahren nach 1860 wurde mehr Land unter den Pflug genommen als in der gesamten voraufgegangenen Geschichte der Vereinigten Staaten, und im gleichen Abschnitt stieg die Bevölkerung des Landes auf über das Doppelte. Der grösste Zuwachs ergab sich zwar in den Städten; der amerikanische Farmer erzeugte jedoch genügend Getreide, Wolle und Baumwolle sowie Rind- und Schweinefleisch, um nicht nur die werktätige Bevölkerung der USA zu versorgen, sondern auch einen ständig wachsenden Überschuss zu exportieren.

Diese ausserordentliche Leistung war zum grössten Teil durch die Ausdehnung nach dem Westen, aber auch durch Nutzbarmachung neuer Maschinen und wissenschaftlicher Erkenntnisse für die Farmbewirtschaftung möglich geworden. Um 1800 konnte der Farmer kaum hoffen, mit seiner Sense mehr als einen Viertelhektar Weizen pro Tag zu mähen; dreissig Jahre später mochte er mit seiner Korbsense fast einen Hektar bewältigen; 1840 aber vollbrachte Cyrus McCormick das Wunder, mit einer seltsamen Maschine, an deren Vervollkommnung er nahezu ein Jahrzehnt gearbeitet hatte, zwei bis zweieinhalb Hektar an einem Tage zu mähen! Er sah die künftige Entwicklung voraus, zog nach Westen in die junge Präriestadt Chicago und gründete dort eine Fabrik, die 1860 bereits eine Viertelmillion Mähmaschinen erzeugt hatte.

Weitere Maschinen wurden in rascher Folge entwickelt, so der automatische Binder, die Dreschmaschine und der Mähdrescher; auf praktisch allen Gebieten kamen Maschinen dem Farmer zu Hilfe: Maispflanz- und Maisschneidemaschinen, Maisdresch- und Maisschälmaschinen, Zentrifugen, Düngerbreit- und Kartoffellegemaschinen, Heutrockner, Brutmaschinen und Hunderte von anderen Erfindungen erleichterten die Arbeit des Farmers und erhöhten die Produktivität seiner Farm. Die Gebiete im Westen nahmen den grössten Teil der neuen Ernte- und Dreschmaschinen sowie Traktoren auf, denn die Farmen im Osten mit ihrer gemischten Landwirtschaft waren zu klein, als dass sich die Anschaffung teurer Maschinen gelohnt hätte, und Baumwolle und Tabak im Süden eigneten sich zunächst wenig für maschinelle Anbaumethoden.

Die Anwendung naturwissenschaftlicher Erkenntnisse erwies sich als ebenso wichtig für die Revolutionierung der Landwirtschaft wie die Mechanisierung. Durch das *Morrill Land-Grant College*-Gesetz von 1862 bewilligte der Kongress aus öffentlichem Besitz jedem einzelnen Staat Liegenschaften für die Schaffung landwirtschaftlicher und technischer Fachschulen, die als Erziehungs- und Forschungsinstitute dienen sollten. Später stellte der Kongress Mittel für die Einrichtung landwirtschaftlicher Versuchsstationen im ganzen Lande zur Verfügung und bewilligte auch dem Landwirtschaftsministerium des Bundes eigene Mittel für Forschungszwecke, sodass zu Beginn des neuen Jahrhunderts in ganz Amerika zahlreiche Wissenschaftler an landwirtschaftlichen Forschungsprojekten arbeiteten.

Einer dieser Männer war Mark Carleton, der im Auftrag des Landwirtschaftsministeriums Russland bereiste, wo er eine besonders rost- und dürrebeständige Winterweizensorte entdeckte und sie nach Amerika einführte. Mehr als die Hälfte der gesamten Weizenernte der Vereinigten Staaten besteht heute aus dieser Sorte. Die Beiträge anderer Experten zur amerikanischen Landwirtschaft wirkten sich auf die Dauer kaum



Weite, unfruchtbare Prärien (das Bild zeigt eine Landschaft im Dakota-Territorium) wurden durch die schon vor 1890 eingeführte Dampfdreschmaschine und durch die Mechanisierung der Landwirtschaft wirtschaftlich nutzbar.



weniger bedeutend aus: Marion Dorset z.B. fand Mittel gegen die gefürchtete Schweinepest, George Mohler gegen die Gefahren der Maul- und Klauenseuche; einer der Forscher brachte die Mohrenhirse aus Nordafrika, ein anderer führte aus Turkestan das gelbblühende Alfalfa-Gras ein; Luther Burbank züchtete in Kalifornien Dutzende neuer Obst- und Gemüsesorten. Stephen Babcock erfand in Wisconsin eine Methode zur Bestimmung des Fettgehalts der Milch, und der grosse Wissenschaftler George Washington Carver, ein Neger, entdeckte am Tuskegee-Institut in Alabama Hunderte von neuen Verwendungsmöglichkeiten für Erdnüsse, Süsskartoffeln und Sojabohnen.

Trotz dieser Fortschritte mussten die amerikanischen Farmer im 19. Jahrhundert wiederholt schwere Krisen überwinden, ja, am Ende eines Jahrhunderts grösster landwirtschaftlicher Expansion war die schwierige Lage der Farmer zu einem der wichtigsten innenpolitischen Probleme geworden. Unter den verschiedenen tieferen Ursachen, die dieser Krise zugrunde lagen, sind vor allem Erschöpfung des Bodens, Witterungsunbilden, gewisse Einseitigkeiten in der Produktion, der Rückgang der Produktion für den eigenen Bedarf und das Fehlen angemessenen gesetzlichen Schutzes und staatlicher Hilfe zu nennen. So war beispielsweise der Boden der Südstaaten im Laufe der Zeit durch den Tabak- und Baumwollanbau erschöpft worden, während das Land im Westen und auf den grossen Ebenen von Erosion, Wirbelstürmen und Insektenplagen heimgesucht war. Auch die rasche Mechanisierung der Landwirtschaft im Westen des Mississippi hatte sich nicht als reiner Segen erwiesen. Sie hatte zahlreiche Farmer dazu verführt, ihren Landbesitz übermässig zu erweitern und Stapelerzeugnisse anzukaufen, sie hatte Grossfarmern einen eindeutigen Vorteil gegenüber den kleineren eingeräumt und damit die Entwicklung des Pächterwesens und extensiver Bewirtschaftungsmethoden beschleunigt. Die daraus sich ergebenden Probleme sollten lange Zeit ungelöst bleiben, bis viele Jahre später moderne Bodenkonservierungsmassnahmen in weiteren Kreisen Eingang fanden.

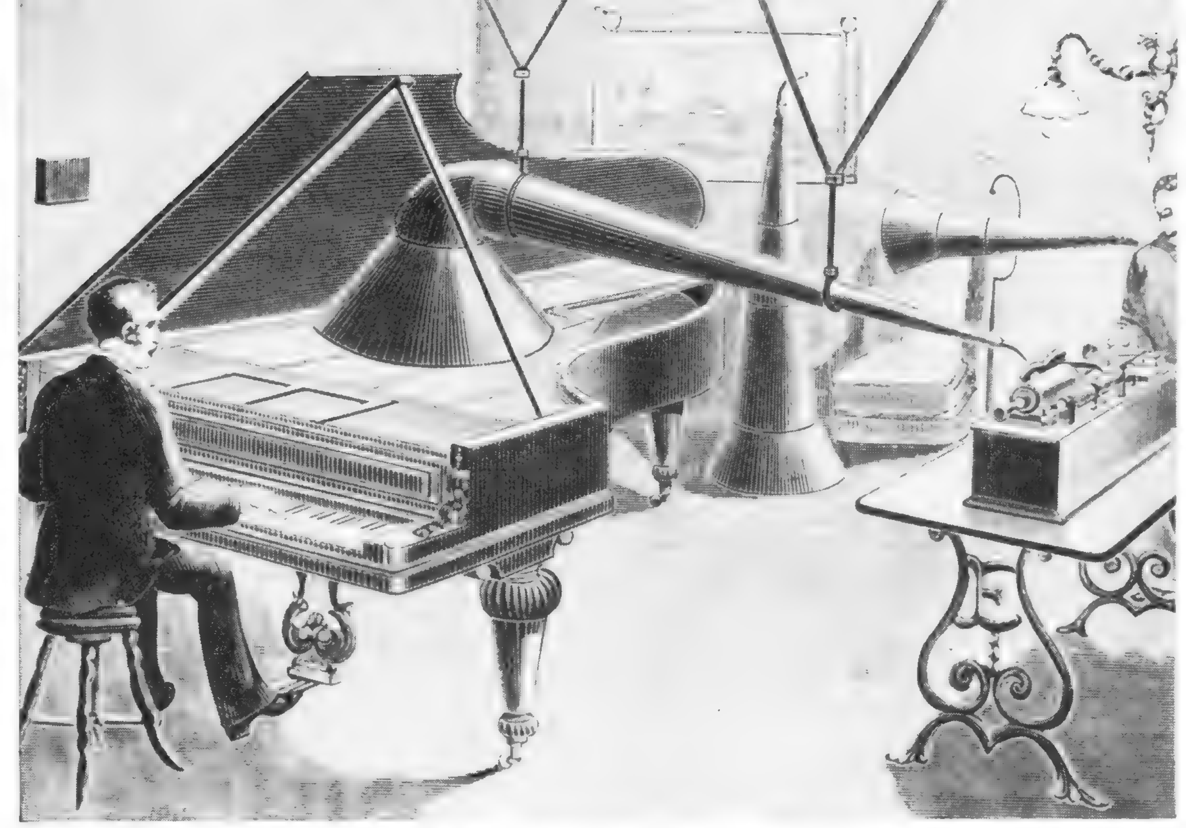
Noch verwickelter, wenn auch leichter durch geschickte Massnahmen zu beheben, war die Preisfrage. Der Farmer verkaufte seine Erzeugnisse auf dem Weltmarkt im freien Wettbewerb, erwarb jedoch die Dinge des täglichen Bedarfs, Arbeitsgerät und Haushaltwaren auf einem gegen jegliche Konkurrenz geschützten Markt; der Preis, den er für seine Mähmaschine, für Kunstdünger und Stacheldraht bezahlen musste, wurde von Trusts bestimmt, die ihrerseits wieder durch einen Schutzzoll gegen ausländische Konkurrenz gedeckt wurden. Von 1870 bis 1890 fielen die Preise für die meisten landwirtschaftlichen Erzeugnisse in unregelmässigen Intervallen, sodass sich der Wert der amerikanischen landwirtschaftlichen Produktion insgesamt nur um eine halbe Million Dollar erhöhte, während der Wert der industriellen Produktion im gleichen Zeitraum um insgesamt sechs Milliarden Dollar stieg.

Mangel an Gleichgewicht in der Wirtschaft führte zur Bildung von Farmer-Verbänden, in denen die gemeinsamen Nöte erörtert und wirksame Vorschläge zu ihrer Abhilfe ausgearbeitet werden konnten. Sie folgten darin zumeist dem Vorbild der im Jahre 1867 entstandenen "Grange"-Organisation, die nach Ablauf weniger Jahre in fast jedem Staate Fuss gefasst hatte, und deren Gesamtmitgliederzahl die Dreiviertelmillionengrenze überschritt. Diese Gruppen waren ursprünglich in erster Linie als soziale Organisationen geplant gewesen, die den Farmer aus seiner Isolierung befreien sollten; Geschäft und Politik liessen sich jedoch nicht künstlich von den Diskussionen fernhalten, den Reden folgten Taten, und bald gründeten viele der "Granges" Verkaufsgenossenschaften, genossenschaftliche Warenhäuser und sogar genossenschaftlich geleitete Fabriken. In verschiedenen Staaten des Mittleren Westens wählten sie sogar Abgeordnete in die Parlamente und erwirkten Gesetze zur Beaufsichtigung der Eisenbahngesellschaften und Lagerhäuser. Zahlreiche von den "Granges" gegründete Geschäftsunternehmen brachen jedoch zusammen, und als gegen Ende der siebziger Jahre eine Periode wirtschaftlichen Aufschwungs für die Landwirtschaft einsetzte, verloren die "Granges" rasch an Bedeutung. Die Bewegung, die sie eingeleitet hatten, erlebte später, gegen Ende der achtziger und zu Beginn der neunziger Jahre, eine Wiedergeburt in den Farmerbünden *(Farmers' Alliances)*, denn die schweren Zeiten waren wieder zurückgekehrt, eine Dürreperiode hatte die grossen Ebenen ausgedörrt, und die Weizen- und Baumwollpreise waren tief gesunken. Unter dem Einfluss dieser Ereignisse breitete sich die Bewegung der Farmerbünde rasch aus und zählte um das Jahr 1890 nahezu zwei Millionen Mitglieder. Sie führten ein grossangelegtes Fortbildungsprogramm durch und verlangten auch energisch nach politischen Reformen. Es dauerte nicht lange, da hatten sich die Farmerbünde in eine äusserst aktive politische Partei verwandelt und standen unter dem Namen *The Populists* in scharfem Gegensatz zu den traditionellen Parteien der Demokraten und Republikaner.

Die fieberhafte Begeisterung für diese Volkspartei verbreitete sich wie ein Lauffeuer über Prärien und Baumwollplantagen — ein in der amerikanischen Politik bis dahin einmaliger Vorgang: nach einem harten Arbeitstag auf den Feldern schirrten die Farmer ein Pferd vor den Wagen und fuhren mit Weib und Kind zum Versammlungshaus, wo sie zu den leidenschaftlichen Reden ihrer Wortführer Beifall klatschten. Die Wahlen des Jahres 1890 brachten die neue Partei in einem Dutzend Staaten im Süden und Westen an die Macht, und rund zwanzig Senatoren und Abgeordnete aus ihren Reihen zogen in den Kongress ein. Von diesem Erfolg angefeuert, entwarfen die Populisten ein fortschrittliches politisches Programm, das ausgedehnte Reformen forderte, so unter anderem eine Einkommensteuer, ein für den ganzen Bund einheitliches Darlehenssystem für Farmer, Überführung der Eisenbahnen in Staatsbesitz, den Achtstundentag und eine Vergrösserung des Hartgeldumlaufes durch freie und unbeschränkte Ausgabe von Silbermünzen.

Bei den Präsidentschaftswahlen von 1892 stellten die Populisten ihre Stärke in den Staaten des Westens und Südens erneut eindrucksvoll unter Beweis. Über eine Million Stimmen wurden für ihren Präsidentschaftskandidaten abgegeben; der demokratische Kandidat Grover Cleveland aber trug dennoch den Sieg davon. Vier Jahre später hatte sich die dynamische Volkspartei nahezu überall mit der Demokratischen Partei verschmolzen, deren führende Persönlichkeiten sich nun unter dem Einfluss der Populisten anschickten, die Währungsfrage in den Mittelpunkt ihrer Innenpolitik zu rücken.

Die Vereinigten Staaten hatten von ihrer Gründung an eine bimetallische Währung besessen, d. h. die Regierung war bereit, alles dem Münzamt zugeführte Gold oder Silber in Dollars auszuprägen. Im Jahre 1837 hatte der Kongress eine Münzreform verfügt und den Standard-Silberdollar von der Liste der offiziellen amerikanischen Münzen gestrichen. Zunächst hatte man diesem Gesetz nur geringe Aufmerksamkeit geschenkt, da die Silberbestände sehr gering waren, und tatsächlich waren vierzig Jahre lang keine Silberdollar mehr im Verkehr



Dieser um 1890 gebräuchliche Mechanismus zur Aufnahme von Klaviermusik auf Schallplatten war eine Weiterentwicklung von Edisons Handphonographen, der im wesentlichen aus einer mit Zinnfolie bespannten Walze bestand.

gewesen. Diese Situation änderte sich jedoch über Nacht, als in den Gebirgsstaaten des Westens neue Silbervorkommen entdeckt wurden, und zu gleicher Zeit verschiedene europäische Länder ihre Silbermünzen aus dem Verkehr zogen. Ein erhebliches Überangebot an Silber war die Folge.

Amerika befand sich zu jenem Zeitpunkt in einer Wirtschaftskrise, und die Vertreter der ländlichen Bevölkerung des Westens und Südens und einiger Arbeiterverbände in den Industriestädten des Ostens, überzeugt, dass ihre Not sich zum Teil aus einer Verknappung des in Umlauf befindlichen Geldes erklärte, verlangten die Rückkehr zur unbegrenzten Ausprägung von Silbermünzen. Sie erwarteten, dass eine Vermehrung des im Umlauf befindlichen Geldes indirekt eine Erhöhung der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse und gleichzeitig eine Erhöhung der Industrielöhne mit sich bringen werde, und wiesen darauf hin, dass auch Schulden dann rascher getilgt werden könnten. Die konservativen Kreise waren dagegen überzeugt, dass eine solche Politik zu einer Finanzkatastrophe führen werde, dass man einer einmal in Gang gekommenen Inflation nicht mehr Einhalt gebieten könne und dass die Regierung dadurch Bankrott erleiden werde. Nur der Goldstandard, so behaupteten sie, sichere stabile Verhältnisse.

Die "Silberpartei" — Demokraten und frühere Populisten — fand ihren Führer in William Jennings Bryan aus dem Staate Nebraska und stellte ihn als Präsidentschaftskandidaten für das Jahr 1896 auf. Bryan, der über eine gute äussere Erscheinung verfügte und ein hinreissender Redner war, nahm Millionen von Amerikanern für sich ein; seine Partei war jedoch in sich gespalten, und seine Gegner waren stark. Der einzige Trumpf, den die Demokraten hatten — es war Bryans Persönlichkeit — reichte nicht aus, und William McKinley ging mit einer Mehrheit von über einer halben Million Stimmen als Sieger aus der Wahl hervor. Bryans Wahlfeldzug hatte sich jedoch dem Bewusstsein des Volkes tief eingeprägt, und die meisten Programmpunkte der Populisten und der landwirtschaftlichen Gruppe in der Demokratischen Partei — mit Ausnahme der Münzpolitik — haben ihren Niederschlag in der amerikanischen Gesetzgebung gefunden.

Diese Wahlkampagne legte ein eindeutiges Zeugnis dafür ab, dass die Union seit Beendigung des Bürgerkrieges eine grosse Festigkeit erlangt hatte, denn obwohl die Not der Farmer ebenso gross war wie zuvor die der Sklavenhalter, war doch von einer "Nichtigkeitserklärung" bestimmter Bundesgesetze oder gar einer Sezession nicht die Rede. Diese Einigkeit der Nation bewies sich auch deutlich, als das Land im Jahre 1898 in eine Auseinandersetzung mit Spanien gestürzt wurde. Spanien hatte aus der Unabhängigkeitsbewegung seiner wichtigsten Kolonien in der westlichen Hemisphäre zu Beginn des Jahrhunderts nichts gelernt und übte noch 1895 eine unverändert despotische Herrschaft auf der Insel Kuba aus, die einen blühenden Handel mit den Vereinigten Staaten unterhielt. Im Jahre 1895 machte sich die wachsende Unzufriedenheit der Kubaner in einem Unabhängigkeitskriege Luft, und da die Vereinigten Staaten von altersher grossen Anteil an dem Kampf der Ibero-Amerikaner zu nehmen gewohnt waren, verfolgte man dort den Verlauf der Revolution mit wachsender Besorgnis. Präsident Cleveland war fest entschlossen, sich nicht in einen Krieg hineintreiben zu lassen, und scheute keine Mühe, die Neutralität der Vereinigten Staaten zu wahren. Drei Jahre später jedoch — in der Amtszeit des Präsidenten McKinley — wurde das amerikanische Kriegsschiff *Maine* im Hafen von Habana, wo es friedlich vor Anker lag, durch eine Explosion zerstört; 260 Mann der Besatzung gingen dabei zugrunde. Das Ereignis löste eine Welle von Erbitterung und Patriotismus in den USA aus, und McKinley, der anfangs den Frieden zu bewahren versucht hatte, fand sich nach Ablauf weniger Monate, als er die Nutzlosigkeit längeren Zögerns einsah, bereit, ein bewaffnetes Eingreifen zu empfehlen.

Die eigentlichen Kampfhandlungen dauerten nur vier Monate und kamen zu einem raschen und entscheidenden Abschluss, ohne dass die Vereinigten Staaten eine einzige nennenswerte Niederlage erlitten hätten. Eine Woche nach der Kriegserklärung nahm Kommodore George Dewey von Hongkong aus mit einem Verband von sechs Kriegsschiffen Kurs auf die Philippinen, um — so lauteten seine Befehle — die dort stationierte spanische Flotte aus amerikanischen Gewässern herauszuhalten. Er passierte die Küstenbatterien der Bucht von Manila kurz vor Morgengrauen und hatte bereits um die Mittagszeit ohne irgendwelche eigenen Verluste die gesamte spanische Flotte vernichtet! Inzwischen waren auf Kuba in der Nähe von Santiago amerikanische Truppen in Stärke eines Armeekorps gelandet, führten eine Anzahl rasch aufeinanderfolgender siegreicher Gefechte und belegten den Hafen mit Feuer. Vier spanische Panzerkreuzer machten daraufhin einen Ausfall aus der Bucht von Santiago und waren nach wenigen Stunden nur noch zerfetzte Wracks.

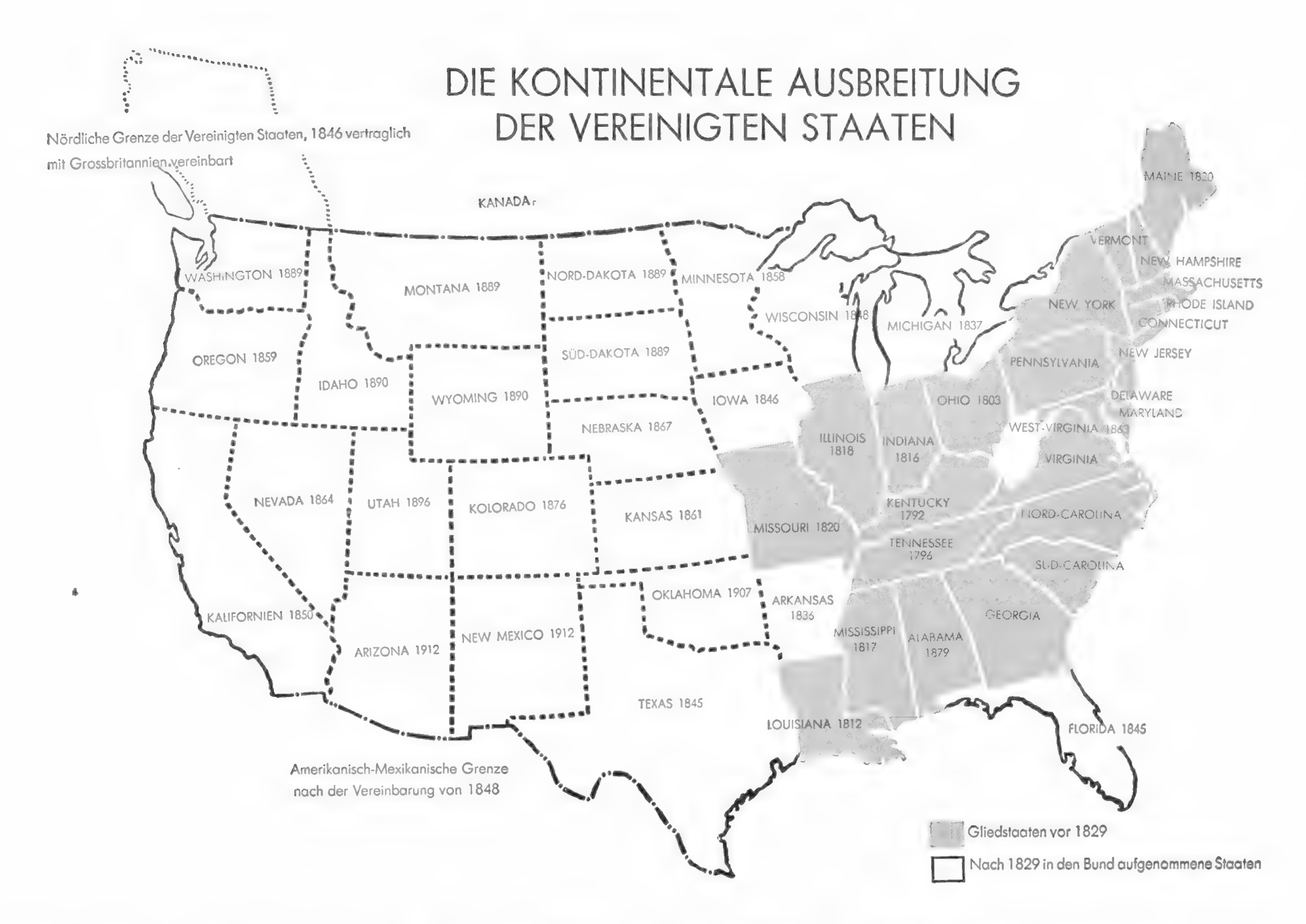
Die Nachricht vom Fall der Stadt Santiago, die an einem heissen Julitage in den USA eintraf, löste freudigen Jubel aus; die Fabriksirenen heulten, das Volk, von Boston bis nach San Francisco, schwenkte Fahnen, und die Zeitungen entsandten in grösster Eile Korrespondenten nach Kuba und auf die Philippinen und feierten den Ruhm der neuen Nationalhelden in den höchsten Tönen. Die Helden des Tages waren besonders George Dewey, der Sieger von Manila, und Theodore Roosevelt, der Führer der sogenannten *Rough Riders* (Rauhreiter), eines freiwilligen Kavallerieregiments, das er für den Einsatz auf Kuba angeworben hatte. Bald darauf bat Spanien um Frieden, und am 10. Dezember 1898 wurde der Friedensvertrag unterzeichnet. Spanien trat Kuba an die Vereinigten Staaten ab, die es provisorisch (bis zur Erteilung der vollen Unabhängigkeit) besetzt halten sollten; anstelle einer Kriegsentschädigung trat Spanien weiterhin die Inseln Puerto Rico und Guam und schliesslich — für die Summe von zwanzig Millionen Dollar — die Philippinen ab.

Von ihrer neuen Position auf den Philippinen erhofften die Vereinigten Staaten die Anknüpfung reger Handelsbeziehungen mit China. Nach Chinas Niederlage im chinesisch-japanischen Kriege von 1894/5 hatten verschiedene europäische Staaten auf chinesischem Gebiet Marinestützpunkte erworben, Gebiete gepachtet und Einflussphären in China abgegrenzt und sich nicht nur Handelsmonopole, sondern in der Regel auch das alleinige Recht auf die Finanzierung von Eisenbahn- und Bergbauprojekten in der Umgebung ihrer Schutzgebiete gesichert. Die amerikanische Regierung hatte bis zu diesem Zeitpunkt in diplomatischen Beziehungen mit dem Fernen Osten stets darauf bestanden, dass allen Ländern die gleichen Rechte eingeräumt würden. Dieses Prinzip konnte nun nur noch durch entschiedenes Handeln aufrecht erhalten werden, und 1899 richtete Aussenminister John Hay ein Rundschreiben an alle beteiligten Mächte, in dem der Grundsatz der "Offenen Tür" in China (d. h. gleicher Handelsmöglichkeiten, gleicher Zölle, Hafengebühren und Eisenbahntarife für alle Länder) vertreten wurde. Keine der interessierten Mächte gab zwar den Grundsätzen des amerikanischen Aussenministers ihre formelle, bindende Zustimmung, und nur ein einziges Land — Japan — zog sie öffentlich in Zweifel. Die Note behielt jedoch als Erklärung der politischen Ziele Amerikas im Fernen Osten bleibende Bedeutung.

Im Jahre 1900 brach in China der gegen die Fremdherrschaft gerichtete Boxeraufstand aus, in dessen Verlauf (Juni 1900) Aufständische die Stadt Peking in ihre Gewalt brachten und die dortigen auswärtigen Gesandtschaften belagerten. Das führte Hay dazu, die europäischen Mächte davon in Kenntnis zu setzen, dass die Vereinigten Staaten gegen jede Störung chinesischer Herrschafts- und Verwaltungsrechte und die Nichtachtung des Grundsatzes der "Offenen Tür" einschreiten würden, und es scheint auch teilweise seinem Einfluss zuzuschreiben zu sein, dass die auswärtigen Mächte unangemessene Entschädigungsansprüche an China herabsetzten.

Inzwischen hatten die Präsidentschaftswahlen des Jahres 1900 dem amerikanischen Volk Gelegenheit gegeben, seinem Urteil über die Regierung McKinley und insbesondere über ihre Aussenpolitik Ausdruck zu geben. Die Republikaner konnten den erfolgreichen Krieg mit Spanien, die Rückkehr der Konjunktur und die von der "Politik der Offenen Tür" zu erwartenden neuen Absatzmärkte auf ihr politisches Konto buchen und gaben dem auf ihrer Parteiversammlung in Philadelphia stürmisch Ausdruck. Dass ihr Präsidentschaftskandidat McKinley (mit Theodore Roosevelt als Vizepräsidenten) wiedergewählt würde, stand von Anfang an fest. Der Präsident konnte sich jedoch seines Sieges nicht allzulange freuen, denn im September 1901 fiel er bei der Besichtigung einer Ausstellung in Buffalo im Staate New York der Kugel eines Attentäters zum Opfer. Dies brachte Theodore Roosevelt auf den Präsidentensessel.

Roosevelts Amtsantritt fiel in der Innen- wie in der Aussenpolitik mit einer neuen Epoche im politischen Leben Amerikas zusammen. Um die Jahrhundertwende konnte das Land auf drei Generationen ununterbrochenen Fortschritts zurückblicken; der gesamte Kontinent war besiedelt und die Kolonisationsgrenze verschwunden; aus einer kleinen, von allen Seiten bedrohten und um ihre Existenz ringenden Republik waren die Vereinigten Staaten zu einer Grossmacht emporgewachsen; ihr staatliches Gefüge hatte die Wechselfälle eines Bürgerkrieges,



mehrerer Kriege mit dem Ausland und die Schwankungen der Konjunktur und ihrer Krisenwellen überdauert; in der Landwirtschaft wie in der Industrie war Grosses geleistet worden; das hohe Ideal eines kostenlosen staatlichen Erziehungswesens war in Erfüllung gegangen, die Presse war frei geblieben und die Religionsfreiheit gewahrt worden. Trotzdem fanden viele tieferblickende Amerikaner keinen Grund zu Stolz und Selbstzufriedenheit über die soziale, wirtschaftliche und politische Situation; sie sahen vor allem das Grossunternehmertum in einer festeren Stellung als je zuvor, sie sahen die Gemeinde- und Stadtverwaltungen häufig in den Händen korrupter Politiker und gaben sich darüber Rechenschaft, dass eine Sucht nach materiellem Gewinn alle Schichten der Gesellschaft ergriffen hatte.

Der Protest, der sich nun von vielen Seiten gegen diese Misstände erhob, hat der amerikanischen Politik und dem amerikanischen Denken etwa vom Jahre 1890 bis zu Beginn des ersten Weltkrieges einen besonderen Stempel aufgedrückt. Eine Reihe ähnlicher Proteste waren vorausgegangen. Von den ersten Tagen der industriellen Revolution an hatten die Farmer mit den Städten und den emporgekommenen Industriemagnaten im Kampf gelegen, und bereits in den fünfziger Jahren des 19. Jahrhunderts war heftige Kritik an dem vorherrschenden Patronatssystem geübt worden, unter dem Politiker nach ihrer Wahl einträgliche Regierungsämter an ihre Anhänger verteilten. Nach dreissigjährigem Ringen führten diese Reformbestrebungen im Jahre 1883 zum Erlass des "Pendleton-Gesetzes über den Staatsdienst" *(Civil Service Bill)*, das die Anstellung im Regierungsdienst von einem Befähigungsnachweis abhängig machte und damit weiteren politischen Reformen das Tor öffnete. Auch die Industriearbeiter hatten ihre Stimme gegen verschiedene Ungerechtigkeiten erhoben und sich zum Schutze ihrer Interessen im Bunde der "Ritter der Arbeit" *(Knights of Labor)* ihre erste Organisation geschaffen. Die Mitgliederzahl des 1869 gegründeten Bundes stieg mit aufsehenerregender Geschwindigkeit bis Mitte der achtziger Jahre auf insgesamt 700 000 Arbeiter an, doch die Organisation fiel bald wieder auseinander, und an ihre Stelle trat wenig später der Amerikanische Gewerkschaftsverband *AFL (American Federation of Labor)*, ein mächtiger Zusammenschluss von Facharbeiterverbänden, der vorwiegend die Interessen der gelernten Arbeiter vertrat. Um die Jahrhundertwende war die Gewerkschaftsbewegung in Amerika zu einer Macht geworden, mit der jeder Politiker zu rechnen hatte.

Die von dem Agrarstaat des 18. Jahrhunderts ererbten Methoden und Grundsätze hatten sich als unzulänglich für die industrielle, städtisch bestimmte Gesellschaftsordnung des 20. Jahrhunderts erwiesen. Dass das Maschinenzeitalter in Amerika an seinem Anfang so viel Verwirrung hervorbrachte, hatte sich vor allem daraus ergeben, dass die Gesellschaft sich mehr und mehr komplizierte, dass ihre Teile miteinander zunehmend in ein noch nicht recht verstandenes Wechselwirkungsverhältnis traten und dass der Wille des Menschen zu persönlicher Verantwortlichkeit von den gewaltigen Kapitalgesellschaften erstickt wurde. Diese Situation rief eine Reihe von jungen Schriftstellern auf den Plan, die nach sozialen Reformen riefen; Zeitungen und volkstümliche Zeitschriften unternahmen den ersten Vorstoss, Romanschriftsteller griffen das Thema auf, und alsbald gaben tatkräftige politische Reformer — unter ihnen auch der neue Präsident der USA — ihrem Kreuzzug eine Wendung zum Praktischen.

Der Höhepunkt der Reformbestrebungen fiel in die Periode von 1902 bis 1908; die Anfänge der Gesellschaftskritik reichen jedoch weiter zurück: schon 1873 z.B. hatte Mark Twain in *The Gilded Age* (Zeit aus Falschgold) einige Schattenseiten des amerikanischen Gesellschaftslebens gegeisselt. Nun griffen drei Zeitschriften — *McClure's Magazine*, *Everybody's Magazine* und *Collier's Magazine* — mit schneidender Schärfe Trusts, Finanzunternehmen, Nahrungsmittelfälscher und Eisenbahngesellschaften an. Upton Sinclair verstand es, die literarische Form des Romans als gesellschaftskritische Waffe zu verwenden; sein Werk *The Jungle* (Der Sumpf) enthüllte den Mangel an Sauberkeit, der in den grossen Schlachthäusern von Chicago herrschte, und deckte auf, wie weitgehend der Rindfleischtrust die Fleischversorgung des ganzen Landes in seinen Fängen hielt. Theodore Dreisers Romane *The Financier* und *The Titan* zeichneten ein unerbittlich realistisches Bild des Grossunternehmertums, Frank Norris gab in seinem Roman *The Octopus* (Der Polyp) Aufklärung über die Hintergründe der landwirtschaftlichen Krise, während Lincoln Steffens in seinem *The Shame of the Cities* (Die Schande der Städte) die politische Korruption anprangerte. Ihre gesellschaftskritische Literatur *(literature of exposure)*


THIS TEMPLE
AS IN THE HEARTS OF THE PEOPLE
FOR WHOM HE SAVED THE UNION
THE MEMORY OF ABRAHAM LINCOLN
IS ENSHRINED FOREVER

Der Schriftsteller und Maler Frederic Remington (1861-1909), der "zuverlässige Chronist des ganzen Westens," verstand es, in seinen Gemälden das Abenteuerliche des Lebens an der *frontier* wahrheitsgetreu einzufangen. Oben: Angriff auf den Nachschub.



Grenzer (Remingtons letztes Gemälde).

Auf der vorhergehenden Seite:
Das Lincoln-Erinnerungsmal in Washington D. C. mit der Statue Abraham Lincolns von Daniel Chester French. "An dieser Stätte — wie im Herzen des Volkes, dem er die Einheit des Bundes erhielt — ist die Erinnerung an Abraham Lincoln für immer bewahrt."



Spuren im Schnee.

trug entscheidend dazu bei, das Volk zum Handeln zu bewegen.

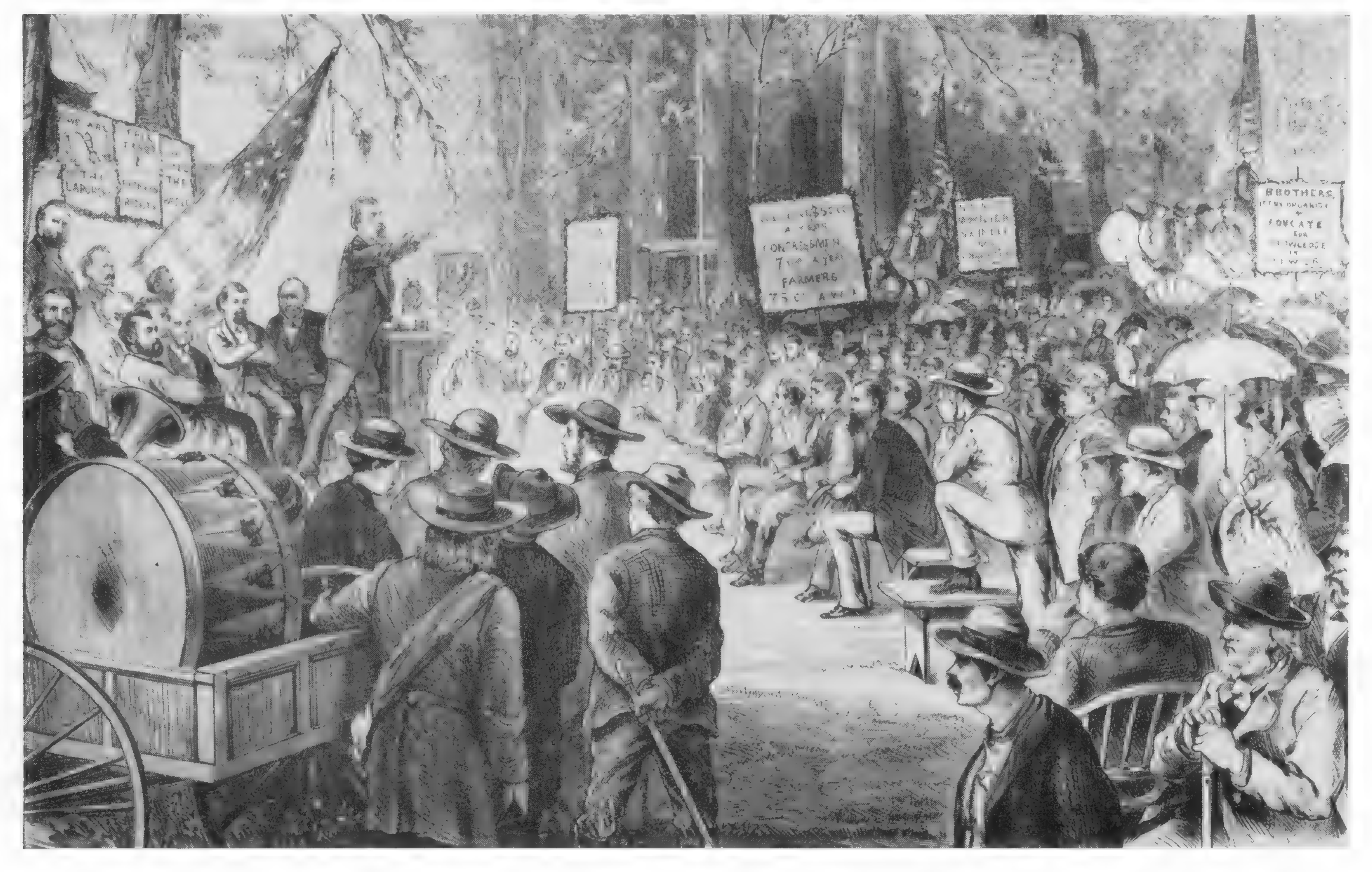
Die nachhaltige Wirkung aber, die diese kompromisslosen Schriftsteller erzielten, und der zunehmende Druck der öffentlichen Meinung spornten die führenden Politiker zu praktischen Massnahmen an. Verschiedene Einzelstaaten erliessen Gesetze, die auf eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bevölkerung hinzielten, und in den ersten fünfzehn Jahren des 20. Jahrhunderts wurden insgesamt mehr Gesetze sozialen Charakters verabschiedet als in der gesamten amerikanischen Geschichte zuvor. Die bestehenden Gesetze über die Kinderarbeit wurden verschärft und durch neue ergänzt, die Nachtarbeit von Kindern wurde weitgehend beschränkt, die Altersgrenze hinaufgesetzt, die Arbeitszeit verkürzt und der Schulbesuch zur Pflicht gemacht. Inzwischen hatten auch die meisten Grosstädte und über die Hälfte aller Einzelstaaten den Achtstundentag für alle mit öffentlichen Vorhaben verbundenen Arbeiten eingeführt; auch die Arbeitszeit für berufsgefährdete Arbeiter wurde gesetzlich geregelt; kaum weniger wichtig war die Gesetzgebung zur Invalidenversicherung, die die Haftpflicht der Arbeitgeber für alle Schädigungen, die ihre Arbeiter bei der Arbeit erlitten, gesetzlich festlegte. Neue Steuergesetze zogen Erbschaften, Einkommen und Besitz bezw. Gewinne der verschiedenen Gesellschaften zur Besteuerung heran, um die Verwaltungskosten den zahlungskräftigeren Kreisen aufzubürden.

So bewundernswert diese Schritte auch im einzelnen waren, so bestand doch Klarheit darüber, dass die meisten der von den Reformpolitikern angepackten Probleme nur durch den Bund gelöst werden konnten. Dies erkannte auch der selbst leidenschaftlich für soziale Reformen eintretende Präsident Theodore Roosevelt. Er war Realpolitiker, glühender Nationalist und treues Parteimitglied der Republikaner in einer Person, nach Thomas Jefferson der vielseitigste aller amerikanischen Präsidenten: er war Grossviehzüchter und Gouverneur eines Einzelstaats gewesen, hatte Grosswild gejagt und Bücher geschrieben, war im Staatsparlament von New York tätig gewesen und hatte die Polizei der Stadt New York geleitet, die amerikanische Kriegsmarine reorganisiert und am Feldzug in Kuba teilgenommen. Er las alles, was ihm unter die Hände kam, und hatte auch über alles eine eigene Meinung; gleich Andrew Jackson besass er die Gabe, das Vertrauen des Volkes zu gewinnen und die breiten Massen für seine politischen Kämpfe zu interessieren. Er bewies in Jahresfrist, dass er die sich in Amerika vollziehenden grossen Wandlungen verstanden hatte, und war entschlossen, dem amerikanischen Volk eine "ehrliche Behandlung" *(Square Deal)* zu bieten.

Obwohl Roosevelt seinen Überzeugungen nach nicht zur Gruppe derer gehörte, die eine Zerstörung der Trusts verlangten, zog er doch das Trust-Problem durch einige aufsehenerregende Gerichtsverfahren in den Brennpunkt des öffentlichen Interesses. Auch die Erweiterung der Aufsichtsbefugnisse des Bundes über die Eisenbahngesellschaften fiel in seine Amtsperiode und war eine seiner bemerkenswertesten Leistungen. Zur Regelung des Eisenbahnwesens, das er selbst als das "Kernproblem" bezeichnete, wurden zwei wichtige Gesetze verabschiedet. Das "Elkins-Gesetz" von 1903 zwang die Gesellschaften zur Veröffentlichung ihrer Tariflisten und machte die Kunden der Eisenbahngesellschaften ebenso für die Einhaltung der Ermässigungsbestimmungen verantwortlich wie die Gesellschaften selbst. Es gelang der Regierung in der Folgezeit, die Übertretung dieser Bestimmungen seitens mehrerer Gesellschaften strafrechtlich zu verfolgen.

So war Theodore Roosevelt bereits im Jahre 1904 zum Abgott der Republikaner geworden. Seine eindrucksvolle Persönlichkeit und seine von hohem sittlichem Ernst getragenen Reden erwarben ihm die Sympathien des kleinen Mannes; ja, fortschrittliche Demokraten fühlten sich sogar mehr zu ihm als zu dem Kandidaten ihrer eigenen Partei hingezogen, und die ausserordentliche Hochkonjunktur, die im Lande herrschte, trug ein Übriges zum Wahlsieg der Republikanischen Partei im Jahre 1904 bei. Der Präsident sah in seinem überwältigenden Wahlerfolg eine Bestätigung seiner Politik und trat seine Amtsperiode mit dem festen Vorsatz an, sich an der Ausführung seiner Reformen in keiner Weise hindern zu lassen. Seine erste Botschaft an den Kongress, in der er eine strengere Überwachung der Eisenbahnen forderte, führte im Juni 1906 zur Verabschiedung des

Die Farmerverbände ("Granges") gewannen bald nach ihrer Gründung im Jahre 1867 ausgesprochen politischen Charakter und stellten eigene Parlamentskandidaten auf.



"Hepburn-Gesetzes", das der *Interstate Commerce Commission* (Binnenverkehrskommission) – deren Zuständigkeit ausgedehnt wurde – die Macht gab, die Frachttarife wirksam zu regeln, und die Eisenbahngesellschaften zwang, ihre enge Verflechtung mit Schiffahrtsgesellschaften und Kohlengruben aufzugeben. Gegen Ende der zweiten Amtszeit Roosevelts gab es praktisch keine "Sondertarife" mehr, und die Regelung des Eisenbahnwesens durch die Bundesregierung hatte sich für alle Zukunft eingebürgert.

Andere Massnahmen des Kongresses dehnten die Überwachung durch den Bund noch auf weitere Gebiete aus. Im Jahre 1906 wurde eine alte Forderung der Reformbewegung erfüllt und ein "Gesetz über die Reinheit von Lebensmitteln" erlassen, das die Verwendung aller "schädlichen Drogen, Chemikalien oder Konservierungsmittel" bei der Herstellung von Arzneien und Nahrungsmitteln untersagte, und kurz danach gab ein weiteres Gesetz der Bundesregierung die Überwachung aller Geschäftsunternehmen, die Fleisch im Binnenhandel vertrieben, an die Hand.

Eines der grössten Verdienste der Regierung Roosevelts war zweifellos ihr Wirken für die Erhaltung der natürlichen Hilfsquellen und Bodenschätze des Landes. Dem Raubbau und der Vergeudung von Rohstoffen musste Halt geboten werden, und weite, als wertlos geltende Landstriche bedurften nur einer entsprechenden Behandlung, um zu Ackerland zu werden. Während alle seine Vorgänger zusammen nur neunzehn Millionen Hektar Waldland unter Schutz gestellt hatten, vergrösserte Roosevelt diese Fläche um weitere sechzig Millionen Hektar und sorgte für systematische Brandverhütungsmassnahmen und für die Aufforstung von Kahlschlägen. Im Jahre 1907 setzte er eine "Kommission für die Binnengewässer" ein, der die Probleme der gegenseitigen Abhängigkeit von Wasserwegen, Bodenkonservierung und Forstwirtschaft sowie Energiegewinnung und Schiffahrt zum Studium übertragen wurden. Die Empfehlungen dieser Kommission gipfelten in einem Plan zu einer "Amerikanischen Naturschutzkonferenz", und noch im gleichen Jahre lud Roosevelt die Gouverneure sämtlicher Einzelstaaten, die Mitglieder des Kabinetts und andere namhafte Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Erziehungswesen zu einer solchen Konferenz ein. Es gelang der Konferenz, das Interesse der Öffentlichkeit auf das Problem der Bodenkonservierung zu lenken; sie proklamierte eine Reihe von Grundsätzen, in denen sie nicht nur auf die Notwendigkeit der Erhaltung der Forsten, sondern auch auf den Schutz der Wasserkräfte und Bodenschätze sowie auf die Probleme der Erosion und Bewässerung hinwies, und empfahl ferner, dass Vorschriften über den Holzeinschlag auf Privatbesitz, die Regulierung der schiffbaren Flüsse und Konservierungsmassnahmen im Gebiet der Wasserscheiden erlassen würden. Ihr Werk führte zur Einsetzung zahlreicher "Naturschutzkommissionen" durch die einzelnen Staaten und im Jahre 1909 zur Bildung des "Amerikanischen Naturschutzverbandes" *(National Conservation Association)*, der sich die Aufklärung der breiten Öffentlichkeit über diese Fragen zum Ziele setzte. Ein "Wiederurbarmachungsgesetz", das der Regierung das Recht zum Bau von Staudämmen und Staubecken gab, war schon 1902 erlassen worden; es dauerte nicht lange, und grosse Strecken ausgedörrten Bodens trugen wieder eine Pflanzendecke und konnten unter den Pflug genommen werden.

Als der Wahlfeldzug des Jahres 1908 näherrückte, befand sich Roosevelt auf dem Gipfel seiner Popularität; da er jedoch die Tradition nicht durchbrechen wollte, die bisher die Regierung eines Präsidenten auf höchstens zwei Amtsperioden beschränkt hatte, unterstützte er William Howard Taft, der dann auch zum Präsidenten gewählt wurde. Taft versuchte, das Programm Roosevelts weiterzuführen, und setzte einige Verbesserungen durch: er setzte die Strafverfolgung der Trusts fort, stärkte den Einfluss der Binnenhandelskommission, richtete eine Postsparbank und einen Paketpostdienst ein, vergrösserte den Beamtenstab und regte die Aufnahme von zwei weiteren Verfassungszusätzen an. Der 16. Verfassungszusatz ermächtigte die Bundesregierung zur Erhebung einer Einkommensteuer; der 17. Verfassungszusatz – 1913 ratifiziert – beseitigte das bisherige Verfahren, Senatoren durch die Staatsparlamente wählen zu lassen, und liess die direkte Wahl durch das Volk an seine Stelle treten. Tafts positive Leistungen wurden jedoch dadurch beeinträchtigt, dass er eine Schutzzollvorlage billigte, die von den Liberalen abgelehnt wurde, dass er sich der Aufnahme Arizonas in den Bund widersetzte, weil es eine weitgehend liberale Verfassung besass, und schliesslich, dass er sich immer mehr auf den extrem konservativen Flügel seiner Partei stützte.

Das spaltete Tafts Partei, und im Jahre 1910 gab ein überwältigender Wahlsieg den Demokraten die Mehrheit im Kongress zurück. Für die Präsidentenwahl von 1912 liess sich Woodrow Wilson, der Gouverneur des Staates New Jersey, als demokratischer Gegenkandidat gegen den Republikaner Taft aufstellen; Roosevelt, den die Landestagung der Republikanischen Partei als Kandidaten abgelehnt hatte, organisierte eine dritte Partei, die Fortschrittspartei *(Progressive Party)*, und bewarb sich als ihr Führer erneut um die Präsidentschaft. Nach einem lebhaften Wahlfeldzug gelang es Wilson, beide Rivalen aus dem Felde zu schlagen; sein Wahlsieg bedeutete einen Triumph des Liberalismus, denn er empfand es als seine unabänderliche Pflicht, die Demokratische Partei ein für allemal auf ein Reformprogramm festzulegen. Unter seiner Führung ging der neue Kongress daran, eine Reihe von Gesetzen zu beraten, die in Anlage und Bedeutung zu den bemerkenswertesten der gesamten amerikanischen Geschichte gehörten. Die erste Aufgabe bestand in einer Revision der Zollgesetzgebung: "Die Zölle müssen geändert werden", hatte Wilson dem Kongress erklärt, "wir müssen alles abschaffen, was einem Vorrecht auch nur ähnlich sieht." Das "Underwood-Zollgesetz", das er am 3. Oktober 1913 unterzeichnete, brachte erhebliche Zollsenkungen für wichtige Rohstoffe und Lebensmittel, für Baumwoll- und Wollwaren, Stahl, Eisen und andere Güter und hob die Zölle für über hundert Warengruppen überhaupt auf. Obwohl dem Gesetz immer noch zahlreiche Kennzeichen der Schutzzollpolitik anhafteten, stellte es doch einen ernstgemeinten Versuch dar, die Lebenshaltungskosten zu senken.

Als nächstes nahmen die Demokraten, in Erfüllung ihres Programms, die Reorganisation des Bank- und Münzwesens in Angriff. Das Land hatte lange Jahre hindurch unter einem Mangel an Elastizität im Kredit- und Münzwesen gelitten; Notmassnahmen hatten zwar die Nationalbanken ermächtigt, Notgeld in Umlauf zu setzen, aber die gründliche Überholung des gesamten Bankwesens war doch nicht mehr zu umgehen. Es war Wilsons Überzeugung, dass "die Kontrolle nicht privat, sondern öffentlich sein und von der Regierung selbst ausgehen müsse, damit die Banken dem Geschäftsleben wirklich dienen und sich nicht zu Herren über den Unternehmer und seine Initiative aufschwingen könnten." Das "Bundesgesetz über die Kapitalreserven" *(Federal Reserve Act)* vom 23. Dezember 1913 wurde diesen Forderungen gerecht. Die bereits bestehenden Banken wurden neu organisiert und zu diesem Zweck das ganze Land in zwölf Distrikte mit je einer *Federal Reserve Bank* untergeteilt, bei denen die dem System angeschlossenen Banken ihre Bargeldreserven hinterlegen sollten und die in erster Linie als "Banken für andere Banken" gedacht waren. So wurde es möglich, die in ihnen deponierten Reserven einzusetzen, wenn eine vorübergehende Bargeldverknappung eine einzelne Bank in Schwierigkeiten brachte und eine Unterstützung notwendig machte. Die *Federal Reserve Banks* dienten ferner dazu, die Flüssigkeit des Geldumlaufs sicherzustellen, denn das Gesetz ermächtigte sie zur Ausgabe von Banknoten für den Bedarf der Wirtschaft. Ein Direktorium, der *Federal Reserve Board*, sollte die Durchführung des gesamten Planes überwachen.

Für die nächste wichtige Aufgabe, die Überwachung der Trusts, legte die Erfahrung ein ähnliches Kontrollsystem nahe, wie es durch die Binnenhandelskommission für die Eisenbahngesellschaften geschaffen worden war. Infolgedessen wurde die Befugnis zur Untersuchung von Gesetzesübertretungen durch derartige Gesellschaften an eine neugeschaffene "Bundeshandelskommission" *(Federal Trade Commission)* übertragen, die auch ermächtigt wurde, jeden unlauteren Wettbewerb von Konzernen im die Grenzen der Einzelstaaten übersteigenden Binnenhandel zu unterbinden. Ein zweites Gesetz, der *Clayton Antitrust Act*, machte zahlreiche, bisher nicht ausdrücklich verbotene Geschäftsmethoden der Gesellschaften strafbar, beispielsweise die Verflechtung von Direktorenposten, die Vorzugsbehandlung einzelner Kunden bei der Preisfestsetzung und die Beteiligung von Gesellschaften an Unternehmen in verwandten Branchen.

Auch Industriearbeiter und Farmer wurden in die Gesetzgebung miteinbezogen. Das "Gesetz über Bundesdarlehen an Farmer" gewährte Landwirten eine neue Kreditmöglichkeit bei niedrigen Zinssätzen; eine Bestimmung des "Clayton Antitrust-Gesetzes" verbot den Arbeitgebern, die Gerichte dazu zu benutzen, Streiks niederzuschlagen; das "Gesetz über die Seeleute" von 1915 sorgte für die Hebung der Lebens- und Arbeitsbedingungen des Personals der Hochsee- und Binnenschiffahrt; der *Federal Workingman's Compensation Act* von 1916 sprach Angestellten der Bundesregierung Renten für Gesundheitsschäden zu, die sie sich während der Arbeit

zugezogen hatten, und das "Adamson-Gesetz" desselben Jahres führte den Achtstundentag für alle bei Eisenbahngesellschaften Beschäftigten ein.

In der von solchen Reformen erfüllten Amtszeit Wilsons machte auch der Kampf für das Frauenwahlrecht rasche Fortschritte. Seit Ende der sechziger Jahre, d.h., seit der Zuerkennung des Wahlrechtes an die befreiten Sklaven, die einen mächtigen Ansporn für die Frauen bedeutet hatte, waren ihre Forderungen immer dringender geworden. Ein ganzes Menschenalter hindurch hatte der aktivere Flügel der Frauenbewegung unter Führung so fähiger Persönlichkeiten wie Elizabeth Cady Stanton und Susan B. Anthony — später waren Anne Howard Shaw und Carrie Chapman Catt hinzugekommen — ihre Sache mit einleuchtenden Argumenten vertreten und trotzdem nur enttäuschend geringe Ergebnisse erzielt. Erst zu Beginn der neunziger Jahre gaben einige Staaten im Westen unter dem Einfluss des mit der Populistenbewegung eingezogenen Reformwillens den Frauen das Wahlrecht, und in der sich anschliessenden "Periode des Fortschritts" folgten einige andere Staaten ihrem Beispiel. 1916 machte sich schliesslich der republikanische Präsidentschaftskandidat Charles Evans Hughes (wie auch der ehemalige Präsident Theodore Roosevelt) zum Fürsprecher dieser Idee, und Präsident Wilson, der dem Suffragettenwesen bis dahin ablehnend gegenübergestanden hatte, äusserte sich nun gleichfalls, wenn auch mit gewissen Einschränkungen, zugunsten des Frauenstimmrechts. Mit dem Kriegseintritt Amerikas hatten die amerikanischen Frauen Gelegenheit, ihren Wert für die Nation unter Beweis zu stellen: das gab den Frauenrechtlerinnen neue Hoffnung; sie entfalteten eine regere Werbetätigkeit als je zuvor, veranstalteten Umzüge, paradierten vor dem Weissen Haus und führten sogar Hungerstreiks durch. Im September 1918, am Vorabend wichtiger Kongresswahlen, forderte Wilson vor dem Kongress die Ausdehnung des Wahlrechtes auf alle Frauen des Landes als "entscheidend für die siegreiche Beendigung des Krieges". Der diese Forderung erfüllende 19. Zusatzartikel zur Verfassung wurde den Staaten im Juni 1919 übermittelt, und schon im Sommer 1920 war er ratifiziert. Bei den Präsidentschaftswahlen im November dieses Jahres gaben erstmalig auch die Frauen in den gesamten Vereinigten Staaten ihre Stimme ab.



Theodore Roosevelt, der 25. Präsident der Vereinigten Staaten, dem das Land vor allem eine gegen die Übergriffe von Grossbetrieben und Eisenbahnen gerichtete Antimonopolgesetzgebung sowie Naturschutzgesetze verdankt.

Es war der politische Wille des Volkes, der in dieser langen Liste von Reformen Gestalt gewonnen hatte, und es war Präsident Wilson zu danken, dass er so zum Ausdruck kam. Wilson war eine der aussergewöhnlichsten Persönlichkeiten in den Annalen der amerikanischen Präsidentschaft, denn er war ohne jene Robustheit, die nun einmal für Erfolge im rauhen Spiel des politischen Wettbewerbs unentbehrlich zu sein schien, im tiefsten Grunde ein Gelehrter und Staatsphilosoph, und seine Publikationen auf dem Gebiet der amerikanischen Politischen Wissenschaft *(Political Science)* wurden als bemerkenswerte Beiträge zum tieferen Verständnis des gesamten Feldes empfunden. Wilson betrachtete die Welt mit dem kühlen, leidenschaftslosen Blick des Wissenschaftlers, der gewohnt ist, den wechselnden Ereignissen des Tages auf den Grund zu gehen und sie in die grösseren prinzipiellen Zusammenhänge einzuordnen, und das Vertrauen des Volkes in ihn gründete mehr in der Gewissheit, dass Wilson in der Kompromisslosigkeit seines Denkens über den Gegensätzen des Augenblicks stand, als in bloss persönlichen Gefühlen für seine menschlichen Eigenschaften, wie sie seinen engeren Kreis in tiefer Freundschaft an ihn banden.

Doch weder seine wissenschaftlichen Leistungen noch seine Arbeit als Sozialreformer haben Wilsons Anspruch auf einen Platz in der Geschichte begründet: ein eigentümliches Schicksal hat ihm die Rolle des Kriegspräsidenten aufgezwungen und ihn vor allem andern zum Schöpfer jenes Friedens gemacht, der voll Unrast auf den ersten Weltkrieg folgte. Die mächtigen Kräfte, die während Wilsons zweiter Amtszeit frei wurden, sollten das amerikanische Volk in seinem innersten Wesen beeinflussen, denn nun, zum ersten Male in seiner Geschichte, war es vor die Verantwortung und die Gefahren gestellt, die eine Weltmachtstellung mit sich bringt.

Carrie Chapman Catt, die unermüdliche Vorkämpferin für das Frauenwahlrecht in Amerika. Sie begann ihr Werk um 1890 und erlebte seine Krönung durch den 19. Verfassungszusatz, der den Frauen die vollen bürgerlichen Rechte gab.



Amerika und die Gegenwart



"Die freien Völker der Welt erwarten von uns, dass wir ihnen helfen, ihre Freiheit zu bewahren."
—HARRY S. TRUMAN, Botschaft an den Kongress vom 12. März 1947.

Der Ausbruch des ersten Weltkrieges bedeutete für das amerikanische Volk ein jähes Erwachen, denn die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit war im Jahre 1914 völlig von der Innenpolitik in Anspruch genommen, und Europa lebte in ihren Vorstellungen vor allem als Träger einer stolzen kulturellen Tradition. Doch es dauerte nicht lange, und amerikanische Politiker wie auch die breiten Massen bekamen die Auswirkungen des Konflikts, der sich anfangs in so weiter Ferne abzuspielen schien, in zunehmendem Masse sowohl im wirtschaftlichen als auch im politischen Leben zu spüren. Die Industrie erhielt 1915 nach einer leichten Depression durch die Rüstungsaufträge der Alliierten neuen Auftrieb; die politischen Leidenschaften wurden durch die Propaganda beider kriegführender Parteien aufgepeitscht, und die englischen Massnahmen gegen die amerikanische Hochseeschiffahrt gaben der Regierung Wilsons ebenso Anlass zu scharfen Protesten wie die deutschen. Im Laufe der Monate rückte jedoch die diplomatische Auseinandersetzung zwischen Amerika und Deutschland immer mehr in den Vordergrund.

Im Februar 1915 hatte die deutsche Marineleitung ihre Absicht verkündet, alle die Gewässer um die britischen Inseln befahrenden Handelsschiffe zu versenken. Präsident Wilson dagegen machte in seiner Antwort darauf aufmerksam, dass die Vereinigten Staaten ihr traditionelles Recht auf Freiheit im Überseehandel nicht aufgeben würden, und erklärte, dass die USA Deutschland für alle Schäden an amerikanischen Schiffen und Staatsangehörigen "für voll verantwortlich halten" werde. Die deutsche Regierung antwortete ihrerseits, dass die von den Alliierten gegen Deutschland verhängte Blockade eine noch viel brutalere Waffe sei als selbst der uneingeschränkte U-Boot-Krieg, da sie einen grossen Teil der Zivilbevölkerung dem Hunger aussetzte, während der U-Boot-Krieg nur diejenigen in Mitleidenschaft zöge, die freiwillig ihr Leben auf dem Atlantik aufs Spiel setzten. Der U-Boot-Krieg jedoch war voll von Drama und erregte Aufsehen, während die Blockade langsam und unauffällig wirkte, und als im Frühjahr 1915 der englische Ozeandampfer "Lusitania" mit fast 1200 Menschen, darunter 128 Amerikanern, versenkt wurde, rief dieses Ereignis in Amerika ungeheure Empörung hervor.

Solche Schwankungen in der Haltung der Öffentlichkeit machten es Präsident Wilson, der wie kaum je ein Präsident seit Jeffersons Zeiten an den Frieden glaubte, unmöglich, eine konsequente Aussenpolitik zu führen; zu Beginn des Krieges hatte er seine Landsleute aufgefordert, "unparteiisch im Denken wie im Handeln" zu bleiben, und in einem Briefe aus der gleichen Zeit findet sich die Bemerkung, dass es für die Vereinigten Staaten ein grosses Unheil wäre, wenn sie in den Konflikt verwickelt "und damit jedes uneigennützigen Einflusses zu seiner Beilegung beraubt" würden. Aber Wilson — und viele seiner Berater — waren ebenso davon überzeugt, dass ein Sieg Deutschlands die Herrschaft des Militarismus über Europa bedeuten würde und nicht nur die Sicherheit der Vereinigten Staaten, sondern auch die Verwirklichung seines eigenen Traumes vom Weltfrieden gefährden müsste.

Diese Befürchtungen schienen durch die Rücksichtslosigkeit bestätigt zu werden, die der U-Boot-Krieg angenommen hatte. Als sich die deutsche Regierung jedoch am 4. Mai 1916 verpflichtete, den amerikanischen Forderungen entgegenzukommen und den U-Boot-Krieg zu beschränken, schien die U-Boot-Frage gelöst zu sein. Im November wurde Wilson für eine zweite Amtsperiode zum Präsidenten gewählt — nicht zuletzt deshalb, weil seine Partei mit dem Rufe "Wilson hat uns aus dem Krieg herausgehalten" in den Wahlkampf gegangen war. Noch im Januar 1917 verlangte Wilson in einer Rede vor dem Senat einen "Frieden ohne Sieg" und erklärte, nur ein solcher Friede werde von Dauer sein.

Neun Tage später jedoch teilte die deutsche Regierung in einer Note die Wiederaufnahme des uneingeschränkten U-Boot-Krieges mit und veränderte damit die gesamte Situation, denn nun setzte sich allgemein die Überzeugung durch, dass der Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg nicht mehr zu vermeiden war. Die Versenkung von fünf amerikanischen Schiffen folgte, und am 2. April 1917 forderte Wilson vom Kongress die Kriegserklärung an Deutschland. Die Regierung leitete unverzüglich die Mobilmachung der amerikanischen Streitkräfte, der Arbeiter, der Industrie und der Landwirtschaft ein; ein mächtiger Geleitzug nach dem anderen stach alsbald von amerikanischen Häfen in See, und bis zum Oktober 1918 war eine amerikanische Armee in Stärke von über 1,75 Millionen Mann nach Frankreich gebracht worden.

Als erste unter den amerikanischen Streitkräften trat die Kriegsmarine in Erscheinung und leistete den Engländern bei der Durchbrechung der U-Boot-Blockade entscheidende Hilfe. Im Sommer 1918 spielten dann aber auch frische amerikanische Truppen bei der Abweisung einer langerwarteten deutschen Grossoffensive eine ausschlaggebende Rolle zu Lande, und im November beteiligten sich mehr als eine Million amerikanischer Soldaten führend an der gewaltigen alliierten Offensive an der Maas und in den Argonnen, die den Durchbruch durch die vielgerühmte Hindenburglinie erzwang.

Auch Präsident Wilson selbst nahm einen entscheidenden Einfluss auf den Gang der Kriegsereignisse. Es trug wesentlich dazu bei, das Kriegsende rasch herbeizuführen, dass er, der von allem Anfang an den Standpunkt vertreten hatte, dass der Kampf nicht gegen das deutsche Volk, sondern gegen dessen selbstherrliche Regierung geführt werde, die Kriegsziele der Alliierten ausdrücklich klarmachte. Im Januar 1918 unterbreitete er dem Senat seine berühmten Vierzehn Punkte als Grundlage für einen gerechten Frieden. Er verlangte die Beseitigung geheimer diplomatischer Vereinbarungen, Garantien für die Freiheit der Meere, die Niederlegung der zwischen den Ländern bestehenden Wirtschaftsschranken, Abrüstung und eine Neuordnung der kolonialen Ansprüche unter Berücksichtigung der Interessen der einheimischen Bevölkerungen. Weitere, konkreter formulierte Punkte zielten darauf hin, den Völkern Europas das Selbstbestimmungsrecht und eine ungehinderte



Orlando (Italien), Lloyd George (Grossbritannien), Clemenceau (Frankreich) und Wilson (USA) auf der Pariser Friedenskonferenz von 1919. Die Konferenz hatte ihnen die Abfassung der Friedensverträge anvertraut.

wirtschaftliche Entwicklung zu sichern. Der vierzehnte Punkt des Programms fügte Wilsons Friedensgebäude den Schlusstein zu: er sah die Schaffung eines Völkerbundes vor, dessen Aufgabe es sein sollte, "grossen und kleinen Staaten in gleicher Weise gegenseitige Garantien für ihre staatliche Unabhängigkeit und für die Unverletzlichkeit ihres Gebietes" zu gewähren.

Als im Sommer 1918 die deutschen Armeen zurückgeschlagen worden waren, brach der Wille zur Fortsetzung des Krieges in Deutschland zusammen, und als vollends frische amerikanische Einheiten in steigender Zahl in Europa eintrafen, ersuchte die deutsche Regierung schliesslich Präsident Wilson, Waffenstillstandsverhandlungen auf der Grundlage der Vierzehn Punkte einzuleiten. Wilson überzeugte sich davon, dass dieses Gesuch von Vertretern des deutschen Volkes und nicht von der Militärclique ausgegangen war, und einigte sich mit den übrigen Alliierten darüber, den deutschen Vorschlag anzunehmen. Auf dieser Grundlage wurde dann am 11. November 1918 der Waffenstillstand geschlossen.

Wilson, der gehofft hatte, dass der endgültige Friedensvertrag ein echter Verhandlungsfriede sein werde, sah sehr wohl, dass die vom Kriege erhitzten Leidenschaften die Alliierten zu harten Forderungen hinreissen könnten, und musste diese seine Befürchtungen bald bestätigt sehen. Er gelangte zu der Überzeugung, dass der Völkerbund, von dem er vor allem anderen die Sicherung des Friedens in der Welt erwartete, nie verwirklicht werden könne, wenn er den Forderungen der übrigen Alliierten nicht entgegenkomme, und liess sich deshalb bei den Pariser Friedensverhandlungen einen seiner Vierzehn Punkte nach dem andern abhandeln. Das Wenige, das er erreichte, war meist negativ: die Abtretung Fiumes an Italien wurde durch seinen Widerstand vereitelt, die Abtrennung des gesamten Rheinlands von Deutschland, wie sie von Clemenceau beabsichtigt war, sowie die Annexion des Saargebiets durch Frankreich wurden von ihm verhindert und der Vorschlag, Deutschland mit den gesamten Kriegsschulden zu belasten, durch seinen Einfluss abgebogen. Von Wilsons positiven Vorschlägen zur Herbeiführung eines grosszügigen und dauerhaften Friedens war schliesslich ausser dem Völkerbund nur wenig übriggeblieben, und Wilson erlebte das tragische Schicksal, dass sein eigenes Land es ablehnte, dem unter seinem Einfluss entstandenen Völkerbund beizutreten. Dazu hatte auch die Tatsache beigetragen, dass ihn sein politisches Urteilsvermögen in einem entscheidenden Augenblick im Stich liess: es war ein elementarer politischer Fehler, kein führendes Mitglied der Opposition — der Republikanischen Partei — mit der amerikanischen Abordnung zu den Friedensverhandlungen nach Paris zu senden, und es war schwerwiegend, dass er sich in seinem Kreuzzug für den Eintritt Amerikas in den Völkerbund weigerte, selbst jene geringfügigen Konzessionen zu machen, die den vorwiegend republikanischen Senat für die Ratifizierung einer entsprechenden Vorlage gewonnen hätten. Nachdem er in Washington gescheitert war, versuchte er auf einer grossen Reise durch Amerika, das Volk direkt von seinem Standpunkt zu überzeugen, und vertrat seine Sache mit grösster Beredsamkeit. Die Anstrengungen der Friedensverhandlungen und die schwere Bürde seines Amtes während der Kriegszeit hatten jedoch an seinen Kräften gezehrt; am 25. September 1919 erlitt er in Pueblo im Staate Kolorado einen lähmenden Schlaganfall, von dem er sich nie mehr erholte. Im März 1920 wies der amerikanische Senat in der endgültigen Abstimmung sowohl den Versailler Vertrag als auch das Völkerbundsstatut zurück und brachte damit den Wendepunkt der amerikanischen Politik voll zum Ausdruck: Die Politik der Selbstbeschränkung *(isolation)* hatte begonnen, die idealistische Strömung mit Wilson ein Ende gefunden und einer Epoche der Lethargie das Feld geräumt.

Für die Präsidentschaftswahlen von 1920 stellte Wilsons eigene Partei den Gouverneur von Ohio, James M. Cox, der unter Wilson keine besonders ins Auge fallende Rolle gespielt hatte, als Kandidaten auf. Der überwältigende Sieg seines republikanischen Gegenspielers Warren G. Harding bewies jedoch eindeutig, wie tief sich die allgemeine Abneigung gegen die Ideen Wilsons eingeprägt hatte. Dies trat auch unter Harding, der es während des Wahlfeldzuges vermieden hatte, seinen Standpunkt zur Frage des Völkerbundes klar zu definieren, und seinen republikanischen Nachfolgern im Amt klar in Erscheinung; ihre Aussenpolitik folgte im grossen und ganzen der isolationistischen Linie.

Die von der Landwirtschaft abgesehen gute Konjunktur trug in den zwanziger Jahren ein Weiteres dazu bei, den konservativen Zug in der Politik der amerikanischen Regierung zu verstärken. Diese Politik liess sich von der Annahme leiten, dass die Prosperität allmählich alle Schichten der Bevölkerung erfassen müsse, wenn die Regierung nur nach besten Kräften für das Wohlergehen des privaten Unternehmertums sorge. So traten Handel und Industrie in den Mittelpunkt, ihr Gedeihen wurde zum A und O der Politik, und die im Geschäftsleben üblichen Methoden wurden auf alle anderen Gebiete übertragen. Wie

Franklin Delano Roosevelt versprach den Farmern von Kansas im Mittleren Westen beim Wahlkampf von 1932 einen "New Deal". Er gewann die Wahl dank seiner persönlichen Anziehungskraft und seines fortschrittlichen Programms.



Präsident Harding erklärte: "Was wir brauchen, ist eine Verminderung des Regierungseinflusses auf das Geschäftsleben und eine Verstärkung des Geschäftsgeistes in der Regierung." – "Amerikas Geschäft ist das Geschäft", echote Präsident Coolidge. – "Wir in Amerika", erklärte Präsident Hoover, "stehen dichter vor dem endgültigen Triumph über die Armut als je zuvor ein anderes Land in der Geschichte."

Aus solchen Gedankengängen heraus suchte die Politik der Republikaner möglichst günstige Bedingungen für die amerikanische Industrie zu schaffen. Die Zollgesetze von 1922 und 1930 richteten erneut hohe Zollschranken auf und räumten damit den amerikanischen Produzenten in einer Reihe von Gebieten Monopole auf dem heimischen Markt ein. Durch das zweite dieser Zollgesetze, den *Smoot-Hawley Act* von 1930, wurden derart hohe Zölle festgesetzt, dass mehr als tausend amerikanische Nationalökonomen Präsident Hoover ersuchten, ein Veto einzulegen. Sie sagten voraus, dass dieses Gesetz einschneidende Vergeltungsmassnahmen seitens anderer Staaten hervorrufen werde, und die Entwicklung nach 1930 hat ihre Voraussagen voll bestätigt. Die Bundesregierung nahm ferner auf Anregung des Finanzministers Andrew Mellon die Senkung der Steuern in Angriff; Mellon war der Ansicht, dass eine zu hohe Einkommensteuer die besitzenden Kreise davon abhalten werde, ihr Geld in neuen Industrieunternehmungen anzulegen, und der Kongress gab zwischen 1921 und 1929 durch eine Reihe von Gesetzen seine Zustimmung zu Mellons Vorschlägen und hob die im Kriege eingeführte höhere Einkommensteuer und die Steuer auf Kriegs- und Körperschaftsgewinne entweder ganz auf oder senkte sie erheblich.

Wenn immer die Prinzipien des privaten Unternehmertums auf dem Spiele standen, zogen die republikanischen Regierungen zu ihrer Verteidigung zu Feld. Die verschiedenen *Transportation Acts* von 1920 hatten noch in den letzten Monaten der Amtszeit des Präsidenten Wilson die Eisenbahnen des Landes von der scharfen Überwachung durch die Regierung, wie sie während der Kriegszeit bestanden hatte, befreit und sie den Unternehmern wieder unterstellt. Darüber hinaus verfügten die Gesetze, dass die Gewinne der einträglicheren Strecken zum Teil für den Unterhalt der weniger rentablen verwendet werden sollten. Die gleichen Grundsätze wurden auf die Handelsflotte angewandt, die sich zwischen 1917 und 1920 im Besitz der Regierung befunden hatte und weitgehend von ihr betrieben worden war. Auf Grund zweier in den Jahren 1920 und 1928 verabschiedeter Gesetze verkaufte die Regierung die Handelsflotte unter günstigen Bedingungen an private Unternehmer und gab die Garantie, dass die Verluste solcher Gesellschaften, die wenig einträgliche Schiffahrtslinien befuhren, ersetzt werden würden. Die Regierung gewährte überdies Darlehen für Schiffsneubauten, vergab günstige Postbeförderungskontrakte und half der Handelsflotte durch andere mittelbare Subventionen.

Am besten von allen vom privaten Unternehmertum beherrschten Industriezweigen fuhr wohl die Elektrizitätswirtschaft. Während des Krieges hatte die Regierung zwei grosse Stickstoffwerke am Fusse der Muscle Shoals, einer fast 60 Kilometer langen, von Stromschnellen durchsetzten Strecke des Tennessee, gebaut und entlang des Flusslaufes eine Anzahl von Staudämmen errichtet, um die dafür nötige elektrische Energie zu erzeugen. Im Jahre 1928 billigten beide Häuser des Kongresses eine Vorlage, um die Regierung zur Erzeugung und zum Verkauf von Kraftstrom an Privatpersonen zu ermächtigen; Präsident Hoover lehnte sie jedoch mit einem scharfen Veto ab, und erst unter Präsident Franklin D. Roosevelt wurde der Musterbetrieb der *Tennessee Valley Authority* (*TVA*, d.h. Tennessee-Talverwaltung) als Erweiterung des Projekts geschaffen.



Wendell Willkie eröffnet die Kampagne für die Präsidentenwahlen von 1940 in seiner Heimatstadt Elwood, Indiana. Trotz Willkies Energie, die ihn zu einem beachtlichen Gegenspieler machte, wurde Roosevelt ein drittes Mal gewählt.

Nirgendwo stiess die konservative Politik der republikanischen Regierung auf schärfere Kritik als in der Landwirtschaft, denn auf die Farmer entfiel der geringste Anteil an der Prosperität der zwanziger Jahre. In der Zeit zwischen 1900 und 1920 hatten die Farmen durch die steigenden Preise für Agrarprodukte eine allgemeine Blütezeit erlebt, und die beispiellose Nachfrage nach amerikanischen landwirtschaftlichen Erzeugnissen während des ersten Weltkrieges hatte sich als starker Produktionsanreiz ausgewirkt. Die Farmer hatten bis dahin noch unbebauten, weniger fruchtbaren Boden oder seit langem brachliegende Anbauflächen im Kriege neu bestellt, und da der Dollarwert der amerikanischen Farmen sich verdoppelt und in verschiedenen Gegenden sogar verdreifacht hatte, hatten sie Waren und Maschinen erwerben können, die sie sich zuvor nie hatten leisten können. Gegen Ende des Jahres 1920 erlebte die auf die Erzeugung von Stapelprodukten eingestellte Landwirtschaft mit dem plötzlichen Fortfall der kriegsbedingten Nachfrage jedoch einen Niedergang, von dem sie sich nicht zu erholen vermochte, und die allgemeine Wirtschaftskrise nach 1930 trug weiter dazu bei, die bereits ernste Situation zu verschlimmern.

Unter den verschiedenen Ursachen, von denen sich die Depression in der amerikanischen Landwirtschaft herleiten lässt, war der Verlust einer Reihe von Auslandsmärkten wohl die wichtigste. In Ländern, aus denen die Vereinigten Staaten nichts importierten, konnten die Versuche amerikanischer Farmer, ihre Erzeugnisse abzusetzen, nur wenig Erfolge verbuchen, und so wurden die amerikanischen Exporteure von den argentinischen und australischen Viehzüchtern, den kanadischen und polnischen Specklieferanten, den argentinischen, australischen, kanadischen, russischen und mandschurischen Weizenexporteuren sowie von den indischen, chinesischen, russischen und brasilianischen Baumwollproduzenten verdrängt. Allmählich schlossen sich die Tore des Weltmarktes, und die Bevölkerung des eigenen Landes allein, die nicht mehr länger mit der gewohnten Schnelligkeit zunahm, vermochte den Rückgang in der Nachfrage nicht auszugleichen.

Als die Krise in der Landwirtschaft sich in den zwanziger Jahren verschärfte, wandten sich die Farmer mit Plänen und eindringlichen Hilferufen an die Bundesregierung. Meist forderten sie die Regierung auf, im Einvernehmen mit den Farmern den für den heimischen Markt bestimmten landwirtschaftlichen Erzeugnissen eine von dem zu exportierenden Überschuss verschiedene Behandlung zuteil werden zu lassen und die Preise auf dem Inlandsmarkt in einer Höhe festzusetzen, die eine gewinnbringende Bewirtschaftung ermöglichte; der Überschuss sollte zu den auf dem Weltmarkt gezahlten niedrigeren Preisen abgestossen werden. Einer der Pläne dieser Art wurde durch Veto des Präsidenten Coolidge zum Scheitern gebracht, und Präsident Hoover begünstigte freiwillige Massnahmen der Farmergenossenschaften zur Stabilisierung der Preise. Als seine Amtsperiode zu Ende ging, hatte sein Projekt jedoch noch nichts zur Lösung des Problems beigetragen.

Auch die Beschränkung der Einwanderung – ein weiteres Ergebnis der Entwicklung der zwanziger Jahre – war kennzeichnend für den gründlichen Wandel der amerikanischen Politik. Während der ersten fünfzehn Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts hatten über dreizehn Millionen Menschen den Weg in die Vereinigten Staaten gefunden. Eine steigende Ablehnung der uneingeschränkten Einwanderung – aus einer Reihe von Gründen – war jedoch schon längere Zeit bemerkbar gewesen: die Idee, ein grosses Reich im Inneren besiedeln zu müssen, war aus dem amerikanischen Bewusstsein geschwunden, und das

Land zeigte den neuen Einwanderern aus Süd- und Osteuropa gegenüber weniger Aufnahmebereitschaft als zuvor den Einwanderern aus Nord- und Westeuropa. Durch eine Reihe von Massnahmen, die in dem Gesetz über die Einwanderungsquote von 1924 gipfelten, wurde die alljährliche Einwandererzahl auf 150 000 beschränkt und diese Zahl auf die verschiedenen Nationalitäten im Verhältnis zur Anzahl ihrer im Jahre 1920 in den USA lebenden Landsleute verteilt. Das Gesetz hatte eine Auswahl der Einwanderer zur Folge und brachte durch die drastische Einwanderungsbeschränkung eine der grössten Völkerwanderungen der Weltgeschichte, die sich über dreihundert Jahre erstreckt hatte, zum Abschluss. Allein zwischen 1820 und 1929 waren über zweiunddreissig Millionen Menschen aus Europa in die Vereinigten Staaten eingewandert und hatten dort eine neue Heimat gefunden, ein neues Leben begonnen und die Kultur des Landes wesentlich bereichert.

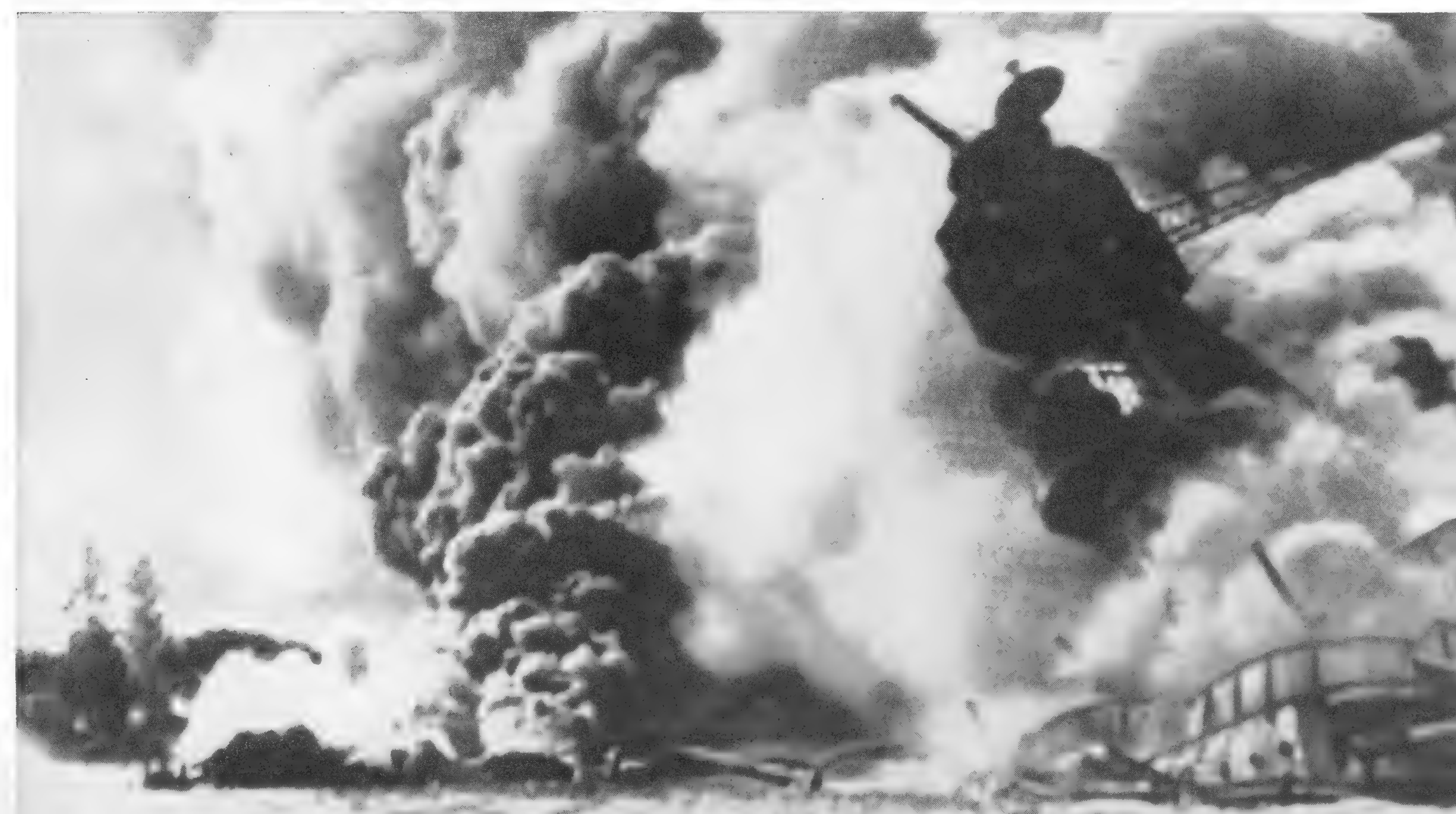
Während auf diese Weise der Einwanderungsstrom bis auf ein schmales Rinnsal versickerte, fand umgekehrt eine Abwanderung von Amerikanern nach Europa statt, die zwar zahlenmässig nur gering, in anderer Hinsicht aber höchst bedeutsam war. Diese Auswanderer aus Amerika waren weder Arbeiter noch Bauern, sondern meist Schriftsteller und Intellektuelle, und ihr Auszug war nicht Teil einer grossen Völkerwanderung, sondern Ausdruck einer kritischen Haltung der amerikanischen Kultur gegenüber. Ihre Überzeugung, dass Kunst und Geisteswissenschaften in den Vereinigten Staaten keinen guten Boden finden könnten, hatte sie in die Emigration getrieben; Paris vor allem wurde ihr selbstgewähltes Exil. Diese amerikanische Kritik an Amerika — und es waren schon immer die Schriftsteller und Künstler gewesen, die ihre Ungeduld mit den nationalen Untugenden zum Ausdruck gebracht hatten — erreichte nach 1920 einen Höhepunkt, denn gerade die Prosperität dieser Epoche schien den Beweis dafür zu erbringen, dass in den Vereinigten Staaten eine übertrieben materialistische Lebensform Eingang gefunden hatte.

Noch eindringlicher vielleicht klang ihre Klage über amerikanischen "Puritanismus", der in dem Verbot der Herstellung und des Verkaufs alkoholischer Gertränke, das nach fast einem Jahrhundert erregter Debatten im Jahre 1919 durch den Achtzehnten Verfassungszusatz zum Gesetz geworden war, Ausdruck zu finden schien. Das Alkoholverbot sollte nach dem Willen seiner Befürworter Amerika von seinen Kneipen und von der Trunksucht befreien; allein, es rief nur Tausende von geheimen Ausschankstellen ins Leben und eröffnete den Alkoholschmugglern eine einträgliche neue Laufbahn. Dass ein Gesetz bestand, das allgemein übertreten wurde, wurde überdies moralisch als eine Heuchelei empfunden, und für viele denkende Amerikaner wurde das Alkoholverbot bald zum Symbol für eine nationale Unzulänglichkeit, an Bedeutung nur der weitgreifenden politischen Korruption unter Hardings Regierung vergleichbar. Unerbittliche Kritik wurde nunmehr zum Leitmotiv der amerikanischen Literatur. Der Journalist und Kritiker H. L. Mencken, der Lebensstil und Wesen der Amerikaner schonungslos angriff, wurde in weiten Kreisen gelesen, und Sinclair Lewis, dessen Satiren auf das Leben des amerikanischen Mittelstandes (vor allem "Die Hauptstrasse" und "Babbitt") sich tief in das Bewusstsein des Volkes eingruben, schrieb für ein Publikum, mit dem sich das keines andern Romanschriftstellers seiner Art an Zahl messen kann. Es liegt viel Ironie in der Tatsache, dass diese amerikanische Kritik an Amerika gerade in einer Zeit höchster wirtschaftlicher Konjunktur hervortrat; die Wirtschaftskrise und wenig später die Gefahren, die durch Militarismus und Faschismus vom Ausland her drohten, führten die amerikanische Intelligenz in ihre Heimat zurück und flössten ihr eine neue, tiefere Achtung für die menschlichen Werte der demokratischen Tradition Amerikas und für seine grossen materiellen Hilfsquellen ein.

Während der zwanziger Jahre hatte es den Anschein, als ob die wirtschaftliche Blüte niemals ein Ende haben würde, und selbst noch nach dem Börsenkrach vom Herbst 1929 ergingen sich die höchsten Stellen in optimistischen Prophezeiungen. Aber die Krise verschärfte sich unaufhaltsam, und das Wirtschaftsleben des Landes brach in einem schwindelerregenden Tempo zusammen; Millionen, die ihr Geld in Aktien angelegt hatten, verloren ihre gesamten Ersparnisse, grosse Firmen schlossen ihre Tore, Fabriken wurden stillgelegt, Banken brachen zusammen; die Bautätigkeit kam fast völlig zum Stillstand; bittere, verzweifelte Arbeitslose liefen zu Millionen strassauf, strassab, um Arbeit zu suchen; Hunderttausende von Familien wurden obdachlos, und die Steuereinnahmen gingen so erheblich zurück, dass Städte und Landkreise oft nicht einmal mehr in der Lage waren, die Lehrer zu bezahlen. Die Vereinigten Staaten hatten seit der längst vergessenen Wirtschaftskrise der siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts nichts Ähnliches erlebt.

Als das amerikanische Volk sich von der ersten Erschütterung erholt hatte und daran ging, nach Gründen für einen Zusammenbruch dieses Ausmasses zu suchen, musste es allmählich erkennen, dass die prächtige Fassade der zwanziger Jahre einige bedrohliche Sprünge im Gebäude nur oberflächlich zugedeckt hatte. Das Hauptübel hatte in dem ausserordentlichen Missverhältnis zwischen der Produktionskraft der amerikanischen

Während in Washington noch Verhandlungen geführt wurden, eröffneten die Japaner am 7. Dezember 1941 mit einem überraschenden Luftangriff auf den Hafen von Pearl Harbor auf Hawai die Feindseligkeiten. Ihr Überfall einte 130 Millionen Amerikaner in fester Entschlossenheit, der Bedrohung durch die totalitären Staaten ein Ende zu machen.



Industrie und der Aufnahmefähigkeit des amerikanischen Verbrauchermarktes bestanden, denn die in der Kriegszeit und in den Nachkriegsjahren eingeführten verbesserten Produktionsverfahren hatten die Leistungsfähigkeit der amerikanischen Industrie in so grossem Ausmass gesteigert, dass die Kaufkraft der amerikanischen Industriearbeiter und Farmer nicht mehr damit Schritt halten konnte. Die Ersparnisse der kapitalkräftigen Gruppen und des Mittelstandes hatten sich andererseits so erheblich vermehrt, dass sich kaum noch Möglichkeiten für gesunde Kapitalanlagen fanden, und die Folge war, dass diese Kapitalien stattdessen in fieberhafte Börsen- und Grundstückspekulationen hineingezogen wurden. Der Krach des Aktienmarktes aber war lediglich der erste in einer Kette von Zusammenbrüchen, die das ganze unsichere Gebäude der Spekulation in Trümmer legten.

Dass der Wahlfeldzug für die Präsidentschaftswahlen des Jahres 1932 die Form einer Diskussion über die Ursachen der grossen Wirtschaftskrise und die Möglichkeiten zu ihrer Behebung annahm, war unter diesen Umständen nur natürlich. Herbert Hoover, den ein unglückliches Geschick knapp acht Monate vor dem grossen Börsenkrach in das Weisse Haus hatte einziehen lassen, war ein Mann mit grossen Verdiensten um die Linderung der Nachkriegsnot in Europa, dessen ausserordentliche Fähigkeiten ihm sehr wohl einen Anspruch auf einen hervorragenden Platz in der Reihe der amerikanischen Präsidenten gesichert hätten. Alle seine rastlosen Bemühungen, die Räder der Industrie wieder in Gang zu setzen, waren jedoch daran gescheitert, dass er in einer überholten Auffassung von den Aufgaben der Bundesregierung befangen blieb und es so verfehlte, wirklich einschneidende Massnahmen zu ergreifen. Sein demokratischer Gegenkandidat Franklin D. Roosevelt dagegen hatte bereits zu Beginn der Krise als Gouverneur von New York grosse Beliebtheit erlangt und vertrat den Standpunkt, dass die Depression von strukturellen Mängeln des amerikanischen Wirtschaftssystems verursacht worden sei, dass die Politik der Republikanischen Partei während der zwanziger Jahre diese Mängel nur verschärft und dass Hoover nichts zu ihrer Behebung unternommen habe. Präsident Hoovers Antwort darauf lautete, dass die amerikanische Wirtschaft von Grund auf gesund sei und dass die Erschütterungen von einer allgemeinen Krise der Weltwirtschaft herrührten, deren Ursachen auf den Weltkrieg zurückgingen. Hinter ihren Argumenten aber stand deutlich ein grundlegender Unterschied: Hoover hätte es im grossen und ganzen vorgezogen, das Eintreten eines natürlichen Erholungsprozesses abzuwarten, während Roosevelt bereit war, die Autorität der Bundesregierung für kühne Eingriffe und neue Wege in Anspruch zu nehmen. Die Wahl brachte Roosevelt mit 22,8 Millionen Stimmen gegenüber Hoovers 15,7 Millionen einen überwältigenden Sieg.

Der neue Präsident entstammte der begüterten Oberschicht des Landes; sein Verständnis für das ganze Volk war jedoch tief, und die heitere Zuversicht, mit der er den Tagesproblemen zu Leibe ging, gewann schon nach kurzer Zeit die Amerikaner für seine Pläne, die schon in den allerersten Wochen seiner Amtszeit in der als *New Deal* berühmt gewordenen Reihe weitreichender Reformen Gestalt gewannen. Dieser *New Deal* ist gelegentlich einmal die "Roosevelt-Revolution" genannt worden; in Wirklichkeit aber hatte in ihm nur eine Reihe von Reformen einen intensiven Ausdruck gefunden, die sich durch ein halbes Jahrhundert langsam vorbereitet hatten. Denn in den Vereinigten Staaten, die über gewaltige Hilfsquellen verfügten und weite, unbesiedelte Binnengebiete zu besiedeln hatten, erkannte man zuletzt unter den grossen Ländern des Westens die Notwendigkeit entschiedener staatlicher Eingriffe in das Wirtschaftsleben; man kann mit einer gewissen Berechtigung sagen, dass der *New Deal* in den Vereinigten Staaten lediglich eine Reformgesetzgebung einführte, wie sie Engländern, Deutschen und Skandinaviern schon seit über einem Menschenalter vertraut war. Darüber hinaus gipfelte eine Tendenz, deren Entwicklung sich durch Jahrzehnte verfolgen lässt, im *New Deal*, die auf die Überwindung des ungehemmt-freien Spiels der wirtschaftlichen Kräfte (laissez-faire) drängte und in ihren Anfängen auf die Eisenbahngesetzgebung der achtziger Jahre und die Welle der einzel- und bundesstaatlichen Reformgesetze der Epoche Theodore Roosevelts und Wilsons zurückgeht. Das entschieden Neue am *New Deal* war nur die Schnelligkeit, mit der hier ein Werk von Generationen getan wurde, sowie die Unaufhaltsamkeit, mit der die Bundesregierung in Verwaltungsgebiete eindrang, die bisher ausschliesslich den Regierungen der Einzelstaaten vorbehalten gewesen waren. Zahlreiche Reformen des *New Deal* waren mit einem gewissen Mangel an Sorgfalt formuliert und wurden unzureichend durchgeführt, und einige von ihnen standen sogar im Widerspruch zu anderen; aber eine gewisse Verwirrung war unvermeidlich, wo es darum ging, Probleme von so riesigem Ausmass in so kurzer Frist zu lösen. Trotz aller Eile, mit der Entscheidungen gefällt und ausgeführt wurden, blieb jedoch während der gesamten *New Deal*-Epoche das demokratische Verfahren der öffentlichen Kritik und Diskussion ununterbrochen in Gang; im Gegenteil, der *New Deal* belebte und vertiefte das Interesse des einzelnen Staatsbürgers an der Arbeit seiner Regierung.

Als Roosevelt seinen Amtseid leistete, waren Bank- und Kreditwesen der Nation völlig gelähmt. Mit erstaunlicher Schnelligkeit wurden nun die gesunden Banken aus der Gesamtheit der Geldinstitute ausgesondert und wieder eröffnet; eine gemässigte und gesteuerte Inflation des Geldvolumens wurde eingeleitet, um eine Aufwärtsentwicklung der Preise anzubahnen und die Last der Schuldner zu erleichtern, und neugeschaffene Bundesbehörden gaben Industrie und Landwirtschaft Möglichkeiten, zu grosszügigen Bedingungen neue Kredite aufzunehmen; Bankspareinlagen bis zu einer Höhe von 5000 Dollar wurden versichert und der Verkauf von Wertpapieren an der Börse streng geregelt.

Auch die Landwirtschaft sah tiefgreifende Reformen. Nachdem das Oberste Bundesgericht



Nach monatelanger, eingehender Vorbereitung landeten am 6. Juni 1944 die ersten alliierten Truppen in Frankreich. Caen, Carentan und Cherbourg waren die ersten Ziele.



1936 das "Gesetz über die Reorganisierung der Landwirtschaft" *(Agricultural Adjustment Act,* im Jahre 1933 vom Kongress erlassen), das drei Jahre in Kraft gewesen war, als verfassungswidrig annulliert hatte, erliess der Kongress ein zweites, noch wirksameres Farmhilfsgesetz. Nach seinen Bestimmungen gewährte die Regierung Barsubventionen an solche Farmer, die sich bereit erklärten, einen Teil ihres Bodens mit bodenkonservierenden Pflanzen anzubauen oder in anderer Weise an den langfristigen Zielen dieser landwirtschaftlichen Hilfsmassnahmen mitzuarbeiten. Bis 1940 hatten sich fast sechs Millionen Farmer an dem Programm beteiligt und erhielten Subventionen durch die Bundesregierung. Das neue Gesetz sah auch die Gewährung von Darlehen auf Ernteüberschüsse, eine Versicherung der Weizenernte und einen planmässigen Aufbau von Vorräten vor, um dem Lande und den Farmern eine "stets normale Getreideversorgung" zu sichern. Infolge dieser Massnahmen zogen die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse an, und geordnete Verhältnisse in der Landwirtschaft rückten wieder in den Bereich des Möglichen.

Ein weiteres Ziel der Gesetzgebung bestand darin, die Pächter wirtschaftlich unabhängig zu machen. Zu diesem Zweck gewährte die Bundesregierung Pächtern zu günstigen Bedingungen finanzielle Beihilfen für den Ankauf von Farmen, übernahm die Rückzahlung von Darlehnsschulden und brachte damit gleichzeitig auch den Hypothekengläubigern Erleichterung; eine neu errichtete Überbrückungsgesellschaft *(Commodity Credit Corporation)* lieh den Farmern Geld. Zur selben Zeit bemühte sich Aussenminister Cordell Hull, verschiedene Auslandsmärkte durch zweiseitige Abkommen zurückzugewinnen und so den Zug zur Autarkie zu durchbrechen, der sich die Vereinigten Staaten in der Ära hoher Zölle genähert hatten. Unter den Bestimmungen des Gesetzes über Handelsabkommen *(Trade Agreement Act)* vom Juni 1934 schloss Aussenminister Hull bedingungslose, zweiseitige Meistbegünstigungsverträge mit Kuba, Kanada, Frankreich, Russland und rund zwanzig weiteren Ländern ab. Das brachte dem amerikanischen Aussenhandel in Jahresfrist einen wesentlichen Aufschwung, und bis 1939 hatte sich der Ertrag aus der Landwirtschaft gegenüber 1932 mehr als verdoppelt.

Das *New Deal*-Programm für die Industrie musste in den Anfangsjahren der Regierung Roosevelt ein Versuchsstadium durchmachen. Schon 1933 war die "Amerikanische Wiederaufbauverwaltung" *(National Recovery Administration – NRA)* geschaffen worden, unter deren Führung jeder Geschäftszweig ermächtigt wurde, Vereinbarungen über einen "fairen Wettbewerb" zu treffen. Solche Vereinbarungen enthielten in der Regel Bestimmungen über die Festsetzung von Mindestpreisen und über Produktionsbeschränkung und sicherten den Arbeitern die 40-Stundenwoche und Mindestlöhne zwischen 12 und 15 Dollar je Woche zu. Das *NRA*-Programm enthielt zahlreiche Ideen, die in weiten Kreisen der Industrie verbreitet gewesen waren, und beruhte im wesentlichen auf dem Gedanken, dass man der Wirtschaftskrise durch Drosselung der Produktion und Festsetzung höherer Preise Herr werden könne. Aber noch bevor die *NRA* im Mai



Amerikanische, englische und sowjetrussische Delegierte in Dumbarton Oaks (bei Washington). Sie berieten mehrere Wochen über die Probleme der Nachkriegszeit und schufen einen Plan für eine Weltsicherheitsorganisation.

1935 vom Obersten Bundesgericht als verfassungswidrig erklärt wurde, hatte sich in weiten Kreisen die Auffassung durchgesetzt, dass die "Wiederaufbauverwaltung" ein Fehlschlag war. Zu dieser Zeit hatte sich jedoch bereits, durch andere Massnahmen angeregt, eine allmähliche Gesundung angebahnt, und man liess den Gedanken fallen, Vereinbarungen für ganze Industriezweige einzuführen. Die Regierung wechselte ihren Kurs und machte sich nunmehr die Auffassung zu eigen, dass behördlich vorgeschriebene Preise in bestimmten Wirtschaftszweigen eine schwere Belastung für die übrige Volkswirtschaft und einen Hemmschuh für die Wiedergesundung darstellten. Im Jahre 1938 schuf der Kongress auf Roosevelts Ersuchen ein "Nationales Interims-Wirtschaftskomitee" *(Temporary National Economic Committee)*, das wichtige Untersuchungen des Monopolproblems in der amerikanischen Industrie durchführte. Es dauerte jedoch nicht lange, und kritische Beobachter des Vorgehens der Regierung wiesen darauf hin, dass die Auffassungen, der das TNEC seine Entstehung verdankte, in einem ausgesprochenen Gegensatz zu den Ideen standen, die zur Bildung der NRA geführt hatten.

In der Zwischenzeit war jedoch der Wiederaufbau erheblich fortgeschritten. Die Bundesregierung hatte Milliarden von Dollar für die Arbeitslosenunterstützung, für öffentliche Vorhaben sowie für Arbeiten zur Erhaltung der natürlichen Hilfsquellen des Landes ausgegeben und erweckte durch solche "Ansaugausgaben" auf dem Inlandsmarkt eine verstärkte Nachfrage nach Erzeugnissen der amerikanischen Industrie. Auch die Fortschritte der organisierten Arbeiterschaft, die während des *New Deal* grösser waren als je zuvor im Laufe der amerikanischen Geschichte, und die stark gestiegenen Lohnauszahlungen in der Privatwirtschaft schufen frische Kaufkraft. Absatz 7a des "Gesetzes über die amerikanische Wiederaufbauverwaltung" hatte der Arbeiterschaft das Recht auf Kollektivverhandlungen zugesichert, und obwohl Art und Weise der Durchführung dieser Bestimmung nach der Ansicht führender Gewerkschaftsfunktionäre nicht vollkommen waren, machte der gewerkschaftliche Zusammenschluss der Arbeiter unter dem Gesetz gute Fortschritte. Im Juli 1935 verabschiedete der Kongress als Ersatz für die auf die Arbeiterschaft bezüglichen Bestimmungen des aufgehobenen "Gesetzes über die amerikanische Wiederaufbauverwaltung" ein neues "Gesetz zur Regelung der Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern" *(National Labor Relations Act)*, durch das ein Bundesausschuss zur Überwachung von Kollektivverhandlungen eingesetzt wurde. Dieser Ausschuss sorgte unter anderem für die Durchführung von Wahlen, um den Arbeitern die freie Entscheidung darüber zu geben, welche Organisation sie bei Verhandlungen mit den Arbeitgebern vertreten sollte.

Die Enttäuschung einer Reihe der grossen Industriegewerkschaften über den Amerikanischen Gewerkschaftsverband *AFL*, der grundsätzlich allein die Facharbeiter zu erfassen suchte und deshalb nur zögernd an die Werbung der noch unorganisierten Arbeiter heranging, führte um jene Zeit zur Spaltung der Gewerkschaften und zur Bildung des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes *CIO (Congress of Industrial Organizations)*. Die *CIO* konnte bald grosse Erfolge in der Organisation der Arbeiterschaft, vor allem in wichtigen Schlüsselindustrien wie der Automobil- und Stahlindustrie, auf ihr Konto buchen und trug so auch zum Anwachsen der *AFL*, die sich gegen die neue scharfe Konkurrenz zu behaupten hatte, bei: aus vier Millionen organisierter Arbeiter im Jahre 1929 wurden 1939 rund elf Millionen und 1948 sogar sechzehn Millionen Gewerkschaftsmitglieder. Der steigende Einfluss, den die Gewerkschaften damit auf die Industrie ausüben konnten, wirkte sich auch politisch aus, je mehr durch die organisatorische Zusammenfassung das Bewusstsein der Gemeinsamkeit der Interessen auch in der Politik bei der Arbeiterschaft durchdrang.

An das Problem der Altersversorgung der Arbeiter sowie des Unterhalts von Angehörigen arbeitsunfähiger Arbeitnehmer wurde durch das "Sozialversicherungsgesetz" *(Social Security Act)* von 1935 herangegangen, das Arbeitern



Diese berühmt gewordene Aufnahme zeigt Marinetruppen der USA beim Aufpflanzen der amerikanischen Flagge auf der strategisch wichtigen Insel Iwo Jima, die nach 26tägigen Kämpfen von 60 000 Mann genommen wurde.

zahlreicher Berufsgruppen nach Erreichen des 65. Lebensjahres eine bescheidene Rente zusprach. Der Versicherungsfonds für diese Rente wurde durch Beiträge in gleicher Höche von Arbeitnehmern und Arbeitgebern zusammengetragen. Arbeitslosenunterstützung für Arbeitsfähige aller Altersgruppen wurde von den Einzelstaaten aus Sonderkassen gezahlt, die durch eine vom Bund verfügte obligatorische Lohnsteuer gespeist wurden, und von 1938 an gab es in jedem Einzelstaat eine mehr oder weniger ausgebaute Arbeitslosenversicherung.

Wiederholte Dürreperioden in den dreissiger Jahren regten zum Erlass eines "Gesetzes zur Gesamtregulierung der Wasserkräfte" *(Omnibus Flood Control Bill)* an, das die Anlage einer Reihe grosser Staubecken und Wasserkraftwerke und Tausender von kleinen Dämmen vorsah. Der natürliche Reichtum des Landes, der den Amerikanern so unbegrenzt erschienen war, war bis zu jener Zeit in unverantwortlicher Weise vernachlässigt worden: gutes Ackerland war durch Raubbau der Nutzung entzogen und die Wälder waren ohne Rücksicht auf die Notwendigkeit der Aufpflanzung kahl geschlagen worden; so hatte die Bodenerosion in vielen Gebieten bereits tiefe und hässliche Narben in die Flur gegraben. Nun wurde der Kampf dagegen mit einem gigantischen Bodenkonservierungsprogramm neu aufgenommen, das vor allem die weiten Ebenen des Mittleren Westens erfasste und zum Anbau eines ausgedehnten Schutzgürtels von Bäumen führte. Andere segensreiche Wirkungen des Gesetzes ergaben sich aus der Verhütung der Verunreinigung fliessender Gewässer, der Schaffung von Fisch-, Wild- und Vogelschutzgebieten, der Erhaltung von Kohle-, Erdöl-, Ölschiefer-, Erdgas-, Natrium- und Heliumvorkommen, der Sperrung bestimmter Weidegebiete für die Besiedlung und der erheblichen Erweiterung der Staatsforsten.

Von all diesen Massnahmen hatte vielleicht die Schaffung der Tennessee-Talverwaltung *(TVA)* die grösste Bedeutung für die Zukunft, denn hier war es von allem Anfang das Ziel, sozial und wirtschaftlich neue, unbetretene Wege zu gehen. Eine Reihe von Dämmen — die Dämme von Norris, Pickwick, Chickamauga und andere mehr — entstanden und dienten neben den Hauptdämmen bei Muscle Shoals in Alabama der Schiffbarmachung, Hochwasserregulierung und Stickstoffgewinnung und darüber hinaus der Erzeugung elektrischer Energie. Die Regierung legte etwa 8400 Kilometer Überlandleitungen und verkaufte den elektrischen Strom an die Gemeinden der Umgebung zu Preisen, die niedrig genug waren, um weiten Absatz zu schaffen. Die so angebahnte Elektrifizierung des flachen Landes wurde überdies durch Kredite einer mit der *TVA* verknüpften Behörde weiter gefördert. Die *TVA* entzog ferner unrentables Ackerland der Bebauung und half den Eigentümern, neuen Farmboden zu finden; sie führte eine Reihe von Versuchen, vor allem über die Verwendungsmöglichkeiten von Phosphatdüngemitteln, durch, förderte die Volksgesundheit und richtete Erholungsstätten ein.

Das Programm zur Erschliessung des Columbia-Beckens stand der *TVA* an Bedeutung für die Entwicklung eines grossen Gebietes wenig nach. Die ersten Arbeiten dafür wurden 1933 am Grand Coulee-Damm im Staate Washington, 1937 am Bonneville-Damm, gleichfalls am Columbiastrom, von der Regierung begonnen. Beide Projekte (mit Einschluss einiger Nebendämme) sollten nach ihrer Fertigstellung über zwei Millionen Kilowatt Strom erzeugen und die Bewässerung und Wiederurbarmachung von mehr als 400 000 Hektar Land ermöglichen, die zuvor für die Bebauung unbrauchbar gewesen waren.

Fast die gesamte Aufbauarbeit unter dem *New Deal* war von schärfster Kritik nicht nur von seiten der Republikanischen Partei, sondern oft auch aus den Reihen der Demokratischen Partei selbst begleitet gewesen. Bei den Wahlen des Jahres 1936 konnte Präsident Roosevelt jedoch einen noch überzeugenderen Sieg erringen als 1932, obwohl sein republikanischer Gegenkandidat Alfred M. Landon, Gouverneur von Kansas, den *New Deal* mit grösster Leidenschaftlichkeit und Konsequenz angriff. (Spätere Präsidentschaftskandidaten der Republikanischen Partei— Wendell Willkie, 1940, und Thomas E. Dewey, 1944 und 1948, — erkannten im Gegensatz zu Landon eine ganze Reihe der Leistungen des *New Deal* an.) Bei den den Kongresswahlen für das Jahr 1938 vorausgehenden Vorwahlen (in denen die Parteien ihre Kandidaten auswählten) erlitt Roosevelt jedoch einen Rückschlag, als er versuchte, den fortschrittlichen Flügel seiner eigenen Partei durch eine Aufforderung an die Wähler zu stärken, gegen einige seiner erklärtesten Gegner zu stimmen. Da der amerikanische Wähler aber allen Versuchen, in die oft von den besonderen örtlichen Verhältnissen beeinflusste Wahl seiner Abgeordneten einzugreifen, höchst misstrauisch zu begegnen gewohnt ist, rief Roosevelts Vorgehen verschiedentlich eine Verstimmung hervor. Als sich die Misserfolge, die er mit solchen Eingriffen hatte, häuften, wurde offenbar, dass die Reformgesetzgebung des *New Deal* zumindest zeitweise im Kongress auf Widerstand stossen würde und dass mit einer Konsolidierungsperiode zu rechnen sei.

In allen Jahren zwischen 1932 und 1938 und wo immer die öffentliche Meinung Ausdruck fand, wurde über die Bedeutung des *New Deal* für Politik und Wirtschaft des Landes um Klarheit gerungen. Je mehr die Zeit verfloss, desto deutlicher wurde, dass die amerikanische Konzeption von den Aufgaben der Regierung in Fluss geraten war und dass die Idee einer grösseren Verantwortung der Regierung für die Wohlfahrt des Volkes ständig mehr Zustimmung fand. Eine Gruppe von Kritikern des *New Deal*, darunter auch der ehemalige Präsident Hoover, erhob sogar in ehrlicher Besorgnis den eindringlichen Vorwurf, dass die Ausweitung der Regierungsfunktionen in einem solchen Umfang letzten Endes

zur Aushöhlung aller Freiheiten des Volkes führen müsse. Präsident Roosevelt jedoch, von einer grossen Schar seiner Anhänger unterstützt, beharrte unbeirrt auf seiner Ansicht, dass alle Massnahmen, die das wirtschaftliche Wohlergehen förderten, auch Freiheit und Demokratie stärkten, und versicherte 1938 dem amerikanischen Volk in einer Radioansprache: "Die Demokratie ist in verschiedenen anderen grossen Nationen untergegangen, nicht weil die Völker dieser Länder die Demokratie ablehnen, sondern weil sie der Arbeitslosigkeit, der Unsicherheit und des Anblicks ihrer hungrigen Kinder müde geworden sind und weil die Verwirrung und die Schwäche ihrer Regierungen und der Mangel an Klarheit über die einzuschlagende Richtung in ihren führenden Schichten sie in tiefe Hilflosigkeit gestürzt haben. Am Ende stand die Verzweiflung und liess sie die Freiheit gegen eine Hoffnung auf Brot eintauschen. Wir in Amerika wissen, dass wir unsere demokratischen Einrichtungen erhalten können, aber um sie zu bewahren, müssen wir . . . beweisen, dass ein demokratisches Regierungssytem auch in der Praxis den Anforderungen genügen kann, die der Schutz des Volkes an sie stellt . . . Das amerikanische Volk ist in dem Bewusstsein vereint, dass es seine Freiheiten um jeden Preis verteidigen muss; die vorderste Verteidigungslinie aber liegt im Schutz unserer wirtschaftlichen Sicherheit."

Aber so eindrucksvoll Präsident Roosevelts innenpolitisches Programm auch war, noch bevor seine zweite Amtsperiode recht begonnen hatte, fielen die dunklen Schatten einer bedrohlichen aussenpolitischen Situation über seinen Weg. Jenseits der Meere hatte sich, kaum bemerkt vom Durchschnittsamerikaner, eine neue Gefahr für Frieden, Recht und schliesslich auch für die Sicherheit Amerikas zusammengeballt — die totalitären Regierungen in Japan, Italien und Deutschland — und bald nach 1930 schlug die erste dieser Nationen zu: Japan überfiel 1931 die Mandschurei, brach den chinesischen Widerstand und setzte ein Jahr darauf die Marionettenregierung von Mandschukuo ein. Italien unter dem Faschismus erweiterte seine Besitzungen in Libyen und unterwarf in den Jahren 1935/1936 Abessinien seiner Herrschaft. Deutschland, wo Adolf Hitler und seine NSDAP die Macht an sich gerissen hatten, besetzte das Rheinland wieder und leitete eine umfassende Wiederaufrüstung ein.

Als sich die wahre Natur der totalitären Staaten deutlicher abzuzeichnen begann, dämmerte im amerikanischen Volk die erste Besorgnis auf; als Deutschland, Italien und Japan aber in ihrer aggressiven Politik beharrten und ein kleines Land nach dem anderen angriffen, verwandelte sich die Besorgnis in Entrüstung. Im Jahre 1938, als Hitler Österreich dem Deutschen Reiche einverleibt hatte und von der Tschechoslowakei die Abtretung des Sudetenlandes forderte, schien der Krieg unmittelbar vor der Türe zu stehen. Das amerikanische Volk aber, das seine tiefe Ernüchterung über den Misserfolg des Kreuzzugs für die Demokratie im ersten Weltkrieg noch nicht überwunden hatte, gab der Welt zu verstehen, dass kriegführende Staaten unter keinen Umständen Hilfe von ihm erwarten könnten. Zug um Zug wurden zwischen 1935 und 1937 Neutralitätsgesetze verabschiedet, die Handel und Kreditgewährung an alle kriegführenden Staaten untersagten und um jeden Preis verhindern sollten, dass die Vereinigten Staaten erneut in einen ausseramerikanischen Krieg verwickelt würden.

Sowohl Präsident Roosevelt als auch Aussenminister Hull widersetzten sich von Anfang an diesen Gesetzen. Der Präsident nahm es auf sich, das amerikanische Volk über die zerstörende Wucht jener Kräfte aufzuklären, und versuchte, Amerika moralisch und materiell in Bereitschaft zu versetzen, denn er hatte sich schon seit langem eingehend mit dem Problem der internationalen Sicherheit befasst. Er hatte an der Stärkung der amerikanischen Kriegsmarine gearbeitet, hatte es 1932 abgelehnt, die Marionettenregierung von Mandschukuo anzuerkennen, und hatte im Verein mit Cordell Hull durch eine "Politik der guten Nachbarschaft" das Solidaritätsgefühl unter den Staaten der westlichen Hemisphäre zu vertiefen verstanden. Die Vereinigten Staaten hatten z.B. aus freien Stücken auf eine Vertragsklausel verzichtet, die sie berechtigte, nach eigenem Ermessen zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung auf Kuba zu intervenieren, und bei Gelegenheit der Verlängerung der von Aussenminister Hull geschlossenen zweiseitigen Handelsabkommen im Jahre 1935 hatten die Vereinigten Staaten Nichtangriffs- und Freundschaftsverträge mit sechs lateinamerikanischen Ländern geschlossen, in denen sich die Partner gegenseitig verpflichteten, keine gewaltsam erzwungenen Gebietsveränderungen anzuerkennen.

Die aggressive Politik der totalitären Staaten jedoch verstärkte sich mehr und mehr: Polen, Dänemark, Norwegen, Holland, Belgien und Frankreich fielen nacheinander Hitler zum Opfer; gleichzeitig aber wuchs der Widerstandswille Amerikas, und anfängliche Erwartungen, sich aus dem europäischen Konflikt herauszuhalten, wichen nach einiger Zeit und in steigendem Masse der Einsicht, dass eine Mächtegruppierung, die die allgemeine Sicherheit bedrohte, die amerikanische Sicherheit mitgefährdete. Wo würde Hitler einhalten? Konnte irgendein Versprechen Hitlers und seiner Regierung in dieser Hinsicht auch nur den geringsten Wert haben, nachdem Hitler selbst seine Ansicht vom Wert der "grossen Lüge" in der Politik ("die durch die unbedingte, freche, einseitige Sturheit, mit der sie vorgetragen wird, geglaubt" wird) in die Welt posaunt hatte? Der antidemokratische Charakter des Naziregimes, seine rohe Gewaltsamkeit und die brutale Volksverhetzung zum Antisemitismus hatten die meisten Amerikaner von allem Anfang an mit Abscheu erfüllt, und nun überzeugte sie Hitler durch seine Eroberungen schliesslich auch davon, dass das Naziregime die Sicherheit und Freiheit der USA selbst unmittelbar bedrohte.

Der Zusammenbruch Frankreichs, der die Stärke der nazistischen Militärmacht offenbar machte, festigte diese Überzeugung, und als im Sommer 1940 die Luftangriffe gegen England einsetzten, waren nur noch wenige Amerikaner in ihrem Denken neutral. Die Vereinigten Staaten in Zusammenarbeit mit den lateinamerikanischen Republiken stellten die Besitzungen der demokratischen Länder in der westlichen Hemisphäre (in Ausdehnung früherer Abmachungen) unter ihren gemeinsamen Schutz. Die Vereinigten Staaten und Kanada schufen einen Gemischten Verteidigungsausschuss, und der Kongress bewilligte angesichts der immer bedrohlicheren Krise gewaltige Summen für die Aufrüstung. Im September 1940 wurde erstmalig in der amerikanischen Geschichte zu Friedenszeiten ein Aushebungsgesetz erlassen. Im selben Monat teilte Präsident Roosevelt auch dem Volke den Abschluss einer Vereinbarung mit England mit, derzufolge die USA 50 Zerstörer eines älteren Typus an England abtraten und als Gegenleistung einen Pachtvertrag auf 99 Jahre für eine Reihe von Marinestützpunkten zwischen Neufundland und Britisch-Guayana erhielten.

Die Präsidentschaftswahlen des Jahres 1940 demonstrierten, wie weitgehend sich die Amerikaner in ihrer Haltung zu den aussenpolitischen Ereignissen einig wussten, denn selbst Präsident Roosevelts Gegenkandidat Wendell Willkie befürwortete die Einberufung zum Militärdienst und stellte sich hinter das Zerstörerabkommen mit England. Da er aber auch die Innenpolitik Roosevelts weitgehend billigte, brachte er sich selbst um ein zugkräftiges Gegenprogramm und musste sich in den Novemberwahlen Roosevelt, der erneut eine eindrucksvolle Stimmenmehrheit auf sich vereinte, beugen. Damit wurde zum ersten Mal in der Geschichte der USA ein Präsident für eine dritte Amtsperiode ins Weisse Haus gewählt.

Während die meisten Amerikaner mit grosser Anteilnahme den Verlauf des Krieges in Europa verfolgten, verschärfte sich auch die Spannung im Fernen Osten. Japan, das keine Gelegenheit versäumen wollte, seine strategische Position zu verbessern, verkündete kühn eine "Neue Ordnung" und sprach sich selbst die Vorherrschaft über Gesamtostasien und den Pazifischen Ozean zu. England war hilflos und konnte keinen Widerstand leisten; es musste sich aus Schanghai zurückziehen und schloss vorübergehend die Burma-Strasse, und die schwache französische Vichy-Regierung erteilte Japan im Sommer 1940 die Genehmigung, Flugplätze in Französisch-Indochina zu benutzen. Als aber Japan schliesslich im September der Achse Rom-Berlin beitrat, stellten die Vereinigten Staaten die Schrottausfuhr nach Japan ein.

Die japanischen Vorstösse im Jahre 1940 gaben bereits den Anschein, als ob Japan nach den Erdöl-, Zinn- und Kautschukvorkommen der britischen Malaienstaaten und Niederländisch-Indiens im Süden greifen wollte; seine Absichten wurden vollkommen deutlich, als es mit Erlaubnis der Vichy-Regierung im Juli 1941 die restlichen Gebiete Indochinas besetzte. Daraufhin blockierten die Vereinigten Staaten die japanischen Guthaben in den USA. Nach der Übernahme der japanischen Regierung durch General Tojo traf am 19. November 1941 Saburo Kurusu als japanischer Sonderbotschafter in den Vereinigten Staaten ein und erklärte, dass es seine Aufgabe sein werde, eine friedliche Verständigung anzubahnen. Die amerikanische und die japanische Auffassung über die Natur einer befriedigenden Regelung gingen jedoch weit auseinander. Japan verlangte, die Vereinigten Staaten sollten sein Protektorat über China anerkennen und ihm helfen, seine Öl-, Kautschuk- und Zinnversorgung sicherzustellen, und war als Gegenleistung dazu bereit, gemeinsam mit den USA die Unabhängigkeit der Philippinen zu garantieren. Die Vereinigten Staaten dagegen schlugen Japan vor, es solle sich von der Achse trennen, sich aus China und

Indochina zurückziehen und seine extraterritorialen Rechte aufgeben, und stellten dafür ein neues Handelsabkommen in Aussicht. Noch am 6. Dezember richtete Präsident Roosevelt einen persönlichen Friedensappell an den japanischen Kaiser; Japan beantwortete ihn am Morgen des 7. Dezember 1941 mit dem Bombenhagel auf den amerikanischen Flottenstützpunkt Pearl Harbor.

Als die amerikanische Öffentlichkeit durch den Rundfunk von den Einzelheiten der japanischen Überfälle auf Hawai, Midway, Wake and Guam erfuhr, schlug ihr ungläubiges Staunen in erbitterten Zorn über den "unprovozierten und heimtückischen" Angriff, wie Präsident Roosevelt ihn genannt hatte, um. Am 8. Dezember erklärte der Kongress, dass Amerika sich im Kriegszustand mit Japan befinde, und drei Tage später erklärten Deutschland und Italien den Vereinigten Staaten den Krieg.

Die Einbeziehung der USA in den zweiten Weltkrieg bedeutete für das amerikanische Volk eine tiefe weltanschauliche Umwälzung. Nicht die schweren Verluste von Pearl Harbor waren das Entscheidende — sie konnten im Laufe der Zeit wieder wettgemacht werden —, sondern das Ende des langgehegten Traums von einem Frieden durch *isolation*, der nun für immer zerstoben war. Seit dem Unabhängigkeitskrieg hatte noch jede amerikanische Generation in irgendeinem Krieg gestanden — dem Krieg von 1812, dem amerikanisch-mexikanischen Krieg, dem Sezessionskrieg, dem Krieg gegen Spanien von 1898 und schliesslich dem ersten Weltkrieg—, und trotzdem hatte das amerikanische Volk nie militärische Verwicklungen ausserhalb des amerikanischen Kontinentes gesucht. Die Amerikaner haben zu keiner Zeit den Militarismus geschätzt oder ihn etwa selbst übernommen. Als die Gründer des Bundes im Jahre 1787 die Verfassung schufen, bestimmten sie, dass der amerikanische Präsident — ein vom Volke gewählter Zivilbeamter — der Oberste Befehlshaber der Armee und Marine sein solle, um dadurch, soweit dies überhaupt durch eine Verfassung vorgeschrieben werden kann, dem amerikanischen Leben den Stempel der zivilen Kontrolle aufzuprägen. Es war diesen Gründen zuzuschreiben, dass das amerikanische Heer bei Ausbruch des Krieges in Europa im Jahre 1939 so ausserordentlich klein war. Wohl hatte das amerikanische Volk von Zeit zu Zeit militärische Ziele verfolgt — doch Militarismus und Kriegshandlungen zur Erreichung begrenzter militärischer Ziele sind, wie der deutschamerikanische Historiker Alfred Vagts ausgeführt hat, zwei Dinge, die nicht nur voneinander verschieden, sondern bisweilen sogar miteinander völlig unvereinbar sind, denn für den Militarismus hat der Krieg seine Berechtigung in sich selbst, als eine eigene Form menschlichen Daseins samt den damit verbundenen Einrichtungen, Denkgepflogenheiten und halbkultischen Formalitäten. Oft sind die Militaristen nicht einmal im Kriege überlegen, denn der Militarismus ruft eine geistige Einstellung hervor, die eine vernünftige Aussenpolitik und häufig sogar selbst eine zweckmässige militärische Organisation unmöglich macht. Hitler und Mussolini hatten den Militarismus mit grossem Eifer gefördert; in Amerika aber betrachtete man den Krieg allgemein als eine harte und unglückliche, aber nun einmal unvermeidlich gewordene Wendung in der Geschichte der Nation. Kein Amerikaner vermochte etwas anderes in einem Krieg zu sehen als einen Kampf für einen dauerhaften Frieden, und als Präsident Roosevelt am 9. Dezember seine Kriegsbotschaft an das amerikanische Volk richtete, rief er ihm dies ins Gedächtnis: "Das wahre Ziel, das wir verfolgen, liegt weit höher und jenseits der Schrecken des Schlachtfelds. Wenn wir zur Gewalt unsere Zuflucht nehmen, weil wir dazu gezwungen sind, dann, das ist unser fester Entschluss, soll diese Gewalt ebenso für ein höchstes Gut wie gegen das Böse der Stunde eingesetzt werden. Nicht zu zerstören — aufzubauen sind wir Amerikaner da."

Die Nation stellte sich in kürzester Frist auf die neuen Aufgaben um, die die Mobilisierung ihres Arbeitspotentials und ihrer gesamten Industrie an sie stellte. Am 6. Januar 1942 verkündete Präsident Roosevelt Produktionsziele, die dem amerikanischen Volk in normalen Zeiten unglaublich erschienen wären, und verlangte für das laufende Jahr die Fertigstellung von 60 000 Flugzeugen, 45 000 Panzern, 20 000 Flugzeugabwehrgeschützen und 18 Millionen Tonnen zusätzlichen Handelsschiffsraum. Alle Lebensgebiete der Nation—Landwirtschaft, Industrie, Bergbau, Handel, Arbeiterschaft, Finanz-, Nachrichten- und Verkehrswesen, ja selbst das Erziehungssystem und die geistige Arbeit — wurden auf diese oder jene Weise vermehrter Kontrolle unterworfen. Gewaltige Geldmittel wurden aufgebracht und annähernd doppelt so viele Soldaten wie während des ersten Weltkrieges einberufen und ausgebildet. Unerhörte Rohstoffmengen wurden verarbeitet, grosse neue Industrieanlagen geschaffen und vor allem in der Serienfertigung von Schiffen und Flugzeugen aufsehenerregende neue Verfahren entwickelt. Die Verteilung der Bevölkerung im Lande änderte sich erheblich, und Dutzende von Städten schwollen beträchtlich an Einwohnern an. Auf Grund einer Reihe von Aushebungsgesetzen wurden die Streitkräfte der Vereinigten Staaten auf eine Gesamtstärke von 15,1 Millionen Mann gebracht; Ende 1943 trugen nahezu 65 Millionen amerikanische Männer und Frauen Uniform oder arbeiteten in kriegswichtigen Betrieben.

Allein schon die Errichtung und Erweiterung kriegswichtiger Betriebe erforderte gewaltige Summen. Die Bundesregierung brachte z.B. grosse Werften, Anlagen zur Herstellung von jährlich 800 000 Tonnen Gummi, grosse Magnesiumwerke, einen beachtlichen Teil der amerikanischen Aluminiumindustrie und zahllose kleinere Produktionsstätten in ihren Besitz. Nahezu die gesamte Automobilindustrie wurde auf die Fertigung von Flugzeugen, Tanks, Panzerfahrzeugen und anderem Kriegsgerät umgestellt. Gleichzeitig konnte die Nahrungsmittelerzeugung trotz der Einberufung der Farmerjugend auf einem nie zuvor erreichten Höchststand gehalten werden. Das Volk wusste, dass das Leben der Nation auf dem Spiele stand, und unterwarf sich einer schärferen Regierungskontrolle, als sie Amerika je zuvor gekannt hatte. Zu diesem Zwecke übertrug der Kongress dem Präsidenten durch eine Reihe von Gesetzen weitreichende Vollmachten über alle Gebiete des wirtschaftlichen Lebens. Der Präsident berief eine Konferenz von Vertretern der Arbeitnehmer und Arbeitgeber ein, und diese verpflichteten sich, für die Dauer des Krieges weder Streiks noch Aussperrungen durchzuführen. Die Amerikanische Kriegsarbeitsbehörde *(War Labor Board)*, die sich aus Vertretern der Unternehmer, der Gewerkschaften und staatlicher Organe zusammensetzte, sorgte mit Erfolg dafür, dass Arbeitsstreitigkeiten während des Krieges auf ein Mindestmass beschränkt blieben.

Kurz nachdem die Vereinigten Staaten in den Krieg verwickelt worden waren, fassten die westlichen Alliierten den Entschluss, ihre militärischen Unternehmungen auf Europa zu konzentrieren, wo der Gegner am mächtigsten war und von wo aus die grösste Gefahr drohte; der pazifische Kriegsschauplatz sollte währenddessen eine untergeordnete Rolle spielen. Trotzdem konnten die Vereinigten Staaten noch während des schweren Jahres 1942 dank ihrer Kriegsmarine und deren Trägerflugzeugen einige ihrer ersten grösseren Erfolge im Pazifik erringen. Im Mai 1942 wurde die japanische Marine durch die schweren, bei der Seeschlacht im Korallenmeer erlittenen Verluste gezwungen, ihre Angriffspläne gegen Australien aufzugeben; im Juni erzielten von Flugzeugträgern aus gestartete amerikanische Flugzeuge auf der Höhe der Midway-Inseln schwere Treffer auf einem japanischen Flottenverband, und im August landeten Armee und Marine in enger Zusammenarbeit auf der Insel Guadalcanal und erfochten einen weiteren Seesieg in der Nähe des Bismarck-Archipels. Da sich die Kriegsmarine durch die fieberhafte Arbeit der amerikanischen Werften mit unglaublicher Geschwindigkeit vergrösserte, bestand berechtigte Hoffnung auf weitere Erfolge zur See.

In der Zwischenzeit strömten Waffen und Gerät in steigendem Umfang an die europäischen Fronten. Britische Truppen unter der Führung Montgomerys wiesen im Frühjahr und Sommer 1942 — teilweise mit Hilfe amerikanischen Materials — den deutschen Vorstoss nach Ägypten ab und warfen Rommels Afrikakorps nach Tripolis zurück. Damit war die Bedrohung des Suez-Kanals beseitigt. Am 7. November 1942 landete eine amerikanische Armee in Französisch-Nordafrika. Heftige Kämpfe folgten; die italienischen und deutschen Truppen erlitten schwere Niederlagen, 349 000 Mann wurden gefangen genommen, und im Hochsommer 1943 war die Südküste des Mittelmeeres vollständig von den Verbänden der totalitären Staaten gesäubert. Im August wurde Sizilien erobert, im September unterzeichnete die neue italienische Regierung unter Marschall Badoglio einen Waffenstillstand, und im Oktober 1943 erklärte Italien an Deutschland den Krieg. Während in Italien noch verlustreiche Kämpfe tobten, führten die alliierten Luftstreitkräfte vernichtende Angriffe auf deutsche Eisenbahnen, Fabriken und Waffenlager durch und zahlten die früheren deutschen Luftangriffe auf englische Städte in gleicher Münze zurück. Weit im Innern des Kontinents wurde die deutsche Erdölversorgung durch Angriffe auf die rumänischen Raffinerien in Ploesti schwer getroffen.

Gegen Ende 1943 fassten die Alliierten nach eingehenden strategischen Erwägungen den Entschluss, eine neue Front im Westen zu schaffen, um so weit mehr deutsche Truppen von der Ostfront abzuziehen, als in Italien gebunden werden konnten. General Dwight D. Eisenhower wurde zum Oberbefehlshaber ernannt, und die gewaltigen Vorbereitungen für die Invasion wurden mit stärkerer Intensität weitergeführt. Am 6. Juni

1944 landeten die ersten Einheiten einer amerikanischen Invasionsarmee unter dem Schutze einer weit überlegenen Luftflotte in der Normandie, während gleichzeitig eine grosse sowjetische Gegenoffensive im Osten stattfand. Die ersten Brükkenköpfe konnten behauptet werden, und neue Truppenverbände wurden nachgeschoben; zahlreiche Einheiten der deutschen Verteidigungsarmeen wurden durch rasche Vorstösse alliierter Flanken eingekesselt, und schliesslich gelang es den alliierten Armeen, sich gegen ständigen, erbitterten Widerstand durch Frankreich hindurchzukämpfen und nach Deutschland vorzustossen. Am 25. August wurde Paris zurückgewonnen. An den Grenzen des deutschen Reiches aber hielten verbissene und verlustreiche deutsche Gegenoperationen den Vormarsch zunächst auf; im Februar und März 1945 jedoch drangen die alliierten Truppen vom Westen her in Deutschland ein, während gleichzeitig die deutschen Armeen auch im Osten zurückgetrieben wurden. Nach und nach streckten verschiedene, noch als Einheiten operierende deutsche Truppenverbände die Waffen. Am 8. Mai 1945 kapitulierten die gesamten Land-, See- und Luftstreitkräfte des nur noch als Rumpf vorhandenen Dritten Reiches, dem Hitler ein tausendjähriges Bestehen vorausgesagt hatte. Angehörige des deutschen Generalstabs gaben die Schuld an dieser Niederlage in erster Linie Hitlers abwegigen "militärischen Intuitionen". Zum grossen Teil erklärt sie sich aber wohl auch aus dem Unvermögen der Achsenmächte, den vereinten Kriegsanstrengungen der Alliierten Gleichwertiges entgegenzustellen. Den Westmächten war es nicht nur gelungen, ihre Kriegsführung unverbindlich, aber schlagkräftig mit der russischen im Osten zu koordinieren, sondern sie konnten mit Hilfe des im Dezember 1941 geschaffenen Vereinigten Generalstabs *(Combined Chiefs of Staff)* auch die übrigen Probleme der Koalitionskriegsführung meistern. Die deutsche militärische Führung dagegen hatte nie mit den Japanern zusammengearbeitet und war von den Italienern nur immer behindert worden; in der faschistischen Gedankenwelt war eben kein Platz für ein wirklich gemeinsames Handeln gleichberechtigter Partner.

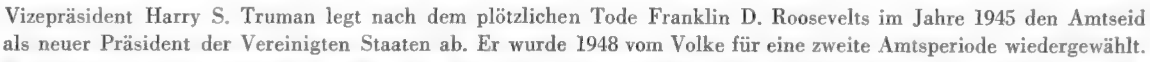
Die Gründe für die Niederlage der Achsenmächte können in Wahrheit jedoch weder allein im Militärischen noch in ihrer Unfähigkeit, wirklich zusammenzuarbeiten, gefunden werden. Sie standen Mächten gegenüber, die über unvergleichlich grössere Reserven an Rohmaterial, über eine enorme Produktionskraft und einen gewaltigen Vorrat an Menschen verfügten und sie zu einem wirklich leistungsfähigen Instrument zusammenschweissten und der Kriegsführung nutzbar machten. An dieser überwältigenden Überlegenheit der Alliierten an Menschen und Material hätte selbst eine besser konzipierte Strategie mit Notwendigkeit zerschellen müssen.

Währenddessen hatten die amerikanischen Einheiten im Pazifischen Ozean grosse Fortschritte gemacht. Amerikanische und australische Truppen kämpften sich nordwärts, der Inselkette von den Salomonen über Bougainville und New Britain entlang, nach Neu-Guinea vor, und die sich ständig vergrössernde alliierte Flotte riss grosse Lücken in die japanische Versorgung. Im Oktober 1944 folgte die Landung auf der Philippinen-Insel Leyte und die siegreiche Seeschlacht in den Philippinischen Gewässern. Die Inselkämpfe auf Iwo Jima und Okinawa liessen jedoch die Bereitschaft der Japaner erkennen, den Widerstand trotz der Hoffnungslosigkeit ihrer Position noch weiter fortzusetzen, und so wurde der Krieg im August durch den Abwurf je einer Atombombe auf Hiroschima und Nagasaki mit einem Schlage beendet. Japan kapitulierte daraufhin in aller Form am 2. September 1945.

Die militärischen Anstrengungen der Alliierten fanden ihre Ergänzung in einer Reihe wichtiger internationaler Konferenzen, die sich mit den politischen Hintergründen des Krieges befassten. Die erste dieser Konferenzen war das Treffen zwischen Präsident Roosevelt und Premierminister Churchill vom August 1941, das zu einer Zeit stattfand, da die Vereinigten Staaten noch nicht aktiv am Kriege teilnahmen und die militärische Lage für England und Russland sehr bedrohlich aussah. Roosevelt und Churchill trafen an Bord eines Kreuzers in den Gewässern vor Neufundland zusammen und gaben in der Atlantik-Charta eine Erklärung über ihre gemeinsamen Ziele ab: Keine Gebietsvergrösserungen; keine territorialen Veränderungen, es sei denn in Übereinstimmung mit den Wünschen der beteiligten Bevölkerung; Anerkennung des Rechtes aller Völker, die ihnen gemässe Regierungsform zu wählen; Wiederherstellung der Selbstregierung, wo immer die Völker um sie gebracht worden waren; wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen allen Staaten; Befreiung aller Völker von Krieg, Furcht und Not; Freiheit der Meere und Verzicht auf die Anwendung von Gewalt im Verkehr zwischen den Völkern.

Die zweite wichtige anglo-amerikanische Konferenz fand im Januar 1943 in Casablanca statt. Sie führte zu dem offiziellen Entschluss, mit den Achsenmächten und ihren Balkan-Satelliten nur auf der Grundlage einer "bedingungslosen Kapitulation" Frieden zu schliessen. Diese zuerst von Präsident Roosevelt formulierte Bedingung sollte sämtlichen am Kriege beteiligten Völkern die Gewissheit geben, dass mit den Exponenten des Faschismus und des Nazismus keinerlei Friedensverhandlungen geführt werden würden und dass weder der Faschismus noch der Nazismus darauf hoffen konnten, auch nur einen Schatten der Macht für sich einzuhandeln. Die Forderung machte ferner deutlich, dass die militärischen Beherrscher Deutschlands, Italiens und Japans ihre uneingeschränkte und völlige Niederlage vor der gesamten Welt eingestehen müssten, bevor ihren Völkern die Friedensbedingungen bekanntgegeben werden könnten. Wie Roosevelt wenig später in einer Rundfunkansprache erklärte: "Wir haben nicht das Kompromiss aus unserer Politik verbannt, um dem einfachen Mann in den Staaten der 'Achse' zu schaden. Es ist aber unsere ernste Absicht, ihre schuldbeladenen und barbarischen Führer das volle Gewicht der Strafe und Vergeltung spüren zu lassen."

Andere mit der militärischen und diplomatischen Strategie verbundenen Pläne wurden im August 1943 auf einer weiteren anglo-amerikanischen Konferenz in Quebec erörtert, auf der auch das gemeinsame Vorgehen gegen Japan zur Sprache kam. Besonders *ein* Ergebnis der Besprechungen in Quebec, das nicht nur in weiten Kreisen der Bevölkerung, sondern auch unter den engsten Beratern des Präsidenten ernste Meinungsverschiedenheiten hervorrief, regte in den Vereinigten Staaten eine lebhafte Diskussion über die in Deutschland zu verfolgende Politik der Alliierten an. Die Debatte knüpfte an die Schlussabsätze des Quebec-Abkommens an, in dem Roosevelt und Churchill ihrer Ansicht Ausdruck gaben, dass die beabsichtigte Zerschlagung der Kriegsindustrie im Ruhrgebiet und an der Saar das Ziel verfolge, "Deutschland in ein vorwiegend von Ackerbau und Viehzucht bestimmtes Gebiet zu verwandeln." Diese Idee hatte ihren Ursprung in dem wachsenden Abscheu vor den Untaten der Nazis und dem sich verbreitenden Wissen um ihre grauenhaften, an den besiegten Völkern verübten Kriegsverbrechen und gründete sich auf



Vizepräsident Harry S. Truman legt nach dem plötzlichen Tode Franklin D. Roosevelts im Jahre 1945 den Amtseid als neuer Präsident der Vereinigten Staaten ab. Er wurde 1948 vom Volke für eine zweite Amtsperiode wiedergewählt.



die Überzeugung, dass man den Wiederaufstieg einer Macht, die solch sittlicher Verwerflichkeit und blinder Zerstörungswut fähig war, unter allen Umständen verhindern müsse. Sehr bald wiesen aber Aussenminister Hull, Kriegsminister Stimson und andere Persönlichkeiten darauf hin, dass es trotz der allgemeinen und weitgehenden Übereinstimmung über den Zweck nicht klug wäre, die im Quebec-Abkommen vorgeschlagenen Mittel zu benutzen. Wenige Wochen später bereits änderte Roosevelt seine Ansicht über die Zweckmässigkeit des in Quebec befürworteten sogenannten "Morgenthau-Plans", und bald schwenkte auch die amerikanische Politik auf eine neue Linie ein, wie sie Stimson in einem Präsident Roosevelt unterbreiteten Memorandum empfohlen hatte. Der Kriegsminister hatte darauf hingewiesen, dass jeder Versuch, Deutschland zu einem Agrarstaat zu machen, ganz Mitteleuropa in Armut stürzen müsse: "Ruhige Überlegungen machen es klar . . . . dass Armut in einem Teile der Welt in der Regel zu Armut auch in anderen Teilen führt. Erzwungene Armut ist aber noch schlimmer, denn sie vernichtet nicht nur den Lebensmut des Unterlegenen, sondern erniedrigt auch den Sieger. Es wäre ein ebensolches Verbrechen, wie es die Deutschen an ihren Opfern zu verüben beabsichtigt hatten. Es wäre ein Verbrechen gegen die Zivilisation selbst." Roosevelt antwortete Stimson, dass er "nicht beabsichtige, Deutschland in einen Agrarstaat zu verwandeln", und auch Präsident Truman teilte später Stimsons Auffassung über die in Deutschland zu verfolgende Wirtschaftspolitik und ersuchte ihn, seine Vorschläge für die Behandlung Deutschlands ausführlicher auszuarbeiten. "Man muss seine Regierung beaufsichtigen", erklärte Stimson daraufhin, "bis die im Sinne der Nazis erzogene Generation von der Bildfläche verschwunden ist — es wird eine lange Zeit in Anspruch nehmen. Aber man darf die Deutschen nicht der Mittel berauben, ein letzten Endes befriedetes Deutschland zu schaffen, das sein Ziel in einem jenseits des Militärischen liegenden zivilisierten Dasein erblicken kann . . . Es liegt im Interesse der gesamten Welt, dass Deutsche und Österreicher unter dem Druck der Not nicht zu undemokratischen, räuberischen Lebensgewohnheiten geradezu gezwungen werden."

Im Oktober 1943 trafen sich die Aussenminister Englands, der Vereinigten Staaten und Russlands in Moskau. Sie bestätigten erneut den Grundsatz der "bedingungslosen Kapitulation", verlangten die endgültige Beseitigung des italienischen Faschismus und die Wiederherstellung der Unabhängigkeit Österreichs und sahen ferner auch für die Nachkriegszeit eine Zusammenarbeit zwischen den kriegführenden Mächten zur Sicherung des Friedens vor. Eine weitere Konferenz fand in Kairo statt, wo Roosevelt und Churchill mit Tschiang Kai-schek zusammentrafen. Sie einigten sich auf die Waffenstillstandsbestimmungen für Japan und verlangten darin unter anderem den Verzicht Japans auf alle Gewinne aus früheren Aggressionen. Auf der Konferenz von Teheran bekräftigten Roosevelt, Churchill und Stalin schliesslich am 28. November 1943 die Beschlüsse der Moskauer Konferenz und forderten die Schaffung eines dauerhaften Friedens durch die Gründung der Vereinten Nationen.

Fast zwei Jahre später, im Februar 1945, als



Die Unterzeichnung der Charta der Vereinten Nationen in San Francisco am 26. Juni 1945 durch die Vertreter von 50 Staaten, die sich durch ihre Unterschrift zu vorbehaltsloser Unterstützung der Friedensorganisation verpflichteten.

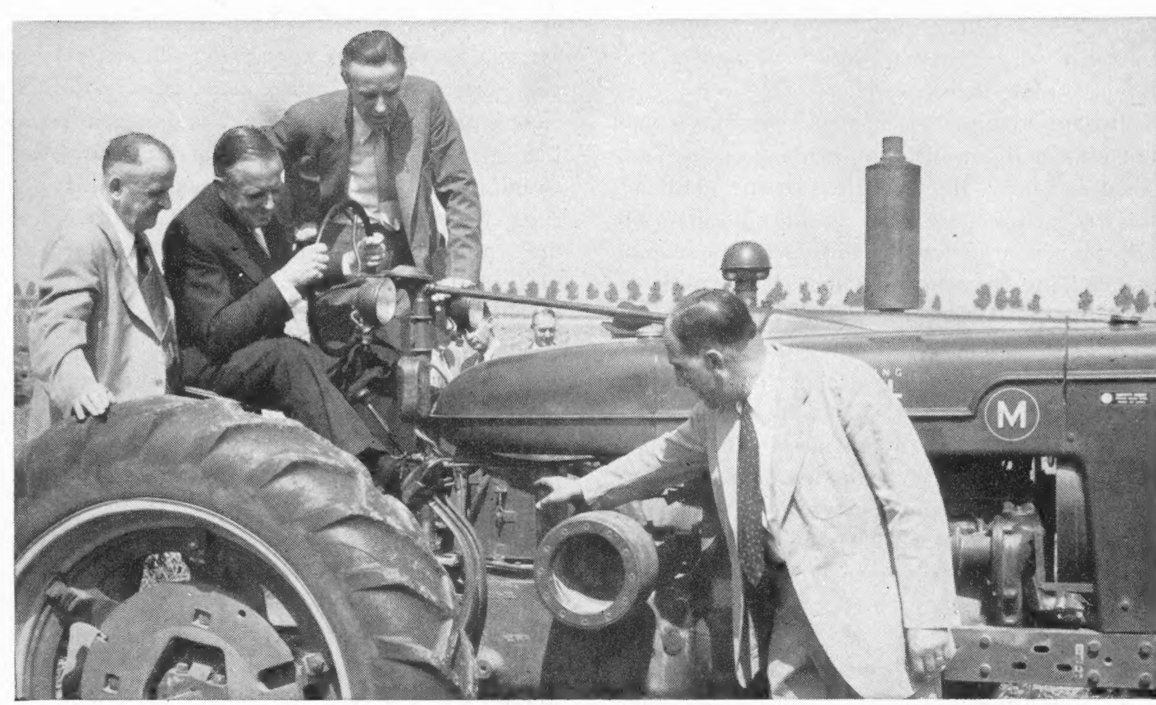
sich der Sieg schon klar abzeichnete, kamen sie erneut in Jalta zusammen und schlossen eine Reihe zusätzlicher Abmachungen. Russland erklärte sich in einer geheimen Vereinbarung bereit, kurz nach der Kapitulation Deutschlands in den Krieg gegen Japan einzutreten; als Ostgrenze Polens wurde im grossen und ganzen die 1919 gezogene Curzon-Linie festgesetzt; Stalin verlangte von Deutschland hohe Reparationsleistungen in Sachwerten, traf jedoch bei Roosevelt und Churchill auf Widerstand, und nach eingehender Diskussion wurde die Entscheidung auf später verschoben; andere im Detail ausgearbeitete Vereinbarungen betrafen die Besetzung Deutschlands und die gerichtliche Verfolgung und Bestrafung der Kriegsverbrecher. Die Konferenzteilnehmer beschlossen ferner, die befreiten Gebiete nach den Grundsätzen der Atlantik-Charta wieder aufzubauen, und wurden sich darüber einig, dass die im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen vertretenen Mächte in Angelegenheiten, die ihre eigene Sicherheit betrafen, das Vetorecht haben sollten. Erst nach erheblichen Meinungsverschiedenheiten zwischen Roosevelt auf der einen und Stalin und Churchill auf der anderen Seite wurde entschieden, dass alle Mächte die Forderung der Sowjetunion nach zwei zusätzlichen Stimmen in der Vollversammlung der Vereinten Nationen im Hinblick auf die hohen Bevölkerungszahlen der Ukraine und Weissrusslands unterstützen sollten. Die amerikanische Delegation verliess die Konferenz mit grossen Hoffnungen, die sich jedoch später als nicht voll berechtigt erweisen sollten, und es war ehrlichste Überzeugung, als Roosevelt dem amerikanischen Volke berichtete: "Wir sind uns in unseren Überzeugungen einig geworden und haben einen Weg gefunden, miteinander auszukommen."

Nur zwei Monate nach seiner Rückkehr aus Jalta erlag Franklin Delano Roosevelt während eines Ferienaufenthaltes in seinem "Kleinen Weissen Haus" in Georgia einem Gehirnschlag. Wenige Gestalten der amerikanischen Geschichte sind im In- und Ausland so tief betrauert worden wie er, und das Gefühl, einen grossen und unersetzlichen Verlust erlitten zu haben, schwand lange Zeit nicht aus dem amerikanischen Volk. Für die Leitung eines demokratischen Gemeinwesens darf jedoch grundsätzlich niemand unentbehrlich sein, und so sollte keine lange Frist verstreichen, bis Roosevelts Nachfolger Harry S. Truman in der Innen- und Aussenpolitik die wesentlichen Ziele des *New Deal* mit vollem Erfolg weiterverfolgte.

Als England, die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion im Juli 1945 zur Potsdamer Konferenz zusammentraten, war Deutschlands Kapitulation bereits Geschichte geworden, und da der Termin der englischen Wahlen mitten in die Verhandlungen fiel, waren Churchill und Clement Attlee zunächst gemeinsam anwesend; nach den Wahlen wurde Grossbritannien von Attlee allein repräsentiert. Im Mittelpunkt der Konferenz, die auch gewisse Probleme des Krieges gegen Japan zu erörtern hatte, standen die Entscheidungen über die Besatzungspolitik und die Zukunft Deutschlands. Über die Notwendigkeit, bei der Umerziehung der unter dem Naziregime aufgewachsenen Generation mitzuhelfen, und über die allgemeinen Grundsätze, die bei der Wiederaufrichtung eines demokratischen politischen Lebens in Deutschland in Anwendung kommen sollten, wurde man sich rasch einig. Viel Zeit wurde jedoch für die Erörterung der gegen Deutschland erhobenen Reparationsansprüche aufgewandt. Man beschloss den Abtransport industrieller Anlagen und anderer Sachwerte durch die Sowjetunion aus der russisch besetzten Zone und billigte der USSR ausserdem in begrenztem Umfang zusätzliche Sachwerte aus den Westzonen zu. Der russische Gesamtanspruch auf zehn Milliarden Dollar Entschädigung, der bereits in Jalta erhoben worden war, blieb jedoch auch weiterhin umstritten.

Im November 1945 begannen in Nürnberg die Kriegsverbrecherprozesse, die in Potsdam vereinbart worden waren. Die deutschen Führer von Gestern wurden vor einem Gremium hervorragender englischer, französischer, russischer und amerikanischer Juristen nicht nur der Planung

und Durchführung von Angriffskriegen, sondern auch des Verstosses gegen das Kriegsrecht und gegen die Gesetze der Menschlichkeit angeklagt. Diese Gerichtsverfahren beschworen noch einmal Bilder herauf, von denen sich die amerikanische Öffentlichkeit und die gesamte zivilisierte Welt nur mit Schaudern abwenden konnte: Deutsche, die in Dachau und Belsen Leichen zu Bergen stapelten, Juden in Viehwagen trieben und ihre Opfer systematisch vernichteten und vergasten, Europäer zu Millionen versklavten und verhungern liessen und die Medizin in den Dienst des Massenmordes zwangen . . . Der Hauptkriegsverbrecherprozess dauerte über zehn Monate und endete mit drei Ausnahmen mit der Verurteilung aller Angeklagten.



(Von l.n.r.) Karl Stefan, ein Mitglied des amerikanischen Kongresses, Paul Hoffman, der Chef des Europahilfsprogramms (auf dem Führersitz), und W. Averell Harriman, sein Vertreter in Europa, auf einer Farm bei Paris.

Während in Potsdam noch verhandelt wurde, traten Delegierte von einundfünfzig Ländern in San Francisco zusammen, um den organisatorischen Rahmen für die Vereinten Nationen zu schaffen. Das Ergebnis einer acht Wochen dauernden Zusammenarbeit war die Charta der Vereinten Nationen, ein Plan für eine Weltorganisation, in der internationale Differenzen friedlich erörtert werden sollten: eine neue Hoffnung auf den Frieden auf Erden.

Im Innern sah sich die amerikanische Regierung einer Reihe von brennenden Problemen gegenüber, die der Gegenwart noch zu nahe liegen und so das geschichtliche Urteil zur Bescheidung zwingen. Die Entlassung der Soldaten ins Zivilleben, die Umstellung der Industrie auf Friedenswirtschaft, Arbeitsstreitigkeiten und die Stellung der Gewerkschaften, Preis- und Mietkontrollen, die Planung einer bundeseinheitlichen Politik mit dem Ziel, die Vollbeschäftigung in der amerikanischen Wirtschaft zu gewährleisten — dies waren einige der Probleme, mit denen die Regierung Trumans zu ringen hatte. Nach Überwindung der unmittelbar in der Nachkriegszeit auftauchenden Umstellungsschwierigkeiten zeichnete sich jedoch die Tatsache ab, dass die amerikanische Wirtschaft stärker als je zuvor aus dem Kriege hervorgegangen war. Das jährliche Volkseinkommen, welches 1939 rund 72,5 Milliarden Dollar betragen hatte, war auf 182,8 Milliarden Dollar gestiegen, und der Zuwachs in einer Weise auf die verschiedenen Schichten verteilt, die erkennen liess, dass sich die wirtschaftliche Lage der zu den niederen Einkommensgruppen gehörenden Familien gebessert hatte.

Zu den wesentlichsten und weittragendsten Problemen, die Amerika und die Welt zu lösen hatten, gehörte die Entwicklung und Kontrolle der Atomenergie. Im Juli 1946 schuf der Kongress die aus fünf Mitgliedern bestehende *United States Atomic Energy Commission,* die mit der Überwachung der Atomenergieerzeugung in Amerika beauftragt wurde, und schrieb ausdrücklich vor, dass diese Macht ausschliesslich Zivilisten und nicht dem Militär anvertraut werden dürfe. Auf der Eröffnungssitzung der Atomenergiekommission der Vereinten Nationen im Juni 1946 schlug Bernard Baruch im Auftrag der Vereinigten Staaten die Schaffung einer internationalen Behörde vor, die ermächtigt werden sollte, die Kontrolle über alle mit Atomenergie zusammenhängenden Tätigkeiten auszuüben, von denen eine Gefährdung der internationalen Sicherheit zu befürchten war. Sie sollte ferner das Recht haben, alle übrigen Arbeiten mit Atomenergie zu überwachen, zu inspizieren und zu genehmigen. Der Plan sah weiter vor, die Verwendung von Atombomben zu bannen und die internationale Kontrollbehörde zu ermächtigen, Verstösse gegen den Bann zu bestrafen. Schliesslich erklärten sich die Vereinigten Staaten bereit, die Fertigung weiterer Bomben einzustellen, ihren Bombenvorrat zu vernichten und der Welt ihre wissenschaftlichen Erkenntnisse zugänglich zu machen — aber nicht bevor eine entsprechende internationale Behörde in wirksamer Weise die Arbeit aufgenommen hätte. Der sowjetische Sprecher Gromyko widersetzte sich jedoch einer weitreichenden internationalen Kontrolle, wie die amerikanische Regierung sie befürwortete, und nahm besonders daran Anstoss, dass der Baruch-Plan ein Veto gegen Anordnungen der neuen Atomkontrollbehörde ausschloss. Er schlug stattdessen vor, dass alle Mächte einfach ihren Verzicht auf die Anwendung von Atomwaffen erklären sollten, ohne besondere internationale Kontrollen oder Inspektionen zu schaffen. Diese Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion in den Fragen der Atomkontrolle wie auch in anderen Abrüstungsproblemen liessen sich nicht beilegen, und es stellte sich heraus, dass der Weg

Die Unterzeichnung der Kapitulationsurkunde durch den japanischen General Umezu an Bord des Schlachtschiffs *Missouri* vor General MacArthur, dem Oberbefehlshaber der Alliierten im Pazifik, und anderen alliierten Offizieren.

zum Frieden schwierig und voll von Hindernissen sein würde, solange diese und andere Differenzen nicht gelöst waren.

In den Vereinigten Staaten beobachtete man mit grosser Besorgnis, wie immer grössere Teile Europas unter die Gewalt sowjetfreundlicher Regierungen gerieten, ohne dass ihre Bevölkerung Gelegenheit zu einer wirklich freien Entscheidung gehabt hätte. Bis zum Frühjahr 1947 waren Polen, Ungarn, die Tschechoslowakei, Rumänien und Bulgarien sowie die sowjetisch besetzte Zone in Deutschland diesen Weg gegangen. Als in dem gleichen Frühjahr 1947 die Schwierigkeiten in Griechenland grössere Ausmasse anzunehmen drohten, ersuchte Präsident Truman den Kongress um die Billigung eines Programms, das wirtschaftliche und militärische Hilfe an Griechenland und die Türkei im Werte von 400 Millionen Dollar vorsah, und erklärte u.a.: "Ich glaube, dass es die Politik der Vereinigten Staaten sein muss, alle freien Völker zu unterstützen, die sich Unterdrückungsversuchen durch bewaffnete Minderheiten oder durch Druck von aussen widersetzen." Diese aussenpolitische Erklärung, die *Truman Doctrine*, wurde in den Vereinigten Staaten heftig diskutiert, fand jedoch am 15. Mai 1947 die Zustimmung des Kongresses.

Ausser Griechenland und der Türkei benötigten jedoch auch andere europäische Länder wirtschaftliche Hilfe, und der grosse Gegensatz zwischen der wirtschaftlichen Stärke der Vereinigten Staaten und den Schwierigkeiten, mit denen die europäischen Staaten bei der Beseitigung der Schäden des Krieges zu kämpfen hatten, erhöhte die Verantwortlichkeit der USA und verlangte nach einer wahrhaft staatsmännischen Tat. In diesem Zusammenhang wies Aussenminister George C. Marshall am 5. Juni 1947 in einer Eröffnungsansprache an der Harvard-Universität auf einen neuen Weg hin und erklärte: "Es ist logisch, dass die Vereinigten Staaten alles tun müssen, was in ihren Kräften steht, um mitzuhelfen, eine Rückkehr zu einer normalen und gesunden Weltwirtschaft herbeizuführen, weil es ohne sie keine Politik auf lange Sicht und keinen gesicherten Frieden geben kann. Unsere Politik richtet sich gegen kein Land und gegen keine Ideologie, sondern gegen Hunger, Armut, Verzweiflung und Chaos. Sie muss nach der Erneuerung einer lebensfähigen Weltwirtschaft trachten und so politische und wirtschaftliche Verhältnisse ins Leben rufen, unter denen freie Einrichtungen existieren können."

Die Wirtschaftshilfe, die Marshall in dieser Rede verlangte, hätte nach der ursprünglichen Absicht ihres Schöpfers ganz Europa einschliesslich der Sowjetunion und der unter ihrem Einfluss stehenden Länder zugute kommen sollen. England und Frankreich gingen auch unverzüglich und begeistert auf Marshalls Angebot ein und forderten die Sowjetunion auf, sich ihnen anzuschliessen. Molotow aber griff den Marshallplan als "imperialistische Verschwörung" an. Auch in den Vereinigten Staaten rief der Plan scharfe Kritik hervor, denn zahlreiche Senatoren zogen ihn wegen der erforderlichen gewaltigen Geldaufwendungen in Zweifel. Es kam jedoch zu einer Einigung, als Senator Arthur H. Vandenberg von Michigan, ein führender republikanischer Politiker und früherer Anhänger des Isolationismus, Marshall unterstützte und viele seiner Kollegen für eine entschiedene Billigung des Prinzips einer von beiden Parteien getragenen Aussenpolitik gewann. Im April 1948 schuf der Kongress durch ein Gesetz das Europahilfsprogramm *(European Recovery Program)*, mit dem sich die Vereinigten Staaten in einem Vierjahresplan zu wirtschaftlicher Hilfe an sechzehn europäische Länder verpflichteten, und bewilligte fünf Milliarden Dollar für das erste *ERP*-Jahr. Zweieinhalb Jahre nach dem Beginn des Europahilfsprogramms—im Februar 1951—war die wirtschaftliche Wiedergesundung Europas zu einer unleugbaren Tatsache geworden. Die industrielle Produktion hatte den Stand der Vorkriegsjahre um 27% überschritten; es wurden 24% mehr Rohstahl, 90% mehr Motorfahrzeuge und 25% mehr Textilprodukte hergestellt. Die Bauern konnten im Jahre 1950 eine Rekordernte einbringen und hatten in der Viehzucht den Stand der Vorkriegszeit erreicht. Die Erzeugung von elektrischem Strom war um mehr als 80% gestiegen. Die Währungen der verschiedenen Länder waren stabilisiert worden. Der Strom der *ERP*-Lieferungen aus den Farmen, Wäldern, Bergwerken und Fabriken der westlichen Hemisphäre nach Westeuropa war ständig angewachsen. Der amerikanische Kongress hatte im Namen des amerikanischen Volkes Waren und Dienstleistungen im Werte von 12 Milliarden Dollar Europa zur Verfügung gestellt.

Als die Welt so in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts eintrat, war sich die grosse Mehrheit des amerikanischen Volkes dessen bewusst, dass die politische, wirtschaftliche und moralische Isolierung der Vereinigten Staaten endgültig und vollständig zum Abschluss gekommen war. Im Inneren arbeitete die Nation an der Vervollkommnung von Reformen, die bereits in der *New Deal*-Periode eingeleitet worden waren; die Aussenpolitik der USA war vor allem darauf festgelegt, ein wirtschaftlich gesundes und politisch freies Westeuropa schaffen zu helfen, das die Keimzelle einer besseren Zukunft für die gesamte Welt werden sollte, wie Präsident Truman es in einer denkwürdigen Botschaft an den amerikanischen Kongress im Januar 1949 formulierte, in der er die Fortsetzung der Hilfeleistungen an die freien Völker forderte und das Bekenntnis Amerikas zu seinen demokratischen Grundsätzen erneuerte:

"Die Demokratie allein vermag den Völkern der Welt die lebendige Kraft zur Tat zu geben, um nicht nur gegen ihre menschlichen Bedrücker, sondern auch gegen ihre uralten Feinde Hunger, Elend und Verzweiflung siegreich zu bestehen. Die Geschichte hat unserer amerikanischen Demokratie einen neuen Einfluss und eine neue Verantwortung gebracht."

LITERATURVERZEICHNIS

Bassett, John Spencer — ***A Short History of the United States, 1492-1938*, New York, The Macmillan Co., 1927**

Beard, Charles A. *und* Mary R. — ***The Rise of American Civilization*, New York, The Macmillan Co., 1939**

Curti, Merle — ***The Growth of American Thought*, New York und London, Harper and Brothers, 1943**

Hamm, William A. — ***The American People*, Boston, D. C. Heath and Co., 1939**

Hicks, John D. — ***The American Nation*, Boston, New York (etc.), Houghton Mifflin Co., 1941**

Hockett, Homer C. — ***Political and Social History of the United States, 1492-1828*, New York, The Macmillan Co., 1925**

Morison, Samuel Eliot *und* Commager, Henry Steele — ***The Growth of the American Republic (1000 to 1865)*, New York, London (etc.), Oxford University Press, 1942**

***The Growth of the American Republic (1865-1942)*, New York, London (etc.), Oxford University Press, 1942**

Muzzey, David — ***The United States of America — From the Civil War*, Boston, Ginn & Co., 1924**

Nettels, Curtis Putnam — ***The Roots of American Civilization*, New York, F.S. Crofts & Co., 1938**

Nevins, Allan — ***A Brief History of the United States*, Oxford, The Clarendon Press, 1942**

(deutsch: *Geschichte der U.S.A.*, Zürich, New York, Europa-Verlag, 1943)

Nevins, Allan — ***Ordeal of the Union*, New York, Charles Scribner's Sons, 1947**

Nevins, Allan *und* Commager, Henry Steele — ***A Short History of the United States*, New York, Random House, 1943**

Schlesinger, Arthur Meier — ***Political and Social Growth of the United States, 1852-1933*, New York, The Macmillan Co., 1939**

Wright, Louis B. — ***The Atlantic Frontier*, New York, Alfred A. Knopf, 1947**

***Encyclopedia Americana, Ausgabe von 1948*, New York und Chicago, Americana Company**

***The New International Yearbook, Ausgabe von 1946*, New York und London, Funk and Wagnalls Co., 1946**

Verfasser: Frances Friedman, U.S. Department of State International Press and Publications Division, OII, Magazine Branch, mit der Unterstützung von Dr. Wood Gray, Professor für Amerikanische Geschichte an der George Washington-Universität, Washington, D. C., und Dr. Richard Hofstadter, Assistant Professor der Geschichte an der Columbia-Universität, New York, N. Y.

Bilder wurden freundlicherweise zur Verfügung gestellt durch: Wadsworth Athaeneum; New York Historical Society; Pennsylvania Academy of Fine Arts; Ketterlinus Lithographic Manufacturing Company; Yale University Art Gallery; New York Public Library; Department of Public Buildings, Boston, Massachusetts; Historical Society of Pennsylvania; International Harvester Export Company; State House, Sacramento, California; Tennessee Valley Authority; Department of the Army; Department of the Navy; Department of the Treasury.

Herausgegeben vom Informationsdienst der Vereinigten Staaten.




Grundriss der Geschichte der
VEREINIGTEN STAATEN
von Amerika
Herausgegeben vom Informationsdienst der Vereinigten Staaten